



Stenografischer Bericht

68. Sitzung

am Freitag, dem 11. November 2005,
in Magdeburg, Landtagsgebäude

Inhalt:

Mitteilungen des Präsidenten 4843

TOP 3

Aktuelle Debatte

a) **Ungleiche Bildungschancen in Sachsen-Anhalt - enger Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungskarrieren**

Antrag der Fraktion der SPD
- Drs. 4/2480

Frau Mittendorf (SPD) 4843
Minister Herr Prof. Dr. Olbertz 4845
Herr Dr. Volk (FDP) 4847
Herr Höhn (Linkspartei.PDS) 4849
Frau Feußner (CDU) 4851

b) **Soziale Polarisierung in Deutschland und Sachsen-Anhalt nicht weiter vorantreiben**

Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS
- Drs. 4/2482

Herr Gallert (Linkspartei.PDS) 4855, 4866
Ministerpräsident Herr Prof. Dr. Böhmer 4857
Herr Scharf (CDU) 4860
Frau Budde (SPD) 4863
Herr Rauls (FDP) 4866

TOP 17

Zweite Beratung

Legalisierung der anonymen Geburt in Deutschland

Antrag der Fraktion der PDS - Drs. 4/1673

Beschlussempfehlung des Ausschusses
für Recht und Verfassung - Drs. 4/2453

(Erste Beratung in der 43. Sitzung des Landtages am 08.07.2004)

Herr Wolpert (Berichterstatter) 4869
Minister Herr Becker 4869
Frau Grimm-Benne (SPD) 4870
Herr Stahlknecht (CDU) 4870

Frau von Angern (Linkspartei.PDS)	4871
Herr Kosmehl (FDP)	4872
Beschluss	4873

TOP 18

Beratung

Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2003 - Entlastung

Jahresbericht 2004 über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung 2003 - Teil 1 und 2

Unterrichtungen - **Drs. 4/1785** und **4/2201**

Antrag des Ministers der Finanzen
- **Drs. 4/1979**

Beschlussempfehlung des Ausschusses
für Finanzen - **Drs. 4/2454**

Herr Bönisch (Berichterstatter) 4867

Beschluss 4868

TOP 19

Beratung

Investitionsvorhaben Flugplatz Allstedt

Antrag der Fraktion der SPD - **Drs. 4/2437**

Änderungsantrag der Fraktionen der CDU
und der FDP - **Drs. 4/2498**

Frau Fischer (Naumburg) (SPD)	4874, 4881, 4883
Herr Kehl (FDP)	4877
Herr Höhn (Linkspartei.PDS)	4878, 4881
Herr Schröder (CDU)	4879, 4883
Herr Bullerjahn (SPD)	4880
Herr Krause (Linkspartei.PDS)	4880
Ministerin Frau Wernicke	4881

Beschluss 4883

TOP 20

Beratung

Für die Einführung einheitlicher Regelsätze beim Arbeitslosengeld II

Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS
- **Drs. 4/2467**

Änderungsantrag der Fraktion der SPD
- **Drs. 4/2489**

Änderungsantrag der Fraktionen der CDU
und der FDP - **Drs. 4/2499**

Frau Bull (Linkspartei.PDS).....	4884, 4889
Minister Herr Dr. Rehberger.....	4886
Frau Fischer (Merseburg) (CDU)	4887
Frau Fischer (Leuna) (SPD)	4888
Frau Röder (FDP)	4888
Herr Gallert (Linkspartei.PDS).....	4890, 4891
Herr Gürth (CDU).....	4891
Frau Dr. Hüskens (FDP)	4891
Herr Wolpert (FDP)	4891

Beschluss..... 4891

TOP 21

Beratung

Wahrnehmung der Rolle der Investitionsbank als zentrales Förderinstitut des Landes Sachsen-Anhalt

Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS
- **Drs. 4/2468**

Änderungsantrag der Fraktionen der FDP
und der CDU - **Drs. 4/2497**

Frau Dr. Weiher (Linkspartei.PDS).....	4892, 4896
Minister Herr Prof. Dr. Paqué.....	4893
Herr Gürth (CDU).....	4894
Frau Budde (SPD).....	4895
Herr Qual (FDP).....	4895

Beschluss..... 4896

TOP 22

Beratung

Positionen der Landesregierung zur Entwicklung des Energiemarktes

Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS
- **Drs. 4/2469**

Frau Hunger (Linkspartei.PDS).....	4897, 4902
Minister Herr Dr. Rehberger.....	4898
Herr Gürth (CDU).....	4899
Herr Sachse (SPD)	4900
Herr Dr. Schrader (FDP)	4901

Beschluss..... 4902

TOP 23

Beratung

**12. Tätigkeitsbericht des Ausschusses
für Angelegenheiten der psychiatrischen
Krankenversorgung des Landes Sach-
sen-Anhalt**Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS
- **Drs. 4/2470**

Herr Dr. Eckert (Linkspartei.PDS)..... 4902, 4907
Minister Herr Kley 4903
Frau Vogel (CDU) 4904
Frau Dr. Kuppe (SPD) 4905

Herr Scholze (FDP) 4906

Beschluss 4907

TOP 25

Beratung

**Wahl eines Mitglieds des Beirats nach
§ 39 Abs. 1 des Stasi-Unterlagengesetzes**Wahlvorschlag der Fraktionen der CDU,
der SPD und der FDP - **Drs. 4/2479**

Beschluss 4873

Beginn: 9.06 Uhr.

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Meine Damen und Herren! Hiermit eröffne ich die 68. Sitzung des Landtages von Sachsen-Anhalt der vierten Wahlperiode.

Ich begrüße alle Anwesenden und stelle die Beschlussfähigkeit des Hohen Hauses fest.

Über die Abwesenheit von Mitgliedern der Landesregierung am heutigen Sitzungstag wurde bereits gestern informiert. Es handelt sich um Herrn Minister Jeziorsky, der sich ganztägig entschuldigt hat.

Wir setzen nunmehr die 35. Sitzungsperiode vereinbarungsgemäß mit dem Tagesordnungspunkt 3 fort. Danach folgen die Tagesordnungspunkte 18 und 25.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Aktuelle Debatte

Für die Aktuelle Debatte liegen zwei Beratungsgegenstände vor. Sie wissen, dass in der Aktuellen Debatte die Redezeit für die Fraktionen und für die Landesregierung jeweils zehn Minuten beträgt.

Ich rufe das erste Thema auf:

Ungleiche Bildungschancen in Sachsen-Anhalt - enger Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungskarrieren

Antrag der Fraktion der SPD - **Drs. 4/2480**

Es wird für die Debatte folgende Reihenfolge vorgeschlagen: SPD, FDP, Linkspartei.PDS und CDU. Zunächst hat der Antragssteller, die SPD, das Wort. Frau Mittendorf, bitte sehr.

Frau Mittendorf (SPD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Meine Damen und Herren! Die jüngsten Pisa-Ergebnisse bescheinigen Sachsen-Anhalt beachtliche Verbesserungen in den geprüften Kompetenzbereichen, aber eben auch ganz große Defizite im Hinblick auf die Verteilung der Bildungschancen. Jeder dieser Befunde verdient eine gesonderte Auseinandersetzung und vor allem eine umfangreiche Analyse der Ursachen. Dies ist in einer Aktuellen Debatte nur bedingt möglich.

Wir konzentrieren uns heute schwerpunktmäßig auf die defizitären Befunde, weil diese ein Kernproblem im deutschen Bildungssystem aufgreifen.

(Frau Feußner, CDU: Das war klar! - Zuruf von Herrn Tullner, CDU)

Dies bedeutet aber nicht, dass wir die bemerkenswerten Leistungszuwächse unserer Schülerinnen und Schüler gering schätzen, ganz im Gegenteil. Wir sind darüber erfreut und hoffen, dass sie anhalten.

(Zustimmung bei der CDU - Frau Feußner, CDU: Super!)

Meine Damen und Herren! Nicht erfreulich ist dagegen eine gewisse Schamlosigkeit der Regierungsfractionen

und auch der Landesregierung, die zu jeder Gelegenheit und wahrscheinlich auch heute versuchen werden, diesen Erfolg als ihr Verdienst darzustellen.

(Herr Tullner, CDU: Warten Sie mal ab! - Weitere Zurufe von der CDU)

Ein objektiver Blick auf den Erhebungszeitraum der Studie vom Frühjahr des Jahres 2003 verrät, dass die getesteten 15-jährigen Schülerinnen und Schüler in keinem Punkt von den bildungspolitischen Veränderungen und später wirksam gewordenen Gesetzesnovellierungen von CDU und FDP betroffen sein konnten.

(Oh! bei der CDU)

Herr Minister, auch wenn Sie nicht Mathematik studiert haben - ich habe das auch nicht, aber dafür haben wir uns beide mit Deutsch befasst -, müsste Ihnen rein rechnerisch dieser Sachverhalt klar sein. Jeder, der hier anders argumentiert, betrügt nicht nur sich selbst, sondern vor allem die Öffentlichkeit; das ist keine akzeptable Methode

Meine Damen und Herren! Die Zusammenhänge zwischen sozialer Herkunft und Bildungskarrieren sind ein Gradmesser dafür, wie mit den Chancen von Kindern in einem Bildungssystem umgegangen wird. Die Art, wie ein Land mit der Chancengleichheit umgeht, zeigt wiederum, wie es seine Bildungsressourcen nutzt. Das ist auch der Grund, warum die Untersuchung der Kopplung zwischen sozialer Herkunft und Kompetenzniveau ein fester Bestandteil der Pisa-Studien ist.

(Zuruf von Minister Herrn Prof. Dr. Olbertz)

Die Pisa-Erhebung 2003 stellt diesbezüglich erneut ein schlechtes Zeugnis aus und bescheinigt uns wie schon die Pisa-Studie 2002 in Deutschland und auch in Sachsen-Anhalt ein Gerechtigkeitsproblem.

(Unruhe)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Meine Damen und Herren, könnten Sie bitte den Lärmpegel etwas senken? Es wird sonst sehr kompliziert für unsere Stenografen.

Frau Mittendorf (SPD):

Meine Damen und Herren! Man kann es nicht glauben, aber es ist so: Eine der größten Industrienationen der Welt nutzt ihre vorhandenen Bildungsressourcen eben nicht in dem Maße, wie es notwendig wäre. Das können wir uns schlichtweg nicht leisten. Im internationalen Maßstab gibt es kaum ein Land, in dem die soziale Herkunft so stark die Bildungschancen bestimmt wie in Deutschland. Dabei geht es im Wesentlichen um zwei alarmierende Befunde, die in einem ursächlichen Zusammenhang stehen.

Erstens. Die Chancen für Jugendliche aus unterschiedlichen sozialen Schichten, zum Beispiel ein Gymnasium zu besuchen, sind sehr ungleich verteilt. Während gemäß der Studie im Durchschnitt 61 % der 15-Jährigen aus begüterten Familienverhältnissen ein Gymnasium besuchen, sind es bei den 15-Jährigen aus sozial schwachen Schichten nur 8 %.

Zweitens. Die Kompetenzverbesserungen sind nicht gleichmäßig über die Schulformen verteilt. Während die Gymnasien Zuwächse nachweisen können, gibt es an Hauptschulen kaum oder wenig Kompetenzzuwächse.

Der in der letzten Woche der Öffentlichkeit vorgestellte zweite Ländervergleich bescheinigt, wie bereits erwähnt, auch unserem Land große Defizite im Hinblick auf die Chancengleichheit. So haben Kinder aus sozial schwachen Familienverhältnissen, wohl gemerkt bei gemessenen gleichen Grundfähigkeiten, in unserem Bundesland eine über sechsmal geringere Chance als Kinder aus der Oberschicht, ein Gymnasium zu besuchen.

Damit nimmt unser Land den vorletzten Rang im innerdeutschen Vergleich ein und befindet sich erheblich über dem schon inakzeptablen bundesdeutschen Durchschnitt, der bei einer viermal geringeren Chance liegt. Lässt man die vergleichbaren Grundfähigkeiten außer Acht, liegt Sachsen-Anhalt im bundesdeutschen Vergleich auf dem letzten Platz. In diesem Fall ist die Chance für Kinder aus sozial schwachen Familienverhältnissen, ein Gymnasium zu besuchen, sogar zehnmal geringer.

Als ob diese Befunde nicht schon erschreckend genug wären, schockieren die Stellungnahmen unseres Kultusministers in den Medien dazu umso mehr. So äußerte sich Professor Olbertz in den vergangenen Tagen in den Medien mehrfach wie folgt - ich zitiere -: Es sei keineswegs von vornherein beunruhigend, wenn Kinder mit einem guten Realschulabschluss in die Fußstapfen ihrer Eltern träten und eine Facharbeiter- oder Handwerkerlehre absolvierten.

(Minister Herr Prof. Dr. Olbertz: Was ist denn daran beunruhigend?)

- Das werde ich Ihnen gleich sagen, lieber Herr Olbertz.

(Zurufe von Minister Herrn Prof. Dr. Olbertz und von Frau Bull, Linkspartei.PDS)

Herr Minister, wenn die diesbezüglichen Befunde der Pisa-Studie für Sachsen-Anhalt nicht beunruhigend für Sie sind, dann stimmt das bedenklich, und es offenbart - das ist das Entscheidende - Ihr antiquiertes Verständnis von Chancengleichheit im Bildungssystem.

(Zustimmung bei der SPD und bei der Linkspartei.PDS - Frau Feußner, CDU, lacht)

Man gewinnt den Eindruck, als verführen Sie nach dem Grundsatz: Schuster, bleib bei deinen Leisten: Vater Maurer - Sohn Maurer, Mutter Ärztin - Tochter Ärztin.

Solche Äußerungen eines Kultusministers halten wir für sehr bedenklich und vor allem auch für sehr bedauerlich; denn er müsste es eigentlich besser wissen. Es reicht eben oft nicht mehr aus, dass Jugendliche in die Fußstapfen ihrer Eltern treten. Um künftig - wir reden über die Zukunft - beruflich und privat erfolgreich zu sein, muss man häufig mehr wissen als die Eltern und auch häufig einen höheren Schulabschluss erwerben.

Der Wissenschaftsrat, meine Damen und Herren, prognostiziert für den Zeitraum bis zum Jahr 2015 einen Bedarf von 30 % an Arbeitsplätzen für Hochschulabsolventen. Dagegen beträgt der Anteil der Hochschulabsolventen an der erwerbstätigen Bevölkerung gegenwärtig in Deutschland nur 18 %. Ich wiederhole: 18 %. Im internationalen Maßstab gerät Deutschland damit gegenüber Ländern wie zum Beispiel den USA mit 29 % weiter ins Hintertreffen.

Im Gegenzug wird prognostiziert, dass der Anteil der Arbeitsplätze mit einfachen Tätigkeitsprofilen in den nächsten beiden Jahrzehnten unter 20 % fallen wird. Damit

gehen die Beschäftigungschancen für gering Qualifizierte weiter erheblich zurück.

Meine Damen und Herren! Vor diesem Hintergrund kann man die in den letzten drei Jahren von der CDU-FDP-Landesregierung und den sie tragenden Fraktionen vorgenommenen bildungspolitischen Weichenstellungen wie zum Beispiel die Wiedereinführung des Hauptschulbildungsganges und die Zugangsbeschränkung beim Gymnasium nur als Anachronismus bezeichnen.

(Herr Tullner, CDU: Billige Polemik! - Zuruf von Frau Feußner, CDU)

Die entscheidende Frage, die sich stellt, lautet: Wie erreichen wir in Sachsen-Anhalt, aber auch in ganz Deutschland, eine Entkoppelung des hohen Zusammenhangs zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg?

(Zustimmung bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Ein „weiter so“ führt uns nicht zum Erfolg. Herr Dr. Volk, wir wären froh, wenn wir Ihre Gewissheit hätten, dass das bestehende Schulsystem eine gute Grundlage sei, um jeden Schüler entsprechend seinen individuellen Fähigkeiten zu fördern. Nur, die aktuellen Ergebnisse der Pisa-Studie beweisen gerade das Gegenteil.

Es ist noch Schlimmeres für Sachsen-Anhalt zu befürchten. Die von CDU und FDP beschlossenen Zugangsbeschränkungen beim Gymnasium bzw. die Wiedereinführung des Hauptschulbildungsganges konnten natürlich aufgrund der Zeitläufe bei der Studie im Jahr 2003 noch keine Berücksichtigung finden. Es scheint sehr wahrscheinlich zu sein, dass sich die Befunde im Hinblick auf die starke Koppelung von sozialer Herkunft und Schulerfolg weiter verschlechtern werden. Warten wir die Pisa-Studie im Jahr 2006 ab.

Meine Damen und Herren! Auf die dargestellte Situation müssen wir reagieren - ich denke, auf jeden Fall anders als die gegenwärtige Landesregierung. Ignoranz und Selbstbeweihräucherung helfen uns bei der Problemlösung nicht.

(Minister Herr Prof. Dr. Olbertz: Manometer!)

Es gilt, das Schulsystem so auszurichten, dass die Bildungsbeteiligung steigt, dass der Anteil der Schülerinnen und Schüler ohne bzw. mit unteren Bildungsabschlüssen sinkt und dass sich der Anteil der Jugendlichen, die eine Hochschulzugangsberechtigung erwerben, deutlich erhöht. Wir können es uns nicht mehr erlauben, auf nicht geförderte Potenziale zu verzichten.

Auch dazu ist es neben vielen anderen Maßnahmen notwendig, das gegliederte Schulsystem auf den Prüfstand zu stellen. Es muss erlaubt sein zu hinterfragen, inwieweit die frühe Aufteilung auf die verschiedenen Bildungsgänge eine Chancengleichheit zumindest behindert; denn von einer wirklichen Chancengleichheit kann in keinem Bundesland in Deutschland gesprochen werden.

Die internationale Grundschulleseuntersuchung Iglu 2004 hat sehr deutlich nachgewiesen, dass bei der Erstellung von Schullaufbahneempfehlungen häufig eben nicht die Leistung im Vordergrund steht, sondern die soziale Herkunft.

(Frau Feußner, CDU: So ein Quatsch! Das stimmt doch gar nicht!)

- Lesen Sie einmal nach, Frau Feußner. - Natürlich ist die individuelle Förderung ein Schlüsselwort für Leistungs- und Kompetenzzuwachs. Eines überzeugt mich jedoch nicht: dass allein Veränderungen im Unterrichtsgeschehen mit verstärkter individueller Förderung und anderen Punkten, die wir allgemein bekanntermaßen als innere Schulreform bezeichnen und über die ich jetzt nicht referieren möchte - das gehört natürlich dazu -, die vorhandenen Probleme innerhalb des jetzigen Systems nachhaltig beheben können; denn eine verstärkte individuelle Förderung in den einzelnen Schulformen löst eben nicht zum Beispiel das Problem der Chancengleichheit beim Zugang zum Gymnasium.

Nach unserer Überzeugung könnte eine längere gemeinsame Schulzeit gekoppelt mit einem differenzierten System der individuellen Förderung und vielen Dingen mehr einen erheblichen Beitrag dazu leisten, die Chancengleichheit im Bildungssystem zu erhöhen oder erst herzustellen. Die Leistungszuwächse, die in allen Schulformen bei der Pisa-Studie im Jahr 2003 nachgewiesen wurden, bestärken uns in diesem Ansinnen; denn die getesteten Schüler haben die im Jahr 1997 von der SPD-Landesregierung eingeführte Förderstufe und ebenfalls den gemeinsamen Sekundarschulbildungsgang durchlaufen. Sie haben damit sechs Jahre gemeinsam gelernt. Sachsen-Anhalt hat eigentlich jetzt diesbezüglich die ersten Früchte der damaligen Schulreformen geerntet.

(Zuruf von Minister Herrn Prof. Dr. Olbertz - Frau Feußner, CDU: Die haben Sie selbst geerntet!)

Sehr geehrter Herr Olbertz, sehr geehrte Frau Feußner, sehr geehrter Herr Kultusminister, es zeugt von großer Ignoranz, aber auch Arroganz, diesen objektiven Tatbestand in einem Zeitungsinterview als einen Kalauer abzutun, auch wenn Sie beide Reformen inzwischen wieder abgeschafft haben.

Wir brauchen einen offenen, unvoreingenommenen und wirklich nichts ausklammernden gesellschaftlichen Diskurs über die Zukunft der Bildung in Deutschland und damit auch in Sachsen-Anhalt.

(Herr Tullner, CDU: Ja, gern!)

Über diese Dinge in ihrer Gesamtheit soll in dem von uns vorgeschlagenen unabhängigen Bildungskonvent anhand unseres Konzepts zur mittelfristigen Einführung einer allgemein bildenden Oberschule, in der die Schüler gemeinsam länger lernen, diskutiert werden. Mit diesem Vorschlag aus dem Zukunftspapier verbinden wir die Hoffnung und vor allen Dingen den Willen, die Schwächen und die Ungerechtigkeiten des jetzigen Schulsystems endlich zu überwinden und damit die Schule in Sachsen-Anhalt wirklich zukunftsfähig zu machen. - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Zustimmung bei der SPD - Zuruf von Herrn Tullner, CDU - Unruhe)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Frau Mittendorf. - Seitens der Landesregierung hat der Kultusminister Herr Professor Dr. Olbertz um das Wort gebeten. Bitte sehr.

Herr Prof. Dr. Olbertz, Kultusminister:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Vor einer Woche wurden in Berlin die Gesamtergebnisse des Ländervergleichs aus der jüngsten Pisa-Studie zu den Leistungen 15-jähriger Schülerinnen und Schüler vor-

gestellt; sie wurden bereits in einem Vorbericht im Juli 2005 veröffentlicht.

Sachsen-Anhalt ist vom drittletzten Platz bei der vorherigen Erhebung in das vordere Mittelfeld der Länder aufgerückt. Im Bereich Mathematik liegt es auf Platz 5, in der Gesamtbewertung der drei einbezogenen Leistungsbereiche auf dem 6. Platz aller Bundesländer. Die Ergebnisse zeigen, dass wir ein gutes Stück vorangekommen sind

(Zustimmung von Frau Weiß, CDU)

und unter allen Bundesländern sogar die höchsten Zuwächse im Leistungsvermögen der Schülerinnen und Schüler zu verzeichnen haben.

Zugleich ist es richtig, dass uns der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Schulkarriere in Deutschland weiterhin ernsthaft beschäftigen muss. Dieser Befund verlangt aber vor allem eine sachkundige und sorgfältige Analyse.

Die SPD greift mit der heutigen Debatte das auf, was zahlreiche Medien von der jüngsten Pisa-Veröffentlichung verbreitet haben. Nicht die insgesamt wesentlich besseren Ergebnisse, übrigens aller Bundesländer, werden dabei aufgegriffen, sondern die Aussagen, die Chancengerechtigkeit im deutschen Bildungswesen sei schlecht ausgeprägt, die Bildungsbenachteiligung habe sich sogar zugespitzt und in einigen Bundesländern gehe es besonders ungerecht zu.

Die SPD bemüht hierbei auch Sachsen-Anhalt. Vielleicht lässt sich so das gute Abschneiden der Schülerinnen und Schüler aus unserem Land bei der jüngsten Pisa-Untersuchung am besten schmälern.

(Zustimmung bei der CDU - Frau Feußner, CDU: Richtig! Das ist genau der Punkt, weil sie nicht damit leben können, dass wir so gut geworden sind! - Zuruf von Frau Mittendorf, SPD)

Auf wen Sie sich dabei berufen, Frau Mittendorf, ist mir unklar - auf die Pisa-Studie jedenfalls nicht; denn von dem deutschen Untersuchungsleiter des Pisa-Konsortiums in Berlin ist Folgendes deutlich unterstrichen worden - er sagte wörtlich -:

„Die Schulen sind zwischen Pisa 2000 und Pisa 2003 nicht sozial ungerechter geworden.“

(Zustimmung bei der CDU - Frau Feußner, CDU: Genau so ist es!)

Das macht sie natürlich auch nicht gerechter. Aber hauptsächlich leidet die derzeitige Diskussion darunter, dass man zwar von Ungerechtigkeit spricht, doch dabei im Unklaren lässt, woran man sie misst.

(Frau Feußner, CDU: Richtig!)

Zugang und Teilhabe an formalisierten Bildungsprozessen sind besonders sensible Bereiche distributiver Gerechtigkeit. Formale Bildungsprozesse haben typischerweise das Doppelgesicht von Status und von Kompetenzerwerb. Natürlich ist es wünschenswert, dass hohe Abschlüsse mit hohen Kompetenzen verbunden sind - und umgekehrt. Die Studie macht aber deutlich, dass das nicht so ist.

Gerade das viel gescholtene Bayern liefert hierfür den interessantesten Befund. Ich bitte Sie, nun aufzupassen. Zieht man den Zusammenhang von sozialer Herkunft und Besuch der Schulform in Betracht, so ist er in Bayern, gefolgt von Sachsen-Anhalt, in der Tat am größten.

Betrachtet man jedoch den Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und erreichtem Kompetenzniveau der Schülerinnen und Schüler, so ist der Zusammenhang zur Herkunftsfamilie in Bayern unter allen Ländern am geringsten. Sachsen-Anhalt liegt im Hinblick auf dieses Kriterium in einem guten Mittelfeld.

Die Frage ist eben, ob man zur Bewertung der Chancengleichheit die jeweils besuchte Schulform heranziehen will, also ein formales Kriterium, das unabhängig vom erreichten Kompetenzniveau betrachtet wird, oder ob man die in der Untersuchung festgestellten Schülerleistungen in das Verhältnis zur sozialen Herkunft setzt. Dann haben zum Beispiel Migrantenkinder in Bayern nach wie vor die besten Chancen und die soziale Selektivität ist am geringsten ausgeprägt.

(Frau Feußner, CDU: Genau! - Herr Borgwardt, CDU: So ist es!)

Das allgemeine Kompetenzniveau quer zur sozialen Schichtung ist nirgendwo so hoch wie dort. Der Zusammenhang zwischen tatsächlichem Kompetenzerwerb und sozialer Herkunft ist nirgends so gering.

(Herr Borgwardt, CDU: Das ist wahr!)

Ein anderes Beispiel ist Brandenburg. Dort ist die soziale Selektivität bezüglich der besuchten Schulformen am geringsten, das durchschnittliche Kompetenzniveau in Mathematik aber auch.

(Frau Feußner, CDU: Am geringsten!)

- Es ist auch am geringsten, jedenfalls relativ gering, Rang zwölf unter den 16 Ländern und deutlich unter dem OECD- und auch unter dem deutschen Durchschnitt.

Besteht nun deshalb in Brandenburg und Bayern dieselbe Chancengerechtigkeit? Sozial ausgewogene Verhältnisse herrschen in gewisser Beziehung ja nicht nur dort, wo alle viel wissen und viel können, sondern auch dort, wo alle gleichermaßen relativ wenig wissen und können.

(Herr Borgwardt, CDU: So ist es!)

Der Pisa-Bericht bezieht hierzu eindeutig Position. Dort heißt es wörtlich - ich empfehle dringend, ihn zu lesen -:

„Für das lebenslange Lernen und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist die erreichte Kompetenz ausschlaggebend, nicht die besuchte Schulart.“

(Frau Feußner, CDU: Ja!)

Die soziale Herkunft übrigens wird mit dem sozioökonomischen Index International Socio-Economic Index erfasst. Dabei geht es um die sozialökonomische Stellung der Eltern, das kulturelle und das soziale Kapital der Familie, Größe und Struktur, Eltern-Kinder-Beziehung usw. Übrigens hat sich dabei herausgestellt, dass zwar nicht das materielle Kapital, aber das kulturelle Kapital der ostdeutschen Familien höher als bei den westdeutschen ist und - das ist noch spannender - dass dies an der Qualifikation und der beruflichen Stellung der Mütter liegt. Das sind, finde ich, wirklich die spannenden Befunde.

(Frau Feußner, CDU: Da seht ihr einmal: Wir Frauen im Osten! - Zuruf von Herrn Gallert, Linkspartei.PDS)

- Ja, das ist sehr interessant, auch zeitgeschichtlich. Deswegen habe ich es erwähnt.

(Frau Feußner, CDU: Das wussten wir schon immer!)

Im Hinblick auf das also gerade für die Chancengleichheit entscheidende Kompetenzniveau steht Sachsen-Anhalt nicht an vorletzter Stelle, sondern über alle Kompetenzbereiche hinweg etwa an der sechsten und weicht damit im Übrigen auch nicht signifikant vom OECD-Durchschnitt ab.

Außerdem zeigt sich, dass die soziale Schere umso weniger geöffnet ist, je höher das durchschnittliche Kompetenzniveau der Gesamtschülerschaft ist. Also ist es richtig, zuerst auf die Erhöhung des allgemeinen Kompetenzniveaus zu setzen, gerade wenn es um Chancengleichheit geht, und nicht primär auf die Schulform.

So hat sich zum Beispiel schon im Jahr 2000 herausgestellt, dass es in Deutschland eine wesentlich geringere Koppelung zwischen der Sozialschicht und der erreichten Lesekompetenz gibt als zwischen der Sozialschichtzugehörigkeit und dem Besuch eines Gymnasiums. Viele Real- bzw. Sekundarschüler, übrigens gerade in Bayern, erreichen in ihren Leistungen das Niveau von Gymnasialschülern.

Auch bei Pisa 2003 wurde die Bedeutung des sozioökonomischen Status für die Kompetenzentwicklung - in diesem Fall übrigens für Mathematik - näher untersucht. Betrachtet man die Leistungen der Schülerinnen und Schüler aus verschiedenen Schulformen in Sachsen-Anhalt, so ist festzustellen, dass bei den Naturwissenschaften und in der Lesekompetenz die leistungstärkere Hälfte der Sekundarschülerinnen und -schüler das gleiche Kompetenzniveau aufweist wie die leistungsschwächere Hälfte an den Gymnasien. Die Durchmischung ist also wesentlich größer, als hier suggeriert wird.

(Herr Tullner, CDU: Genau!)

Im Bereich des Problemlösens wird in beiden Schularten das gleiche Niveau erreicht. In der Pisa-Studie heißt es dazu wörtlich:

„Dies ist ein Hinweis darauf, dass es in Sachsen-Anhalt weitgehend gelingt, das kognitive Potenzial der Schülerinnen und Schüler in mathematische Kompetenz umzusetzen.“

Das ist also unabhängig von der Schulform ein Befund. Das erkläre ich nicht mit stolzgeschwellter Brust, sondern ich zitiere aus einer renommierten wissenschaftlichen Studie. Das sollte ich vielleicht auch kurz erwähnen.

(Zustimmung bei der CDU)

All das zeigt, dass es keineswegs ein Indiz für mangelnde elterliche oder schulische Förderung ist, wenn Eltern, die selbst über einen Realschulabschluss verfügen, ihre Kinder auf die Realschule schicken. Das Gymnasium kann doch nicht die allgemein gültige Norm für eine wünschenswerte Schullaufbahn sein, die alle Schülerinnen und Schüler unbedingt erreichen oder anstreben müssen.

(Frau Bull, Linkspartei.PDS: Die müssen doch die gleiche Möglichkeit haben!)

- Die Möglichkeit haben sie ja.

(Herr Gallert, Linkspartei.PDS: Die haben sie eben nicht! - Herr Borgwardt, CDU: Die haben sie doch! - Zuruf von Minister Herrn Dr. Daehre - Unruhe)

Es ist schlicht ein Unding - -

(Zuruf von Minister Herrn Dr. Daehre - Herr Gallert, Linkspartei.PDS: Beantwortet das unsere Frage? - Unruhe)

- Lassen Sie mich das doch bitte sagen.

(Zurufe von Minister Herrn Dr. Daehre, von Frau Bull, Linkspartei.PDS, und von Herrn Gallert, Linkspartei.PDS - Unruhe)

Es ist schlicht - -

(Zuruf von Minister Herrn Dr. Daehre)

Es ist schlicht ein Unding - -

(Minister Herr Dr. Daehre: Was ist daraus geworden? - Zuruf von Herrn Gallert, Linkspartei.PDS)

- Möchten Sie nach vorn kommen? Dann führen wir das anders zu Ende.

(Herr Gallert, Linkspartei.PDS: Nein! Ich hatte nur einen Disput mit Ihrem Kollegen!)

- Ach so. - Es ist schlicht ein Unding, es als Verstoß gegen die Chancengleichheit oder pauschal als Misserfolg zu bewerten, wenn Eltern mit ihren Kindern - aus welchen Gründen auch immer - davon abweichende Ziele verfolgen.

Noch etwas: In der öffentlichen Wahrnehmung wird die Sekundarschule damit kaputtgemacht, und zwar auf Kosten der Kinder, die vielleicht gerade dort die beste Förderung erhalten können. Im Anschluss an ein schlechtes Abitur und eine mangelnde schulische Förderung der eigentlichen Potenziale ist die Auslese etwa durch das Selbstauswahlrecht der Hochschulen oder im Wettbewerb um die attraktivsten Ausbildungsplätze mit Sicherheit später viel härter, als es bei einer klugen Differenzierung nach dem Grundsatz der bestmöglichen Förderung eines jeden Kindes durch den gewählten Bildungsgang der Fall ist.

Ein letzter Aspekt. Frau Mittendorf, wenn das gute Abschneiden der Schülerinnen und Schüler aus Sachsen-Anhalt allen Ernstes auf die Förderstufe zurückgeführt wird, dann muss sie gerade in Bezug auf die soziale Ausgewogenheit grandios versagt haben.

(Starker Beifall bei der CDU und von der Regierungsbank - Frau Feußner, CDU: Richtig! Genau so ist es!)

Die Schülerinnen und Schüler, die bei Pisa 2003 getestet worden sind, waren in der Regel im Schuljahr 1997/1998 in die 5. Klasse der Sekundarschule, also in die Förderstufe eingetreten.

Meine Damen und Herren! Die derzeitige Übergangsquote - 43 % der Grundschüler gehen auf ein Gymnasium - macht deutlich, dass in Sachsen-Anhalt eine große Anzahl von Schülerinnen und Schülern den Weg zum Abitur einschlägt, und zwar nicht nur aus dem so genannten Bildungsbürgertum. Dessen ungeachtet bleibt die Aufgabe bestehen, den Anteil von Kindern aus Arbeiterfamilien an den Gymnasien und später an den Hochschulen zu erhöhen. Das stelle ich gar nicht in Abrede.

Ich möchte nur die Diskussion zur Chancengerechtigkeit über das erreichte Kompetenz- und Leistungsniveau führen und nicht über die formale Seite der jeweils besuchten Schulform; denn dann diskreditieren wir den mittleren Schulbildungsweg, und zwar komplett.

(Frau Feußner, CDU: Richtig!)

Dann brauchen wir uns nicht darüber zu wundern, dass dieser am Boden liegt und niemand dieser Schulform

mehr zutraut, die Kinder angemessen, gezielt und abschlussbezogen zu fördern.

(Beifall bei der CDU, bei der FDP und von der Regierungsbank)

Natürlich funktioniert das nur - deswegen stehe ich diesem gegliederten System durchaus nicht unkritisch gegenüber -, wenn auf jeden Abschluss ein Anschluss folgt. Das ist allerdings ein sehr wichtiger Punkt, bei dem wir noch einiges zu tun haben.

(Zustimmung bei der CDU, bei der FDP und von der Regierungsbank)

Ihr Antrag verlangt eine klare Analyse. Dazu gehört nun einmal auch, dass man die Befunde erst einmal richtig und nicht verkürzt zur Kenntnis nimmt.

Frau Mittendorf, mir ist es lieber, darüber nachzudenken, wie man vergleichsweise hohe Kompetenzen weiter erhöhen und mit den entsprechenden formalen Berechtigungen verbinden kann, als darüber nachzusinnen, wie man vergleichsweise niedrige Kompetenzen mit möglichst hohen Abschlüssen verbinden kann.

(Beifall bei der CDU, bei der FDP und von der Regierungsbank)

Insgesamt - das ist mein letzter Absatz - können wir uns durch die Ergebnisse der Pisa-Studie bestärkt sehen, vor allem in dem Ansatz, an den Schulen die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler weiter auszubauen und ebenso durchdachte wie beherrzte Maßnahmen gegen das Zurückbleiben zu ergreifen.

Dazu gehören der Bildungsplan für den Kindergarten ebenso wie die flexible Schuleingangsphase, die neuen kompetenzorientierten Lehrpläne ebenso wie die besonderen Projekte für benachteiligte Schülerinnen und Schüler, beispielsweise das produktive Lernen, und nicht zuletzt auch die Ganztagsförderung sowie das neue Konzept der Lehrerfortbildung zur Stärkung der didaktischen Kompetenz und der Diagnosefähigkeit der Lehrerinnen und Lehrer.

Mit all diesen Initiativen hat das Land inzwischen erste gute Ergebnisse vorzuweisen; zum Beispiel ist die Quote der Schülerinnen und Schüler, die das Schulsystem unterhalb des Hauptschulabschlusses verließen, nach der neuesten amtlichen Schulstatistik von rund 14 % auf 11 % gesunken. Das ist ein guter Trend, auch wenn es noch lange kein befriedigendes Ergebnis ist. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, bei der FDP und von der Regierungsbank)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke, Herr Minister. - Bevor ich Herrn Dr. Volk für die FDP das Wort erteile, habe ich die Freude, Studentinnen und Studenten aus Texas bei uns zu begrüßen. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Herr Dr. Volk, Sie haben das Wort.

Herr Dr. Volk (FDP):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Diskussion unter dem Schlagwort „Pisa“ erregt immer wieder die Gemüter, und das ist gut so. Denn Bildungspolitik muss im Fokus des öffent-

lichen Interesses stehen, sonst besteht in unserer am Effekt orientierten Gesellschaft die Gefahr, dass sie aus dem Blickfeld des öffentlichen Interesses gerät.

Das bedeutet aber nicht, dass man jede Aussage einer wissenschaftlichen empirischen Untersuchung aus dem Gesamtzusammenhang herauslösen, diese skandalisieren und zur Schlagzeile machen kann. Nein, meine Damen und Herren, so diskreditiert man sich selbst. Das ist unseriös und sollte nicht den Stil unserer bildungspolitischen Debatten prägen.

Dass ich diese Aussage an den Anfang meines Redebeitrages stelle, ist weniger dem Thema der Aktuellen Debatte als vielmehr der Begründung für die Aktualität der heute angemeldeten Debatte geschuldet. Die vierhundertseitige Studie wurde vor einer Woche vorgestellt. Ich wage festzustellen, dass viele nicht mehr als die Kurzzusammenfassung durchgesehen haben.

Das Pisa-Programm wurde von der OECD ins Leben gerufen mit dem Ziel, die Mitgliedstaaten über die Stärken und Schwächen ihrer Bildungssysteme zu informieren. Pisa untersucht regelmäßig die bereichsspezifischen Kompetenzen von 15-jährigen Schülerinnen und Schülern in Mathematik, Lesen und Naturwissenschaften, aber auch deren Fächer übergreifende Verfügbarkeit. Pisa befragt darüber hinaus die Schülerinnen und Schüler zu ihrer Wahrnehmung von Schule und Unterricht sowie zu Merkmalen der familiären Umgebung. Dazu gehören Angaben zur sozioökonomischen Stellung der Familie, zum erreichten Ausbildungsniveau der Eltern und zum häuslichen Besitz.

Auf diese Weise kann analysiert werden, inwieweit die soziale und kulturelle Herkunft mit Unterschieden in der Kompetenz und in der Bildungsbeteiligung verbunden ist; denn die Zusammenhänge zwischen sozialer Herkunft und Kompetenzerwerb - so wird geschlussfolgert - gelten als Indikatoren für Chancengerechtigkeit im Bildungssystem und für die gesamtgesellschaftliche Nutzung von Bildungsressourcen.

Die Angaben zum sozialökonomischen und kulturellen Hintergrund werden in korrelierende Werte umgerechnet und zu einem allgemeinen Maß der sozialen Herkunft, dem Index of Economic, Social and Cultural Status, dem ESCS-Wert kombiniert. Die Teilung dieses Indexes definiert dann die sozialen Schichten. Ich halte das für außerordentlich problematisch.

(Zustimmung von Herrn Schomburg, CDU)

Für Gesamtdeutschland wird eine im internationalen Vergleich straffe Koppelung zwischen sozialer Herkunft und Lernkompetenz festgestellt. Das war im Jahr 2000 so und wurde auch für das Jahr 2003 attestiert.

Im Ländervergleich - bei Pisa 2003 wurde die mathematische Kompetenz untersucht - wird für Bayern, Sachsen und Thüringen eine günstige Kombination festgestellt: ein hohes Kompetenzniveau bei schwacher Koppelung an die soziale Herkunft. Das Land Sachsen-Anhalt liegt im guten Mittelfeld.

Problematisch ist die Kombination: niedriges Kompetenzniveau bei enger Koppelung an die sozialer Herkunft, die in einigen Ländern, etwa Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen und Bremen, vorzufinden ist.

Diese Aussage wird jedoch durch die Bewertung der relativen Wahrscheinlichkeit des Besuches eines Gymna-

siums für Jugendliche unterschiedlicher Herkunft, unterschiedlicher Schichten nach der ESCS-Verteilung konkretisiert. Diesen Fakt haben Sie, Frau Mittendorf, herausgegriffen.

Es wird festgestellt, dass die relative Wahrscheinlichkeit des Besuchs eines Gymnasiums für Jugendliche aus den beiden oberen Quartilen der ESCS-Verteilung um ein Mehrfaches größer ist. Hinsichtlich des Ausmaßes der Erhöhung gibt es zwischen den Ländern erhebliche Unterschiede. In diesem Punkt - darin gebe ich Ihnen Recht - weisen Bayern und Sachsen-Anhalt einen sehr großen Abstand zum nationalen Durchschnitt auf. - So weit das Ergebnis der wissenschaftlichen Studie.

Es ist grundsätzlich richtig, dass eine strenge Korrelation zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg kritisch hinterfragt werden muss. Allerdings spielen dabei vielfältige Faktoren eine Rolle, die zum Teil auch nur bedingt von der Politik beeinflusst werden können. Dazu gehört die individuelle Intelligenz sicherlich ebenso wie die familiären Bedingungen, etwa eine bessere Förderung durch ein bildungsnahes Umfeld, die verstärkte Nutzung von Förderunterricht in den Familien, bessere häusliche Bedingungen zum Lernen oder auch nur eine stärkere Betonung des Wertes von Bildung in der Familie. Schließlich müssten auch die der Erhebung zugrunde liegenden Methoden und die Schichteneinteilung kritisch geprüft werden.

Der Befund, dass im Jahr 2003 in Sachsen-Anhalt eine Chancenungleichheit nachgewiesen wurde, bedarf einer gründlichen Analyse und nicht einer vorschnellen polemischen Schuldzuweisung, wie Sie, Frau Mittendorf, sie vornehmen und auch in der Vergangenheit vorgenommen haben.

(Zustimmung von Frau Feußner, CDU)

Im Zusammenhang mit den im Jahr 2002 bekannt gegebenen schlechten Ergebnissen der ersten Pisa-Studie zwischen den Bundesländern, die sich auf das Jahr 2000 bezog, stellten Sie, Frau Mittendorf, im Jahr 2002 richtig fest, dass die Probanden ein klassisch gegliedertes Schulsystem durchlaufen haben, das von der CDU-FDP-Regierung Anfang der 90er-Jahre eingeführt worden war.

Nach den Vorabinformationen zu der Studie Pisa 2003, die ein deutlich verbessertes Leistungsniveau erkennen ließen, schrieben Sie dann im Juli dieses Jahres: Die jetzt getesteten Jugendlichen haben die Förderstufe durchlaufen. - So weit, so richtig steht es auf der Homepage der SPD-Fraktion. Allerdings kann man dort nicht lesen, dass die zweite Studie gegenüber der ersten Studie einen stärkeren Zusammenhang zwischen Bildungschancen und sozialer Herkunft in Sachsen-Anhalt aufweist. Nun könnte man ebenso platt wie Sie formulieren: Die Förderstufe hat den Besuch eines Gymnasiums für Kinder aus den unteren sozialen Schichten erheblich erschwert.

(Zustimmung von Frau Feußner, CDU, und von Herrn Schomburg, CDU)

Bereits im Jahr 2000 wurden die Chancen für den Besuch eines Gymnasiums in Abhängigkeit von der Zugehörigkeit zu sozialen Schichten untersucht. Wenngleich der direkte Vergleich zum Jahr 2003 wegen der anderen Einteilung schwieriger ist, fällt auf, dass Sachsen-Anhalt im Jahr 2000 im Ranking der gerechten Bildungssysteme nach Sachsen, Brandenburg und Thüringen den vier-

ten Platz belegte. Im Jahr 2003 dagegen - ich erinnere an die Probanden, die die Förderstufe durchlaufen mussten - war Sachsen-Anhalt auf Platz 15 abgerutscht.

Ich darf zur Unterstützung noch einmal Frau Mittendorf zitieren, die in der vorigen Woche sagte:

„Die von CDU und FDP inzwischen beschlossenen Zugangsbeschränkungen zum Gymnasium bzw. die Wiedereinführung des Hauptschulbildungsgangs fanden in dieser Studie noch keine Berücksichtigung.“

(Frau Mittendorf, SPD: Kann ja nicht!)

Sie haben Recht. Anderenfalls wäre das Ergebnis wahrscheinlich besser ausgefallen. - Man könnte so fortfahren.

Das zeigt, dass die Debatte der SPD keine Grundlage hat. Das Ergebnis, das Sie beklagen, stammt aus Schulsystemen, die wir in den letzten Jahren reformieren mussten und vor allen Dingen inhaltlich neu ausgerichtet haben. Schnellschüsse, unausgeformte Konzepte, ideologisierte Bildungsansätze wie Ihre Gemeinschaftsschule sind der Sache nicht dienlich, verunsichern und führen in eine Sackgasse.

Insgesamt ist die Debatte ein Beispiel dafür, wie man bei einem populären Thema mit einer unreflektierten Wiedergabe von Teilergebnissen bisweilen Stimmung machen kann, was dem Gesamtergebnis schadet.

(Zustimmung bei der CDU)

Deshalb bleibt nur festzustellen: Es ist wichtig, dass wir über die Ergebnisse von Pisa 2003 nachdenken und politisches Handeln hinterfragen. Das tun wir als Koalition. - Besten Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke, Herr Dr. Volk. - Für die Linkspartei.PDS spricht der Abgeordnete Herr Höhn. Bitte sehr.

Herr Höhn (Linkspartei.PDS):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu Beginn dieser Legislaturperiode hatten wir schon einmal eine Aktuelle Debatte zum Abschneiden der Bundesrepublik bzw. des Landes Sachsen-Anhalt beim Pisa-Test. Nun neigt sich die Wahlperiode dem Ende entgegen und die nächste Aktuelle Debatte, dieses Mal zu dem neuesten Test, hat dieses Haus erreicht.

Um es vorwegzunehmen: Den Durchbruch haben wir nicht geschafft. Zwar haben wir Steigerungen im Gymnasium zu verzeichnen - das ist auch anzuerkennen -, aber das ist auch schon alles. Zufriedenheit wäre völlig fehl am Platze. Im Grunde plagten uns dieselben Probleme wie vor drei Jahren.

Eines will ich auch sehr deutlich sagen - damit komme ich auf die Bemerkungen zur Förderstufe zu sprechen -: Dass wir nach wie vor nicht über das Mittelmaß hinauskommen, dafür tragen alle hier im Haus vertretenen Parteien mit ihren Entscheidungen seit 1990 Verantwortung.

(Minister Herr Prof. Dr. Olbertz: Vor 1990!)

Niemand kann sich wegducken; alle müssen die Politik der letzten Jahre kritisch überprüfen. Bevor ich darauf und auf unsere Vorschläge für die Zukunft zu sprechen

komme, will ich auf einige Ergebnisse der Studie etwas näher eingehen.

Der Pisa-Ländervergleich zeigt, dass Sachsen-Anhalt mit einer Chance von 6,2 : 1 nach Bayern den zweiten Platz hinsichtlich der Abhängigkeit des Bildungserfolgs vom sozialen Hintergrund der Familien einnimmt.

(Minister Herr Prof. Dr. Olbertz: Nicht des Bildungserfolgs, sondern der Schulform!)

- Herr Olbertz, ich habe bei Ihnen auch nicht dazwischengeredet.

(Minister Herr Dr. Daehre: Aber doch!)

Sachsen-Anhalt liegt damit deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Schülerinnen und Schüler derselben Schulform besitzen je nach ihrem elterlichen Hintergrund einen Kompetenzvorsprung von bis zu zwei Schuljahren. Bedenkt man, dass sich die mittleren Kompetenzwerte zwischen den unterschiedlichen Schulformen in Sachsen-Anhalt um mehr als 100 Punkte - das entspricht etwa zwei Schuljahren - unterscheiden, dann wird die Mär von der Chancengleichheit und der Gleichwertigkeit der Bildungswege offensichtlich.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS - Zuruf von Herrn Schomburg, CDU)

Wer also in der Hauptschule oder bei uns im Hauptschulunterricht landet, hat kaum noch die Chance, einen höheren Bildungsabschluss zu erwerben.

(Frau Feußner, CDU: Quatsch!)

Interessant ist, dass sich die Niveaus in Sachsen-Anhalt dabei stark überschneiden. So erreichen Sekundarschüler Kompetenzwerte von bis zu 600 Punkten, die niedrigsten Werte bei Gymnasiasten liegen aber deutlich unter 500 Punkten.

(Minister Herr Prof. Dr. Olbertz: Genau!)

Die Zuordnung zu bestimmten Bildungsgängen entspricht also in vielen Fällen nicht dem tatsächlich erreichten Kompetenzniveau. Die im Sommer vorgestellte Studie von Klemm und Bock geht davon aus, dass schulische Erfolge in hohem Maße von der sozialen Lage in den Ländern abhängig sind. Der Erfolg des Freistaates Bayern scheint ein Beleg dafür zu sein. Sachsen-Anhalt hat nach dieser Studie in fast allen Parametern die ungünstigsten Voraussetzungen. Damit scheint das schlechte Abschneiden erklärbar.

Nun hat die Länderstudie Pisa-E festgestellt, dass der sozioökonomische Status der Länder zwar Einfluss auf das Leistungsniveau hat, die grundsätzlichen Befunde aber auch nach Ausblendung dieses Status erhalten bleiben. Sachsen-Anhalt kann seine Schwächen in der sozialen Abhängigkeit also nicht auf die hohe Arbeitslosigkeit und die schlechten Wirtschaftsdaten schieben. Es geht hier auch und in erheblichem Maße um die Qualität der Schule.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Ein letzter Punkt der Pisa-Studie, den ich erwähnen möchte, betrifft die Gegenstrategien an den Schulen. Die Studie unterscheidet zwischen Schulen mit einem problematischen sozialen Umfeld und Schulen mit einem unproblematischen sozialen Umfeld und zum anderen Schulen, die aktiv Gegenstrategien entwickeln, und solche, die das nicht tun.

Im Ländervergleich zeigt sich, dass Sachsen-Anhalt als einziges ostdeutsches Bundesland solche Gegenstrategien am wenigsten nutzt und das zweifelhafte Niveau der alten Bundesländer erreicht hat. Diesbezüglich besteht - anders als etwa in den Schulen in Sachsen und Thüringen - ein erheblicher Nachholbedarf.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auf mehr Details der Studie möchte ich nicht eingehen. Ich komme zu dem, was die Linkspartei.PDS an Vorschlägen für die Zukunft einzubringen hat.

Im Übrigen, Herr Minister, hätte ich mir zu dem, was Sie in Zukunft vorhaben, auch ein bisschen mehr gewünscht als das, was Sie in dem letzten Absatz vorgebracht haben.

(Minister Herr Prof. Dr. Olbertz: Das war nicht Gegenstand der Aktuellen Debatte! - Zuruf von Frau Feußner, CDU)

Ein Kommentar in der „Volksstimme“ dieser Tage war überschrieben mit: „Fördern, fördern, fördern“. Das ist zweifellos auch die Grundaussage der Pisa-Schlussfolgerung. Aber Fördern, so die Pisa-Studie, muss bei den Leistungsschwachen beginnen. Ich setze hinzu: Beim Fördern muss man die Leistungsfähigkeit von Kindern aus sozial benachteiligten Elternhäusern besser im Auge haben. Diese aber landen nach der landespolitischen Logik bei gleicher Leistungsfähigkeit sechsmal häufiger in Schulformen mit geringerem Anspruchsniveau.

Pisa 2003 zeigt mit dem Nachweis der nach wie vor hohen Abhängigkeit des Lernerfolgs vom sozialen Hintergrund endgültig, dass die frühe Aufspaltung in unterschiedliche Bildungsgänge keinen erfolgreichen Weg aus der Bildungsmisere zu weisen vermag.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Sicherlich kann durch gute Schule, durch guten Unterricht und nachhaltiges Fördern auch in den gegebenen Schulformen etwas geleistet werden. Aber die unterschiedliche Zuweisung von Bildung nach dem vermeintlichen Leistungsniveau an den unterschiedlichen Schulformen ist nicht geeignet, einen umfassenden oder auch nur hinreichenden Nachteilsausgleich zu gewähren.

(Zustimmung bei der Linkspartei.PDS - Frau Feußner, CDU: Die POS kann aber differenzieren, die kann das!)

Man muss aber auch sehr deutlich sagen, dass das Zusammenführen der Schulformen allein auch keine Lösung bringen wird, wenn dies nicht durch andere Rahmenbedingungen und eine andere Lehr- und Lernkultur sowie durch die Fähigkeit, aber auch die Bereitschaft von Lehrerinnen und Lehrern, mit Heterogenität umzugehen, begleitet wird.

(Frau Feußner, CDU: Das ist ja eine Schande, was Sie hier von sich geben!)

Fazit: Wir müssen über Schulstrukturen reden, da die Instrumentarien innerhalb des gegliederten Schulsystems und vielleicht innerhalb der Schulen zu Veränderungen führen können, die starke Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft jedoch nicht aufzubrechen vermögen. Alles andere ist halbherzig.

Nun zu den konkreten Dingen, die wir vorschlagen: erstens frühkindliche Bildung fördern. Dazu fordern wir, dass alle Kinder wieder einen Ganztagsanspruch auf einen Kita-Platz bekommen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Zudem sind Erzieherinnen und Erzieher nicht nur die nötigen Weiterbildungen zugänglich zu machen, sondern ihnen ist auch die für ihren Bildungsauftrag nötige Vor- und Nachbereitungszeit einzuräumen. Künftig ist darüber nachzudenken, wie die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher an Kindereinrichtungen qualifiziert und auf ein dem Bildungsanspruch entsprechendes Niveau gehoben werden kann.

(Minister Herr Prof. Dr. Olbertz: Das ist richtig!)

Zweitens. Wir halten es für erforderlich, die frühe Trennung in unterschiedliche Bildungswege aufzuheben, und schlagen dafür einen schrittweisen Übergang zu einer Schule für alle Kinder vor. Die Wahl der Schulform darf nicht zur Sackgasse werden, auch nicht zu einer mit verengtem Ausgang.

(Zustimmung bei der Linkspartei.PDS)

Als Erstes sind sowohl die freie Wahl der Schulform und des Bildungsweges als auch die zehnjährige Vollzeitschulpflicht wieder einzuführen.

Weiterhin müssen die Bildungsziele der Schulformen so verändert werden, dass das Ziel der allgemeinen Schulbildung in allen Schulformen mindestens der Abschluss der 10. Klasse ist und dass ein Übergang zu einem vollwertigen Abitur auch ohne Ehrenrunde erreichbar ist. Dazu wollen wir es ermöglichen, dass alle Abschlüsse bis zur 10. Klasse an allen Schulformen erworben werden können und dass der Übergang zum Gymnasium oder zur gymnasialen Oberstufe auch nach der 9. Klasse möglich ist. Schulen unterschiedlicher Schulform sollen sich außerdem zusammenschließen können, wenn es vor Ort gewünscht ist, und kooperativ und integrativ zusammenarbeiten.

Die pädagogischen Rahmenbedingungen müssen dringend verbessert werden. Für eine individuelle Förderung ist es erforderlich, dass an allen Schulformen speziell für die Begleitung im Unterricht ausgebildete pädagogische Fachkräfte arbeiten und für die individuelle Förderung von Begabungen ebenso zur Verfügung stehen wie für einen zielgerichteten Nachteilsausgleich. Dazu muss allerdings erst ein entsprechendes Berufsbild entwickelt und ausgebildet werden.

Angesichts wachsender sozialer Probleme im gesellschaftlichen und familiären Umfeld müssen mehr Sozialpädagoginnen in den Schulen eingesetzt werden. Ein entsprechendes Programm ist aufzulegen. Aus dem gleichen Grund empfiehlt es sich, den schulpsychologischen Dienst wieder schulnah anzubieten und personell entsprechend aufzustocken.

Neue pädagogische Modelle und Arbeitsformen an Schulen sollen gefördert und vernetzt werden. Dazu gehören Projekte wie die des selbst gesteuerten Lernens, die Arbeit in offenen Unterrichtsformen, Gruppenarbeit, Freiarbeit oder auch produktives Lernen. Eine moderne Ausgestaltung polytechnischer Elemente des Unterrichts kann die Motivation stärken und einem Schulversagen vorbeugen.

Für Jugendliche aus sozial schwachen Elternhäusern sind der kostenfreie Zugang zu Lernmitteln und die Gewährleistung der Schülerbeförderung wichtig. Ungeachtet des von uns verfolgten Ansatzes der generellen Kostenfreiheit solcher Angebote sollten diese materiellen Bedingungen zumindest für jene Personengruppen vorgehalten werden, die von Sozialleistungen abhängig sind, wie die Kinder aus Elternhäusern, die ALG II empfangen.

Schließlich muss sich der notwendige Nachteilsausgleich im Interesse einer höheren Bildungsbeteiligung für junge Menschen aus einem sozial schwachen Elternhaus auch in der Möglichkeit eines gebührenfreien Studiums in Sachsen-Anhalt fortsetzen.

Das sind einige Teile eines sehr umfassenden Programms, das nicht in einem Atemzug und auch nicht in einer Legislaturperiode umzusetzen ist, das aber machbar und finanzierbar ist. Wir werden es in einen Schulgesetzentwurf und in weitere parlamentarische Aktivitäten gießen und für seine Umsetzung werben. Es wird hilfreich sein, wenn die öffentliche Debatte fortgeführt wird und die Beruhigungsspielen, die der Minister und die Koalition derzeit wieder mutig ausgeben, nicht geschluckt werden. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS - Zuruf von Frau Feußner, CDU)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Herr Abgeordneter Höhn. - Für die CDU-Fraktion spricht die Abgeordnete Frau Feußner. Bitte sehr, Sie haben das Wort.

Frau Feußner (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Diese Aktuelle Debatte gibt uns Anlass, über die Ergebnisse der zweiten Pisa-Untersuchung aus dem Jahr 2003 zu reden. Zunächst sollten wir die positiven Ergebnisse, die wir als Land Sachsen-Anhalt erreichen konnten, in den Vordergrund rücken. Diese Ergebnisse - immerhin konnte das Land Sachsen-Anhalt den größten Fortschritt verzeichnen - geben Anlass zur Freude und machen uns Mut, den eingeschlagenen Weg weiter fortzusetzen.

(Zustimmung von Frau Wybrands, CDU, und von Minister Herrn Dr. Daehre)

Das heißt nicht, dass wir uns ausruhen können. Wir müssen weiter dranbleiben, um den Anschluss an die Spitzenländer in Deutschland und darüber hinaus zu erreichen.

(Zustimmung von Frau Wybrands, CDU, und von Minister Herrn Dr. Daehre)

Für die Bemühungen aller an Schule Beteiligten, die Ergebnisse der Untersuchung aus dem Jahr 2000 zu verbessern, sollte man an dieser Stelle auch einmal einen Dank aussprechen, insbesondere an die Lehrerschaft, die heute wieder in ausreichendem Maße kritisiert worden ist, die hierfür eine sehr große Verantwortung trägt.

(Zustimmung bei der CDU, bei der FDP und von der Regierungsbank)

Deshalb muss ich mich wundern - eigentlich braucht man sich bei der Opposition gar nicht mehr zu wundern -, dass nur ein Aspekt der Pisa-Ergebnisse aufgegriffen wird und dass nicht über das Gesamtergebnis diskutiert wird. Unabhängig von den noch vorhandenen Problemen sollte man sich unbedingt davor hüten, Dinge hochzustilisieren, ohne die Gesamtzusammenhänge zu betrachten.

Im Übrigen könnte man gegenüber der Opposition unter dem Motto „Im Osten nichts Neues“ argumentieren: Die Konzepte, die Sie heute angeboten haben, bringen Sie

doch schon seit Jahren gebetsmühlenartig vor, als wäre das der Weisheit letzter Schluss.

(Zustimmung von Herrn Gürth, CDU - Zurufe von Frau Mittendorf, SPD, und von Frau Dr. Hein, Linkspartei.PDS)

Ich muss ganz ehrlich sagen: Außer einem erheblichen Anstieg der Kosten und der Forderung danach, dass der Staat wieder alles regeln soll, haben Sie heute nichts vorgebracht.

(Zustimmung von Herrn Gürth, CDU - Unruhe)

Es ist so, dass die Pisa-Ergebnisse aus dem Jahr 2003 tatsächlich einen Zusammenhang zwischen der sozialen Herkunft und den Bildungskarrieren attestieren; aber die Schlussfolgerungen, die Sie aus diesem Tatbestand ziehen, sind dem Papier gar nicht zu entnehmen.

In der „Osnabrücker Zeitung“ wird dazu geschrieben:

„Es drängt sich der Verdacht auf, dass so mancher selbsternannte Experte die angeblichen und tatsächlichen Ergebnisse der Bildungsforscher nur zu gern für seine Zwecke instrumentalisieren möchte.“

Das kann ich nur unterstreichen.

(Zustimmung von Herrn Gürth, CDU - Lachen bei der Linkspartei.PDS)

Und weiter - hören Sie erst einmal weiter zu -:

„Letzte Woche Donnerstag stellte der Pisa-Koordinator Manfred Prenzel klar, dass die Studie überhaupt keine Aussage dazu macht, wie sehr die Chancen von Schülern von ihrer sozialen Herkunft abhängen.“

Das sagt Herr Prenzel - Sie wissen, wer das ist -, der an der Pisa-Studie beteiligt ist.

(Frau Dr. Hein, Linkspartei.PDS: Gelegentlich schon einmal gehört! - Heiterkeit bei der Linkspartei.PDS)

Wie gehen wir nun damit um? Die sozialen Disparitäten in unserer Gesellschaft sind natürlich vorhanden. Wie sind aber die wirklichen Auswirkungen auf die Schule? Haben diese Disparitäten Auswirkungen auf die Bildungschancen?

Die Pisa-Studie liefert Daten darüber, dass weniger Kinder aus einem schwierigen sozialen Umfeld als Kinder von Akademikern zur allgemeinen Hochschulreife gelangen. Das müssen wir natürlich ernst nehmen. Aber wo liegen die eigentlichen Gründe dafür? Die Oppositionsfaktionen haben dafür wie immer ein und dieselbe Lösung: längeres gemeinsames Lernen.

(Frau Mittendorf, SPD: Das stimmt! - Herr Dr. Thiel, Linkspartei.PDS: Wo wir Recht haben, haben wir Recht! - Heiterkeit bei der Linkspartei.PDS)

Dabei betreiben sie überhaupt keine Ursachenforschung. Es ist doch nun bewiesen - auch das zeigen die Pisa-Ergebnisse in Deutschland deutlich -, dass die Gesamtschule nicht das Allheilmittel ist.

(Zustimmung bei der CDU und von der Regierungsbank)

Es gibt über Pisa hinaus eine Vielzahl von Untersuchungen, die belegen, dass die Gesamtschulen wesentlich

schlechter abschneiden als das gegliederte Schulwesen. Ich kann einige nennen: das HIS Hochschulinformationssystem, die BIJU-Studie, Untersuchungen in Nordrhein-Westfalen, die BMBF-Studie, Untersuchungen vom Max-Planck-Institut für psychologische Forschung, von der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Alle diese Institutionen bzw. Studien sind zu diesen Ergebnissen gelangt. Diese können Sie doch hier nicht leugnen.

(Zustimmung von Frau Wybrands, CDU)

Deshalb möchte ich mich auf eine Diskussion darüber, dass eine andere Schulstruktur diese Probleme lösen könnte, nicht einlassen. Das ist mir einfach zu simpel; das sage ich Ihnen.

(Zustimmung von Frau Wybrands, CDU - Frau Dr. Hein, Linkspartei.PDS: Weil Sie es nicht verstehen!)

Auch wenn Sie mit den Pisa-Siegern und deren Schulsystem argumentieren, kann man nicht zu diesem Schluss kommen. Wir haben in diesem Raum und auch im Ausschuss schon so oft darüber diskutiert, dass auch bei den Siegern unterschiedliche Systeme vorliegen. Das nehmen Sie aber einfach nicht zur Kenntnis. Wir müssen vielmehr weiter an der inneren Schulreform arbeiten.

Ein anderer Aspekt ist die Abiturquote; Frau Mittendorf sprach das an. Die Abiturquote hat sich in den letzten Jahren - im Übrigen unter unserer Regierung - stark erhöht.

(Zuruf von Frau Dr. Weiher, Linkspartei.PDS)

Aber auch das ist nicht das Allheilmittel. Zumindest darf eine höhere Abiturquote nicht zulasten der Qualität gehen. Das wäre sträflich. Was nützen uns mehr Abiturienten, wenn sich die Studierendenquote nicht erhöht? Diesen Tatbestand haben wir nämlich heute bereits. Wie viele Abiturienten nehmen mittlerweile kein Hochschulstudium mehr auf?

Es ist aber natürlich auch eine einfache mathematische Rechnung: Je höher die Abiturquote, umso niedriger ist der Anteil der Schüler mit einem sozial schwierigen Umfeld. Ich hoffe aber nicht, dass Sie in so einfachen Strukturen denken. Das wäre wirklich sehr schade.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass wir Kinder mit unterschiedlichen Stärken, Begabungen und Neigungen haben. Diese müssen besser als bisher erkannt und auch entsprechend gefördert werden. Der Staat - in diesem Fall das Land Sachsen-Anhalt - verspricht doch allen Kindern in der Schule und sogar schon im Kindergarten gleiche Startchancen.

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Gestatten Sie Zwischenfragen?

Frau Feußner (CDU):

Nein. Vielleicht am Ende. - Er kann aber nicht verhindern, dass sich die Lernfähigkeit und das Leistungsvermögen unterschiedlich ausprägen; denn die Ursachen dafür sind in den Familien zu suchen. Mich wundert, dass keiner der Vortragenden heute diesen Aspekt betrachtet hat.

(Zustimmung von Herrn Schomburg, CDU)

Es sind folglich auch die subjektiven Ausgangsbedingungen - das steht übrigens auch in der Pisa-Studie -

die für die unterschiedlichen Startchancen der Kinder verantwortlich sind.

Fakt ist, dass in Akademikerhaushalten offensichtlich aufgrund des höheren Bildungsniveaus der Eltern mehr Wert auf eine gehobene Bildung gelegt wird, als dies in Unterschichtfamilien der Fall ist.

(Frau Dr. Hein, Linkspartei.PDS: Genau! - Herr Höhn, Linkspartei.PDS: Ja!)

Der Lernort Familie spielt also eine stark prägende Rolle.

Die Frage, die nun beantwortet werden muss, lautet: Wie können die Politik und der Staat etwas an diesen Fakten ändern, um mehr Kinder aus den Unterschichten zur allgemeinen Hochschulreife zu führen? - Bei eingehender Betrachtung kommt man zu der Schlussfolgerung, dass der Staat und die Politik nur die Möglichkeit haben, gezielte Appelle an den Lernort Familie, speziell an die Eltern zu richten, mehr Bildung zu vermitteln.

(Widerspruch bei der Linkspartei.PDS)

Im Lernort Schule dagegen kann der Staat durch gezieltes Fördern und Fordern für die Schwächsten einen Ausgleich in den Bildungschancen herbeiführen. Dies hat auch die ehemalige Kultusministerin des Landes Nordrhein-Westfalen von der SPD, Frau Behler, erkannt. Ich zitiere:

„Schule sei ein Ort, an dem mit Anstrengungen erfolgreich gearbeitet wird und der deshalb das eigene Leben bereichert. Unterschichtkindern hilft kein folgenloses Mitleid, erst recht kein Verzicht auf Leistung, sondern nur die Unterstützung dabei, Leistung auch zu erreichen.“

(Beifall bei der CDU)

Das kann man nur unterstreichen. Die Elternhäuser müssen einfach wieder mehr Anteil am Lern- und Arbeitsverhalten ihrer Kinder nehmen. Die Schule bzw. die Lehrer können nicht vorankommen, wenn Eltern -

(Unruhe)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Meine Damen und Herren, bitte senken Sie den Lärmpegel!

Frau Feußner (CDU):

Die Schule bzw. die Lehrer können nicht vorankommen, wenn Eltern hinsichtlich der Hausaufgaben, des Medienkonsums, der Zubettgehzeiten und der Ernährung die Zügel schleifen lassen und wenn Eltern dem Versuch der Schule, auf Leistung und Disziplin zu bestehen, mit Misstrauen begegnen. Die elterliche Erziehung ist und bleibt die wesentliche Grundlage für schulischen Erfolg.

Die Schwierigkeit ist, dass wir Eltern haben und wahrscheinlich auch weiterhin haben werden, die diese Potenziale eben nicht besitzen bzw. nicht wahrnehmen. Die Schule bzw. der Staat kann natürlich versuchen, darauf einzuwirken. Es wird uns aber nicht vollständig gelingen. Die Schule ist einfach kein Reparaturbetrieb, sondern sie muss sich ihrem eigentlichen Anspruch, dem Lehren und Lernen, widmen. Sie kann nicht Prellbock für gesellschaftliche Defizite sein.

(Zustimmung bei der CDU - Herr Gürth, CDU: Sehr richtig!)

Den Schülern mit Defiziten und Problemen zu helfen, sie zu unterstützen, zu fördern - dazu sind die Lehrerinnen und Lehrer mit Sicherheit bereit und das tun sie auch bereits. Wir sollten aber durchaus darüber sprechen, ob die bisherigen Fördermaßnahmen ausreichend sind oder ob wir nicht an der einen oder anderen Stelle noch wesentlich mehr tun können und auch tun sollten.

Aber die Vernachlässigung in der Familie werden wir damit nicht vollständig beheben können. Hierzu wären ganz andere Maßnahmen erforderlich. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Gestatten Sie Nachfragen, Frau Feußner? Herr Gallert, Frau Mittendorf und Frau Hein haben sich gemeldet.

Frau Feußner (CDU):

Ich will mir nur schnell einen Stift holen.

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Herr Gallert, bitte sehr.

Herr Gallert (Linkspartei.PDS):

Frau Feußner, in den letzten Debatten habe ich Ihre Ausführungen immer so verstanden, dass das gegliederte Schulsystem sehr wohl die unterschiedliche Leistungsfähigkeit von Kindern, die in die Schule gehen, angemessen berücksichtigt. Habe ich Sie darin richtig verstanden?

Frau Feußner (CDU):

Ja.

Herr Gallert (Linkspartei.PDS):

Ich habe, obwohl ich mich zwischenzeitlich kurz mit Herrn Daehre gestritten habe, bei den Ausführungen Ihres Kultusministers sehr genau zugehört. Er hat im Großteil seiner Rede begründet, dass der Zugang zu unterschiedlichen Schulformen überhaupt nichts mit unterschiedlicher Leistungsfähigkeit zu tun hat. Für mich war Ihr Beispiel, Herr Olbertz, sehr beeindruckend, dass die Leseleistung von Gymnasialschülern mitnichten deutlich über dem der Sekundarschüler liegt.

Wie verträgt sich das, Frau Feußner, mit Ihrer Argumentation, dass das gegliederte Schulsystem auf die unterschiedliche Leistungsfähigkeit der Schüler antwortet bzw. diese in die entsprechenden Institutionen eingießt, wenn die unterschiedliche Leistungsfähigkeit offensichtlich gar nicht das Kriterium für die Zuordnung zu der einen oder der anderen Schulform ist, wie Ihr Minister gerade begründet hat?

Frau Feußner (CDU):

Herr Gallert, Sie wollen eine Gleichmacherei an den Schulen haben.

(Frau Bull, Linkspartei.PDS: Das ist eine alte Kamele! - Weitere Zurufe von der Linkspartei.PDS)

- Ja. Sie wollen heterogene Lerngruppen miteinander vermischen. Ich sage Ihnen eines: Auch in den unterschiedlichen Schulformen haben wir heterogene Lerngruppen. Wir haben doch keine Homogenität an den Gymnasien. Wir haben doch auch eine Leistungsspitze

und eine Leistungsschwäche am Gymnasium, genauso wie wir das an der Sekundarschule im Realschulbildungsgang und im Hauptschulbildungsgang haben.

(Zuruf von Herrn Gallert, Linkspartei.PDS - Zuruf: Warum trennen wir sie dann?)

- In allen Schulformen gibt es Systeme, um die Begabungen und Neigungen der Schüler zu fördern. Jeder hat die Chance, bis zum Abitur zu gehen, der Hauptschüler genauso wie andere. Das ist das, was Sie immer negieren. Es hat jeder die Chance.

(Frau Bull, Linkspartei.PDS: Das stimmt doch gar nicht! - Weitere Zurufe von der Linkspartei.PDS)

- Das stimmt doch überhaupt nicht!

(Zuruf von Frau Bull, Linkspartei.PDS)

- Passen Sie einmal auf: Ein Hauptschüler kann den erweiterten Realschulabschluss machen und danach zum Beispiel an das Fachgymnasium wechseln. Das negieren Sie einfach immer wieder.

(Frau Bull, Linkspartei.PDS: Das ist doch Illusion!)

Er kann das Abitur machen. Schauen Sie sich das an, dann werden Sie sehen, dass es Schüler gibt, die das auch tun.

(Zuruf von Frau Bull, Linkspartei.PDS)

- Sie wollen einfach einen Einheitsbrei machen und die Qualität absenken, nur damit jeder einen Abiturabschluss hat. Das kann doch nicht Ihr Ernst sein. So ein - -

(Beifall bei der CDU - Herr Gürth, CDU: Sehr gut! Bravo! - Widerspruch bei der SPD und bei der Linkspartei.PDS)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Frau Feußner, als Nächste hat Frau Mittendorf eine Nachfrage. - Bitte sehr, Frau Mittendorf.

Frau Mittendorf (SPD):

Frau Feußner, gehen Sie mit mir konform und bestätigen mir die Aussage, die ich vorhin getroffen habe, dass nicht alle Abitur machen müssen?

Frau Feußner (CDU):

Na ja, so ganz deutlich kam das aus Ihrer Rede vorhin nicht heraus.

Frau Mittendorf (SPD):

Dann hatten Sie wahrscheinlich auch nicht richtig zugehört. Entschuldigung, das wird dann das Protokoll zeigen. Ich habe vorhin davon gesprochen, Chancengleichheit für Schülerinnen und Schüler herzustellen, die ein gleiches Leistungsniveau aufweisen. Denn der Befund lautet, dass bei Schülerinnen und Schülern mit gleichen Leistungsvoraussetzungen, die zum einen aus einem gehobenen Haushalt und zum anderen aus schwierigen sozialen Verhältnissen kommen, eben diese Chancengleichheit nicht haben. Vielmehr haben Letztere eine sechsmal geringere Chance als die Kinder, die aus einem besseren Haushalt kommen.

Das heißt, wir wollen damit überhaupt nicht ausdrücken, dass das Gymnasium die einzige und richtige Schulform wäre, wo alle hingehen müssten, sondern es geht nur darum festzustellen, dass es Chancenungleichheiten

gibt, die aus der sozialen Herkunft resultieren. Wir haben die Aufgabe, durch entsprechende Maßnahmen dafür Sorge zu tragen, dass diese Ressourcen nicht vergeudet werden und dass diese Kinder, die aus bildungsbenachteiligten Schichten kommen, eine Chance in der Schule erhalten. Um mehr geht es nicht. Etwas anderes habe ich auch nicht gesagt.

Frau Feußner (CDU):

Frau Mittendorf, dann muss ich Ihnen sagen: Lesen Sie die Studie richtig. So wie Sie das Ergebnis der Studie interpretieren, so steht es nicht in der Pisa-Studie.

Frau Mittendorf (SPD):

Natürlich steht es so drin.

Frau Feußner (CDU):

Nein, es steht dort einfach nicht so. Sie müssen es sich einmal richtig zu Gemüte führen und richtig lesen. Dann werden Sie erkennen, dass genau das Ergebnis, so wie Sie es interpretieren, der Pisa-Studie nicht zu entnehmen ist. Mehr kann man dazu eigentlich nicht sagen. Sie interpretieren das Ergebnis für sich falsch. Das ist ganz einfach.

Frau Mittendorf (SPD):

Also ich will jetzt nicht sagen, dass es zwecklos ist, aber ich sage noch einmal Folgendes: In der Studie ist nachzulesen, dass es wohl gerade diese verschiedenen Einflussdeterminanten gibt, die bei diesen Dingen eine Rolle spielen. Es ist nachweislich, dass Kinder, die aus schwachen sozialen Schichten kommen, einen Wissensnachholbedarf haben, der fast ein Schuljahr und mehr beträgt. Dafür muss man doch etwas tun. Wenn sie bei gleicher Intelligenz einfach außen vor bleiben, kann man doch nicht so tun, als ob man das einfach nicht wahrnimmt. Darin müssten Sie mir doch zustimmen, Frau Feußner.

Frau Feußner (CDU):

Bei dem, was Sie zuletzt gesagt haben, sieht es nun schon ein wenig anders aus. Dass Kinder aufgrund des Elternhauses oder aus welchen Gründen auch immer einen Nachholbedarf haben, dass wir als Staat und die Schule dafür sorgen müssen, dass das entsprechend aufgeholt wird, und dass wir dafür entsprechende Fördermaßnahmen ergreifen können und müssen, damit habe ich kein Problem. Aber Ihre Interpretation, die Sie vorhin vorgetragen haben, war vollkommen falsch.

Frau Mittendorf (SPD):

Bitte keine Unterstellungen, Frau Feußner! Sind Sie tatsächlich der Meinung, dass man bei Zehnjährigen diesen Nachteilsausgleich schaffen kann?

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Frau Mittendorf, wir müssen langsam zum Ende kommen.

Frau Feußner (CDU):

Dazu sage ich Ihnen noch einen Satz: Da muss man sehr frühzeitig anfangen. Wer hat denn den Bildungsanspruch im Kindergarten gesetzlich fixiert? - Das waren wir und nicht Sie.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Herr Bischoff, SPD: Ein halbes Jahr haben sie da gemeinsam! Das ist doch Unsinn!)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Jetzt bitte noch Frau Dr. Hein und danach Frau Fischer.
- Auf die Frage von Frau Fischer möchte Frau Feußner nicht mehr antworten. Bitte sehr, Frau Dr. Hein.

Frau Dr. Hein (Linkspartei.PDS):

Frau Feußner, ich will zunächst feststellen, dass Sie am Anfang Ihrer Rede die Lehrerinnen und Lehrer in Schutz genommen haben und gesagt haben, dass sie eine hervorragende Arbeit leisten und sich unheimlich bemühen. Diese Auffassung teile ich.

Frau Feußner (CDU):

Dazu stehe ich auch. Das hat aber Ihr Redner nicht gesagt. Im Gegenteil, er hat die Lehrer sehr stark kritisiert.

Frau Dr. Hein (Linkspartei.PDS):

Nein, das stimmt nicht. Wir haben über die Bereitschaft zum Umgang mit Heterogenität gesprochen. Das ist etwas, worüber wir sogar schon im Ausschuss einen Beschluss gefasst haben. Die Einsichten, die wir schon einmal hatten, sollten wir nicht wieder zurücknehmen.

(Herr Höhn, Linkspartei.PDS: Genau!)

Sie haben aber am Ende Ihrer Rede die Verantwortung für die sozialen Disparitäten den Familien zugeschoben und auf die schlechten Voraussetzungen und das fehlende Engagement der Familien hingewiesen, die ihren Kindern nicht die nötigen Entwicklungschancen geben. Ähnliches habe ich vor ein paar Tagen in dem Interview mit Herrn Dr. Mannke in der „Volksstimme“ gelesen. Ich halte das für ziemlich problematisch und will Ihnen zwei Fragen stellen.

Sie haben sicherlich auch die Ausführungen zur Computernutzung in der Studie gelesen, wo darauf hingewiesen wird, dass der Lernerfolg von der Fähigkeit, mit dem Computer umzugehen, und von der Möglichkeit, über einen zu verfügen, abhängt. Ich frage Sie erstens, wie Sie sich vorstellen, dass ein ALG-II-Empfänger - in diesen Haushalten gibt es sehr oft keinen Computer -

(Frau Feußner, CDU: Das ist auch Quatsch, was Sie da erzählen! Weil es nicht stimmt!)

seinen Kindern ermöglicht, einen Computer für die Lernarbeit zu benutzen, wenn er ihm häuslich nicht zur Verfügung steht. Diese Abhängigkeit ist in der Studie dargestellt worden.

Ich frage Sie zweitens, ob Sie der Auffassung sind, dass die Kinder ein bisschen Pech gehabt haben, wenn sie sich das falsche Elternhaus ausgesucht haben.

(Frau Liebrecht, CDU, und Frau Wybrands, CDU: Oh!)

Frau Feußner (CDU):

Ich gehe von einem ganz anderen Anspruch aus, Frau Hein. Für Sie ist der Staat für alles verantwortlich, für die Kindererziehung und -

(Frau Bull, Linkspartei.PDS: Lassen Sie doch mal die Keule! Das nervt!)

- Ja, dazu haben wir vollkommen unterschiedliche Auffassungen. Der Staat kann doch an dieser Stelle nicht alles regeln. Eltern haben auch eine entsprechende Verantwortung. Im Übrigen steht auch im Grundgesetz,

(Zustimmung bei der CDU)

das es die zuvorderst ihnen obliegende Pflicht ist, sich um ihre Kinder zu kümmern.

Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Sie machen hier immer ein soziales Geheule auf. Ich kenne auch einige ALG-II-Empfänger. Wenn sie denen prinzipiell unterstellen, sie hätten keinen Computer oder sie könnten sich dieses oder jenes nicht leisten - -

Die können sich natürlich nicht alles leisten, was sich andere leisten können. Aber meistens sind das die Kinder, die bis „in die Puppen“, bis nach Mitternacht und darüber hinaus Computerspiele spielen, weil die Eltern sich nicht um die Kinder kümmern und den Computer nämlich nicht richtig anwenden.

(Zustimmung bei der CDU - Zurufe von der Linkspartei.PDS)

Sie polarisieren an der Stelle unnötig, das sage ich Ihnen. Man kann doch Schule nicht für sich betrachten, sondern man muss auch die Pflicht der Elternhäuser mit einbeziehen. Das geht einfach nicht anders. Das kann der Staat nicht alles regeln.

(Herr Gürth, CDU: Richtig! - Zurufe von der Linkspartei.PDS)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke, Frau Feußner. - Damit ist die Debatte beendet. Beschlüsse werden ja nicht gefasst. Somit haben wir das erste Thema im Rahmen der Aktuellen Debatte beraten.

Ich rufe das zweite Thema auf:

Soziale Polarisierung in Deutschland und Sachsen-Anhalt nicht weiter vorantreiben

Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS - **Drs. 4/2482**

Für die Debatte wird folgende Reihenfolge vorgeschlagen: Linkspartei.PDS, CDU, SPD und FDP. Zunächst hat der Antragsteller, die Linkspartei.PDS, das Wort. Herr Gallert, bitte sehr.

Herr Gallert (Linkspartei.PDS):

Ich kann mir durchaus vorstellen, dass die Thematisierung sozialer Problemlagen dem einen oder anderen ganz schön die Nerven raubt. Aber wir werden Ihnen das heute nicht ersparen.

(Zustimmung bei der Linkspartei.PDS - Frau Feußner, CDU: Stellen Sie sich doch nicht immer hin, als wären Sie der Gott von Frankreich!)

- Frau Feußner, wir werden das auch tun, wenn Sie hier weiterreden. Das wird uns nicht davon abhalten, das zu tun.

Übrigens ist es interessant, dass bei diesem Thema der Kultusminister hinausgeht. Wissen Sie, man kann nicht sagen, die Schule könne nicht der Prellbock für die sozialen Probleme sein, ohne sich den sozialen Problemen zu stellen. Das ist als Meinung der Koalition insgesamt unhaltbar.

(Zustimmung bei der Linkspartei.PDS und bei der SPD - Zuruf von Herrn Gürth, CDU)

Die soeben geführte Debatte hat bereits einen wichtigen Aspekt des nun auf der Tagesordnung stehenden The-

mas angerissen. Anders als in der medialen Widerspiegelung stellt sich für uns die Frage nach der sozialen Polarisierung in der Bundesrepublik und insbesondere in unserem Land sowohl vor dem Hintergrund der Koalitionsverhandlungen in Berlin als auch vor den aktuellen Ereignissen in Frankreich.

Ich habe mich wiederum in den letzten Tagen am meisten über die Fragestellung gewundert, was diese beiden Dinge miteinander zu tun hätten. Die einen haben ihre Probleme in Frankreich und wir haben unsere Probleme in Berlin. Aber wenn wir aufgeklärte EU-Bürger uns die Situation innerhalb der Europäischen Gemeinschaft anschauen, dann müssen wir sehr wohl Verbindungen sehen, und die werde ich hier auch herstellen.

Innerhalb der Bundesrepublik haben wir es bei der Reaktion auf die Ereignisse in Frankreich meist mit solchen Erklärungsmustern zu tun wie: Das kann bei uns hier nicht passieren; wir haben nicht dieses Migrationsproblem. Oder Äußerungen wie zum Beispiel von Herrn Schäuble: Das kann bei uns nicht passieren; bei uns ist die Polizei besser, sie würde es in den Griff kriegen.

Oder eine weitere Alternative, die zurzeit diskutiert wird, gibt es seit vorgestern. Professor Simon von der hiesigen Fachhochschule sagte in einem Interview, die Dinge würden bei uns nicht so passieren, weil sich traditionell solche Gewaltexzesse nicht gegen den Staat oder die da oben richten würden, sondern gegen andere benachteiligte Gruppen in unserer Bundesrepublik. - Da haben wir in Sachsen-Anhalt tatsächlich schon erschreckende Beispiele erlebt.

All diese Bewertungen gehen jedoch am Kern der Dinge vorbei, die wir zurzeit teilweise wohl fassungslos am Fernseher beobachten müssen. Die Ereignisse in Frankreich sind eben nicht in erster Linie ein Problem der inneren Sicherheit, sondern sie sind Ausdruck sozialer Verwerfungen, Polarisierungen und Spannungen, die sich in den letzten Jahren in bisher unbekannter Weise innerhalb der vermeintlichen Wohlfahrtsländer aufgebaut haben und immer mehr aufbauen.

(Zustimmung bei der Linkspartei.PDS)

Die fast beschwörenden Formeln, man solle eine solche Situation bei uns nicht herbeireden, helfen an dieser Stelle wenig. Das französische Problem besteht nämlich darin, dass man genau an der Stelle, an der man solche Entwicklungen hätte verhindern können, es nicht getan hat. Das, was wir dort erleben, ist der Ausbruch eines extremen Gewaltpotenzials, der sich deswegen entwickelt, weil wir uns in Frankreich in vielen Regionen hinter dem so genannten Point of no Return befinden.

Die Entwicklungen, die dort zum Ausdruck gebracht werden, die dort explodieren, hätte man noch vor Jahren verhindern können. Jetzt übt sich dort der Staat in martialischen Gesten und will die harte Hand ausführen. Klar, damit kann man möglicherweise die Gewaltexzesse in den nächsten Tagen beseitigen; die sozialen Problemlagen, die dahinter stehen, wird man so nicht in den Griff bekommen.

(Zustimmung bei der Linkspartei.PDS)

Das Bedenkliche an unserer heutigen Situation ist, das eine Reihe von Indikatoren für eine solche soziale Polarisierung auch bei uns in eine ähnliche Richtung zeigen. Natürlich wissen wir: In Sachsen-Anhalt gibt es nicht dieses Migrationsproblem. Wir haben es allerdings deshalb nicht, weil wir einfach keine Einwanderung in die-

sem Land haben, was wiederum zur Verschärfung der sozialen Problemlage in Zukunft beitragen wird, weil wir ganz einfach dadurch die demografischen Probleme in unserem Lande verschärfen. Aber wir haben natürlich nicht solche großen und betroffenen Migrationsgruppen.

Es gibt eine Ausnahme, die sich langsam entwickelt, aber bei weitem nicht die französische Dimension erreicht. Das ist die Gruppe von deutschstämmigen Auswanderern aus Osteuropa, bei denen sich in kleinen Nuancen solche Wechselbeziehungen zwischen Isolation und Selbstisolation herausbilden. Aber, wie gesagt, das ist nichts, was sich auch nur annähernd mit den französischen Problemen deckt.

Wir haben aber trotzdem sehr gefährliche Prozesse in unserem Land, und zwar deswegen, weil eine immer größer werdende Gruppe von Menschen seit zehn oder 15 Jahren entweder vollständig aus dem Erwerbsleben ausgeschlossen worden ist oder nur sehr stark unterbrochene Erwerbsbiografien hat. Sie werden aufgrund ihrer sozialen Situation immer stärker von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen und - so ehrlich muss man auch sein - viele von ihnen sehen in dieser Gesellschaft keine Perspektive mehr und sie versuchen auch gar nicht mehr, sie zu erringen. Dazu haben sie in den letzten Jahren viel zu viele Misserfolge erleiden müssen.

Wir haben es also in Sachsen-Anhalt damit zu tun, dass sich diese Situation langsam in einer sozial manifesten Gruppe ausdrückt. Wir haben es langsam mit einer sozialen Verfestigung dieser Gruppe zu tun.

Und wir haben es mit einer zweiten großen Risikogruppe in Sachsen-Anhalt zu tun, die dadurch charakterisiert wird, dass ehemals existenzsichernde Beschäftigungsverhältnisse in prekäre Arbeitsverhältnisse umgewandelt werden. Ehemals Festangestellte müssen jetzt mit Mini- und Midijobs, mit Zeitarbeitslohn, mit Scheinselbständigkeit versuchen, sich in irgendeiner Art und Weise über Wasser zu halten. Sie leben in einer permanenten Angst vor dem Abstieg in den Hartz-IV-Bereich.

Ich sage ausdrücklich: Wenn man eine Gesellschaft reformieren will - und das müssen wir -, ist Angst ein verdammt schlechter Ratgeber in dieser Gesellschaft. Wir werden diese Reform nicht schaffen, wenn wir diese Angst nicht beseitigen können.

(Zustimmung bei der Linkspartei.PDS)

Eines der alarmierendsten Signale ist jedoch die in verschiedenen Studien schon vielfach belegte beginnende Vererbung prekärer sozialer Verhältnisse. Das war gerade Thema. Dazu gehören sowohl die eben diskutierten Zusammenhänge zwischen bildungsfernen Elternhäusern und schwächeren schulischen Leistungen als auch die Ergebnisse von Gesundheitsstudien.

Die erst kürzlich veröffentlichte Studie zum Gesundheitszustand von Kindern im Einschulungsalter in Magdeburg belegt einen unleugbaren Zusammenhang: Kinder von arbeitslosen Eltern haben schlechtere Zähne, ein schlechteres Sprachvermögen und mehr motorische Defizite.

Meine Damen und Herren! Auch bei uns beginnt die Armut, sich zu vererben. Dabei ist es aus der Sicht der Kinder völlig egal, ob daran der Staat oder die Eltern schuld sind.

(Zustimmung bei der Linkspartei.PDS)

Das ist aus der Sicht der Kinder völlig egal. Sie sind die Betroffenen. Wir können uns hier nicht hinstellen und schulterzuckend sagen: Darum hätten sich die Eltern kümmern müssen.

Was machen wir denn aber, wenn sie es aus welchen Gründen auch immer nicht tun? Können wir dann zugucken und sagen, das sei doch deren Schuld?

(Frau Feußner, CDU: Aber Sie beleidigen diejenigen, die es tun! Sie beleidigen sie, weil Sie alle über einen Kamm scheren! - Frau Bull, Linkspartei.PDS: Das stimmt doch nicht! Das sind öffentliche Studien! Die belegen das!)

- Lesen Sie doch die Studien erst einmal. Ich weiß doch ganz genau, dass es viele Eltern in diesem Bereich gibt, die alles daransetzen, die zum Teil selbst auf das Lebensnotwendigste verzichten, um ihren Kindern überhaupt noch eine Chance zu geben. Das wissen wir doch alles.

Wir wissen aber auch, dass das nicht überall so ist. Wir wissen auch, dass selbst diejenigen Eltern, die das machen, nämlich zum Teil wirklich auf das Wichtigste, auf das Lebensnotwendigste verzichten, trotzdem nicht in der Lage sind, ihren Kindern die gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen, die sie für eine optimale Entwicklung brauchten.

(Zustimmung bei der Linkspartei.PDS - Frau Feußner, CDU: Das stimmt einfach nicht!)

Ich sage deswegen ausdrücklich vor dem Hintergrund der Koalitionsverhandlungen in Berlin: Wir befinden uns in einer ausgesprochen schwierigen Situation. Langsam beginnt sich das von Herrn Koch angekündigte Heulen und Zähneklappern zu konkretisieren. Das große Problem in der Bundesrepublik ist nur, dass diejenigen, die das am nötigsten haben, am wenigsten die Chance haben, sich gesellschaftlich zu artikulieren.

Wenn wir heute hören, dass im Bereich des Arbeitslosengeldes II 4 Milliarden € eingespart werden sollen, dass die Absenkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung durch Einsparungen bei der Bundesanstalt für Arbeit aufgebracht werden soll, so wissen wir, dass es wieder genau diesen Personenkreis trifft. Wir wissen das und sehen zu. Auch wir wissen, dass die realen Kosten für das ALG II die Finanzplanungen faktisch gesprengt haben. Das ist alles klar. Aber, liebe Kollegen, die Ursache dafür ist nicht Missbrauch, sondern Armut in diesem Land.

(Zustimmung bei der Linkspartei.PDS)

Wenn wir vor diesem Hintergrund sowohl bei den Lebenshaltungskosten als auch bei den Arbeitsmarktmaßnahmen sparen, beschleunigen wir die soziale Entwicklungen, die wir verhindern müssen. Darüber hinaus haben wir es mit der Situation zu tun, dass die Lockerung des Kündigungsschutzes einer weitgehenden Außerkräftsetzung gleichkommt. Die Angst, demnächst ebenfalls in Hartz IV abzustiegen, wird selbst bei denjenigen, die noch in Arbeit sind, erhöht.

Ich habe vorhin Professor Simon von der Fachhochschule zitiert. Ich glaube, das ist eines der großen sozialen Sprengfelder, die wir uns in Zukunft antun. Denn wir haben genau zwei Gruppen, die beide sozial an den Rand gedrängt werden, die sich aber nach den Erfahrungen vor dem deutschen Hintergrund die Auseinandersetzung sicherlich eher untereinander liefern werden.

Darüber hinaus werden wir es in den folgenden Jahren auch im Osten verstärkt mit dem Problem der Altersarmut zu tun haben. Verstehen Sie mich nicht falsch: Die jetzige Rentnergeneration in Sachsen-Anhalt ist zum großen Teil sehr einkommensstabil. Wenn man es in Relation zu den Arbeitseinkommen, die bei uns erzielt werden, setzt, sind sie sogar relativ einkommensstark.

Dies wird sich aber jetzt und in den nächsten Jahren immer mehr ändern, weil immer mehr Menschen in das Rentenalter kommen, die in den letzten zehn bis 15 Jahren eine stark unterbrochene Erwerbsbiografie aufweisen. Sie gehen mit sehr, sehr viel weniger Ansprüchen in die Rente, oft auch mit Abschlägen, beispielsweise wegen des Vorruhestandes.

(Zuruf von Frau Feußner, CDU)

Jetzt wird angekündigt: Passt auf, Leute, die Renten werden in den nächsten Jahren nicht steigen. Das bedeutet, dass sie zwar nominal gleich bleiben, real aber sinken werden; denn wir werden eine Inflation haben. Wenn wir das wirklich so realisieren, bekommen wir mit der Altersarmut ein Problem im Osten, das wir überhaupt noch nicht kennen.

(Herr Gürth, CDU: Ich bin froh, dass wir die Altersarmut nicht im Osten haben!)

- Ganz einfach deswegen, weil wir es mit einer neuen Rentnergeneration zu tun haben werden, die eben nicht relativ gut abgesichert ist, so wie es jetzt diejenigen sind, die wir kennen. Diese Dinge werden noch dazukommen.

Eine ähnliche Wirkung werden die beabsichtigten Änderungen im Steuergesetz erzielen. Dabei rede ich nicht über die so genannte Reichensteuer, die in ihrer Substanz wirklich eher eine PR-Aktion darstellt, zwar eine nette, aber sie bleibt es trotzdem. Die Anhebung der Mehrwertsteuer um drei Prozentpunkte stellt eine substanzielle Belastung, vor allem niedriger Einkommensgruppen, dar.

Wenn wir heute noch darüber abstimmen, ob das ALG II im Osten um 14 € erhöht wird, so muss man berücksichtigen, dass bei einer Erhöhung der Mehrwertsteuer um drei Prozentpunkte davon sofort wieder 10 € weg sind. Gerade dort trifft diese Geschichte besonders zu.

Das Fatale an dieser Entwicklung ist, dass mit dieser Mehrwertsteuererhöhung nunmehr die Haushaltslöcher gestopft werden sollen, die vorher durch die gewaltige Reduzierung im Gewinn-, Kapital- und Einkommensteuerbereich entstanden sind. Im Endeffekt haben wir es mit einer Verschiebung von progressiven Steuern hin zu linearen Steuern zu tun.

Im Endeffekt haben wir es damit zu tun, dass eigentlich jetzt genau das gemacht wird, was die SPD noch im Wahlkampf hart bekämpft hat, nämlich das Umsteuern zum Kirchhof'schen Flatrate-Modell. Denn die Mehrwertsteuer ist eine lineare Steuer. Das, was vorher gesenkt worden ist, waren die progressiven Steuern.

Das ist übrigens ein typisch liberales Finanzierungsmodell. Die FDP hat auf die Finanzpolitik der letzten und wahrscheinlich auch der kommenden Jahre einen ungeheuren Einfluss, obwohl sie nie an der Bundesregierung beteiligt gewesen ist. Aber dazu, liebe Kollegen von der FPD, kann man Ihnen wirklich gratulieren.

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Herr Gallert, kommen Sie bitte zum Schluss.

Herr Gallert (Linkspartei.PDS):

Jawohl. - Die Alternativen dazu sind im Wahlkampf im Kontext der „Heuschreckendebatte“ nicht nur von uns, sondern auch von der SPD diskutiert worden, nämlich die reale Erhöhung der Steuereinnahmen aus Gewinnen, Kapital, Vermögen, Erbschaft und die Erhöhung des Spitzensteuersatzes.

Einen einzigen Satz noch zur Landespolitik. Wir haben sonst mehr Zeit, darüber zu diskutieren. Natürlich gehören die Frage der sozialen Benachteiligung gerade im Kindergartenbereich und die Frage der Schulsozialarbeit zu den wichtigsten Fragen, die wir uns stellen müssen, wenn wir verhindern wollen, dass sich die sozialen Prozesse vererben und dass wir in zehn bis 15 Jahren bei uns vielleicht eine ähnliche Situation bekommen, wie sie uns in den französischen Vorstädten vorgeführt wird. - Danke.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke, Herr Gallert. - Seitens der Landesregierung hat der Ministerpräsident um das Wort gebeten. Doch zuvor möchte ich Schülerinnen und Schüler der Fachschule für Agrarwirtschaft Haldensleben bei uns begrüßen. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Bitte sehr, Herr Ministerpräsident, Sie haben das Wort.

Herr Prof. Dr. Böhmer, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin sicher, dass uns diese Themen weit bis in das nächste Frühjahr hinein regelmäßig und bei jeder Landtagssitzung begleiten werden.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich halte es durchaus für notwendig. Als aufgeklärte EU-Bürger betrachten wir selbstverständlich auch, was außerhalb Deutschlands passiert. Da können Sie ganz sicher sein. Wir wissen und erleben - da gebe ich Herrn Gallert völlig Recht -, dass jetzt in Frankreich Integrationsprobleme in einer Weise eskalieren, wie sie in anderen Ländern mit hoher Migrationsquote nicht aufgetreten sind. Kanada hat eine höhere Migrationsquote als Frankreich, ohne dass es solche Probleme gibt.

Das heißt, es hängt schon davon ab, wie Migrationspolitik im Inneren gesteuert wird. Sie beginnt damit, dass jeder, der in einem Land leben möchte, das er sich ausgesucht hat, auch dessen Sprache und viele andere Sachen lernt.

(Beifall bei der CDU)

Das sind die Probleme, über die wir in Deutschland schon lange genug diskutiert haben und sicherlich auch weiter diskutieren müssen.

Ich war erstaunt darüber, dass Sie bei dem Thema und der Begründung, die Sie angegeben haben, so wenig auf die Koalitionsverhandlungen abgehoben haben; denn die Aktuelle Debatte sollte deutlicher machen - so haben Sie sie begründet -, welche soziale Verantwortung die Landespolitik sowohl innerhalb des Landes als auch gegenüber dem Bund hat und wie wir sie wahrnehmen sollten.

Dazu werden wir in der nächsten Zeit eine Reihe von sehr grundsätzlichen Diskussionen haben, denen wir

uns nicht entziehen können. Denn die Bundesrepublik Deutschland hat - das sage ich ohne Schuldvorwürfe an irgendeine Partei oder irgendeine Person - in den letzten 20 Jahren mit uns allen weit über ihre Verhältnisse gelebt. Dies muss man deutlich sagen.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich habe - ich glaube, das war am 26. Mai - nicht verstanden, weshalb Bundeskanzler Schröder behauptet hat, er hätte keine Mehrheit mehr und der Bundestag müsste vorzeitig neu gewählt werden. In der Zwischenzeit habe ich es verstanden. Ich gebe zu, er hatte Recht; denn er kannte die Probleme.

Nachdem wir sie alle jetzt einigermaßen kennen, ist klar, dass sie mit dieser Mehrheit nicht lösbar gewesen wären. Denn die Verschuldungssituation in Deutschland ist gravierend. Das strukturelle Haushaltsdefizit beträgt etwa 78 Milliarden €. Das kann man sich gar nicht mehr vorstellen. Die zukünftigen Koalitionäre wissen, dass sie im nächsten Jahr keinen verfassungskonformen Haushalt vorlegen können, weil das aufgrund des hohen Defizits und der hohen Verschuldung in der Bundesrepublik Deutschland objektiv einfach nicht möglich ist.

Frühestens im Jahr 2007 wird es möglich sein, auch die Maastrichter Konvergenzkriterien wieder zu erreichen. Dies werden wir tun müssen. Es wird jetzt schon mit Brüssel verhandelt und um Aufschub gebeten, damit wir nicht schon im Jahr 2007 die ersten Strafzahlungen in Höhe von 10 Milliarden € zahlen müssen.

Das heißt, die Haushaltssituation - das ist nicht vergleichbar, da will ich auch nicht falsch verstanden werden - hat, nachdem ich die Zahlen zur Kenntnis bekommen habe, auf mich denselben Eindruck gemacht wie der Schürer-Bericht zum Ende der DDR-Zeit. Auch dort musste zugegeben werden, dass wir weit über unsere Verhältnisse gelebt haben und dass es so nicht weitergehen kann. Es wird auch so nicht weitergehen können.

Aber trotzdem - auch das hat Herr Gallert weggelassen - werden jetzt schon etwa 50 % der Bundesausgaben für die sozialen Sicherungssysteme ausgegeben. Etwas ändern zu wollen, ohne auch in diese Systeme einzugreifen, wäre in der DDR nicht möglich gewesen und wird auch jetzt nicht möglich sein. Da sehe ich richtig schwierige Diskussionen voraus, in die sich alle werden einbringen müssen, die gegenwärtig bereit sind, Verantwortung zu übernehmen.

Daher ist es aus unserer Sicht und auch aus der Sicht des Landes Sachsen-Anhalt wichtig, dass wir nicht nur mit finanzpolitischen Maßnahmen - Steuererhöhungen und Ausgabenkürzungen, alles das wird unvermeidbar sein - versuchen, den Zustand zu korrigieren, sondern dass wir insbesondere Maßnahmen zur Wiederbelebung der wirtschaftlichen Dynamik in Deutschland zulassen und organisieren, die dazu führen, dass das eigene Steueraufkommen, sowohl auf der Bundesebene als auch bei uns in Sachsen-Anhalt, wächst. Sonst werden auch wir die Probleme nicht in den Griff bekommen.

Glücklicherweise sind wir nicht die Einzigen, die das vorgerechnet haben; da gibt es ja genug Modellberechnungen. Aber diese Aufgabe besteht auf der Bundesebene und besteht auf der Ebene des Landes Sachsen-Anhalt.

Unsere Politik ist eben die - möglicherweise im Unterschied zu dem, was Herr Gallert hier vorgetragen hat und was wir alle kennen -, dass wir sagen: Wir müssen

versuchen, durch eigene Leistung wieder mehr Steuerkraft des Landes zu erreichen, um wieder mehr Menschen die Chance zu geben, ihr eigenes Leben selbst zu gestalten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zustimmung von der Regierungsbank)

Auch ich kenne noch nicht die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen. Die sitzen heute Nachmittag vermutlich zur letzten Runde zusammen. Aber nach dem Stand von gestern Abend, 19 Uhr kann man sicherlich schon sagen - es ist ja auch einiges durchgesickert -, dass der Hauptinhalt dieser Koalition sein wird, mehr Arbeitsplätze zu schaffen. „Vorrang für Arbeit“ wird das große Rahmenthema sein, dem sich diese Koalition stellt. Das heißt natürlich, dass einige wirtschaftspolitische Maßnahmen, auch solche aus dem Steuerrecht, umgesetzt werden.

Das beginnt mit einer anderen Strukturierung der AfA; das beginnt bei einer anderen Strukturierung der Erbschaftsteuerregelungen für Personenbetriebe; das beginnt auch bei der Tatsache, dass Handwerkerrechnungen aus dem Privatbereich bis zu einer bestimmten Summe, wahrscheinlich in Höhe von 3 000 € jährlich, von der Einkommensteuer abgesetzt werden können, dass die Haushalte als Arbeitgeber zugelassen werden, dass es ein 25-Milliarden-€-Investitionsprogramm für den Mittelstand mit dem Ziel der energetischen Gebäudesanierung geben wird usw. Es wird ein ganzes Bündel von Maßnahmen sein, mit dem die wirtschaftliche Dynamik in Gang gebracht werden soll. Aber es wird auch Eingriffe in das Steuersystem geben müssen. Alles das ist unvermeidlich.

Die gegenwärtige Situation ist ja schon durch eine solche Asymmetrie geprägt, wie sie im Grunde genommen nicht weiter übertrieben werden kann. Im Jahr 2004 ist jeder vierte Bürger Deutschlands von der Lohn- und Einkommensteuer praktisch befreit gewesen, weil er unterhalb eines bestimmten Levels Einkommen hatte und nicht steuerpflichtig war. Aber die oberen 10 % der Einkommensteuerpflichtigen haben 52 % des Einkommenssteueraufkommens bezahlen müssen. Das ist eine Progredienz in der Einkommensteuerkurve, die wegdiskutiert oder einfach nicht zur Kenntnis genommen wird.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zustimmung von der Regierungsbank)

Aber das ist sozialer Ausgleich. Das versteht man darunter, dass die starken Schultern mehr tragen müssen als die schwachen.

Was die Reichensteuer betrifft, ist das ja eher ein politisches Symbolproblem, kein finanzpolitisches Problem. In Sachsen-Anhalt werden es - das habe ich mir ausrechnen lassen - 141 Personen sein, die davon betroffen sind. Für unser Land würde das Steuereinnahmen in Höhe von 2,5 Millionen € bedeuten, wenn sie denn so käme, wie sie angedacht ist, für die gesamte Bundesrepublik etwas über 1,2 Milliarden €.

Trotzdem, meine Damen und Herren, wird dieses Thema aus ganz anderen Gründen, weil eine bestimmte politische Symmetrie gesucht werden muss, in den Koalitionspapieren auftauchen. Aber ohne eine Erhöhung der Mehrwertsteuer - das ist inzwischen völlig klar - werden die Probleme nicht lösbar sein.

Wir haben - das will ich Ihnen als Parlament ganz deutlich sagen - in den ersten Gesprächsdurchgängen durch-

gesagt - nicht alle, aber die meisten Länder -, dass wir bereit sind, bei einer Erhöhung der Mehrwertsteuer auf den Anteil zu verzichten, der auf die Länder zukäme - das sind, glaube ich, 42 % -, wenn dieses Geld ausschließlich zur Senkung der Lohnnebenkosten eingesetzt wird. Das war nicht vereinbart, aber abgesprochen. Dazu hätte ich auch gestanden, wenn es so gekommen wäre.

Wenn ich jetzt höre, dass die Hälfte oder vielleicht zwei Drittel des Aufkommens aus einer Mehrwertsteuererhöhung zur Sanierung des Haushaltes auf der Bundesebene genutzt werden müssen - weil es gar nicht anders geht, nicht weil es jemand gern macht oder will -, dann sage ich natürlich, geht es nicht, dass wir auf unseren Länderanteil verzichten. Dann müssen wir die gleiche Aufgabe erfüllen; denn auch wir müssen unseren Haushalt stabilisieren und sanieren. Das wird umso wichtiger, je mehr - das ist in den Gesprächen der Föderalismuskommission absoluter Konsens - die Länder in die Mithaftung und in die Verpflichtung für die Sanierung der defizitären Haushaltssituation genommen werden.

In das Grundgesetz wird - darüber gibt es keinen Streit; das ist verabredet - ein neuer Artikel 109 Abs. 5 unter der Überschrift „Nationaler Stabilitätspakt“ aufgenommen. Ich will Ihnen einmal den Text vorlesen, damit das bei künftigen Haushaltsverhandlungen im Hinterkopf behalten wird:

„Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland aus Rechtsakten der Europäischen Gemeinschaft aufgrund Artikel 104 EG-Vertrag zur Einhaltung der Haushaltsdisziplin sind von Bund und Ländern gemeinsam zu erfüllen. Sanktionsmaßnahmen der Europäischen Gemeinschaft tragen Bund und Länder im Verhältnis 65 : 35.“

Dann kommt die Aufteilung zwischen den einzelnen Ländern. Dies war lange umstritten. Es gibt zwei, drei Länder, die schwer bereit waren, diesen Weg mitzugehen, weil sie gesagt haben: Warum sollen wir, die Haushaltsdisziplin geübt haben und uns nicht exorbitant verschuldet haben - dazu gehört auch ein neues Bundesland -, in die Mithaftung genommen werden, wenn andere Landtage neben uns so schludrig mit dem Geld umgegangen sind?

Wir haben glücklicherweise versucht, mit der Quote, die hier vorgesehen ist - 35 % für die Länder; dort wiederum wird es verteilt, etwa 65 % nach Verursacherprinzip und der Rest solidarisch -, zu erreichen, dass die innerdeutschen Finanzstrukturen nicht aufgebröseln werden. Aber das setzt auch uns in die Verpflichtung, mit der Haushaltsdisziplin sehr stringent umzugehen, bestimmte Kriterien innerhalb des nationalen Stabilitätspaktes zu beachten und uns auch nur zu leisten, was wir uns aufgrund der eigenen gewachsenen - hoffentlich wachsenden - Wirtschaftskraft leisten können. Das ist schon mehr, als viele andere leisten können.

Sie haben zuletzt die Kinderbetreuung angesprochen. Ich bitte Sie - weil Sie ja gesagt haben, wir müssen jetzt auf der EU-Ebene denken; das ist gar nicht so schlecht -, sich nur einmal die Zahlen anzusehen, die auch aus EU-Statistiken ableitbar sind. Über 49,5 % der Kinder im Alter von null bis drei Jahren und 91 % der Kinder bis zum Schuleintritt besuchen bei uns in Sachsen-Anhalt eine Kindertageseinrichtung. 47 % aller Schüler im Alter von bis zu zwölf Jahren besuchen einen Hort.

Die auf dem EU-Gipfel in Barcelona für das Jahr 2010 festgelegte Zielmarke von 33 % für die Betreuung der unter Dreijährigen hat Sachsen-Anhalt längst übererfüllt.

(Frau von Angern, Linkspartei.PDS: Es geht doch nicht um Quantität!)

Das merken inzwischen auch andere, die beobachten, was wir machen und wofür wir unser Geld ausgeben. Ich will das nicht infrage stellen. Darüber haben wir lange genug diskutiert. Wir haben Grund, darauf stolz zu sein. Nur darf niemand so tun, als ob wir das immer und unbegrenzt erhöhen und ausweiten könnten. Auch wir kommen dann an Grenzen, an die wir uns halten müssen.

(Zustimmung bei der CDU und von der Regierungsbank)

Was die Situation der Langzeitarbeitslosen betrifft, haben Sie ja Recht. Aber die Rentensituation derjenigen, die jetzt in Arbeit sind, wird sich auch nicht bessern. Das hängt mit der demografischen Entwicklung zusammen. Das hängt auch damit zusammen, dass über längere Zeiträume, schon in den letzten 20 Jahren, die Rentenkasse auf Subventionen aus dem Steueraufkommen angewiesen war und es auch künftig sein wird.

Bei dieser Haushaltssituation wird keine Bundesregierung, egal von wem sie gestellt wird, noch mehr Geld in die Sozialversicherungskassen fließen lassen können. Das heißt, wir werden in diesem Bereich nicht mit zunehmenden sozialen Leistungen rechnen können.

Aber das, was machbar ist, insbesondere im Bereich der Hartz-IV-Gesetzgebung, das muss gemacht werden. Wenn ein Gesetz, das mit dem Ziel erlassen wurde, die Kosten zu senken, über 6 Milliarden € Mehrkosten verursacht, nachdem es umgesetzt worden ist, dann ist das nicht nur Armut durch Gesetz - das ist die klare Demagogie -, sondern dann ist es auch handwerklich schlecht gemacht. Dieses Gesetz muss korrigiert werden,

(Zustimmung bei der CDU)

insbesondere in dem Bereich der Definition von Bedarfsgemeinschaften. Ich sage nicht, dass an dieser Stelle ein Missbrauch betrieben worden ist. Hierbei haben pfiffige Leute das gemacht, was der Gesetzgeber ihnen dummerweise ermöglicht hat, obwohl er das gar nicht gewollt hat, weil das Gesetz schludrig gemacht worden ist.

(Zurufe von der Linkspartei.PDS)

An dieser Stelle wird das Gesetz nachkorrigiert werden müssen. Aber das, was aus unserer Sicht machbar war, haben wir in den letzten Jahren auch gemacht.

Ich erinnere mich noch gut daran: Als wir im Bundesrat dieses Gesetz abgelehnt haben, hat der damalige, noch amtierende Wirtschaftsminister Herr Clement versucht, mich in allen Punkten zu widerlegen. In der Zwischenzeit hat er alle die Punkte, die wir damals aufgeführt hatten, über die Monitoringkommission und über die Arbeitsgruppen nachzukorrigieren versucht.

Ich sage mit einem gewissen Stolz, dass es Vertreter der Landesregierung aus Sachsen-Anhalt waren, die es in dieser Gruppe erreicht haben, dass in einer ganzen Reihe von Punkten nachkorrigiert wurde. Das, was wir bei uns mit den Einstiegsgeldern in Form von Kombilöhnen modellhaft angefangen haben, wird auch die Bun-

desregierung übernehmen und wird versuchen, dies in den nächsten Jahren bundesweit umzusetzen. Das heißt, das, was wir den Bedürftigen unter uns im Lande schuldig sind, haben wir als Aufgabe längst erkannt.

Ich will Sie darüber informieren, dass die Landesregierung plant, am 26. Januar 2006 eine spezielle Workshop-Veranstaltung mit dem Thema „Soziale Integration von Menschen in extremer Armut“ durchzuführen.

(Zustimmung von Frau Feußner, CDU)

Das heißt, wir wissen, welche Probleme wir im Land haben. Im Gegensatz zu dem, was Herr Gallert gesagt hat, sage ich: Wir sehen nicht nur zu, sondern wir tun etwas und versuchen, diese Probleme zu lösen.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP - Frau Feußner, CDU: Richtig! Genau so ist es!)

Aber wir werden uns, mindestens bis zum März des nächsten Jahres, auch damit beschäftigen müssen, das besondere Schicksal von Hilfsbedürftigen unter uns nicht in gezielter Weise politisch zu instrumentalisieren.

(Zustimmung bei der CDU)

Mit diesem Thema müssen wir uns in der nächsten Zeit auseinander setzen. Ich sage als letzten Satz, damit mich die Frau Präsidentin nicht rügen muss: Die grundsätzliche Aufgabe, soziale Sicherheit, Sozialpflichtigkeit und das, was wir soziale Marktwirtschaft nennen, in einer globalisierten Wirtschaft zu organisieren, hat noch kein Land und keine Partei gelöst. Das ist auch eine Aufgabe, die uns in den nächsten Jahrzehnten sehr beschäftigen wird. Doch es muss uns niemand dazu ermahnen. Wir kennen die Aufgaben und wir werden versuchen, uns diesen schrittweise zu stellen und sie einer Lösung zuzuführen.

(Beifall bei der CDU, bei der FDP und von der Regierungsbank)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke, Herr Ministerpräsident. Ich würde Sie natürlich nicht rügen. Es war auch wichtig zu hören, was der Herr Ministerpräsident zu diesem Thema zu sagen hat; deshalb habe ich Ihnen die 17 Minuten eingeräumt. - Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Herr Scharf. Bitte sehr.

Herr Scharf (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben heute Morgen von Herrn Gallert wahrscheinlich die Auftaktveranstaltung zu einer Sozialpopulismusdebatte erlebt, die uns mindestens bis zum Frühjahr begleiten wird.

Herr Gallert, ich halte dieses für ausgesprochen gefährlich, weil Sie mit den Emotionen der Menschen spielen, weil Sie Halbwahrheiten sehr bewusst und sehr gekonnt darstellen und vortragen und weil Sie immer ein Stück weit davon ausgehen, dass ein Teil der Menschen nicht die Gesamtzusammenhänge kennt. Es ist in meinen Augen unverantwortlich.

(Zustimmung bei der CDU und von der Regierungsbank)

Wenn Sie diesen Weg bis zum Frühjahr weitergehen wollen, dann werden sich die politischen Auseinandersetzungen in diesem Land außerordentlich verschärfen.

Ich will Ihnen auch sagen: Es wird Ihnen nicht gelingen, dass Sie sich als das soziale Gesicht des Ostens darstellen und als diejenigen, die hier alleine dafür kämpfen und dagegen anstehen, dass andere soziale Errungenschaften einkassieren wollen.

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Herr Scharf, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Herr Scharf (CDU):

Das machen wir nachher. Es kommen bestimmt noch mehr Fragen.

Wir werden wahrscheinlich in Kürze - das hoffe ich - eine Kanzlerin in Deutschland haben, die in den neuen Bundesländern groß geworden ist. Wir werden wahrscheinlich ab Montag einen SPD-Parteivorsitzenden haben, der eine ostdeutsche Biografie hat. Sie werden mit Ihren K-Gruppen, die Sie sich im Westen eingefangen haben, noch viel Spaß haben.

(Zustimmung bei der CDU - Zuruf von Frau Bull, Linkspartei.PDS)

Meine Damen und Herren! Dann werden wir einmal sehen, wer die Auseinandersetzungen führt und wer in der Lage ist, die besseren Konzepte für Deutschland vorzulegen.

Wenn wir in dem Antrag auf die Aktuelle Debatte lesen konnten, dass es darum geht, den Zusammenhang zwischen den Vorgängen in den französischen Vorstädten und den Koalitionsverhandlungen darzustellen, dann musste man eine ganze Weile überlegen, wo denn an dieser Stelle die Brücke sein soll.

(Herr Gallert, Linkspartei.PDS: Das ist genau das Problem, Herr Scharf!)

Ich habe auch den Eindruck gehabt, dieses Problem hat Sie hier vorn umgetrieben, weil ich bis auf einige wenige gekünstelte Brücken den Zusammenhang nicht erkennen konnte, den Sie darzustellen versucht haben.

(Zustimmung bei der CDU - Herr Gallert, Linkspartei.PDS: Den werden Sie nie erkennen, Herr Scharf! - Zuruf von Frau Dr. Klein, Linkspartei.PDS)

Wenn man betrachtet, was uns diese Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen überhaupt darstellen kann, dann muss man erkennen, dass die Signale, die von Frankreich ausgehen, und die Signale, die von den Koalitionsverhandlungen in Berlin ausgehen, doch extrem unterschiedlich sind und unterschiedlicher kaum sein könnten. Ich habe weiterhin die Hoffnung, dass die Verhandler in Berlin ein vernünftiges Paket schnüren werden, das uns in der schwierigen Situation, in der sich Deutschland im Moment befindet, einen wenn auch schmalen Weg zeigen wird, den wir alle gemeinsam gehen können.

Ich will keine Kaffeesatzleserei dahin gehend betreiben, wie weit einige Verhandlungspunkte bereits abgeschlossen sind oder wirklich zu uns kommen. Aber wir können schon einmal davon ausgehen, dass der Solidarpakt II gesichert ist und nicht mehr infrage gestellt wird. Dies sind 51 Milliarden €, über die wir in Zukunft nicht mehr diskutieren müssen. Damit können wir auch zukünftig einen wesentlichen Impuls für Wachstum und Beschäftigung in den neuen Bundesländern erwarten.

Wir werden eine Lösung für das ALG II bekommen. Der Ministerpräsident hat dazu auch noch einmal einige Ausführungen gemacht. Außerdem muss das, was falsch konstruiert ist, wirklich vernünftig konstruiert werden. Es stellt sich die Frage, inwieweit die Arbeitsmarktchancen für junge Menschen ohne Ausbildung bzw. ohne Arbeit dadurch verbessert worden sind, dass sie seit dem 1. Januar 2005 auch materiell einem Langzeitarbeitslosen gleichgestellt sind. Ich konnte diesen Zusammenhang bisher noch nie erkennen.

Die Fehlsteuerungen, die aufgrund dessen passieren, sind offensichtlich gravierend und sie sind gesellschaftlich von uns in dieser Form nicht gewollt. Aber die Hartz-IV-Gesetzgebung hat offensichtlich dazu geführt, dass wir einer Atomisierung und Entsolidarisierung der Gesellschaft letztlich Vorschub leisten, und dies muss korrigiert werden.

Ich will es einmal ganz deutlich sagen: Wenn man 20 Jahre alt ist und kein Geld hat, dann kann man eben nicht zu Hause ausziehen. Dies ist jahrzehntelang Konsens in dieser Gesellschaft gewesen und diesen müssen wir wiederherstellen.

(Zustimmung bei der CDU)

In dieser Situation verhält sich niemand illegal, sondern er nutzt einfach neue Gestaltungsspielräume, die wir letztlich fälschlicherweise eingeräumt haben.

Wenn man schon einmal bei dem Grundsätzlichen ankommt, dann will ich sagen: Wer diese Verantwortungsgemeinschaft Familie mehr und mehr auflöst und diese Aufgaben dem Staat überträgt, der muss sich letztlich nicht wundern, wenn irgendwann einmal das Geld für diese Solidarkreisläufe, die man aufgelöst hat, nicht mehr vorhanden ist.

(Zustimmung von Minister Herrn Becker)

Meine Damen und Herren! Dieses muss korrigiert werden und das ist in meinen Augen auch eine Belastungsgerechtigkeit, die wiederhergestellt werden muss.

Kommen wir einmal auf die Verschuldung zu sprechen. Was soll denn daran ungerecht sein, dass wir uns endlich einmal darum bemühen, dafür zu sorgen, dass unsere Kinder und Kindeskinde von dem Schuldenberg, den wir Jahr für Jahr aufhäufen, nicht erschlagen werden? Was soll an so einer Politik ungerecht sein? Wir müssen diesen Weg letztlich gehen und deshalb hat die Koalition und jeder, der in Deutschland regiert, keine Chance, einen anderen Weg zu gehen.

Kommen wir zum Thema Arbeitsrecht. Hierbei kann ich deutlich sagen, dass ich mit manchem, was sich der eine oder andere zu dem, was man am Kündigungsschutz machen darf bzw. nicht machen darf, ausgedacht hat, gehadert habe. Aber es ist wirklich den Schweiß der Gerechten wert, darüber nachzudenken, für Arbeitnehmer und für Arbeitgeber ein einfaches, überschaubares und damit berechenbares Arbeitsrecht herzustellen. Es kann wirklich nicht sein, dass im Moment die Praxis der befristeten Arbeitsverhältnisse, in der sich die Leute von Arbeitsverhältnis zu Arbeitsverhältnis hangeln, die Lösung unserer gesellschaftlichen Probleme sein soll.

(Zuruf von Frau Tiedge, Linkspartei.PDS)

Hierbei ist es doch wirklich ehrlicher, dazu zu kommen, dass nach einer gewissen Zeit - meinetwegen sollen es 24 Monate sein - das Regelarbeitsverhältnis wieder das

unbefristete ist. Danach muss man wirklich wissen, ob man einen Arbeitnehmer gebrauchen kann oder ob man ihn nicht gebrauchen kann.

Ein klares Recht, meine Damen und Herren, ist auch ein gerechtes Recht. Wenn wir bei dieser Frage einen Schritt weitergehen können, dann, meine Damen und Herren, freut mich das wirklich außerordentlich.

Herr Gallert hat vorhin herumgeeiert und fand nicht die rechten Beispiele, um Frankreich mit Deutschland vergleichen zu können. Aber man muss vielleicht viel deutlicher fragen: Warum fängt man so eine Debatte in Sachsen-Anhalt an, wenn man fragen muss, wo denn in Sachsen-Anhalt die Ghettos sind? - Wir haben sie zum Glück nicht. Ich denke, wir lassen mit dem Programm zur städtebaulichen Entwicklung und mit unseren sozialen Maßnahmen genau solche Entwicklungen gar nicht erst zu, bei denen man in Frankreich nicht aufgepasst hat.

(Zustimmung bei der CDU)

Wo, meine Damen und Herren, leistet denn die Polizei in Sachsen-Anhalt der sozialen Ausgrenzung Vorschub? Wo haben wir in Sachsen-Anhalt polizeiliche Übergriffe gegen Ausländer festzustellen? Nennen Sie mir doch die Beispiele! Sie können mir kein einziges Beispiel nennen.

Wenn der eine oder andere wirklich einmal in einer Situation ausgerastet ist, die er emotional nicht beherrscht hat, dann haben wir im Landtag sofort umfangreiche Debatten entfacht und mit dem Disziplinarrecht ist sofort gegen die Leute vorgegangen worden. Gegebenenfalls musste sogar mit dem Strafrecht gearbeitet werden. Niemand in Sachsen-Anhalt hat doch solche Fälle, wenn sie einmal vorgekommen sind, unter den Tisch gekehrt. Sie greifen doch in die vollkommen falsche Kiste, wenn Sie solche Beispiele konstruieren wollen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich frage Sie: Wo leistet denn unsere von den Fraktionen der CDU und der FDP getragene Landesregierung der sozialen Polarisierung Vorschub? Nennen Sie mir doch einmal die Beispiele!

Auch die Aktuelle Debatte über die Bildungspolitik hat doch ganz klar gezeigt, dass wir uns vielleicht über den besten Weg streiten und dass wir uns immer wieder einmal über die Frage der Schulstrukturierung uneinig sind. Aber alle Vertreter der Fraktionen haben doch gesagt: Wir müssen auch die Kinder aus schwachen Elternhäusern abholen,

(Zuruf von Frau Bull, Linkspartei.PDS)

weil wir es uns überhaupt nicht leisten können, Bildungspotenziale irgendwo brach liegen zu lassen. Das ist doch ein großer Konsens. Den können Sie doch nicht zerreden, indem Sie eine soziale Polarisierung konstruieren, die niemand in diesem Hause will.

(Zustimmung bei der CDU - Herr Gallert, Linkspartei.PDS: Aber die gibt es, Herr Scharf!)

- Natürlich gibt es soziale Unterschiede. Ich kenne auch Leute, die in materiellen Verhältnissen leben, die ich als bedauerlich und sogar als erbärmlich empfinde. Ich weiß auch bei dem einen oder anderen Fall, dass ich nicht helfen kann. Das schmerzt mich. Aber es ist eine ganz

bösartige Unterstellung, daraus zu konstruieren, dass in diesem Hause Leute sitzen, insbesondere in den Koalitionsfraktionen, die dieses wollen.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP - Herr Gallert, Linkspartei.PDS: Herr Scharf, Mensch!)

Wenn Sie diesen Stil bis zur Landtagswahl betreiben sollten, dann passiert etwas ganz Gefährliches. Immer dann, wenn der Sozialstaat, der in Deutschland an internationalen Maßstäben gemessen gut funktioniert, diskreditiert und in Grund und Boden geredet wird, meinen Damen und Herren, stehen die Extremisten von rechts und links auf und fühlen sich bestätigt. Wenn Sie unverantwortlich reden, dann sind Sie an dieser möglicherweise entstehenden Situation mit schuld, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Herr Gallert, Linkspartei.PDS: Jetzt reicht es aber!)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Herr Scharf, wollen Sie noch Nachfragen beantworten? - Gut. Es gibt Nachfragen von Frau Bull und von Frau Dr. Klein.

Frau Bull (Linkspartei.PDS):

Herr Scharf, Sie haben die Debatte als sozialpopulistisch bezeichnet. Deswegen würde ich Sie gern fragen. Die Bundesregierung hat zwei Armuts- und Reichtumsberichte veröffentlicht. Im Zeitraum zwischen der Veröffentlichung des ersten und des zweiten Berichts war bei der Altersgruppe der 16- bis 24-Jährigen ein Anstieg der Armut um 4,2 Prozentpunkte zu verzeichnen. Das Land Sachsen-Anhalt liegt dabei mit 19,3 % um 6 Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt. In der Altersgruppe der bis 15-Jährigen liegt Sachsen-Anhalt mit 8,7 Prozentpunkten über den Daten der alten Länder. Deswegen meine Frage: Erschließt sich für Sie der Zusammenhang zwischen Armut, sozialer Desintegration und Gewalt tatsächlich nicht?

Herr Scharf (CDU):

Frau Bull, diesen Zusammenhang gibt es nach meiner Auffassung tatsächlich. Aber ich will Ihnen ganz deutlich sagen, dass ich die Statistik dieser Armutsberichte wegen der methodischen Grundlagen überhaupt nicht anerkenne. Ich muss es einmal sagen. Ich habe es als Mathematiker nie eingesehen, warum jemand, der weniger als 50 % des durchschnittlichen Einkommens erhält, einfach arm ist.

(Herr Gallert, Linkspartei.PDS: Das ist aber das Problem!)

Meine Damen und Herren! Es gibt eine Fehlinterpretation. Wenn jemand nicht in der Lage ist, die materiellen und die kulturellen Grundbedürfnisse zu erlangen, dann ist er in meinen Augen arm. Aber nach dieser statistischen Definition haben wir an der Armutsstatistik überhaupt nichts geändert, wenn sich die Einkommen von heute auf morgen verdoppeln. Das kann doch nur ein methodischer Fehler sein,

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

der in meinen Augen eigentlich unverständlich ist.

(Frau Bull, Linkspartei.PDS: Das ist Konsens!)

- Was heißt Konsens? Mit mir hat niemand bei dieser Frage Konsens erreicht. Das muss ich einmal ganz ehrlich sagen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Unruhe bei der Linkspartei.PDS)

Wenn ein Bericht wegen seiner wissenschaftlichen Grundlage in meinen Augen Unsinn ist, dann sage ich das an dieser Stelle einmal ganz deutlich.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zuruf von Frau Bull, Linkspartei.PDS)

Ich sage aber auch ganz deutlich, dass ich damit das Thema Armut nicht wegdiskutiere. Das ist wirklich ein schlimmes Thema.

(Herr Gallert, Linkspartei.PDS: Aha!)

Aber die Berichte sind in meinen Augen wirklich nicht viel wert.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Frau Dr. Klein, bitte sehr.

Frau Dr. Klein (Linkspartei.PDS):

Zum Thema Verschuldung hätte ich zwar noch einige Fragen; aber das sei einmal dahingestellt. Führende Wirtschaftswissenschaftler, auch konservative, gehen sicherlich davon aus, dass man nicht unbedingt die tiefste Krise nutzen sollte, um Schulden abzubauen. Dass es während der Zeit der guten Konjunktur versäumt worden ist, ist nicht unser Problem.

Aber meine Frage lautet ganz konkret: Was ist der Unterschied zwischen einem befristeten Arbeitsverhältnis und einem künftigen Arbeitsverhältnis mit einer Probezeit von zwei Jahren? Das ist mir bisher anhand der Veröffentlichungen nicht klar geworden. Da Sie das betonten, würde ich das gern wissen wollen.

Herr Scharf (CDU):

Frau Dr. Klein, jetzt bringen Sie mich in eine etwas schwierige Situation. Ich kann jetzt rechtlich nicht genau interpretieren, was die in Berlin ausverhandelt werden. Ich kenne auch nur die Zeitungsmeldungen, die ich gelesen habe.

Aber eines gebe ich Ihnen mit auf den Weg: Es ist in meinen Augen nicht gut, dass in den letzten Jahren immer mehr Regelarbeitsverhältnisse in befristete Arbeitsverhältnisse umgewandelt worden sind und die Menschen regelmäßig, meistens kurz vor Weihnachten, warten mussten, ob sie einen neuen befristeten Arbeitsvertrag bekommen. So baut niemand für sich soziale Sicherheit auf. So gründet er keine Familie usw. Es gibt einen Rattenschwanz von Problemen.

Auf der anderen Seite kann ich auch die Arbeitgeber verstehen, die in diesen wirtschaftlich schwierigen Zeiten einfach unsicher sind, ob sie die Arbeitnehmer auf Dauer halten können. Wir haben mithilfe des Teilzeit- und Befristungsverhältnisses jetzt schon die Möglichkeit, ohne Angabe von Gründen für bis zu zwei Jahre befristet einzustellen. Warum gehen wir nicht den ehrlichen Schritt und sagen: Die ersten 24 Monate, in denen man sich die Arbeitnehmer wirklich ansehen muss - -

(Zuruf von der Linkspartei.PDS)

- Ja, sehen Sie sich die Lehrerschaft an. Bevor nicht ein Schuljahr abgeschlossen ist, wissen Sie eigentlich nicht, was der taugt. Was wollen Sie da mit einem halben Jahr anfangen? Es gibt auch andere Berufe, in denen Sie sich die Leute länger ansehen müssen.

Aber ich bin der Auffassung, dass man nach 24 Monaten eigentlich wissen müsste, ob man den haben will. Das wäre in meinen Augen ein sauberer Kompromiss. Ob die den in Berlin finden, weiß ich nicht. Aber ich kann ihn rechtlich nicht genau interpretieren. Das muss ich zu geben.

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Frau Dr. Klein, Sie stehen noch am Mikrofon. Eine Nachfrage?

Frau Dr. Klein (Linkspartei.PDS):

Ich habe eine Nachfrage. Die gegenwärtige Probezeit beträgt ein halbes Jahr. Vor allem wenn es um Arbeitsmarktmaßnahmen oder um Lohnzuschüsse geht, wird das Arbeitsverhältnis häufig prompt beendet. Der Betreffende muss unabhängig davon, ob er sich bewährt hat, raus, weil dann der Nächste kommt und die nächsten Zuschüsse bringt. Das ist sehr häufig Praxis. Ich befürchte ganz einfach, dass diese Praxis dann nach zwei Jahren einsetzt.

Beim Probearbeitsverhältnis müssen die Betroffenen ohne Begründung gehen und bekommen nicht unbedingt ein qualifiziertes Arbeitszeugnis. Deswegen stellt sich für mich wirklich die Frage: Was bringt uns das?

Herr Scharf (CDU):

Ich würde einmal sagen, das ist jetzt nicht der Zeitpunkt, um Gesetze auszulegen, die es noch nicht gibt. Sehen wir uns das einmal genauer an, wenn die Koalitionsverhandlungen vorbei sind. Sie haben Befürchtungen ausgesprochen. Ich habe Hoffnungen ausgesprochen. Sehen wir es uns einmal an, wenn wir die Papiere haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Herr Scharf. - Nun wird Frau Budde für die SPD-Fraktion sprechen.

Frau Budde (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, offenbar hat der eigene Fraktionsvorsitzende den Aufruf, bei dem Thema nicht zu polarisieren und das nicht für den Wahlkampf zu nutzen, nicht richtig zugehört. Ich würde eher Ihnen zustimmen, dass man das Thema in dieser Art und Weise tatsächlich nicht als Wahlkampfthema nutzen sollte.

Aber ich gehe davon aus, dass wir im Landtag zumindest bezüglich der Feststellung übereinstimmen, dass es zum einen eine deutlich voranschreitende soziale Polarisierung in Deutschland und in Sachsen-Anhalt gibt. Diese schreitet zunehmend voran. Das ist kein statischer Zustand.

Zum anderen gehe ich davon aus, dass wir diesen Polarisierungsprozess nicht nur aufhalten, sondern möglicherweise auch umkehren wollen. Die Analysen sind doch sehr erschreckend. Darin wird über real existierende Parallelstrukturen berichtet, von Bevölkerungsschich-

ten, die völlig losgelöst voneinander und aneinander vorbei leben, die kaum noch Berührungspunkte miteinander haben, wenig voneinander wissen und zwischen denen die Brücken einer normalen Kommunikation abgebrochen sind.

Wenn ich jetzt die Debatte im Landtag verfolge, dann habe ich ein bisschen das Gefühl, dass wir diesbezüglich auch in der Politik zwei Parallelwelten haben. Die einen reden nur über die Haushaltskonsolidierung, die Haushaltspolitik und die in diesem Zusammenhang bestehenden Notwendigkeiten, die mit Sicherheit niemand infrage stellt, und die anderen reden nur über die sozialen Problemlagen.

Ich denke, es ist unsere Aufgabe, zwischen beiden Seiten eine Brücke herzustellen und Lösungen dafür zu finden und nicht nur die Parallelwelten in der Politik und in der Wahrnehmung zu beschreiben.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich möchte das an dem Beispiel deutlich machen, das Sie, Herr Ministerpräsident, genannt haben. Wenn Sie sagen, dass wir sowohl quantitativ als auch qualitativ ein hohes Niveau in der Kinderbetreuung haben, dann ist das durchaus richtig. Ich halte es jedoch nicht für richtig, dass man sich hinsichtlich der Vorgaben des EU-Gipfels von Barcelona an der unteren Grenze orientiert. Auf diese Weise kann man keine Brücke zwischen den beiden politischen Themen herstellen.

Man sollte sich eher an französischen oder anderen Modellen orientieren und schauen, welche Ergebnisse dort erreicht werden und wie wir uns hier verbessern können. Das erreicht man nicht, indem man sagt: Wir haben doch schon mehr als diese paar Prozent, die europaweit gefordert werden. Das kann sicherlich nicht das Niveau sein, an dem wir uns orientieren sollten.

(Minister Herr Kley: Wir haben mehr als Frankreich, liebe Kollegin! - Zuruf von Ministerpräsident Herrn Prof. Dr. Böhmer)

- Wir haben aber andere Strukturen, lieber Kollege. - Es muss erlaubt sein, darüber nachzudenken, ob andere Strukturen in der Kinderbetreuung und im Schulsystem nicht auch bessere und andere Ergebnisse hervorbringen. Wenn wir uns das Nachdenken darüber verbieten, dann befinden wir uns viel mehr in einer Parallelgesellschaft, als das durch soziale Polarisierung überhaupt hergestellt werden kann.

(Zustimmung bei der SPD - Zuruf von Frau Feußner, CDU)

Meine Damen und Herren! Wenn in diesen Analysen angeführt wird, dass es in der Gesellschaft Parallelstrukturen gibt, dann bezieht sich das eben nicht auf Frankreich, sondern auf die innere Situation in Deutschland. Wir in Deutschland und insbesondere wir in Sachsen-Anhalt haben aufgrund des geringen Ausländeranteils das Problem der Migration zwar nicht in dem Maße wie in Frankreich, aber wir haben dieses Problem innerhalb unserer Gesellschaft, und zwar in jeder unserer Städte und in jeder unserer Kommunen.

Das ist nicht die gleiche Situation wie in Großstädten wie Köln, Düsseldorf, Essen, Stuttgart oder anderen, sodass man vielleicht Parallelen ziehen und sagen könnte, Herr Gallert, dass so etwas mit Parallelgesellschaften, die nicht immigriert sind, passieren könnte. Ich will mich deshalb auf die Probleme in unserer eigenen Gesellschaft beschränken.

Ich sehe drei große Gräben, die sich durch unsere Gesellschaft ziehen und die die Ursachen für diese Polarisierung sind. Das sind auch unsere drei Ansatzpunkte für die Gestaltung durch die Politik.

Das ist zum Ersten die Teilhabe an Bildung - dazu haben wir heute Morgen bereits eine ausführliche Debatte geführt -, zum Zweiten die Teilhabe an Arbeit und zum Dritten das verfügbare Einkommen. Dieses bestimmt natürlich auch in gewissem Maße den Sozialstandard.

Ich möchte, obwohl die Debatte heute Morgen schon sehr ausführlich war, noch einmal auf das Thema Bildung eingehen, weil ich es für eines der Schwerpunktthemen halte, wenn es um soziale Polarisierung geht.

Es ist wirklich erschreckend, dass bei uns in Deutschland, in unserem Bildungssystem - ich sage es noch einmal - Kinder aus sozial schwachen Schichten offenbar nicht die gleichen Chancen auf höhere Bildungsabschlüsse haben.

(Zustimmung bei der SPD - Zuruf von Herrn El-Khalil, CDU)

Wir können dazu ins Detail gehen, wir können darüber diskutieren und können irgendwelche Begründungen finden, aber in der Summe bleibt es so.

Offenbar ist es so, dass die persönlichen Ergebnisse verbessert werden können. Das ist gut so. Das hat auch die Pisa-Studie gezeigt. Aber ob infolgedessen allen Kindern und Jugendlichen der Zugang zur höheren Bildung möglich ist, das möchte ich zumindest infrage stellen.

(Frau Feußner, CDU, verlässt den Plenarsaal)

- Frau Feußner, es nützt überhaupt nichts, wenn Sie jetzt hinausgehen, wenn Sie es nicht wahrhaben wollen, dass die soziale Polarisierung gerade in der Bildungsproblematik

(Frau Feußner, CDU, winkt ab - Heiterkeit bei der CDU)

- ja, das ist Ihr Problem -

(Frau Feußner, CDU: Das ist Ihr Problem!)

ihre Ursachen hat.

Ich möchte auf ein kleines Detail eingehen. Herr Olbertz ist leider nicht anwesend. Es ist nicht die Angst davor, dass man mit einem Realschulabschluss keine Ausbildungsstelle bekommt. Es gibt viele freie Träger, die versuchen, die Lücke zwischen Grundschule und Gymnasium mit Sekundarschulen zu schließen, und zwar nicht, weil sie Angst vor dem Realschulabschluss haben, sondern weil sie - das muss man so ehrlich sagen - zum Teil Angst vor einem sozialen Milieu haben, das sich in bestimmten Realschulen einfach ansammelt.

(Zuruf von Herrn El-Khalil, CDU)

Das ist die Ursache. Darüber muss man nachdenken, wenn man über Bildungssysteme und soziale Polarisierung redet.

Ich weiß, wir haben diesbezüglich große ideologische Gräben, sie verlaufen von Nord nach Süd und auch zwischen den sowie innerhalb der Parteien. Trotzdem muss man über das Problem reden und eine Lösung dafür finden.

Ich halte auch das für falsch, worüber gegenwärtig auf der Bundesebene diskutiert wird, nämlich dass dies

noch kleinteiliger in die Länder gegeben wird. Das wird keine Lösung sein.

(Zustimmung bei der SPD)

Das ist ein sehr langwieriger Prozess, bei dem wir, die wir aus der DDR kommen, wahrscheinlich noch eher einen Konsens finden würden, als das bei denen möglich ist, die aus der Bundesrepublik kommen.

(Herr Bönisch, CDU: Nein, ganz bestimmt nicht!)

Es geht dabei - damit komme ich zu dem zweiten Thema, zu dem Thema Arbeit - natürlich auch um Einkommen, aber es geht nicht nur um Einkommen; denn in einer Arbeitsgesellschaft wie der unseren ist bezahlte Arbeit weit mehr als nur Einkommen. Sie bedeutet Teilhabe an der Gesellschaft. Arbeit zu haben bedeutet, gebraucht zu werden. Keine Arbeit zu haben bedeutet den Ausschluss aus der Gesellschaft, es bedeutet, nicht gebraucht zu werden.

Deshalb müssen wir uns beim Thema Arbeit auch über mehr als nur über Geld unterhalten. Es geht nicht nur um Transferleistungen; die Teilhabe an Arbeit kann auch in anderen Formen erfolgen. Auf diese Weise können wir die Leute wieder in die Gesellschaft integrieren und können somit helfen, die soziale Polarisierung aufzubrechen.

Wenn es um Geld geht, dann hat das - ich habe es eben gesagt - auch etwas mit auskömmlichen Familieneinkommen zu tun. Wir haben eben über Einkommen, über Lohn, über Kündigungsschutz geredet. Natürlich entscheidet das Einkommen mit darüber, ob Kinder, Eltern, Großeltern oder auch Alleinstehende - ich will sie gar nicht ausschließen - die Angebote in Kindertagesstätten, in Schulen, in der Freizeit wahrnehmen können, ob sie sich integrieren können und ob sie an den Möglichkeiten der Gesellschaft teilhaben können.

Aber oftmals fehlt das auskömmliche Familieneinkommen auch bei denen, die auf dem ersten Arbeitsmarkt Arbeit haben. Auch das müssen wir betrachten, wenn es um soziale Polarisierung in der Gesellschaft geht.

Wenn man sich den Magdeburger Sozialreport ansieht - Magdeburg ist eine Stadt, der es auch von der Bevölkerungsstruktur her relativ gut geht -, dann stellt man fest, dass 50 % der Familien ein Nettoeinkommen haben, das unter 1 500 € liegt. Lediglich 27 % der Familien haben ein Nettoeinkommen, das über 2 000 € liegt. Das sind Zahlen, die aussagen, wie schwer es ist, den Kindern dieser Familien die Teilhabe an allen Angeboten oder wenigstens an einem Teil der Angebote zu ermöglichen.

(Zuruf von Herrn El-Khalil, CDU)

Deshalb muss man bei dem Thema „soziale Polarisierung“ auch über die Löhne reden und gegen Lohndumping argumentieren. Man muss aber auch über die Angleichung des Arbeitslosengeldes II reden; denn - das stimmt, Herr Gallert - durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer wird ohnehin schon ein bestimmter Prozentsatz aufgefressen. Ich denke, der Osten wird zumindest bei der Forderung einiger bleiben. Ich kann keine Garantie dafür geben, was letztlich als Ergebnis herauskommt. Aber eine Angleichung an das Westniveau ist, denke ich, dringend erforderlich.

(Zustimmung bei der SPD und bei der Linkspartei.PDS - Zuruf von Herrn Borgwardt, CDU)

Ich glaube auch nicht, dass die Aufhebung der Probezeit das Problem bezüglich befristeter Arbeitsverträge löst, Herr Scharf. Ich denke, die Diskussion geht tiefer; wir können sie heute hier nicht führen. Sie hat auch nur in bestimmten Bereichen etwas mit dem Thema der sozialen Polarisierung zu tun. Deshalb sollte man entideologisiert darüber sprechen, was Sinn macht und was keinen Sinn macht. Wir haben diesbezüglich wahrscheinlich sehr unterschiedliche Positionen.

Ich möchte dringend davor warnen - auch das sollte angesprochen werden, wenn man über soziale Polarisierung redet -, dass der Umstand, wenig Geld zur Verfügung zu haben, also in der Alltagssprache „arm“ zu sein, zwangsläufig bedeutet, zu bestimmten sozialen Schichten zu gehören. Die „Süddeutsche Zeitung“ hat diese im Februar 2005 mit folgenden Worten beschrieben:

„Sie sind kinderreich, aber sie kennen kaum stabile Familienverhältnisse. Sie zeichnen sich trotz Armut nicht in erster Linie durch materielle Unterversorgung aus, sondern dadurch, dass sie ein Dasein ohne Zukunftsaussichten führen.“

Man kann das nicht alles über einen Kamm scheren. Natürlich gibt es viele Familien, die wenig Geld zur Verfügung haben, aber trotzdem ihren Kindern Bildung und Zukunft ermöglichen. Diese Familien schaffen es durch Zusammenhalt und Kreativität, diese Armut besser zu kompensieren, als dies in zerrütteten Familien der Fall ist. Aber das ist leider nicht die Regel. Das ist bei der großen Menge der sozial schwachen Familien leider nicht die Regel, sondern die Ausnahme.

(Zustimmung bei der SPD)

Das sind, denke ich, auch nicht die, über die wir jetzt hier reden.

Wir dürfen nicht die Augen davor verschließen, dass es immer mehr Menschen, immer mehr Familien werden, die an den Rand der Gesellschaft gleiten, ob sie es nun wollen oder nicht. Das findet generationsübergreifend statt. Es ist die Aufgabe der Politik, diese Tendenz aufzuhalten.

Herr Ministerpräsident, natürlich kann man in Zeiten der wirtschaftlichen Globalisierung nicht alle sozialen Probleme lösen. Es ist schwieriger geworden, diese sozialen Probleme zu lösen. Aber man kann das doch nicht als Schutzschild hoch halten und sagen: Wir sind ohnehin nicht diejenigen, die dafür die Lösungsvorschläge bringen können; wenn das einer erfunden hätte, hätte er schon den Nobelpreis bekommen.

Wir müssen uns vielmehr an dem Finden von Lösungen für unser Land, aber auch für die Europäische Union beteiligen. Wenn Sie es global sehen wollen, dann ist es sogar eine Aufgabe für die gesamte Gesellschaft auf dem Erdball. Aber wir müssen uns auch an der Lösung kleiner Probleme hier im Land beteiligen und dürfen nicht die Globalisierung als Schutzschild hoch halten.

(Zustimmung bei der SPD und bei der Linkspartei.PDS)

Habe ich noch ein wenig Zeit? - Danke.

Ich möchte Ihnen nur ein kleines Beispiel nennen; das kostet auch nicht mehr Geld. Wenn man sich den Bereich der sozialen Problemlagen ansieht, dann stellt man zum Beispiel fest, dass zunehmend mehr Jugendliche aus Lernbehindertenschulen zur Ausbildung oder zur

Arbeit an Einrichtungen der Behindertenausbildung abgegeben werden, anstatt ihrer Problemlage gerecht zu werden. Es wird vorher nicht einmal geprüft, ob sie vielleicht gar nicht Lernbehinderte im klassischen Sinne sind, weil bei ihnen eine Behinderung nicht aufgrund eines Intelligenzdefizits oder aufgrund einer Krankheit, sondern aufgrund von sozialen Problemen gegeben ist. Die Anzahl der Betroffenen steigt.

Man versucht, solche Jugendlichen in Behinderteneinrichtungen zu integrieren. Sie stören dort aber, weil sie anders geartete Probleme haben. Sie kommen nämlich aus einem sozial geschädigten Milieu und wollen nicht unbedingt arbeiten, was Behinderte jedoch sehr gern wollen. - Es ist einfach falsch, das zu tun.

Es gibt Einrichtungen, die sich mit Kindern aus dem sozial geschädigten Milieu beschäftigen. Das ist ein kleiner Teil, bei dem es nicht darum geht, mehr Geld anzufassen, sondern ins Detail zu schauen und darüber nachzudenken, welche praktischen Lösungen man anbieten kann, die den Bedürfnissen der Betroffenen gerecht werden und mit denen man sie vielleicht aus ihrem sozialen Umfeld herausholen kann.

(Zustimmung bei der SPD)

Eines noch zum Schluss. Für mich gehört es auch dazu, darüber zu reden, dass man das Familienbild oder zumindest einige seiner Fassetten, etwa die Einstellung zur Berufstätigkeit von Frauen mit Kindern, überdenken muss. Das haben wir hier schon oft thematisiert.

Wenn man sich den Sozialreport anschaut - Herr Gallert hat es gesagt -, dann stellt man fest, dass eben nicht die Kinder, die aus Familien stammen, in denen beide Eltern voll berufstätig sind, Probleme hinsichtlich der Gesundheit, der Motorik oder der Sprache haben. Vielmehr sind es Kinder aus anderen Bereichen. Es schadet also nicht, wenn beide Eltern berufstätig sind, sondern es wirkt sich sogar fördernd aus.

(Zustimmung bei der SPD und bei der Linkspartei.PDS)

Deshalb sollte man bei der Lösung der Sozialprobleme auch das als Grundlage heranziehen.

Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident! Ich glaube tatsächlich, dass wir mit diesem Thema noch viel zu tun haben werden, und zwar nicht nur bis März 2006. Dann wird es möglicherweise von dem einen oder anderen als Wahlkampfthema genutzt werden; das wird niemand verhindern können.

Ich gehe aber stark davon aus, dass wir uns insbesondere nach dem März 2006, wenn es um das Umsetzen geht, mit diesem Thema beschäftigen werden; denn wir können diese Parallelstrukturen, die sich entwickeln und die inzwischen eine große Menge von Menschen betreffen, nicht ignorieren. Wir müssen eine Lösung dafür finden.

(Beifall bei der SPD und bei der Linkspartei.PDS)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Danke, Frau Budde. - Als letzter Debattenredner wird Herr Rauls für die FDP-Fraktion sprechen. Zuvor möchte ich Damen und Herren des Europäischen Bildungswerkes für Beruf und Gesellschaft e. V. Magdeburg bei uns begrüßen. Seien Sie willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Herr Rauls (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nach den grundsätzlichen Ausführungen des Ministerpräsidenten, die ich gut nachvollziehen konnte, bleiben mir nur einige Ergänzungen.

Allein die für dieses Thema der Aktuellen Debatte gewählte Überschrift unterstellt, dass es Kräfte gibt - auch hier in Sachsen-Anhalt -, die bewusst die Kluft zwischen Arm und Reich ausweiten oder das zumindest zulassen. Für die Liberalen und die gesamte Koalition in Sachsen-Anhalt sage ich deutlich: Wir nehmen sehr wohl und bewusst soziale Verantwortung wahr und leiten davon unser Handeln ab.

(Zustimmung bei der FDP)

Wenn Sie, Herr Gallert, allerdings auf Deutschland verweisen, dann kann ich nur sagen: Für die bisherige rot-grüne Bundesregierung verwende ich mich nicht.

Ich möchte auf einige Punkte der Begründung zu der Aktuellen Debatte eingehen. Sie ist damit begründet worden, dass auf Bundesebene weitere Einschnitte bei den sozialen Sicherungssystemen und öffentlichen Finanzen angekündigt wurden. Damit ist sicherlich zu rechnen. Aus unserer Sicht ist deshalb ein Politik- und Paradigmenwechsel auf Bundesebene notwendig. Ich bezweifle allerdings, dass dazu die Weichen in ausreichendem Maße in die richtige Richtung gestellt werden.

Die bisher bekannt gewordenen Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen in Berlin sind nach unserer Ansicht kaum geeignet, eine deutliche Belebung des Arbeitsmarktes zu bewirken oder notwendige Steuererleichterungen einzuleiten. Die Arbeitslosigkeit als eine Ursache sozialer Ungleichheiten und Spannungen ist nach unserer Auffassung auf diese Weise nicht deutlich zu reduzieren.

Natürlich begrüßen auch wir es, wenn die Leistungen für die ALG-II-Empfänger neu geregelt werden; die Höhe ist allerdings nicht nur ein Ost-West-Problem, sondern auch ein Problem regionaler Besonderheiten in den alten Bundesländern.

Im Zusammenhang mit diesem Thema begrüße ich ausdrücklich, dass Herr Minister Kley für die B-Länder das Bundessozialministerium aufgefordert hat, die Länder an der Auswertung der Neuberechnung des so genannten soziokulturellen Existenzminimums und der damit verbundenen Neufestsetzung der Regelsätze zu beteiligen.

Die Aktualität der Debatte wird auch damit begründet, dass Sachsen-Anhalt in besonderer Weise betroffen sei, weil ein überdurchschnittliches Armutspotenzial bestehe. Richtig ist sicherlich, dass eine Reihe von Bürgern in schwieriger finanzieller Lage ist und viele ihre Situation als unbefriedigend empfinden und Perspektiven vermissen.

Zur Begründung der Aktualität hat der Antragsteller auf die sicher als dramatisch zu bezeichnende Entwicklung in Frankreich verwiesen; allerdings konnte ich das als Anlass für die Debatte von Anfang an nicht nachvollziehen. Ich begrüße, dass viele in den letzten Tagen veröffentlichte Beiträge - nicht zuletzt das schon erwähnte Interview in der Ausgabe der „Volksstimme“ von gestern - deutlich machen, dass ein Vergleich unangebracht ist, da die Gefahr eines Konfliktes wie in Frankreich in Deutschland unwahrscheinlich ist. Herr Gallert hat diese Wertung kritisiert und gleich danach wieder relativiert.

Der Aufstand der Jugendlichen in Frankreich hat sicherlich andere Ursachen. Die Unterschiede zu der Situation in Deutschland sind in vielen Beiträgen in den Medien, aber zum Teil auch in den Redebeiträgen hier deutlich gemacht worden.

Nichtsdestotrotz nimmt die FDP-Fraktion die Frage der Integration von Migranten ernst. Deutschland und Sachsen-Anhalt müssen Integrationswilligen eine Chance bieten und sollten zugleich die Integrationsbereitschaft und -fähigkeit einfordern.

Wir stellen uns der sozialen Verantwortung. Das Ergebnis, das wir dabei bisher erreicht haben, kann sich durchaus sehen lassen. Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Landespolitik in den letzten Jahren alles ihr Mögliche und Finanzierbare für die Beseitigung sozialer Unterschiede und Spannungen getan hat.

Herr Gallert, ich wäre gespannt, was dabei herauskäme, wenn sich einmal jemand die Mühe machen würde, Forderungen, die Ihre Fraktion in den letzten Monaten für die künftige Politik aufgestellt hat, in Euro zusammenzurechnen.

(Herr Gallert, Linkspartei. PDS: Gibt es massenhaft, Herr Rauls!)

Vielleicht haben Sie es selbst einmal gemacht. Ich wäre auf das Ergebnis wirklich gespannt.

(Herr Gallert, Linkspartei. PDS: Die Schätzungen liegen zwischen 70 Millionen und 3 Milliarden €!)

Es wird auch in den kommenden Jahren noch viel zu tun geben, um die hier aufgeworfenen Probleme zu verringern. Es gibt aus unserer Sicht aber keinen Grund, die Situation übermäßig zu dramatisieren und das Geleistete zu negieren. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Herr Rauls. - Damit ist die Aktuelle Debatte - -

(Unruhe bei der Linkspartei.PDS - Herr Gallert, Linkspartei.PDS: Dürfte ich als Fraktionsvorsitzender noch einmal das Wort ergreifen?)

- Ja. Bitte sehr.

Herr Gallert (Linkspartei.PDS):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Ich nehme jetzt noch einmal als Fraktionsvorsitzender das Wort zu dem Thema der Aktuellen Debatte.

Ich habe jetzt etwa 15 Minuten lang darüber nachgedacht, was Herrn Scharf zu der Rede, die er hier gehalten hat, getrieben hat. Mir sind dazu viele Gedanken gekommen; die meisten werde ich nicht äußern, zwei Dinge aber doch.

Erstens. Ich habe niemandem in diesem Land unterstellt, dass er das politische Ziel hat, soziale Polarisierungen voranzutreiben. Ich weiß, dass es nicht so ist, und ich weiß, dass es vor allen Dingen bei Ihnen, Herr Scharf, nicht so ist. Sie sind durchaus in der Lage, innerhalb Ihrer eigenen Partei für diese Dinge zu streiten.

Ich sage aber auch: Alle Statistiken, alle Analysen in diesem Land belegen, dass wir es mit einer sozialen Polarisierung zu tun haben, an der Achse des Einkommens,

an der Achse der Bildung und an der Achse des sozialen Kapitals. Davor werden wir nicht die Augen verschließen.

Ich nenne Ihnen ein Beispiel. Wir hatten vor kurzem den Wohnungsverbandstag in Sachsen-Anhalt. Nach den offiziellen Begrüßungen gab es einen Vortrag von jemandem, der die Wohnungsgesellschaften in ihrem Marketing beraten hat. Er sagte als Erstes zu dem Thema: Eines muss Ihnen von vornherein klar sein: Es gibt zwei Marktsegmente, die wachsen, und eines, das schrumpft. Die beiden Marktsegmente, die wachsen, sind der Billigmarkt und der Markt am oberen Ende der sozialen Skala; der in der Mitte schrumpft. Diesbezüglich besteht Einigkeit und darüber diskutiert niemand mehr.

Wenn er das so sagt, dann dürfen wir solche Prozesse einfach nicht leugnen. Er ist auch kein Sozialist, weil er das sagt. Es sind einfach Marktanalytiker, die das ermittelt haben.

Die Politiker sind nicht nur für das zur Verantwortung zu ziehen, was sie wollen. Die Politiker sind für das zur Verantwortung zu ziehen, was sie bewirken. Das ist wie im richtigen Leben: Nicht der Wille, sondern die Wirkung ist entscheidend.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Deswegen sind wir sehr wohl dafür zur Verantwortung zu ziehen, wenn sich soziale Polarisierungsprozesse abspielen.

Mit einem zweiten Gedankengang möchte ich enden. Ich habe mich gefragt, warum Sie so aggressiv und auch auf mich persönlich reagiert haben. Dahinter steckt natürlich ein Stück weit System: Es wird versucht, in dieser Bundesrepublik - das erleben wir seit den Hartz-IV-Protesten - eine gewisse Tabuisierung in der politischen Diskussion über soziale Problemlagen zu erreichen. Das haben wir erlebt.

Wir haben genau diese Situation auch in dieser Debatte erlebt. Natürlich hat Frau Budde Recht: Wir haben über die sozialen Problemlagen gesprochen und nach mir hat Herr Böhmer über Zahlen gesprochen. Wir wissen, dass wir auch über Zahlen sprechen müssen. Aber wenn wir den Eindruck gewinnen, dass in dieser Bundesrepublik, so auch bei den Koalitionsverhandlungen zurzeit, nur über Zahlen gesprochen wird, dann werden wir uns das Recht herausnehmen, über die sozialen Problemlagen zu sprechen, die dahinter stehen.

(Zuruf von Herrn Tullner, CDU)

- Herr Tullner, warten Sie doch ab!

(Herr Tullner, CDU: Sie haben aber nicht das Monopol darauf!)

- Sie können doch gern darüber sprechen. Aber die Frage ist: Wer außer uns hat denn eine Debatte dazu beantragt?

Ein letzter Satz zum Wahlkampf.

(Herr Wolpert, FDP: Das ist billig! - Weitere Zurufe von der FDP)

- Warten Sie doch ab! - Zum Wahlkampf. Die letzte Bundestagswahl hat sich - im Gegensatz zu vielen Erwartungen - genau an der Frage der sozialen Erwartung und der sozialen Positionierung in der Gesellschaft entschieden. Das war so. Das hat die SPD und unwahrscheinlich geschickt und gut gemacht. Das hat die Schwarz-Gelben

die zu einer Regierung nötige Mehrheit gekostet, die sie vorher in den Umfragen hatten. Deswegen haben wir jetzt eine große Koalition.

Wir sagen ausdrücklich: Wenn es möglich ist, die sozialen Auswirkungen politischer Aktionen - so hat es die SPD getan - auf eine Familie mit einer Krankenschwester und einem Facharbeiter denen auf einen Unternehmensberater oder meinetwegen einen Selbständigen gegenüberzustellen,

(Zuruf von Herrn Tullner, CDU)

dann werden wir uns in diese Diskussion hineinbegeben und fragen: Wie wirkt das auf Hartz-IV-Empfänger? Wie wirkt das auf diejenigen, die ganz am Rand dieser Gesellschaft sind? Das lassen wir uns nicht wegnehmen und das lassen wir uns auch nicht tabuisieren, Herr Scharf. - Danke.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Damit ist die Aktuelle Debatte beendet und wir verlassen den Tagesordnungspunkt 3.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 18** auf:

Beratung

Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2003 - Entlastung

Jahresbericht 2004 über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung 2003 - Teil 1 und 2

Unterrichtungen - **Drs. 4/1785** und **4/2201**

Antrag des Ministers der Finanzen - **Drs. 4/1979**

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen - **Drs. 4/2454**

Berichtersteller ist der Abgeordnete Herr Bönisch. Bitte sehr.

Herr Bönisch, Berichterstatter des Ausschusses für Finanzen:

Frau Präsidentin, ich kann feststellen, dass Sie alles gut und richtig angekündigt haben. Jetzt habe ich eine Frage zum Verfahren. In Anbetracht der Zeit und in Anbetracht des vielen Grundsätzlichen, das heute schon gesagt wurde, würde ich meine Rede gern zu Protokoll geben. Ich muss aber zwei Anmerkungen zu redaktionellen Änderungen machen, die die Beschlussempfehlung betreffen. Darf ich das eine und das andere tun?

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Ja, das dürfen Sie.

Herr Bönisch, Berichterstatter des Ausschusses für Finanzen:

Vielen Dank. - Dann möchte ich Ihnen diese beiden redaktionellen Änderungen mitteilen. Das ist auch für das Protokoll sehr wichtig.

Auf der Seite 12 unten sind die Worte „der Justiz“ durch die Worte „des Innern“ zu ersetzen. Hier ist das falsche Ministerium angegeben worden.

Auf der Seite 52 muss die Passage „zur Sitzung des Unterausschusses Rechnungsprüfung am 12. Oktober“ ersetzt werden durch die Passage „zum 30. November“.
- Das ist alles. Der Finanzausschuss hat die Beschlussempfehlung einstimmig beschlossen. Ich bitte Sie, ihr ebenfalls zu folgen, und gebe meine Rede zu Protokoll.
- Vielen Dank.

(Zustimmung bei der FDP und bei der Linkspartei.PDS)

(Zu Protokoll:)

Herr Bönisch, Berichterstatter des Ausschusses für Finanzen:

Als Vorsitzender des Unterausschusses Rechnungsprüfung des Finanzausschusses möchte ich heute den Entlastungsbeschluss für die Landesregierung, den Landesrechnungshof und den Präsidenten des Landtages für das Haushaltsjahr 2003 einbringen.

Der Unterausschuss Rechnungsprüfung hat sich in sieben Sitzungen mit dem Jahresbericht 2004 des Landesrechnungshofs befasst und dabei jeden einzelnen Abschnitt ausführlich behandelt. Die daraus resultierenden Beschlussempfehlungen wurden danach im Finanzausschuss behandelt und dessen Beschlussempfehlung liegt heute dem Plenum zur Beschlussfassung vor.

Im Unterausschuss herrscht regelmäßig eine sehr sachliche und konstruktive Atmosphäre, was, denke ich, dadurch belegt wird, dass fast alle Beschlüsse einstimmig gefasst wurden. Für diese faire und angenehme Art der Zusammenarbeit möchte ich allen Beteiligten ausdrücklich danken.

Aus dieser Einmütigkeit bei der Beschlussfassung allerdings zu folgern, dass es im Unterausschuss langweilig sein könnte, wäre weit gefehlt. Schon die Vielfalt der Themen ist sehr interessant, und interessant ist auch die Vielfalt der Fehlertypen, welche der Landesrechnungshof in seinen Jahresberichten aufzeigt. Keine Angst, ich werde hier nicht Einzelheiten erörtern, aber ich möchte Ihnen doch dringend empfehlen, sich die Beschlussempfehlung wirklich einmal durchzulesen, falls dies tatsächlich jemand noch nicht getan haben sollte.

Ich werde also nicht auf alle Einzelheiten eingehen, möchte aber doch Ihre geschätzte Aufmerksamkeit auf einige mir besonders wichtig erscheinende Themen lenken. Beispielsweise haben wir uns auch in diesem Jahr wieder mit dem großen Komplex der Landesbetriebe und -beteiligungen befasst, und zwar unter verschiedenen Aspekten. Beispielsweise waren die Unterlagen für den Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft und das Landeseisamt nicht vollständig, und wir mussten diese deshalb von der Entlastung ausnehmen. Ähnliches gilt für den Talsperrenbetrieb, den wir leider ebenfalls von der Entlastung ausnehmen mussten.

Bei den Landesbetrieben ging es aber beispielsweise auch um die Frage der Pensionen der dort beschäftigten Beamten, und wir haben seinerzeit einstimmig folgenden Beschluss gefasst:

Bei der Beschäftigung von Beamten in Landesbetrieben ist Kostentransparenz dadurch herzustellen, dass die Versorgungs- und Beihilfeaufwendungen generell vom Landesbetrieb getragen werden. Für spätere Versorgungsausgaben sollten die Landesbetriebe deshalb laufend 30 v. H. der Besoldung der „Landesbetriebsbeamten“ an das Land als „Entgelt“ dafür abführen, dass später aus dem Landeshaushalt (Kapitel 13 50) die Versor-

gungsausgaben für die Pensionäre des Landesbetriebes gezahlt werden. Diese Beträge sollten über das Kapitel 13 50 der Versorgungsrücklage (Einzelplan 53) zugeführt und dort angesammelt werden. Aus diesen angesparten Beträgen könnte das Land dann später die Versorgungsausgaben finanzieren.

In unserer Sitzung vorgestern befassten wir uns mit dem Landesrechnungshofbericht 2005, Teil 1, und hier ging es um die zukünftigen Pensionslasten des Landes insgesamt. Bei der Auseinandersetzung mit diesem Thema wurde mir klar, dass ich persönlich den gerade zitierten Beschluss heute so nicht mehr fassen würde. Ich werde deshalb natürlich hier keinen Änderungsantrag provozieren oder gar einbringen, aber ich bin gespannt, zu welcher Auffassung die Landesregierung gelangt sein wird, wenn sie im Unterausschuss im Juli nächsten Jahres ihr Konzept zum Umgang mit dieser Problematik vorstellen wird. Es bleibt also spannend, und wir alle lernen immer noch dazu.

Auch mit einem ganz anderen Thema haben wir uns beschäftigt, das hier erwähnt werden sollte, dem der Kreditaufnahme durch eine Fraktion des Landtages nämlich.

Der Ausschuss für Finanzen/Unterausschuss Rechnungsprüfung nimmt die Feststellungen des Landesrechnungshofes zur Kenntnis. Er geht davon aus, dass alle Fraktionen aus diesem Einzelfall die notwendigen Schlussfolgerungen ziehen werden. Der Ausschuss für Finanzen bittet die Fraktionen, bei der nächsten Änderung des Fraktionsgesetzes die Möglichkeiten eines gesetzlichen Verbotes der Verschuldung der Fraktionen zu prüfen. - Interessant, oder? Denken wir also darüber nach.

Um Schulden ging es auch im Zusammenhang mit der überörtlichen Kommunalprüfung. Der Landesrechnungshof kritisierte dabei zum Beispiel, dass „einige Kommunen sich immer noch eine Vielzahl von freiwilligen Aufgaben in den Bereichen Kultur, Sport und Soziales leisten, obwohl sie strukturell zum Teil erheblich überschuldet sind.“ Dieser Kritik hat sich der Finanzausschuss angeschlossen, und auch Sie tun das heute, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, und besonders meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen Kommunalpolitiker.

Aber bei der Diskussion im Unterausschuss zum notwendigen Haushaltsausgleich zeichnet sich ein aus meiner ganz persönlichen Sicht sehr erfreulicher Trend ab, nämlich der, dass bei allen Bestrebungen zum Haushaltsausgleich die wirtschaftliche Sinnhaftigkeit der einzelnen Aktivitäten eingehend zu prüfen ist. Bisher nur ein Trend, aber ein sehr hoffnungsvoller. Denn beispielsweise wir in Halle laufen Gefahr, gegen das Prinzip der Wirtschaftlichkeit - und damit gegen jede Haushaltsordnung - zu verstoßen, wenn wir durch den Verkauf von Beteiligungen unseren Haushalt auszugleichen versuchen. Dieser Widerspruch muss uns noch weiter beschäftigen und ich hoffe, wir können ihn zu einer vernünftigen Lösung führen.

Der Finanzausschuss hat der Beschlussempfehlung einstimmig zugestimmt, und ich bitte auch Sie um Ihre Zustimmung.

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Herr Bönisch. - Wir treten in das Abstimmungsverfahren zur Drs. 4/2454 ein. Es geht um die Beschlussempfehlung einschließlich der beiden redaktionellen Änderungen in den Anlagen auf Seite 12 und Sei-

te 52. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer Enthalt sich der Stimme? - Das ist einstimmig. Damit ist der Tagesordnungspunkt 18 beendet.

(Herr Scharf, CDU, meldet sich zu Wort)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Herr Scharf, bitte.

Herr Scharf (CDU):

Herr Präsident, wir kommen jetzt möglicherweise in eine geschäftsordnungsmäßig ungünstige Situation. Die anstehende Entscheidung über die Personalie wird - so nehme ich an - zwar relativ unstreitig sein, aber solange keine angemessene Präsenz im Raum gegeben ist, bitte ich Sie, den Tagesordnungspunkt 25 nicht aufzurufen.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Das wollte ich jetzt auch nicht tun. Ich wollte Sie darauf aufmerksam machen, dass jetzt der Tagesordnungspunkt 25 vorgesehen war, dass wir diesen aber wegen des erforderlichen Quorums jetzt nicht aufrufen können. Ich bitte alle Fraktionen darum, so weit wie möglich Vollständigkeit herzustellen. Wir verschieben den Tagesordnungspunkt 25, bis sichergestellt ist, dass wir eine ordnungsgemäße Wahl durchführen können.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 17** auf:

Zweite Beratung

Legalisierung der anonymen Geburt in Deutschland

Antrag der Fraktion der PDS - **Drs. 4/1673**

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Recht und Verfassung - **Drs. 4/2453**

Ich bitte zunächst den Berichterstatter Herrn Wolpert, das Wort zu nehmen.

Herr Wolpert, Berichterstatter des Ausschusses für Recht und Verfassung:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Den Antrag der PDS-Fraktion in der Drs. 4/1673 hat der Landtag in der 43. Sitzung am 8. Juli 2004 nach der ersten Beratung zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Recht und Verfassung sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Gleichstellung, Familie, Kinder, Jugend und Sport überwiesen.

Mit diesem Antrag soll Frauen die Möglichkeit einer anonymen Geburt in Deutschland eingeräumt werden, um panische Reaktionen und somit eine eventuelle Tötung oder Aussetzung des Kindes zu verhindern. Zwar wird in Deutschland eine anonyme Geburt praktiziert, rechtlich ist diese Art der Geburt aber nicht legal.

Der Ausschuss für Recht und Verfassung hat den Antrag der Fraktion der PDS in der 31. Sitzung am 6. Oktober 2004 auf die Tagesordnung genommen und eine Anhörung beschlossen. Die Anhörung, an der Interessenvertreter, Sachverständige sowie Verbände und Vereine teilnahmen, fand in der 34. Sitzung am 1. Dezember 2004 statt.

Eine weitere Beratung zu dem Antrag fand in der 36. Sitzung am 16. Februar 2005 statt. Ziel der Beratung war

die Erarbeitung einer vorläufigen Beschlussempfehlung an den mitberatenden Ausschuss für Gleichstellung, Familie, Kinder, Jugend und Sport.

Die Fraktionen der FDP und der CDU legten einen Änderungsantrag vor, in dem die Landesregierung gebeten wird, im Bundesrat für den Gesetzentwurf des Landes Baden-Württemberg zur Regelung der anonymen Geburt in der Fassung der Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses des Bundesrates und damit für eine Einbringung in den Bundestag zu stimmen.

Darüber hinaus schlugen die Koalitionsfraktionen vor, die Landesregierung zu bitten, bei der abschließenden Beratung zu dem Gesetzentwurf des Landes Baden-Württemberg im Bundesrat einen Entschließungsantrag einzubringen. Hierin soll der Bundestag aufgefordert werden zu prüfen, ob nach der Vollendung des 16. Lebensjahres des anonym geborenen Kindes eine unabhängige Instanz eine Überprüfung dahin gehend vornehmen sollte, ob zu diesem Zeitpunkt das Recht des Kindes auf Kenntnis der eigenen Abstammung oder das Recht der Mutter auf Achtung ihrer Würde und damit auf Anonymität überwiegt.

Weiterhin soll auf der Bundesebene darüber diskutiert werden, ob die Bestellung eines Vormundes für ein anonym geborenes Kind erst zu einem späteren Zeitpunkt vorgenommen werden sollte, um der Mutter mehr Zeit zu geben, sich eventuell doch noch für ihr Kind zu entscheiden.

Die von den Regierungsfractionen befürwortete Differenzierung zwischen geheimer und anonymer Geburt lehnen die Oppositionsfractionen ab. Sie schätzen den Schutz des Lebens gegenüber dem Recht des Kindes auf Kenntnis seiner Herkunft als höherrangig ein. Die vorgeschlagene Einführung einer Beratungspflicht halten die Oppositionsfractionen ebenfalls für eine zu große Hemmschwelle, die Frauen davon abhalten würde, anonym zu entbinden.

Der Ausschuss für Recht und Verfassung verabschiedete mit 7 : 6 : 0 Stimmen eine vorläufige Beschlussempfehlung an den mitberatenden Gleichstellungsausschuss in der Fassung des von den Regierungsfractionen vorgelegten Änderungsantrages. Der Ausschuss für Gleichstellung, Familie, Kinder, Jugend und Sport befasste sich mit der Legalisierung der anonymen Geburt in Deutschland in seiner 36. Sitzung am 18. März 2005 und schloss sich der vorläufigen Beschlussempfehlung mit 6 : 5 : 0 Stimmen an.

Daraufhin befasste sich der Ausschuss für Recht und Verfassung in seiner 43. Sitzung am 26. Oktober 2005 erneut mit dem Antrag der Fraktion der PDS und verabschiedete mit 7 : 5 : 0 Stimmen die Ihnen in der Drs. 4/2453 vorliegende Beschlussempfehlung an den Landtag. Ich bitte den Landtag im Namen des Ausschusses, der Beschlussempfehlung zuzustimmen. - Danke.

(Zustimmung bei der FDP, von Herrn Schröder, CDU, und von Herrn Kurze, CDU)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Wolpert. - Nun erteile ich Herrn Minister Becker das Wort.

Herr Becker, Minister der Justiz:

Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Der Berichterstatter hat über den Gang der Beratungen sehr

ausführlich berichtet, sodass ich mich relativ kurz fassen kann. Meine Position und die der Landesregierung ist bekannt. Ich habe mich mit Nachdruck - das ist auch die Auffassung der Landesregierung - für einen von Baden-Württemberg in den Bundesrat eingebrachten Gesetzentwurf eingesetzt und im Februar dieses Jahres aufgrund der Beratungen im Ausschuss und der Anhörung die Kolleginnen und Kollegen in den einzelnen Bundesländern nochmals um die Unterstützung des Vorhabens ersucht und ihnen dabei das Ergebnis der Anhörung im Ausschuss für Recht und Verfassung zukommen lassen.

Indes war die Resonanz auf mein Schreiben - das muss ich leider feststellen - eher verhalten. In diesem Zusammenhang räume ich ein, dass die Zahl der Kindesaussetzungen und Kindestötungen trotz der Einführung etwa der Babyklappe bundesweit im Wesentlichen unvermindert ist. Ich kann daher auch nicht verlässlich prognostizieren, dass sich mit der Zulassung etwa der anonymen Geburt die Zahl der Kindesaussetzungen und der Kindestötungen verringern wird.

Ich erkenne auch, dass die Babyklappe in ihrer Wirkungsweise der anonymen Geburt sehr nahe kommt, möglicherweise aber das psychologisch niedrigherwertigere Angebot für die betroffenen Frauen ist. Trotzdem bin ich nach wie vor der Auffassung, dass die Legalisierung der anonymen Geburt eine Chance ist, Abtreibungen zu vermeiden sowie Kindesaussetzungen und Kindestötungen zu verhindern. Auf diese Chance sollten wir nicht ohne Not verzichten. Jedes gerettete Leben, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, wäre ein Erfolg.

(Zustimmung bei der CDU und von Frau Budde, SPD)

Ich werde mich daher auch in Zukunft dafür einsetzen, dass der in den Bundesrat eingebrachte Gesetzentwurf des Landes Baden-Württemberg zur Regelung der anonymen Geburt weiterverfolgt wird. Gegenwärtig sehe ich für die Einbringung dieses Entwurfs in den Bundestag keine Mehrheit im Bundesrat. Ich hoffe aber, dass sich eine breitere Unterstützung erreichen lässt, wenn es mir gelingt, die Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Bundesländern zu überreden, dieses Gesetz von vornherein zeitlich zu befristen, um damit eine gewisse wissenschaftliche Evaluierung dieses Gesetzes zu erreichen. Dann kann erneut darüber diskutiert werden, ob dieses Gesetz weiter Anwendung finden soll oder nicht.

So gesehen bin ich dankbar für die Unterstützung, die die Regierung durch die Diskussion und durch die Anhörung im Rechtsausschuss auf diesem Gebiet erhalten hat. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der CDU, bei der FDP und von Minister Herrn Dr. Daehre)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Minister Becker. - Die Debatte beginnt mit dem Beitrag der SPD-Fraktion. Es spricht Frau Grimm-Benne. Bitte schön.

Frau Grimm-Benne (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren Kollegen! Herr Wolpert hat es vorhin schon gesagt: Der SPD-Fraktion muss die Beschlussempfehlung des Ausschusses zum Antrag zur Legalisierung der anonymen Geburt leider ablehnen. Ich möchte ausdrücklich klarstellen, dass wir uns grundsätzlich für die Legalisierung

aussprechen. Wir lehnen aber ausdrücklich den in der Beschlussempfehlung vorgeschlagenen Weg ab, der eine Pflichtberatung der Frau vorsieht.

Die Diskussion über die Legalisierung der anonymen Geburt, die wir im Ausschuss für Recht und Verfassung geführt haben, hat gezeigt, dass es aus rechtlicher Sicht sehr schwierig ist, eine gesetzliche Regelung zu finden. Es wird in Rechtspositionen der Eltern und der Kinder in gravierender Weise eingegriffen. Auf der einen Seite steht das Recht eines jeden Menschen auf Kenntnis seiner biologischen Abstammung, auf der anderen Seite das Leben des betroffenen Kindes.

Darum geht es: Durch die Legalisierung der anonymen Geburt soll verhindert werden, dass Frauen Kinder in der Illegalität gebären und zum Äußersten greifen und aus der Notsituation heraus ihre Kinder möglicherweise aussetzen oder umbringen. Es geht auch um die Gesundheit der Mütter, die bei der Legalisierung der anonymen Geburt ärztliche Hilfe und medizinische Versorgung in Anspruch nehmen können.

Kommen wir zu dem Punkt in der Beschlussempfehlung, an dem wir Anstoß nehmen, der Pflichtberatung. Ein Beratungsangebot wird auch von der Bundestagsfraktion der SPD begrüßt, eine Beratung, die der Frau Alternativen und Perspektiven aufzeigt. Dabei soll es sich aber eben um ein Beratungsangebot handeln und nicht um eine Pflichtberatung.

Man darf bei der Diskussion nicht vergessen, dass es sich um Frauen handelt, die sich in Not- und Konfliktsituationen befinden. Vergegenwärtigt man sich diese Situation, wird durch die Forderung nach einer Pflichtberatung die Schwelle für diese Frauen erhöht, sodass die eine oder andere von dem Angebot der anonymen Geburt Abstand nehmen wird.

Die Frau muss sich nach dem Gesetzentwurf, der im Bundesrat liegt, eine Bescheinigung über die Beratung geben lassen und diese bei der anonymen Geburt vorzeigen - dies alles in einer absoluten Notsituation für die Frau. Da wir dies für falsch erachten und damit die gesamte Legalisierung der anonymen Geburt gefährdet sehen, lehnen wir eine Beschlussfassung in der vorliegenden Form ab. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der SPD, von Frau Bull, Linkspartei.PDS, und von Herrn Dr. Thiel, Linkspartei.PDS)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Frau Grimm-Benne. - Für die CDU-Fraktion spricht nun Herr Stahlknecht.

Herr Stahlknecht (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! 40 bis 50 Kinder werden Schätzungen zufolge pro Jahr in Deutschland nach der Geburt ausgesetzt; nur etwa die Hälfte von ihnen überlebt. Die Dunkelziffer dürfte noch viel höher liegen. Dies sind Tatsachen, die uns alle erschrecken, die uns aber auch mit Eindringlichkeit vor Augen führen, dass wir den betroffenen Frauen Hilfe und Unterstützung anbieten müssen. Hierüber besteht - dessen bin ich mir sicher - parteiübergreifend Konsens, sodass wir die Frage des Ob auch hier nicht weiter vertiefen müssen.

Wir dürfen aber mit der gut gemeinten Absicht, bestehendes Unrecht zu beseitigen, so denke ich, nicht neues

Unrecht schaffen. Während das Ob einer Regelung von allen Parteien für erforderlich gehalten wurde, war die Frage der konkreten Ausgestaltung der notwendigen Hilfe für die in Not geratenen Frauen im Ausschuss umstritten.

Der von der PDS-Fraktion ursprünglich vorgelegte Antrag war unserer Ansicht nach nicht ausgewogen, weshalb ihm die Koalitionsfraktionen mit einem Änderungsantrag begegnet sind, der sich inhaltlich in der heute zur Beratung anstehenden Beschlussempfehlung wiederfindet.

Der Antrag der PDS-Fraktion enthielt keine verbindliche Regelung darüber, wie das verfassungsrechtlich garantierte Recht des Kindes auf Kenntnis der eigenen Abstammung gesichert werden sollte. Er ließ damit die durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte kürzlich entworfene neue Rechtslage auf europäischer Ebene außer Acht. Der Antrag der PDS-Fraktion war darüber hinaus insgesamt zu undifferenziert. Er enthielt keine Güterabwägung zwischen den verschiedenen betroffenen Rechten und Interessen.

Ganz anders verhält es sich mit unserer Beschlussempfehlung. Diese enthält nach Auffassung der CDU ein an der Intensität der Konfliktlage der Mutter orientiertes abgestuftes Modell, das zwischen einer geheimen und einer anonymen Geburt differenziert. Eingerahmt ist das Konzept durch eine Beratungspflicht sowie durch die Herausstellung der Persönlichkeit des Kindes.

Lassen Sie mich die Kerngedanken des Gesetzentwurfes der Landesregierung von Baden-Württemberg, auf den wir Bezug nehmen, kurz erläutern. Ein wesentlicher Kern dieses Gesetzentwurfes ist die Regelung der Pflichtberatung der werdenden Mutter. Wir glauben, dass sich die extreme Konfliktlage, in der sich die schwangere Frau befindet, nur durch eine Verzahnung verschiedener Institutionen am effektivsten bewältigen lässt. Viele der in der Anhörung befragten Institutionen räumten der Beratung der in einer Konfliktlage befindlichen Frau einen enormen Stellenwert ein.

(Zustimmung bei der CDU)

Sie konnten sogar berichten, dass sich der größte Teil der Frauen nach einer solchen Beratung für eine offene Adoption entscheiden konnte.

Ein weiterer Schwerpunkt des Gesetzentwurfes ist ein Stufenmodell, das die geheime Geburt und nur im extremen Konfliktfall die gänzlich anonyme Geburt ermöglicht. Bei einer geheimen Geburt prüft die Beratungsstelle die Not- und Konfliktlage der Frau, nimmt ihre Personenstandsdaten auf und übermittelt sie in einem verschlossenen Umschlag an das Standesamt. In diesem Fall erhält das Kind mit der Vollendung des 16. Lebensjahres ein Einsichtsrecht, das wiederum die Mutter unter bestimmten Voraussetzungen mit einem Veto ausschließen kann. Dieses Vetorecht kann die Mutter ab Vollendung des 15. Lebensjahres des Kindes ausüben.

Stellt die Beratungsstelle aber eine extreme Konfliktsituation fest, wird auf eine Aufnahme der Personenstandsdaten vollständig verzichtet, was zu einer anonymen Geburt führt. Wir halten dies für ein am Verhältnismäßigkeitsgrundsatz orientiertes Modell, das geeignet ist, die Interessen sowohl der Mutter als auch des Kindes in einer feingliedrig ausdifferenzierten Weise zu berücksichtigen. Im Interesse der Mutter und des Kindes

bitte ich Sie um Zustimmung zu dieser Beschlussempfehlung. - Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Stahlknecht. - Nun bitte für die Linkspartei.PDS Frau von Angern.

Frau von Angern (Linkspartei.PDS):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Zunächst möchte ich skizzieren, warum meine Fraktion im Juni 2004, also vor nunmehr anderthalb Jahren, durch Frau Ferchland den Antrag zur Legalisierung der anonymen Geburt eingebracht hat. Zu den Zahlen brauche ich nichts mehr zu sagen. Herr Stahlknecht hat bereits Ausführungen dazu gemacht. Es ist tatsächlich so, dass die Dunkelziffer erheblich höher ist.

Vor dem Hintergrund einer subjektiv empfundenen Notlage oder Konfliktsituation setzen die Mütter ihre neu geborenen Kinder aus, die sie in der Regel ohne medizinische Hilfe entbunden haben. Interessant fand ich, dass die Vertreterin des Sterni-Parks e. V. in der Anhörung sagte, dass diese Frauen aus allen sozialen Schichten kommen.

Im Vordergrund stand deshalb für meine Fraktion, dass die Politik die rechtliche Möglichkeit für ein niedrigschwelliges und dadurch wirksames Hilfsangebot für schwangere Frauen schafft, die sich in extremen Not-situationen befinden, um damit zugleich Neugeborenen eine Chance auf Leben zu geben und sie vor einem schrecklichen Tod zu bewahren.

Weiterhin brauchen Frauen in diesen Konfliktsituationen dringend Rechtssicherheit. Die Anhörung im Ausschuss für Recht und Verfassung hat es gezeigt: Anonyme Geburten werden bereits jetzt praktiziert. Keine Schwangere kann in der Klinik zur Angabe ihrer Personalien gezwungen werden. Macht sie falsche oder keine Angaben, begeht sie eine Ordnungswidrigkeit, lässt sie ihr Kind nach der Entbindung allein zurück, macht sie sich strafbar.

Ein weiterer wichtiger Grund zu handeln war und ist die Situation im Bundesrat. Das Land Baden-Württemberg brachte im Juni 2002, also vor mehr als drei Jahren, einen entsprechenden Gesetzesantrag in den Bundesrat ein. Dieser Antrag ging durch die zuständigen Ausschüsse, wurde jedoch in der Bundesratssitzung am 24. September 2004 wieder von der Tagesordnung genommen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Unabhängig von unserer Kritik an der Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses im Bundesrat und der heute zu behandelnden Beschlussempfehlung ist die Situation, dass dieses dringende Thema irgendwo in der Schublade verschwindet, nicht hinnehmbar. Ich bin froh darüber, dass dieses Thema heute öffentlich debattiert wird. Verehrte Abgeordnete von CDU und FDP, wird sollten aber auch in der Sache ein Stück weiterkommen.

Ich komme zu den Einzelheiten der vorliegenden Beschlussempfehlung. Eingangs möchte ich festhalten, dass ich es als positiv erachte, dass sich hinsichtlich des Problembewusstseins - das hat die heutige Debatte auch gezeigt - und der Problemwahrnehmung ein Konsens zwischen den Fraktionen abzeichnet. Es muss et-

was getan werden. Die Frage ist nur wie. Und dort setzt unsere Kritik an.

Dabei möchte ich mich weniger auf die unbestrittenen, ebenfalls sehr wichtigen Fragen der Rechtsgüterabwägung zwischen Kind und Mutter, der in Abhängigkeit vom jeweiligen Einzelfall zu regelnden Vormundschaft sowie der Unterhalts- oder Erbschaftsregelungen beziehen. Diese Fragen haben wir wenn auch nicht geklärt, so doch bei der Einbringung unseres Antrages bereits ausführlich diskutiert. Diese Fragen sind sehr grundlegend und müssen eingehend geprüft werden.

Jedoch sollte dabei nicht das eigentliche Kernproblem übersehen werden, das da heißt: Wie wird der schwangeren Frau in Not am besten geholfen und vor allem auch dem Kind? – An dieser Stelle kann ich mir einen kleinen Seitenhieb in Richtung der Koalitionsfraktionen nicht verkneifen. Ich frage Sie: Was nützt dem Kind sein Recht auf Kenntnis seiner Herkunft, wenn es infolge von Unterkühlung oder Unterernährung stirbt?

(Oh! bei der CDU)

Unsere zentrale Kritik bezieht sich daher auf die Pflichtberatung als Voraussetzung für eine anonyme Geburt. In Artikel 1 § 2 der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Recht und Verfassung des Bundesrates heißt es:

„Ziel der für eine anonyme Geburt erforderlichen Beratung ist, die zugrunde liegende Not oder Konfliktlage zu bewältigen.“

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Sie glauben doch nicht allen Ernstes, dass in einem einzigen Beratungsgespräch die individuelle und mitunter auch hochkomplexe Leidenssituation einer in Not geratenen schwangeren Frau bewältigt werden kann?

Dazu kommt, dass die Pflichtberatung in Form eines ausführlichen Beratungsgesprächs möglichst noch vor der Geburt stattfinden sollte. Ich denke, es ist auch Ihnen klar, dass Frauen in dieser Situation darüber sehr spät, eventuell erst bei einsetzenden Wehen oder kurz vor der Entbindung entscheiden und verzweifelt nach einem Ausweg suchen.

Ich möchte mir nicht vorstellen, was in diesen Frauen vor sich geht, wenn sie wissen, dass sie noch ein ausführliches Beratungsgespräch hinter sich bringen müssen. Hierbei habe ich die ernste Befürchtung, dass viele Frauen geheim gebären anstatt anonym und medizinisch versorgt im Krankenhaus.

Daran ändern leider auch die Babyklappen nichts. Sie senken maximal das Risiko der Aussetzung nach der Geburt. Hier beißt sich die Katze in den Schwanz, indem sich die Intention des Gesetzentwurfes in ihr Gegenteil kehrt. Ich möchte an dieser Stelle eindringlich dafür werben, die anonyme Geburt niedrigschwellig zu gestalten und die Beratungspflicht zu streichen.

Frau Seifert von der FDP-Fraktion ist diesbezüglich scheinbar schon einen Schritt weiter, konnte sich aber in ihrer Fraktion nicht durchsetzen. Sie forderte bereits im August dieses Jahres klare gesetzliche Regelungen für die anonyme Geburt, eben nicht für die geheime Geburt.

Herr Becker, ich habe sehr wohl wahrgenommen, dass auch Sie in Ihrer Rede nicht von einer geheimen Geburt, sondern von einer anonymen Geburt sprachen. Ich denke, Sie wussten, wovon Sie sprachen.

Die Niedrigschwelligkeit der anonymen Geburt ist eine Zugangsmethode, die Schranken und Barrieren abbau-

en hilft und so unter anderem in der sozialen Arbeit das Annehmen von Angeboten überhaupt erst ermöglicht. Deshalb halten wir eine freiwillige begleitende Beratung für angebrachter und für wesentlich sinnvoller.

Genau dies gewährleistet die Beschlussempfehlung - geändert durch CDU und FDP - nach unserer Auffassung nicht. Deshalb werden wir der Beschlussempfehlung auch nicht folgen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Frau von Angern. - Die Debatte wird abgeschlossen durch den Beitrag der FDP-Fraktion. Es spricht Herr Kosmehl.

Herr Kosmehl (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Kollegin von Angern, ich bin ein Stück weit überrascht, dass Sie offensichtlich die Erfahrungen, die man in Bayern mit dem Projekt „Moses“ gemacht hat, nicht ernst nehmen oder nicht kennen. Dieses Projekt „Moses“ hat, wie ich meine, eindrucksvoll bewiesen, dass eine Pflichtberatung dazu führt, dass sich eine sehr große Anzahl von Müttern für ihr Kind und für das Zusammenleben mit dem Kind entscheidet.

(Zuruf von der CDU: Genau so ist es!)

Das ist das Ziel, das wir anstreben müssen.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

In dem Moment, wo Sie dieses beiseite wischen und sagen: na ja, beraten, begleiten, freiwillig, nehmen Sie den Müttern die Chance, dass es zu einer nichtanonymen Geburt kommt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich war bei der Einbringungsdebatte am 9. Juli 2004 der festen Überzeugung, dass der Bundesrat alsbald eine Entscheidung treffen wird, auch weil sich in den Beratungen des Bundesrates ein, wie ich finde, sehr ausgewogener Kompromiss mit dem Ergänzungsantrag Bayerns herausgebildet hatte.

Leider muss ich heute feststellen, Herr Minister, dass sich im Bundesrat dafür keine Mehrheit gefunden hat. Ich bin Ihnen aber persönlich sehr dankbar, dass Sie dieses Thema aus der Sicht des Landes und für das Land Sachsen-Anhalt weiter begleiten und anregen, eine Lösung zu finden. Wir brauchen eine Lösung für diese Problematik, eine rechtlich fundierte Lösung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte in meiner Rede auch noch einmal betonen, dass die sehr umfangreiche Anhörung eine sehr, sehr gute war, in der wir die vielfältigen Ansätze, die es von den verschiedenen Einrichtungen zur Lösung und zum Umgang mit der Problematik und insbesondere natürlich auch zum Umgang mit den werdenden Müttern und mit Mutter und Kind gibt, kennen gelernt haben. Das hat uns auch in der Erkenntnis gefestigt, dass es sinnvoll, dass es notwendig ist, solche Initiativen zu erhalten und zu fördern, und dass es gleichsam notwendig ist - das ist auch in der Anhörung deutlich geworden -, eine Gesetzesregelung zu schaffen.

Ich möchte auch heute noch einmal herzlich dafür werben, dass wir einen rechtlichen Aspekt in dieser Debatte - wie Sie es getan haben, Frau Kollegin von Angern -

nicht beiseite wischen. Das Recht des Kindes auf Kenntnis der eigenen Abstammung ist ein in Deutschland verfassungsgerichtlich festgestelltes und in unserem Grundgesetz verankertes Recht. Ich finde es wirklich - ich sage es mal ein bisschen salopp - daneben, dieses Recht des Kindes gegen das Recht auf Leben abzuwägen.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Diese Situation stellt sich hier nicht. Wir müssen dieses Recht des Kindes auf Kenntnis der eigenen Abstammung sehr ernst nehmen. Das ist übrigens ein Unterschied zum französischen Recht. Deshalb, finde ich, ist die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte auch nicht anwendbar auf Deutschland, zumindest nicht im Verhältnis 1 : 1, weil wir in Deutschland einen viel höheren Schutz des Kenntnisanspruchs haben, als es in Frankreich der Fall ist. Wer die Entscheidung des EGMR liest, der weiß auch, dass sich die Lösung im französischen Recht innerhalb des nationalen Rechts, innerhalb der Möglichkeiten des Spielraums der Nationalstaaten bewegt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hier ist eine genaue Prüfung weiterhin notwendig. Ich denke, dass der Gesetzesantrag von Baden-Württemberg in der Form von Bayern dabei sehr, sehr weit gekommen ist. Deshalb sind wir in den Koalitionsfraktionen auch darüber übereingekommen, dass wir die Landesregierung bitten, im Bundesrat diese Position weiter zu vertreten und vielleicht in den fortlaufenden Gesprächen auch diesen Aspekt der Kenntnis der eigenen Abstammung deutlicher zu verankern.

Lassen Sie mich zusammenfassen. Es herrscht Einigkeit darüber, dass wir die Problematik der anonymen Geburt, und zwar die Situation der werdenden Mütter, die sich in einer schweren Konfliktlage befinden, ernst nehmen müssen und dass wir ihnen einen rechtlichen Rahmen geben müssen. Das ist übrigens auch zum Schutz derjenigen erforderlich, die sich der werdenden Mütter annehmen, nämlich der Krankenhäuser, die das bereits jetzt schon tun.

Wir dürfen dabei aber nicht das Recht des Kindes auf Kenntnis der eigenen Abstammung außer Acht lassen. Diesen Spagat, der sehr, sehr schwierig ist, den müssen wir leisten. Es lohnt sich, diesen Spagat zu versuchen. Ich glaube, er ist möglich. Herr Minister, ich bitte Sie, dass sich das Land Sachsen-Anhalt auch weiterhin dafür stark macht, gegebenenfalls in einem neuen Gesetzgebungsverfahren. Diese Thematik muss endlich geregelt werden. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der FDP, bei der CDU und von der Regierungsbank)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Kosmehl. - Damit ist die Debatte beendet.

Wir stimmen nun über die Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Ihnen vorliegenden Drs. 4/2453 ab. Wer stimmt zu? - Die Koalitionsfraktionen. Wer stimmt dagegen? - Die Oppositionsfraktionen. Damit ist die Beschlussempfehlung mehrheitlich angenommen worden und der Tagesordnungspunkt 17 ist beendet.

Ich rufe nun unter günstigeren Voraussetzungen, als es vorhin der Fall gewesen wäre, den **Tagesordnungspunkt 25** auf:

Beratung

Wahl eines Mitglieds des Beirats nach § 39 Abs. 1 des Stasi-Unterlagengesetzes

Wahlvorschlag der Fraktionen der CDU, der SPD und der FDP - **Drs. 4/2479**

Meine Damen und Herren! Zunächst einige erläuternde Worte. Für den nach § 39 des Stasi-Unterlagengesetzes bei der Bundesbeauftragten zu bildenden Beirat entfallen auf das Land Sachsen-Anhalt zwei Mitglieder, die gemäß § 7 des Ausführungsgesetzes zum Stasi-Unterlagengesetz vom Landtag mit zwei Dritteln der anwesenden Abgeordneten, jedoch mindestens mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Abgeordneten zu wählen sind.

Der Landtag hat in seiner 38. Sitzung am 2. April 2004 für eine fünfjährige Amtszeit des Beirates Herrn Harald Wernowski und Herrn Peter Oleikiewitz gewählt. Herr Wernowski ist Ende September 2004 verstorben. Der Landtag muss also eine Nachfolgerin bzw. einen Nachfolger wählen.

Dem Plenum liegt nunmehr in der Drs. 4/2479 ein gemeinsamer Wahlvorschlag der genannten Fraktionen vor. Es wird vorgeschlagen, Frau Dr. Ulrike Höroldt als Mitglied in den Beirat zu wählen. Frau Höroldt, ich begrüße Sie auf der Nordtribüne.

(Zustimmung bei allen Fraktionen)

Eine Debatte darüber findet nicht statt. Gemäß § 77 Abs. 1 unserer Geschäftsordnung wird mit Stimmzetteln gewählt. Das Wahlverfahren ist hinreichend bekannt. Der Stimmzettel enthält den gemeinsamen Wahlvorschlag. Sie kreuzen bitte entweder bei „Ja“, bei „Nein“ oder bei „Enthaltung“ an. Sie wissen, dass derjenige, der mehr als ein Kreuz macht, den Stimmzettel ungültig macht.

Sie werden jetzt durch ein Mitglied des Sitzungsvorstandes in alphabetischer Reihenfolge aufgerufen und erhalten hier vorn vom Schriftführer den Stimmzettel. Das übliche Verfahren kennen Sie, das brauche ich Ihnen jetzt nicht weiter vorzutragen.

Ich bitte jetzt die Schriftführerinnen und Schriftführer, die Wahlhandlung zu unterstützen. Frau Schmidt nimmt den Namensaufruf vor, Frau Brakebusch gibt die Stimmzettel aus, Frau Grimm-Benne führt die Wählerliste, Herr Grüner beaufsichtigt die Wahlkabine und Herr El-Khalil beaufsichtigt die Wahlurne.

Im Interesse des Ablaufs bitte ich Sie, sich wieder auf Ihren Platz zu setzen, wenn Sie gewählt haben.

Ich bitte nun die Schriftführer, gemäß ihrem Amte zu verfahren. - Herr El-Khalil, Sie überzeugen sich bitte, ob die Wahlurne leer ist, und bestätigen das.

(Herr El-Khalil, CDU, zeigt die leere Wahlurne)

- Sie ist offensichtlich leer. - Ich bitte nun Frau Schmidt, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Schriftführerin Frau Schmidt ruft die Mitglieder des Landtages namentlich zur Stimmabgabe auf)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Hat ein Mitglied des Landtages, das im Saal anwesend ist, noch nicht gewählt? - Das ist offensichtlich der Fall.

Dann schließe ich die Wahl. Bis zur Bekanntgabe des Wahlergebnisses unterbreche ich die Sitzung.

Unterbrechung: 12.17 Uhr.

Wiederbeginn: 12.24 Uhr.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Meine Damen und Herren! Ich gebe das Ergebnis der Auszählung bekannt. Abgegeben wurden 103 Stimmen. Alle 103 Stimmen waren gültig. Für den Wahlvorschlag haben 88 Abgeordnete gestimmt. Gegen den Wahlvorschlag haben vier Abgeordnete gestimmt. Es gab elf Stimmenthaltungen. Damit sind alle Quoren erreicht worden.

(Beifall im ganzen Hause)

Frau Dr. Ulrike Höroldt ist mit der Mehrheit der Mitglieder des Landtages unter den entsprechenden Voraussetzungen gewählt worden. Sie ist damit vom Landtag als Mitglied in den Beirat bei der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR gewählt worden. - Frau Dr. Höroldt, nehmen Sie die Wahl an?

(Frau Dr. Höroldt: Ja!)

Dann beglückwünsche ich Sie auch im Namen des Hohen Hauses dazu

(Beifall im ganzen Hause)

und wünsche Ihnen bei dieser Tätigkeit immer eine glückliche Hand.

Meine Damen und Herren! Damit ist die Behandlung des Tagesordnungspunktes 25 beendet.

Ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 19** auf:

Beratung

Investitionsvorhaben Flugplatz Allstedt

Antrag der Fraktion der SPD - **Drs. 4/2437**

Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP - **Drs. 4/2498**

Ich bitte nun die SPD-Fraktion, den Antrag einzubringen. Es spricht Frau Krimhild Fischer.

Frau Fischer (Naumburg) (SPD):

Verehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Ich sehe auf der Journalistentribüne Vertreterinnen und Vertreter der Bürgerinitiative gegen die Schweinemastanlage in Allstedt. Ich freue mich, dass Sie heute der Debatte beiwohnen.

(Zustimmung bei der SPD)

Seit längerer Zeit verfolgen wir nun schon das Treiben der Landesregierung hinsichtlich der Veräußerung des ehemaligen Flugplatzgeländes zwischen Allstedt und Lodersleben. Wer sich in dieser Region einmal umgeschaut hat, der hat festgestellt, dass sie landschaftlich sehr reizvoll ist.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Frau Fischer, möchten Sie eine Frage von Herrn Hauser beantworten?

Frau Fischer (Naumburg) (SPD):

Kann ich das bitte am Ende tun? - Danke.

Das ehemalige Flugplatzgelände befindet sich auf einem Höhenzug, umgeben von wertvollen Naturschutzgebieten. Die Region hat - das möchte ich deutlich sagen - durchaus Potenziale für eine touristische Entwicklung. Mit der Fertigstellung der Autobahnen A 38 und A 71 wird auch die infrastrukturelle Anbindung vorzüglich sein. - So viel nur kurz zu den Potenzialen einer Region, die wie weite Teile unseres Landes mit Abwanderung, hoher Arbeitslosigkeit und einer zunehmenden Alterung der Gesellschaft zu kämpfen hat.

Die Absicht, das Flugplatzgelände zu verkaufen, hat eine Vorgeschichte. Bereits in den Jahren 1995 und 1998 wurde die Liegenschaft zur Veräußerung ausgeschrieben. Wegen der mangelhaften Erschließung und des Altlastenrisikos fanden sich jedoch keine Interessenten. Einer Auskunft des Finanzministeriums zufolge scheiterte der Verwertungsversuch im Jahr 1999 an den für die geplante Investition erforderlichen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in Höhe von ca. 1 Million €. Im Jahr 2002 zogen sich der Landkreis Sangerhausen und die Verwaltungsgemeinschaft Allstedt aus der geplanten Erschließung zurück, da sie die Finanzierungsanteile nicht mehr aufbringen konnten.

Meine Damen und Herren! In dieser Situation schlägt nun die große Stunde des Herrn Nooren von der Biopark Saubach GbR, die schon seit längerer Zeit auf der Suche nach einem Standort für die Errichtung einer großen Schweinemastanlage war. Auf einen Antrag der potenziellen Investoren hin fand im Dezember 2002 im Regierungspräsidium Halle eine Veranstaltung statt, in der den betroffenen Kommunen und Entscheidungsträgern das Investitionsvorhaben vorgestellt wurde.

Einer Aussage des Finanzministeriums zufolge erklärten sich der Landkreis Sangerhausen und die umliegenden Dörfer mit der Veräußerung der Liegenschaft an den Investor einverstanden. So steht es zumindest im Protokoll über die Sitzung des Agrarausschusses am 1. Oktober 2004. Die Kommunen bestreiten aber diese Aussage. Ich denke, diesbezüglich ist uns das Ministerium eine Erklärung schuldig.

Am 5. April 2003 wurde das Flugplatzgelände in der „Mitteldeutschen Zeitung“ ausgeschrieben. Zuzüglich der Erlöse aus der Veräußerung von Waldflächen bot Herr Nooren 2,4 Millionen €, also weit mehr, als er letztlich bezahlt hat, nämlich 865 000 €. Es stellt sich die Frage, ob mit dem Betrag die Baugenehmigung gleich mit erworben werden sollte. Zumindest sollte nach Aussagen des Finanzministeriums der Kaufpreis je nach Größe der Anlage zwischen 800 000 € und 2,4 Millionen € variieren.

Mit dem jetzt erzielten Preis - das ist durchaus zu thematisieren - bleibt Herr Nooren etwa um 135 000 € gegenüber dem Angebot seines Mitbieters Herrn Bennemann mit dem Projekt „Heidepark“ zurück. Hat das Land Geld verschenkt und, wenn ja, warum?

Als Grund für die Preisminderung wurde vom Finanzministerium die Ausweisung eines FFH-Gebiets ins Feld geführt. Die Limsa bezweifelt Auswirkungen daraus auf die Realisierbarkeit der Vorhaben, und das zu Recht; denn FFH ist bisher keine Schutzgebietskategorie; diese ergibt sich vielmehr aus der Verordnung für die Natur- und Landschaftsschutzgebiete. Meine Damen und Herren! Diese gibt es schon seit längerem.

Argumentativ befindet sich die Landesregierung zwischen dem gebotenen und dem letztlich realisierten Erlös also auf sehr dünnem Eis. Es stellt sich mir auch die Frage, warum vom Ministerium verschwiegen wurde, dass es bereits bei der Sichtung der Angebote sowohl beim Landkreis Sangerhausen, bei der Verwaltungsgemeinschaft Allstedt als auch beim Regierungspräsidium Halle erhebliche Bedenken gegen das Projekt Schweinemastanlage gab.

Wurde der Agrarausschuss in der Sitzung am 1. Oktober 2004 ein Stück weit hinters Licht geführt? Wenn man das Protokoll liest, drängt sich dieser Verdacht auf.

Nun frage ich mich: Wäre der Verkauf überhaupt zustande gekommen, wenn das Land auf den bei der Ausschreibung gebotenen 2,4 Millionen € zuzüglich der Erlöse aus der Veräußerung von Waldverkäufen bestanden hätte? Das hätte durchaus Vertragsgegenstand sein können. Was wäre passiert, wenn sich der Investor unter diesen Voraussetzungen zurückgezogen hätte? Wäre dann bei einer neuen Ausschreibung eine alternative Nutzung möglich gewesen?

Vielleicht sind Herrn Paqué diese Gedanken durch den Kopf geschossen, als er im Mai 2005 auf dem Flugplatzgelände war und der Bürgerinitiative Hoffnung darauf machte, das Blatt mit einem eigenen Angebot noch wenden zu können.

Meine Damen und Herren! Wir werden es nie erfahren. Nachdem vor drei Wochen der notariell beurkundete Verkauf an Herrn Nooren erfolgte, sind diese in die Zukunft blickenden Überlegungen gegenstandslos.

Was also muss unser heutiges Anliegen sein? - Uns allen hier im Hause dürfte klar sein, dass wir als Parlament keinen direkten Einfluss auf den Ausgang der Plan- und Genehmigungsverfahren haben. Das ist richtig und das ist auch gut so.

Wir haben aber die Möglichkeit, für ein möglichst hohes Maß an Transparenz im Entscheidungsfindungsprozess zu sorgen. Viele Entscheidungen unterliegen einem Abwägungsgrundsatz, der sich aus Präferenzen ableitet. Wir können mit unserem Interesse dazu beitragen, dass den Belangen des Umwelt- und des Naturschutzes ein hoher Stellenwert eingeräumt wird.

Es geht in diesem Antrag nicht darum, große Schweinemastanlagen aus Tierschutzgründen an den Pranger zu stellen. Es geht auch nicht darum, dieser Investition den Verderb bäuerlicher Familienbetriebe zuzuschreiben; denn die Entwicklung - das müssen wir zur Kenntnis nehmen - geht in die Richtung größerer Produktionsanlagen.

Uns geht es darum, die Planungs- und Genehmigungsverfahren, also die Prüfung hinsichtlich der FFH-Verträglichkeit, der Umweltverträglichkeit, des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens und des Raumordnungsverfahrens, in den Ausschüssen kritisch zu begleiten.

(Frau Feußner, CDU: Dafür gibt es doch Vorschriften!)

Zu dem Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP möchte ich sagen: Wir wollen kein Bildungsseminar in Fragen Baurecht für Abgeordnete initiieren. Auf nichts anderes jedoch zielt dieser Änderungsantrag letztlich. Natürlich kann man die gewonnenen Erkenntnisse auch für die Beurteilung anderer Plan- und Geneh-

migungsverfahren nutzen. Hierbei geht es aber in erster Linie um die geplante Schweinemastanlage in einem ökologisch wertvollen Waldgebiet.

Darüber hinaus ist uns sehr daran gelegen, das Thema dem Landtag der fünften Wahlperiode mit auf den Weg zu geben. Darüber finde ich in Ihrem Änderungsantrag nichts.

Sollten Sie, meine Damen und Herren von der CDU und der FDP, auf Ihrem Änderungsantrag bestehen, so bitte ich Sie, zumindest den zweiten Absatz unseres Antrags zu übernehmen. Ich denke, wir sind es den Bürgern und der Region schuldig, uns ihrer Ängste und Nöte anzunehmen. Ich bitte daher um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Frau Feußner, CDU: Über die Arbeitsplätze, die dort geschaffen werden, spricht niemand!)

Heute Morgen standen etwa 50 Bürgerinnen und Bürger vor dem Eingang des Landtages und protestierten gegen die Errichtung einer Schweinemastanlage vor ihrer Haustür. Sie sitzen jetzt hier oben auf der Tribüne. Kein Abgeordneter ist an ihnen vorbeigekommen. Ich kann den Frust der Leute gut verstehen. Auch Frau Ministerin Wernicke und Herr Minister Paqué waren da.

Es ist gut, dass sich die Bürgerinnen und Bürger engagieren, dass sie ihre Meinung, ihren Unmut laut äußern und für die Zukunft ihrer Heimat kämpfen. Wir müssen das akzeptieren. Ich sage es deutlich: Es darf nicht passieren, dass sie sich nicht ernst genommen fühlen. Das schadet unserer Gesellschaft, unserer Demokratie.

(Zustimmung bei der SPD und bei der Linkspartei.PDS)

Als der Ministerpräsident Herr Professor Dr. Böhmer in die Runde trat und der Vorsitzende der Bürgerinitiative, Herr Bernhard Schneider, seine Probleme vorgetragen hat, hat Herr Professor Dr. Böhmer die Bürgerinitiative gebeten, ja aufgefordert, ihm Unterlagen zuzusenden, aus denen hervorgeht, dass auch andere Unternehmen auf dem Flughafengelände Allstedt investieren wollten.

Ich finde das sehr mutig von Herrn Professor Dr. Böhmer; denn die Bürgerinitiative schöpft nun wieder Hoffnung. Deren Vorsitzender, Herr Bernhard Schneider, hat mir 9 000 Unterschriften überreicht. Diese sind alle in diesem Ordner.

(Die Rednerin hält einen Aktenordner hoch)

Er hat mich gebeten, diese dem Landtagspräsidenten zu überreichen. Das tue ich gern. Ich weiß, dass weitere Unterschriften in dem benachbarten Kyffhäuserkreis in Thüringen gesammelt werden. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der SPD und bei der Linkspartei.PDS)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Frau Fischer. - Jetzt besteht die Gelegenheit, Fragen zu stellen. Als Erster fragt Herr Hauser. Bitte.

Herr Hauser (FDP):

Verehrte Frau Kollegin Fischer, Sie sagten gleich am Anfang, auf der Tribüne sitze der Widerstand gegen die Schweinemastanlage. Ganz oben rechts sitzt aber Herr

Rehhahn. Ist er jetzt beim Widerstand? Oder ist er derjenige, der das eingefädelt hat? Das ist die erste Frage.

(Heiterkeit und Zustimmung bei der FDP und bei der CDU - Unruhe bei der SPD)

Eine nächste Frage. Das ist jetzt eine Fragerunde. Ich stelle Ihnen exakte Fragen und ich bitte um exakte Antworten. In der deutschlandweiten Fachpresse, etwa in „Topagrar“, in der „Bauernzeitung“ und anderen - ich habe sie dabei; das kann man nachlesen - ,

(Der Redner hält Unterlagen hoch)

trägt ein SPD-Mann, den ich heute kennen gelernt habe, vor: An die Regierenden, die uns das Elend mit der Schweinefabrik schenken, werden wir bei der kommenden Landtagswahl denken.

(Herr Gürth, CDU: Herr Rehhahn!)

Viel Vergnügen, liebe SPD-Leute, mit Ihrem Direktkandidaten Rehhahn. Ihr braucht zur Wahl gar nicht anzutreten.

(Heiterkeit und Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Eine nächste Frage. Gestern haben wir das Thema Forststrukturreform behandelt. Am 1. März 2001 wurde die FLG, die Forstdienstleistungsgesellschaft, gegründet, die ihren Sitz in Thale hat. An diese Gesellschaft sollten Aufträge vergeben werden. Zehn Firmen sind aufgetischt worden; es ging unter anderem um die Renaturierung und Wiederaufforstung des Geländes des Flugplatzes Allstedt. Mittlerweile ist diese Firma bankrott, weil die Aufträge nie gekommen sind.

Sie wollen doch das Einheitsforstamt einführen. Bitte übernehmen Sie die Leute dann wieder in den Staatsdienst.

(Zustimmung bei der FDP)

Oder was machen Sie mit ihnen?

(Heiterkeit bei der FDP)

Frau Fischer (Naumburg) (SPD):

Zunächst zu Ihrer ersten Frage. Auf der Tribüne sitzen die Vertreter der Bürgerinitiative; dort sitzt auch Herr Dr. Rehhahn. Ich denke, beide haben unterschiedliche Interessen und sitzen insofern nicht gemeinsam auf einer Bank.

Zu der Frage, ob wir uns als SPD den Wahlkampf schenken können. Das sehe ich ein wenig anders. Nicht eine einzelne Person bestimmt den Wahlkampf, sondern das sind letztlich die Partei und die Bürgerinnen und Bürger, die an die Wahlurnen gehen.

(Herr Schröder, CDU: Wofür steht denn die Partei? - Unruhe)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Die nächste Frage möchte Herr Gürth stellen.

Frau Fischer (Naumburg) (SPD):

Bitte.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Dann folgt Frau Dr. Hüskens.

Herr Gürth (CDU):

Es ist nicht unüblich, dass man die Ängste der Bürger aufgreift. Ich finde es auch richtig, dass man sie ernst nimmt. Prinzipiell finde ich das in Ordnung, egal wer das macht.

Ich habe eine Frage zu Ihrer Rede. Sie haben das gegenwärtige Genehmigungsverfahren kritisiert und haben hier für die SPD gefordert, dass wir in dem zuständigen Ausschuss des Landtages in exekutives Handeln eingreifen, nämlich in das Genehmigungsverfahren nach der Bundes-Immissionsschutzverordnung.

(Herr Bullerjahn, SPD: Nein! Sie hat „begleiten“ gesagt!)

- Gut, sagen wir „begleiten“.

(Herr Bullerjahn, SPD: Begleiten ist etwas anderes! Das ist ein Unterschied! - Unruhe)

Wir haben eine Gewaltentrennung zwischen Judikative, Legislative und Exekutive.

(Unruhe bei der SPD und bei der Linkspartei.PDS)

Jetzt hätte ich gern von Ihnen gewusst - -

(Unruhe bei der SPD und bei der Linkspartei.PDS)

- Bitte hören Sie zu! Seien Sie nicht so hektisch.

(Unruhe bei der SPD und bei der Linkspartei.PDS)

Ich verstehe, dass die SPD jetzt ein Problem hat.

(Herr Bullerjahn, SPD: Ach, Herr Gürth!)

Sie wollen sich jetzt hier hinstellen und so tun, als ob Sie die Sorgen aufgreifen.

(Frau Fischer, Naumburg, SPD: Herr Gürth, wir haben kein Problem! Wollen Sie mir eine Frage stellen? - Unruhe)

Aber zugleich haben Sie einen SPD-Landtagskandidaten, der die Schweinemastanlagenbetreiber berät.

(Zustimmung bei der CDU - Unruhe bei der SPD und bei der Linkspartei.PDS - Frau Fischer, Naumburg, SPD: Wollen Sie mir eine Frage stellen oder nicht? Das beantworte ich nämlich nicht!)

- Ich frage Sie jetzt etwas. - Wenn Sie das begleiten wollen, müssen Sie zumindest Ahnung haben. Wer in der SPD-Fraktion ist Ihr Experte in Sachen Bundes-Immissionsschutzverordnung? Ich meine zum Beispiel die 4. und die 9. BImSchV, die dafür einschlägig sind.

(Zuruf von Herrn Bullerjahn, SPD)

Wenn Sie exekutives Fachhandeln, das in Deutschland so kompliziert ist, dass es schon Firmen gibt, die sich darauf spezialisiert haben - Otto Normalverbraucher kann das nicht -, begleiten wollen, dann müssen Sie einen Experten dafür haben.

(Unruhe bei der SPD und bei der Linkspartei.PDS)

Wer ist Ihr Experte? Herr Rehhahn?

Frau Fischer (Naumburg) (SPD):

Sie haben Ihre Frage gestellt. Ich kann gern darauf antworten. Ich habe nicht das Genehmigungsverfahren kritisiert. Ich weiß sehr wohl, dass der Kaufvertrag gerade

unterzeichnet wurde und dass das Verfahren erst beantragt werden muss. Genau darum geht es uns.

(Herr Gürth, CDU, unterhält sich mit Herrn Bullerjahn, SPD)

- Herr Gürth, wenn Sie die Frage beantwortet haben wollen, müssen Sie zuhören. Wir können das auch anderweitig tun.

(Herr Gürth, CDU: Ich höre doch gern zu! Ihr Fraktionsvorsitzender, den ich sehr schätze, hat mich abgelenkt!)

- Ja, Sie reden immer gern - -

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Wie soll es denn hier nun weitergehen?

(Heiterkeit und Zustimmung)

Frau Fischer (Naumburg) (SPD):

Wir wollen dieses Genehmigungsverfahren in den Ausschüssen begleiten. Wir wollen uns informieren lassen, damit wir wissen, wohin die Reise geht, damit es transparent bleibt und nicht ohne eine parlamentarische Begleitung abläuft.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Die nächste Frage stellt Frau Dr. Hüskens.

Frau Dr. Hüskens (FDP):

Frau Fischer, mir ist aufgefallen, dass in Ihrer Rede die drei Sitzungen des Finanzausschusses, in denen auf der Grundlage eines Selbstbefassungsantrages der Fraktionen der FDP und der CDU lange über Allstedt diskutiert worden ist, überhaupt nicht vorkamen. Meiner Erinnerung nach ist das deshalb so, weil Sie gar nicht dabei waren.

Wie kommt es, dass Sie damals offensichtlich überhaupt kein Interesse an der Diskussion hatten, sich jetzt aber offensichtlich zum Retter von Allstedt machen wollen und zu einem Zeitpunkt, zu dem alle Messen gesungen sind, auf einmal Interesse zeigen, während Sie sich damals überhaupt nicht engagiert haben? Ich kann mich gut entsinnen, dass die Äußerung von Frau Rotzsch, die sich damals auch sehr engagiert hat, damals bei Ihnen auf großes Desinteresse gestoßen ist.

(Starker Beifall bei der FDP, bei der CDU und von der Regierungsbank)

Frau Fischer (Naumburg) (SPD):

Frau Dr. Hüskens, wir wollen uns nicht zum Retter der Region und auch nicht zum Retter von Allstedt machen. Wir haben uns wochen- und monatelang sehr intensiv mit der Region beschäftigt und haben mit der Bürgerinitiative diskutiert. Wir haben uns dort auch umgesehen. Wir haben also nicht von heute auf morgen oder urplötzlich die Bürgerinitiative und die Probleme im Ziegelrodaer Forst kennen gelernt. Vielmehr haben wir uns dessen angenommen, weil wir wollten, dass im weiteren Verfahren das Parlament beteiligt bzw. informiert wird. Das ist unser Anliegen und nichts anderes.

(Zustimmung bei der SPD - Unruhe bei und Zurufe von der CDU)

- Damals waren die Probleme noch nicht so weit.

(Oh! und Lachen bei der CDU - Frau Feußner, CDU: Es ist schon seit zwei Jahren so!)

Es lag noch kein Kaufvertrag vor und es wurde immer gesagt: Wir wissen doch gar nicht, wer diesen Kaufvertrag überhaupt macht. Ich kann mich gut daran erinnern, dass gesagt wurde: Es ist noch gar nicht beschlossen, ob es überhaupt zu einem Kaufvertrag kommt.

(Frau Feußner, CDU: Sie waren doch gar nicht dabei!)

Wochen- und monatelang wurde auch im Finanzausschuss, wenn das Thema dort angesprochen worden ist, geäußert: Ich weiß gar nicht, was Sie wollen; der Kaufvertrag ist noch gar nicht unterzeichnet. - Das waren die tatsächlichen Bedingungen und nichts anderes.

(Herr Gürth, CDU: Nein! So etwas nennt man einen Schuss in den Ofen!)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Frau Dr. Hüskens hat noch eine Nachfrage? - Das hat sich erledigt. Dann bedanke ich mich, Frau Fischer.

Wir kommen jetzt zur Debatte. Zunächst haben wir aber die Freude, Schülerinnen und Schüler der Berufsbildenden Schulen Quedlinburg auf der Südtribüne begrüßen zu können.

(Beifall im ganzen Hause)

Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kehl. Bitte.

Herr Kehl (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit geraumer Zeit wird heftig über den Bau einer Schweinemastanlage in Allstedt diskutiert. Die Bürgerinitiative ist sehr aktiv und hat uns alle mit Post und Argumenten bedacht.

Der Widerstand ist für mich und meine Fraktion durchaus verständlich. Ich - das wissen auch viele von uns - weiß nämlich selbst, wie es ist, wenn man unmittelbar in seinem Umfeld, womöglich sogar vor der eigenen Haustür, ein Gewerbeobjekt hat, das die Landschaft nachteilig verändert, seien es Windkraftanlagen oder große Tierställe.

Deshalb hat sich die FDP sehr ausführlich mit dem Thema befasst. Herr Professor Paqué war sogar vor Ort, um sich ein Bild zu machen. Ihm jetzt daraus einen Vorwurf zu machen ist mehr als ungerecht. Niemand von der FDP und schon gar nicht Herr Professor Paqué missachtet die Bürgerinitiative oder womöglich deren Anliegen - im Gegenteil.

(Zustimmung bei der FDP)

Aber wir sind eben auch an das geltende Recht gebunden und sind darüber hinaus dankbar für jeden einzelnen Arbeitsplatz, der bei uns entsteht. Wir sind auch dankbar für jedes Stück Land, das wir Gewinn bringend an einen Investor verkaufen können.

Gleichwohl müssen geltende Vorschriften natürlich auch vom Investor strikt eingehalten werden. Die FDP fordert daher die zuständigen Behörden auf - ohne ihnen zu unterstellen, dass sie das nicht bereits tun würden -, sehr genau darauf zu achten, dass die strengen deutschen Umweltvorschriften genauestens beachtet und Grenzwerte unbedingt eingehalten werden.

Wenn sich Beeinträchtigungen schon nicht vermeiden lassen, dann sollen diese zumindest so gering wie möglich gehalten werden. Dabei sollte man auch bedenken, dass es sich hinsichtlich der Emissionen um moderne Anlagen handelt, die nicht mit den alten Anlagen verglichen werden können.

Als unerträglich empfand ich jedoch den Auftritt der Linkspartei.PDS, namentlich des Herrn Krause, vorhin vor der Tür: immer nur Opportunismus und Populismus, und das in einer unerträglichen Lautstärke. Das ist nicht auszuhalten.

(Starker Beifall bei der FDP, bei der CDU und von der Regierungsbank - Ministerin Frau Wernicke: Genau!)

Gäbe es eine Bürgerinitiative für den Bau der Anlage, ich wette, Herr Krause würde auch für sie reden. Es geht ihm nämlich nicht um die Sache, sondern nur um den Populismus vor der Wahl.

(Zuruf von Herrn Krause, Linkspartei.PDS)

Aber auch die SPD treibt hier offensichtlich ein doppeltes Spiel. Wir haben es schon gehört: Der frühere Minister Herr Rehhahn ist sowohl Berater der SPD-Fraktion als auch des Investors.

(Herr Bullerjahn, SPD: Erzählen Sie nicht so einen Unsinn! Passen Sie genau auf, was Sie sagen, Herr Kehl! - Frau Dr. Kuppe, SPD: Da muss man schon bei der Wahrheit bleiben!)

- Das habe ich gehört. Ob es stimmt, weiß ich nicht. - An dieser Stelle muss man aber fragen dürfen, ob eine 100-prozentige Objektivität vonseiten der SPD in dieser Sache wirklich gewährleistet ist.

(Unruhe bei der SPD)

Allein deshalb macht es Sinn - um auch das zu beleuchten -, sich dieses Themas einmal grundsätzlich anzunehmen, durchaus auch anhand des Beispiels Allstedt. Ich möchte in Erinnerung rufen, dass wir für jegliche Anlagen dieser Art im ganzen Land, nicht nur für Allstedt, die Verantwortung tragen. Deshalb sollten wir alle möglichen Gesichtspunkte des Themas beleuchten. Dazu gehören neben den umweltpolitischen Fragen durchaus auch struktur- und wirtschaftspolitische Fragen. - Schönen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Kehl. - Nun spricht Herr Höhn für die Linkspartei.PDS.

(Herr Krause, Linkspartei.PDS, meldet sich zu Wort)

- Herr Krause, möchten Sie eine Frage stellen? - Herr Kehl, möchten Sie die Frage beantworten? - Nein, er möchte nicht. Dann erteile ich Herr Höhn das Wort. Bitte.

Herr Höhn (Linkspartei.PDS):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe von Herrn Gürth gerade ein schönes Stichwort gehört: Glaubwürdigkeit. Dazu komme ich gleich.

Bevor mir die Frage gestellt wird, warum ich rede und warum ich mich erst seit heute mit diesem Thema befasse - so etwas in der Art wäre doch jetzt gekommen -, möchte ich auf Folgendes hinweisen: Ich bin seit länge-

rem an diesem Thema dran. Ich hatte auch schon vor längerer Zeit mit Frau Wernicke Briefkontakt dazu und bin seit vielen Monaten Mitglied dieses Vereins. - Damit wäre das am Anfang geklärt.

Ich möchte auf zwei Punkte hinweisen. Frau Fischer hat den Verlauf sehr ausführlich geschildert. Auf einen zentralen Punkt, der den Betroffenen vor Ort am Herzen liegt, möchte ich eingehen. Es geht um die Frage: Was passiert grundsätzlich in dieser Region?

Frau Fischer hat auf die Potenziale aufmerksam gemacht, die wir dort vor Ort haben. Wir haben mit dem Ziegelrodaer Forst eine sehr schöne Landschaft. Wir verfügen über archäologisch wertvolle Fundorte im näheren Umfeld, die von einer solchen Anlage betroffen wären. Ich möchte nur an den Fundort der Himmelscheibe erinnern.

Vor diesem Hintergrund stellt sich schon die Frage, ob sich die Errichtung einer solchen Anlage, die dieses Gebiet weiträumig belasten würde, sich in ein schlüssiges Konzept einfügt. Einerseits möchte man in diese Region Interessierte und Touristen locken - das unterstützen wir -; andererseits setzt man dort eine solche Anlage hin, die die Region belastet und den touristischen Effekt nachhaltig schädigt. Das ist etwas, das nicht zusammengeht.

(Zustimmung bei der Linkspartei.PDS - Herr Schomburg, CDU: Dafür machen wir Genehmigungsverfahren!)

Zu einem zweiten Punkt, der mir wichtig ist. Damit bin ich bei der Glaubwürdigkeit, von der hier oft geredet wird.

(Frau Feußner, CDU: Ja, bei Ihnen bestimmt!)

Die Rolle von Herrn Paqué ist hier schon mehrfach angesprochen worden. Herr Kehl hat eben erklärt: Herr Paqué war vor Ort; ihm daraus jetzt einen Vorwurf zu machen, wäre nicht gerecht. - Ein Vorwurf, dass er vor Ort war, ist mir nicht bekannt. Ich glaube, dass die Bürgerinitiative sehr erfreut darüber war, dass der Minister vor Ort war. Die Verärgerung, die aufgekommen ist, geht auf Äußerungen zurück, die er dort vor Ort gemacht hat.

Dazu möchte ich doch etwas sagen. Die Betroffenen vor Ort - der Minister versucht in letzter Zeit, das zu relativieren, und sagt, er habe das so nicht geäußert - haben vom Minister den Vorschlag unterbreitet bekommen, doch ihrerseits ein Angebot für dieses Objekt zu unterbreiten und es als Bietergemeinschaft zu erwerben.

Wenn Sie, Herr Minister, sich heute hinstellen und sagen: „Das habe ich so nicht gesagt“, dann erscheint das nicht schlüssig. Sie haben von der Bürgerinitiative auch nach diesem Angebot vor Ort zweimal Post bekommen, in der um eine Präzisierung dieses Angebotes Ihrerseits gebeten worden ist. Sie haben die Briefe nicht beantwortet. Wenn also die Offerte missverstanden worden wäre, dann hätten Sie zumindest diese Gelegenheit nutzen können, um das zurückzunehmen.

(Lebhafter Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Das haben Sie nicht getan, also können Sie sich nicht heute hinstellen und beklagen, dass es ein großes Missverständnis gäbe und Sie das nie so gemeint hätten. Dann hätten Sie der Bürgerinitiative im Nachhinein mitteilen können: Das war nicht der Fall. Dann hätte es vermutlich auch das Angebot der Bürgerinitiative nicht gegeben.

Nach dem Angebot aber zu versuchen, die Situation jetzt zu retten, um da irgendwie herauszukommen, das ist unredlich. Daraus resultiert der Vorwurf, Herr Kehl, und nicht daraus, dass er vor Ort war.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Eine letzte Bemerkung zu dem Vorwurf des Populismus.

(Frau Feußner, CDU: Ach, da sind Sie doch bei Ihrem Thema!)

Ich möchte an Folgendes erinnern. Sie waren zumindest einzeln, nicht alle zusammen, bei der ersten Versammlung, die es zu diesem Thema vor Ort in Lodersleben gab, anwesend. Dort sind Bekundungen aller Parteien vorgetragen worden. Entweder sind sie verlesen worden, weil es Briefe waren, oder die betroffenen Personen waren selbst vor Ort. Alle Parteien, die damals vor Ort waren, haben den Bürgern mitgeteilt, dass sie sich dafür einsetzen werden, dass es eine solche Anlage an diesem Standort nicht geben wird.

Also bleiben wir auch hierbei bitte bei der Sache und bei der Redlichkeit. Erklären Sie nicht jetzt, die SPD und die Linkspartei.PDS seien populistisch. Wenn das zuträfe, dann wären auch Sie am Anfang populistisch gewesen. Das sollten Sie heute dann zumindest noch einräumen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS - Zustimmung bei der SPD - Frau Feußner, CDU: Das stimmt einfach nicht!)

- Natürlich stimmt das. Sie können Frau Rotzsch gern fragen, was sie dazu geäußert hat.

Eine letzte Bemerkung: Der Vorsitzende der Bürgerinitiative Herr Brix hat mir einen Karton mit etwa 1 000 Postkarten für den Ministerpräsidenten übergeben. Dieser ist nun nicht anwesend. - Herr Paqué, Frau Wernicke, ich würde Ihnen die Postkarten übergeben mit der Bitte, sie an den Ministerpräsidenten weiterzugeben. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS - Zustimmung bei der SPD - Herr Höhn, Linkspartei.PDS, übergibt Minister Herrn Prof. Dr. Paqué einen Karton)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Höhn. - Für die CDU-Fraktion spricht nun Herr Schröder.

Herr Schröder (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dass ich die Vertreterinnen und Vertreter der Bürgerinitiative nicht begrüße, liegt daran, dass ich sie heute Morgen vor dem Landtag begrüßen durfte. Das liegt aber vor allen Dingen auch an unserer Geschäftsordnung; denn diese legt fest, dass angemeldete Besuchergruppen durch den Landtagspräsidenten begrüßt werden. Ich halte mich an die Geschäftsordnung. Das tut vermutlich auch Frau Fischer; sie hat das aber vielleicht im Wahlkampfifer übersehen.

(Zustimmung bei der CDU - Zuruf von Frau Fischer, Naumburg, SPD)

Die SPD-Fraktion stellt zwei Jahre nach der Zuschlagserteilung durch das Finanzministerium den Antrag, bezüglich der am Standort Allstedt geplanten Schweinehaltungsanlage über die weiteren Verfahren in den Ausschüssen für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie für Umwelt zu berichten. - Guten Morgen!

Es ist für die CDU-Fraktion ebenso wie für den Koalitionspartner FDP dabei selbstverständlich, ja rechtlich verpflichtend, dass bei den erforderlichen Plan- und Genehmigungsverfahren ein hohes Maß an Transparenz sichergestellt werden muss. Darüber besteht Konsens in diesem Haus.

Ich habe sehr genau zugehört, was Frau Fischer in ihrer Rede gesagt hat. Es geht ihr nicht darum, heute eine Parlamentsinitiative zu starten, um diese Investition am Standort zu verhindern oder politisch darauf Einfluss zu nehmen, um sie zu verhindern. Sie kennt die rechtlichen Rahmenbedingungen genau und hat den Antrag gestellt, dass entsprechend über das Verfahren berichtet wird und dass das Verfahren begleitet wird. Sie selbst hat nicht das Anliegen, dieses Projekt politisch zu verhindern.

Meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, so viel Fairness, das zu sagen, gehört dazu. Denn es gibt sehr wohl Vertreter Ihrer Partei, die sich vor Ort unter Plakate stellen, auf denen steht, dass das Kabinett Böhmer für diese Schweinerei abgestraft gehört. Sie haben in Ihren Reihen auch einen Interessenvertreter der Investorengruppen.

Ich sage Ihnen: Es ist leichter, einen Pudding an die Wand zu nageln, als die Position der SPD in dieser Frage zu ergründen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Herr Schröder, möchten Sie eine Frage von Herrn Bulterjahn beantworten?

Herr Schröder (CDU):

Am Ende. - Für das konkrete Vorhaben ist, wie im Übrigen auch für andere Vorhaben - ich erwähne die Pläne in Mahlwinkel -, eine ganze Summe von Genehmigungsverfahren zu durchlaufen, Raumordnungsverfahren, Genehmigungsverfahren nach dem Bundesimmissionschutzrecht, damit verbunden die Umweltverträglichkeitsprüfung, FFH-Verträglichkeitsprüfung usw.

Sowohl im Raumordnungsverfahren als auch im Genehmigungsverfahren ist eine Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen. Diese ist gesetzlich genau geregelt. Darauf ist Wert zu legen; denn die Öffentlichkeit muss umfassend Gelegenheit haben, sich anhand der verbindlichen Antragsunterlagen und der zugehörigen Gutachten zu informieren, sich mit ihren Bedenken am Verfahren zu beteiligen und am Erörterungstermin teilzunehmen.

Auch wir wollen keine Verrechnung mit den touristischen Potenzialen, die in dieser Region liegen, und mit möglicherweise eintretenden Gefährdungen oder auch Verunsicherungen der Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Ich selbst kenne die landschaftlichen Reize dieser Region; sie ist meine Heimat.

Meine Damen und Herren! Zum gegenwärtigen Stand ist zu sagen, dass für das Vorhaben Allstedt ein Antrag auf Genehmigung zum jetzigen Zeitpunkt - das ist meine aktuelle Information - nicht gestellt ist. Ein Genehmigungsverfahren hat somit noch nicht begonnen. - So wie Ihr Antrag selbst relativ spät kommt, kommt der Inhalt Ihres Antrages zu früh.

Vor einigen Wochen war von den Investoren selbst zu hören, dass nunmehr eine reduzierte Tierplatzzahl vor-

gesehen sei, etwa 40 000 Mastschweine weniger, als die ursprüngliche Planung vorsah. Entsprechende Fragen sind dann sicherlich an den Berater des Investors und Landtagskandidaten der SPD Herrn Rehhahn zu stellen. Für uns bleibt zu konstatieren: Die Antragsstellung bleibt abzuwarten.

Ich komme zum Schluss. Wegen der angrenzenden Schutzgebiete wird die Bewertung über die Auswirkungen der Ansiedlung ein wesentlicher Punkt für die Entscheidung zur Genehmigungsfähigkeit sein. Die dahin gehenden Bedenken der Bevölkerung sind ernst zu nehmen.

Wenn alle rechtlich vorgeschriebenen Voraussetzungen vorliegen und alle Rechtsvorschriften eingehalten werden, dann - das weiß auch die SPD - ist die Genehmigung auch mit der Mehrheit des Landtages nicht zu versagen. Ein behördliches Ermessen oder eine politische Einflussmöglichkeit auf die Entscheidung besteht insofern nicht.

Unser Änderungsantrag trägt dem Rechnung. Danach sollte die Landesregierung über den Verfahrensbeginn, über die Antragstellung zu gegebener Zeit in den Ausschüssen berichten, ansonsten exemplarisch das Genehmigungsverfahren erläutern und in Zeitabständen immer wieder über den jeweiligen Verfahrensstand berichten, damit wir eingebunden sind.

Ich bitte deshalb um Zustimmung zu dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Möchten Sie jetzt Fragen beantworten, Herr Schröder? - Dann zunächst Herr Bullerjahn. Bitte.

Herr Bullerjahn (SPD):

Herr Schröder, weil sich das jetzt wiederholt, eine ganz konkrete Frage an Sie: Ist es für Sie demokratisch undenkbar, dass es innerhalb einer Partei unterschiedliche Meinungen zu demselben Sachverhalt gibt, vielleicht auch aus beruflichen Gründen? Schließen Sie das, wenn es so wäre, für die CDU und die FDP aus, zum Beispiel beim Thema Kommunales oder bei der Wirtschaftsförderung?

(Frau Bull, Linkspartei.PDS: Fantastisch!)

Ich könnte jetzt noch zehn Punkte nennen. Dann wäre Ihre Empörung zu verstehen. Aber ich würde jetzt erst einmal Ihre Antwort abwarten.

(Zustimmung von Frau Budde, SPD)

Herr Schröder (CDU):

Herr Bullerjahn, Vertreter einer Partei können unterschiedlicher Meinung sein, insbesondere bei Projekten dieser Sensibilität und dieser Tragweite.

(Herr Dr. Polte, SPD: Na also!)

Das, was hier passiert, ist aber etwas anderes. Sie kennen den Verfassungsgrundsatz: Parteien sind Träger und Bildner der politischen Willensbildung.

(Herr Tullner, CDU: Genau! - Herr Bullerjahn, SPD: Überlegen Sie sich genau, was Sie jetzt sagen, Herr Schröder!)

- Ja. - Sie sind Träger der politischen Willensbildung. Es kommt sehr darauf an, wie sich eine Partei verhält, auch in der Öffentlichkeit,

(Frau Dr. Kuppe, SPD: Eben, eben!)

wenn dieses Thema die Gemüter so sehr erregt und das durch Vertreter der Partei maßgeblich angeheizt wird.

Ich stelle fest, dass es einen Unterschied gibt zwischen dem Agieren der SPD vor Ort, dem Agieren von Landtagskandidaten aus anderen Regionen, speziell Herrn Rehhahn, und Ihrem Anliegen hier im Haus und zum Teil sogar noch dem Prozedere, das Frau Fischer vor dem Landtag ausgeführt hat.

(Zuruf von Herrn Oleikiewitz, SPD)

- Ich werde keine weiteren Fragen beantworten.

(Ach! bei der SPD)

Ich möchte nur eines sagen. Der Landtagspräsident hat den Ausschussvorsitzenden Herrn Schrader beauftragt, stellvertretend für den Landtagspräsidenten die Unterschriften anzunehmen. Ich bedauere sehr, dass das nicht stattgefunden hat und dass die Unterschriftenlisten jetzt über Sie an den Landtag weitergegeben werden.

(Beifall bei der FDP - Zustimmung von Herrn Stadelmann, CDU - Herr Dr. Polte, SPD: Aber wo liegt denn dabei das Problem?)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Weitere Fragen wollte Herr Schröder nicht beantworten. Es wäre jetzt nur noch eine Zwischenbemerkung, auch Intervention genannt, möglich. Möchte das jemand? - Dann bitte Herr Bullerjahn, dann Herr Krause.

Herr Bullerjahn (SPD):

Ich mache es gleich vom Platz aus. - Dann würde ich mir wünschen, dass sich der CDU-Landesvorstand mit dem ungebührlichen Verhalten der CDU-Kommunalpolitiker am gestrigen Tag beschäftigt. Es gab doch wirklich Leute - Bürgermeister, Landräte -, die der CDU angehören, die nicht das teilten, was Sie wollen. Ich finde, es ist eine Frechheit, dass sie das gemacht haben. Ich würde mir wünschen, dass Sie sich damit ernsthaft auseinander setzen.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Herr Krause, bitte.

(Unruhe)

Herr Krause (Linkspartei.PDS):

Ich wollte Herrn Schröder, weil er aus der Region ist, nur etwas mit auf den Weg geben,

(Anhaltende Unruhe)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Meine Damen und Herren, wir wollen doch wohl Herrn Krause hören.

Herr Krause (Linkspartei.PDS):

damit man nicht überrascht ist von neuen Sichtweisen. In der Begründung zu dem Änderungsantrag wird darauf

verwiesen, dass es schon ähnliche Anlagen in der Größenordnung von 20 000 Schweinen im Land gebe. Das Konzept spricht dagegen gegenwärtig von 2 500 Sauen und 20 000 Mastplätzen. Ich möchte Herrn Schröder bitten, dass er sich einmal mit der Ministerin darüber verständigt, was das konkret heißt.

Bei aller Öffentlichkeit wurde noch nicht darüber gesprochen, wie sich die Reproduktion darstellen wird, die Frage des Bestandes der Ferkel und Läufer. Es ist nur die halbe Wahrheit - ich will nicht sagen: die Unwahrheit -, wenn man von 20 000 Schweinen schreibt. Es sind weit mehr, wenn man auch den Reproduktionsbestand mit berücksichtigt, der in der ganzen Diskussion zurzeit keine Rolle spielt. Wenn man entsprechend auch den GV-Schlüssel im Immissionsschutzverfahren berechnet, dann kommen ganz andere Zahlen zutage.

(Herr Schröder, CDU: Antragstellung! - Frau Fußner, CDU: Zu DDR-Zeiten habt Ihr das nicht gemacht! Da habt ihr gemacht, was ihr wolltet!)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank. - Jetzt bitte noch einmal Frau Krimhild Fischer.

Frau Fischer (Naumburg) (SPD):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich will noch zwei Bemerkungen machen. Die erste Bemerkung: Herr Schröder, der Antrag unsererseits kommt meiner Meinung nach überhaupt nicht zu spät. Erst vor drei Wochen ist der Kaufvertrag unterzeichnet worden.

Ich wiederhole mich nicht gern, aber in diesem Fall muss ich es tun. Wenn wir im Finanzausschuss immer wieder nachgefragt haben in Sachen Veräußerung des Flughafens Allstedt, wurden wir immer getröstet mit dem Hinweis, es sei noch nicht so weit, man wisse gar nicht, ob es so weit komme und ob es überhaupt die Nooren-Gruppe werde. - So weit dazu.

(Widerspruch bei der CDU - Minister Herr Prof. Dr. Paqué lacht)

Die zweite Bemerkung betrifft noch einmal unseren Antrag. Ich möchte unseren Antrag noch einmal unterstützen und dafür werben, dass wir das Genehmigungsverfahren im Landtag begleiten. Ich sehe, dass dafür wahrscheinlich ein großes Bedürfnis besteht. Ich habe auch nicht gehört, dass sich die Koalitionsfraktionen zu meinem Vorschlag geäußert hätten, wenigstens den zweiten Teil unseres Antrages in ihren Antrag zu übernehmen. - Danke.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Frau Fischer, bitte nicht gleich weglaufen. Es gibt noch mehrere Fragewünsche. Möchten Sie diese Fragen beantworten?

Frau Fischer (Naumburg) (SPD):

Danke, jetzt nicht mehr.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Jetzt nicht mehr. - Dann gebe ich Herrn Höhn das Wort zu einer Intervention, einer Zwischenbemerkung. Danach bitte Frau Ute Fischer.

Herr Höhn (Linkspartei.PDS):

Herr Präsident, ich will nur darauf hinweisen und meine Verwunderung darüber zum Ausdruck bringen, dass die Landesregierung, speziell Herr Paqué, mehrfach angesprochen und kritisiert worden ist. Ich hätte mir gewünscht, dass er in der Debatte einmal zu dem Antrag Stellung nimmt.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Ich kann Sie beruhigen, Frau Ministerin Wernicke steht als Nächste auf der Rednerliste.

(Beifall bei der CDU - Herr Tullner, CDU: Fachlich zuständig!)

Aber vorher Frau Ute Fischer. - Das hat sich erledigt. Dann bitte, Frau Ministerin.

Frau Wernicke, Ministerin für Landwirtschaft und Umwelt:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mich als Vertreterin der Landesregierung bewusst dafür entschieden, meinen Beitrag am Ende der Debatte zu leisten, um einmal mitzuverfolgen, wie dieser Antrag in diesem Raum, in diesem Plenarsaal wahlorientiert beraten und wie darüber wahlorientiert diskutiert wird.

(Zustimmung bei der CDU, bei der FDP und von der Regierungsbank)

Die SPD-Fraktion stellt den Antrag, bezüglich der am Standort Allstedt geplanten Schweinehaltungsanlage über die weiteren Verfahren in den Ausschüssen für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie für Umwelt zu berichten. Für die Landesregierung ist es selbstverständlich, sogar rechtlich verpflichtend, bei den erforderlichen Plan- und Genehmigungsverfahren ein hohes Maß an Transparenz sicherzustellen. Mein Kollege Paqué ist selbstverständlich bereit, auch noch einmal im Finanzausschuss über die Verkaufsaktivitäten und das Verfahren zu berichten.

Ich will noch einmal betonen - das wurde schon gesagt -, dass das Thema mehrfach im Finanzausschuss aufgerufen und beraten worden ist. Der Antrag erwartet keine Äußerung zum Verkaufsverfahren, sondern er zielt auf die Berichterstattung über die künftigen Verfahren im Genehmigungsverfahren ab. Deshalb spricht Frau Ministerin Wernicke an dieser Stelle.

Diejenigen, die mit mir in den vergangenen Monaten über dieses Problem diskutiert haben, insbesondere in direkten Gesprächen auch mit der Bürgerinitiative, haben gemerkt, dass ich immer sehr sachlich und unpolymisch damit umgegangen bin. Im Übrigen hat die Bürgerinitiative im direkten Gespräch dies auch getan; das will ich an dieser Stelle sagen. Ich sage aber ausdrücklich: im direkten Gespräch; denn was heute draußen vor der Tür stattgefunden hat, auch begleitet von SPD-Politikern, die bisher zu diesem Thema sehr schweigsam waren

(Zustimmung von Minister Herrn Prof. Dr. Paqué)

- Frau Ute Fischer hatte sich schon eher in diese Diskussion eingebracht; Frau Krimhild Fischer war bisher sehr schweigsam bei diesen Sachen -, und begleitet von einem Landwirt, der mit seiner Sachkunde auch jetzt aufgetreten ist, Herrn Krause,

(Herr Daldrup, CDU, lacht)

für die Fraktion der Linkspartei.PDS, war schon etwas anderes. Mich hat es schon ein wenig geärgert, dass Herr Krause als Agrarpolitiker mit dieser pauschalen Diskussion draußen bei denjenigen, die Protest üben, einen ganzen Berufsstand diskreditiert.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der FDP und von der Regierungsbank)

Offensichtlich hat er längst vergessen, in welcher Verantwortung er einmal stand. Ich will an dieser Stelle, bevor ich noch einmal zu den Verfahren komme, an die jetzt eingeforderte Transparenz erinnern, für die Herr Krause in einem früheren Leben einmal zuständig gewesen ist.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP - Frau Feußner, CDU: Genau so ist es!)

Ich will heute auch einiges an persönlicher Erinnerung aufrufen. Herr Stadelmann hat gestern in einem anderen Zusammenhang - ich glaube, zum Umweltinformationsgesetz - eine eigene Erfahrung eingebracht. Ich will auch eine eigene Erfahrung einbringen:

Jeder in diesem Raum weiß, dass Frau Wernicke in einem volkseigenen Gut tätig war und für Schweinemast und Schweinezucht zuständig gewesen ist. Ich will das gar nicht verhehlen. Ich will aber auch daran erinnern, dass die Staatsführung damals gesagt hat: Du musst mehrere Tausend Schweine halten. Es wurde niemand gefragt, ob ihm das passt. Es wurde keine Region informiert und es wurde auch keine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Frau Feußner, CDU: Genau so war es!)

Als dann die noch sehr junge Bereichsleiterin, schwitzend und nicht wissend, wohin mit der Gülle, sich anmaßte, bei der Kollegin von Herrn Krause beim Rat des Kreises anzurufen und zu fragen, wohin sie mit der Gülle solle, hieß es: Ja, Genossin Wernicke - wir waren alle Genossen bei dieser Dame, obwohl wir keine waren -, lass dir doch etwas einfallen; du hast den Auftrag, Tonnage zu bringen, und nicht den Auftrag zu schauen, wie stark die Umwelt belastet wird. - Das war die Zeit, in der ich für die Schweinezucht zuständig war.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wenn ich die Symbolik im Protest, die neuerdings von Parlamentariern gutgeheißen wird, die Symbolik in der Meinungsäußerung, die insbesondere von der Fraktion Linkspartei.PDS gutgeheißen wird, jetzt beobachte und verfolge,

(Unruhe bei der Linkspartei.PDS)

- ich erinnere an die Debatte gestern zum Waldgesetz -, dann kann man das nicht gutheißen. Mit dieser Symbolik, die Sie als Instrument nutzen, wird dem Ansehen der Landespolitik geschadet. Sie erweisen dem Ansehen der Landespolitik insgesamt einen Bärendienst damit.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zustimmung von der Regierungsbank)

An diejenigen gerichtet, die regieren wollen: Die Geister, die man rief, meine sehr verehrten Damen und Herren, wird man nicht mehr los. Ich kann Ihnen nur wünschen, Herr Bullerjahn, dass Herr Rehhahn nach der nächsten Wahl nicht die Agrarpolitik der SPD vertreten muss. Das kann ich Ihnen nur wünschen.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der FDP)

Sie haben ja keinen anderen, der sich in der Agrarpolitik annähernd auskennt.

(Herr Sachse, SPD: O doch!)

Herr Rehhahn ist der einzige Kandidat. Wenn er dann einzieht, dann werden wir über die Geister, die Sie jetzt rufen, diskutieren.

(Herr Bullerjahn, SPD: Frau Wernicke, was Sie sich für Gedanken über uns machen! Das ist fürsorglich! - Unruhe)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Frau Ministerin, möchten Sie eine Frage von Frau Ute Fischer beantworten?

Frau Wernicke, Ministerin für Landwirtschaft und Umwelt:

Nein, danke.

Jetzt zur Sache: Für das konkrete Vorhaben wie im Übrigen für andere auch - ich sehe Mahlwinkel - ist bekanntlich ein Raumordnungsverfahren und ein Genehmigungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz erforderlich. Umweltverträglichkeitsprüfung und FFH-Verträglichkeitsprüfung sind dabei jeweils unselbständige Teile der vorgeschriebenen Verfahren.

Es wissen eigentlich alle, die hier im Raum sitzen, dass sowohl im Raumordnungsverfahren als auch im Genehmigungsverfahren eine Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen ist, die gesetzlich genau geregelt ist. Bei Vorliegen der vollständigen Antragsunterlagen erfolgt eine öffentliche Bekanntmachung durch die Genehmigungsbehörde in der Tagespresse und im Amtsblatt.

In der Bekanntmachung wird angegeben, wo und wann die Antragsunterlagen zur Einsichtnahme ausgelegt werden, zu welchem Termin schriftliche Einwendungen eingereicht werden können und wann der öffentliche Erörterungstermin stattfindet. Damit erhält die Öffentlichkeit die Gelegenheit, sich umfassend zu informieren, sich einzubringen, sich mit ihren Bedenken am Verfahren zu beteiligen und letztlich am Erörterungstermin teilzunehmen.

Herr Schröder hat zum gegenwärtigen Stand schon einiges gesagt. Der für das Vorhaben in Allstedt notwendige Genehmigungsantrag ist noch nicht gestellt worden. Ein Genehmigungsverfahren ist noch nicht begonnen worden. Es ist lediglich ein Scoping-Termin zur Abstimmung der erforderlichen Unterlagen Ende 2003 durchgeführt worden. Damals sind 95 000 Schweineplätze angegeben worden. Vor einigen Tagen hat man lesen können, dass man die Tierzahl reduziert hat. Aber auch dazu sind die entsprechenden Fragen an den Kollegen Rehhahn, der Berater des Investors ist und sich damit ein wenig Geld verdient, zu stellen. Die Antragstellung bleibt also abzuwarten.

Aufgrund der angrenzenden Schutzgebiete - was ein besonderes Problem vor Ort darstellt und die Sensibilität deutlich macht - wird die Bewertung der Auswirkungen von Ammoniak ein wesentlicher Punkt für die Entscheidung der Genehmigungsfähigkeit sein. Die Genehmigung wird sich an diesen Kriterien ausrichten.

Zur Genehmigung selbst wäre zu sagen: Die Genehmigung im immissionsschutzrechtlichen Verfahren ist eine gebundene Entscheidung, das heißt, wenn alle rechtlich vorgeschriebenen Voraussetzungen vorliegen und alle

für das Vorhaben geltenden Rechtsvorschriften eingehalten werden, ist die Genehmigung zu erteilen. Unabhängig davon, wer regiert, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist es so. Wenn die Prüfung ergibt, dass die Genehmigungsvoraussetzungen nicht erfüllt werden können, muss die Genehmigung versagt werden. Auch das ist unabhängig von politischen Mehrheiten.

Ich erinnere an die Mehrheit im Bund, also Rot-Grün, die bis vor einigen Tagen Verantwortung getragen hat. Ich glaube, das darf ich durchaus in Erinnerung bringen, Herr Bullerjahn; denn Ihre Partei hatte eine deutliche Beteiligung in dieser Regierung. Es fällt mir schon schwer, Ruhe zu bewahren, wenn eine Frau Kurth von den Grünen oder eine Frau Schmidt von der SPD vor Ort erklären, dass die Politik den Bau der Anlage verhindern müsse.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn diese beiden Damen als Vertreterinnen ihrer Fraktionen im Bundestag in ihrer Regierungsverantwortung eine rechtliche Chance gesehen hätten, die Genehmigungshürden für Tierhaltungsanlagen höher zu setzen, dann hätten sie dieses tun und umsetzen können.

(Beifall bei der CDU)

Warum haben sie es denn nicht getan? - Sie haben es nicht getan, weil sie wissen, dass die EU-Regelungen im Artikelgesetz das nicht hergeben und der europäische Wettbewerb dadurch nicht eingeschränkt werden darf. Das wissen diese beiden Damen und ihre Parteien natürlich auch. Aber nein, wider besseres Wissen stellt man sich dort hin und suggeriert, die Politik könne die Genehmigung dieser Anlage verhindern.

Gleichwohl, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind wir bereit, die kritische Begleitung des Verfahrens im Ausschuss sicherzustellen und als Landesregierung zu berichten. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren Parlamentarier, dann überlegen Sie auch, wie weit Sie sich als Agrarausschuss oder als Wirtschaftsausschuss jedes nach Immissionsschutzrecht vorgegebene Verfahren vorlegen lassen. Wenn das der Fall sein sollte, denke ich, wird die parlamentarische Arbeit erschwert. Aber in diesem konkreten Fall sind wir dazu gern bereit. Ich denke, Frau Ministerin Wernicke wird Ihnen im gesamten nächsten Jahr noch als Ministerin für diesen Bereich darüber Rechenschaft ablegen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, bei der FDP und von der Regierungsbank)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Frau Ministerin hatte gesagt, dass sie Fragen nicht beantworten wollte. Es wäre jetzt die Gelegenheit für Zwischenbemerkungen, aber es hat jede Fraktion noch die Gelegenheit, eine Rednerin oder einen Redner nach vorn zu schicken. Als Erste bitte Frau Ute Fischer.

Frau Fischer (Naumburg) (SPD):

Ich hätte der Frau Ministerin gern eine Frage gestellt; jetzt gebe ich eine Kurzintervention ab. Ich bin in großer Sorge, weil der Ministerpräsident heute früh bei seinem Gespräch mit Herrn Schneider zugesagt hat, dass Herr Schneider ihm noch alle Unterlagen von anderen Investoren bringen möge und er dann die Angelegenheit prüfen würde. Ich habe große Sorge, dass das vielleicht

auch nicht so gemeint war und die Bürgerinitiative im Endeffekt nur hingehalten wird.

(Herr Gürth, CDU: Herr Böhmer meint alles so, wie er es sagt!)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Dann Frau Hunger, bitte. - Das hat sich erledigt. Dann als Nächster bitte Herr Schröder.

Herr Schröder (CDU):

Es bestand keine Möglichkeit, Frau Fischer Fragen zu stellen. Deswegen möchte ich gern zwei Feststellungen treffen.

In der Rede von Frau Fischer wurden Fragen zur Begründung des Antrages aufgeworfen. Unter anderem ging es um die Frage des Verkaufserlöses. Das geschah natürlich ohne Erwähnung der daran gekoppelten Arbeitsplatzverpflichtung. Ich stelle hiermit fest, dass Fragen im Landtag wiederholt werden, die bereits vor Wochen im Finanzausschuss geklärt worden sind.

Zweite Feststellung: Herr Höhn hat in seiner Rede gesagt, er vermute, dass ein Alternativangebot nicht abgegeben worden wäre, wenn man gewusst hätte, dass die Landesregierung in der rechtlichen Bewertung eine solche Möglichkeit nicht gesehen habe. Ich habe, weil ich bei der Veranstaltung mit dem Finanzminister nicht zugegen war, bei einer Veranstaltung der Tierschutzpartei im August zugesichert, mich um eine Klärung dieser Frage zu bemühen. Als örtlicher Landtagsabgeordneter habe ich daraufhin eine kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung gestellt.

Die Landesregierung hat in ihrer Antwort Nr. 4 auf diese Anfrage dargelegt und auch begründet, warum sie keine rechtliche Möglichkeit sieht, nach erteiltem Zuschlag weitere Alternativangebote zu berücksichtigen. Diese Antwort habe ich sofort, nämlich am 6. September 2005, und damit zwei Wochen vor der Abgabe des Alternativangebotes der Bürgerinitiative schriftlich zur Verfügung gestellt und in der Lokalpresse eine Mitteilung gemacht. Ich möchte darüber informieren, weil ich nach dem Vortrag von Herrn Höhn unterstellen muss, dass er diese Drucksache nicht gelesen hat.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Schröder. - Zunächst etwas ganz anderes: Ich begrüße Schülerinnen und Schüler des Winkelman-Gymnasiums aus Seehausen in der Altmark. Herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Jetzt wird abgestimmt. Wir stimmen zunächst über den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP in der Drs. 4/2498 ab. Wer stimmt zu? - Das sind die antragstellenden Fraktionen. Wer stimmt dagegen? - Das sind die anderen beiden Fraktionen. Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich angenommen worden.

Wir stimmen abschließend über den so geänderten Antrag ab. Wer stimmt zu? - Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer stimmt dagegen? - Niemand. Stimmenthaltungen? - SPD-Fraktion und Fraktion der Linkspartei.PDS.

Damit ist dieser Antrag in der geänderten Fassung angenommen worden.

(Herr Wolpert, FDP: Herr Präsident!)

- Ein Teil hat zugestimmt, ein Teil hat abgelehnt. - Der Tagesordnungspunkt 19 ist damit beendet. Wir haben jetzt eine Mittagspause bis 14 Uhr. Ich hoffe, die Zeit reicht aus.

Unterbrechung: 13.18 Uhr.

Wiederbeginn: 14.06 Uhr.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Wir setzen unsere Beratungen fort. Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 20** auf:

Beratung

Für die Einführung einheitlicher Regelsätze beim Arbeitslosengeld II

Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS - **Drs. 4/2467**

Änderungsantrag der Fraktion der SPD - **Drs. 4/2489**

Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP - **Drs. 4/2499**

Ich bitte zunächst Frau Bull für die Linkspartei.PDS, den Antrag einzubringen. Bitte schön.

Frau Bull (Linkspartei.PDS):

Meine Damen und Herren! Ich denke, keines der Reformgesetze der vergangenen Jahre hat so viele Wellen ausgelöst wie die Sozialgesetzgebung II, zunächst natürlich bei den Betroffenen, weil mit einem Einkommen in der Höhe der Regelsätze oder etwas darüber auskommen tatsächlich kein Zuckerschlecken ist. Wir haben heute mehrfach darüber diskutiert.

Nunmehr haben die Wellen die Seiten gewechselt. Gestatten Sie mir die Bemerkung: Genau diejenigen, die sich damals über überzogene Forderungen und Entgleisungen - da zu Recht - echauffiert haben, bedienen sich nun annähernd der gleichen rhetorischen Qualität. Ich will es einmal etwas spitz sagen: Ich bin davon überzeugt, dass Herr Daehre, als er den Bericht von Wirtschaftsminister Clement gelesen hat, mit Sicherheit ebenso verärgert und geradezu reflexartig von seinem Stuhl aufgestanden ist, als er gesehen hat, dass Arbeitslosengeld-II-Empfänger zumindest in die Nähe parasitärer Verhaltensweisen geschoben wurden.

Meine Damen und Herren! Das neue System hat keine Kosteneinsparungen gebracht, im Gegenteil. Für Kosteneinsparungen - unter anderem zumindest - war es eigentlich gedacht. Es ist - das ist heute schon gesagt worden - annähernd 6 Milliarden € teurer.

Nun geht bei öffentlichen Debatten über die Ursachen offenbar jedes Augenmaß verloren. Man bekommt den Eindruck, schuld sei massenhafter Missbrauch, schuld seien Leute, die maßlos in ihren Ansprüchen seien, die unflexibel seien und manchmal eigentlich überhaupt bloß zu faul zum Arbeiten. Ich will es klar sagen: Ich habe wenig Sympathie für Menschen, die auf Kosten von anderen leben, habe aber den Eindruck, dass diese relativ gleichmäßig verteilt sind,

(Zustimmung bei der Linkspartei.PDS)

allerdings im Einzelnen, finanziell gesehen, in außerordentlich unterschiedlichen Dimensionen. Ich weiß nicht,

wo das kriminelle und kreative Potenzial anfängt, wenn es darum geht, Chancen zu nutzen, das eigene Salär aufzubessern, ob es nun bei 331 € beginnt oder bei 4 200 € oder bei noch mehr.

Meine Damen und Herren! Das Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik hat sich im Jahr 2000 - zugegeben noch unter dem alten Recht des Bundessozialhilfegesetzes - dieser Problematik gewidmet. Danach hatten im Jahr 1999 etwa 2,3 % - Klammer auf, Ausrufezeichen, Klammer zu - der Sozialhilfehaushalte nicht die Arbeitseinkommen angegeben, die anzugeben waren. Das betrifft von den 1,4 Millionen Sozialhilfeempfängern ungefähr 33 000 Personen, meine Damen und Herren. Das macht die Dimension oder auch die Nichtdimension, die man auch gern gesellschaftlich vergleichen kann, deutlich.

Menschen handeln in der Regel rational, wägen ihre Vor- und Nachteile ab. Ganze Berufsgruppen leben davon, gesetzliche Möglichkeiten randvoll auszuschöpfen. Ich würde Ihnen vorschlagen: Lassen Sie die Kirche an dieser Stelle im Dorf und lassen Sie uns wieder auf das Wesentliche kommen.

(Zustimmung bei der Linkspartei.PDS)

Lassen Sie uns ein solches Stammtischniveau der Debatte zurückweisen. Ich fände es auch gut, wenn die SPD-Fraktion ihrem Wirtschaftsminister gegenüber diese Größe aufbrächte.

(Zustimmung bei der Linkspartei.PDS)

Wesentlich ist, meine Damen und Herren: Das Institut für Arbeits- und Berufsforschung hat in einer Studie die Daten der ehemaligen Arbeitslosenhilfeempfänger untersucht. Das sind ungefähr 83 % der jetzt Betroffenen. Von diesen 83 % sind es 65 %, die zu den Verlierern gehören, im Osten, wohlgemerkt. Es sind bundesweit 65 %, die im Durchschnitt mit 20 % Einkommenseinbußen rechnen müssen.

Die restlichen 35 % - so viel zum Thema Kostenaufwuchs; das hat das IAB festgestellt - gehören zu denjenigen, die höchstwahrscheinlich Einkommen bezogen haben, die unterhalb des Sozialhilfeszuges lagen, die also genau genommen ein Recht hatten und dieses nicht in Anspruch genommen haben, das aber jetzt tun. Das ist mit Sicherheit auch ein wesentlicher Faktor dafür, dass die Kosten angestiegen sind.

Das EU-definierte Existenzminimum liegt bei 942 € pro Mensch. Das macht eine Tendenz deutlich. Auch aus der besagten IAB-Studie geht hervor, dass es 942 € monatlich sind, die eine Bedarfsgemeinschaft zur Verfügung hat. Es mag sein, Herr Scharf, dass Sie nicht in das Mitzeichnungsverfahren der EU-Kommission eingebunden sind.

(Herr Scharf, CDU: Noch nicht!)

Ich finde es auch bedauerlich, dass Sie nicht gefragt haben, was die EU unter Armut versteht. Dass Sie darüber auch sauer sind, das kann ich alles gut verstehen.

Angesichts der heute von Ihnen abgegebenen, wie ich finde, wenig qualifizierten Bewertung dessen, was hoch dotierte Sozialforscher im Rahmen der Bundesberichtserstattung geleistet haben, weiß ich gar nicht, ob ich darüber so doll traurig wäre.

(Herr Gürth, CDU: Ich fand, das war das Qualifizierteste, was ich zu dem Thema je gehört habe! - Zuruf von Herrn Tullner, CDU)

Meine Damen und Herren! Es wird eine Tendenz deutlich. Man kann sich trefflich über die Armutsquote streiten, man kann sich trefflich über die Zahl streiten, die nun die Grenze sein soll, aber eines wird dennoch deutlich, auch wenn man die Zahlen nicht liebt: Die Zahl der Haushalte, die sich an der Schwelle befinden, hat in den letzten zwei Jahren drastisch zugenommen.

(Zustimmung bei der Linkspartei.PDS)

14,4 % der Wohnbevölkerung in Sachsen-Anhalt sind von Hartz IV betroffen, bei den Kindern und Jugendlichen sind es 26,7 %.

Der Armutsbericht der Bundesregierung - ich habe es vorhin in meiner Anfrage bereits erwähnt - setzt die bundesweite Armutsquote auf 13,5 % - also ein bundesweiter Zuwachs von reichlich einem Prozentpunkt - herauf. Bei den bis 15-Jährigen beträgt der Zuwachs ebenfalls etwa einen Prozentpunkt, bei den 16- bis 24-Jährigen 4 Prozentpunkte. Schaut man sich die neuen Länder an, dann liegen wir mit 19,3 % satte 5 Prozentpunkte über der Quote der alten Länder.

Betroffene bis 15 Jahre liegen mit 22,5 % Anteil an der Armutsquote um 8,7 Prozentpunkte höher als in den alten Bundesländern. Bei den 16- bis 24-Jährigen liegt der Anteil immer noch 4,3 Prozentpunkte höher, nämlich bei 22,4 %. Wenn man davon ausgeht - das will ich an dieser Stelle polemisch sagen -, dass die 20 % sehr hoch angesetzter Missbrauch im Sozialhilfebereich ein Massenphänomen sind, wer will dann noch in Abrede stellen, dass Armut in diesem Land bereits ein Massenphänomen ist?

(Zustimmung bei der Linkspartei.PDS)

Meine Damen und Herren! Die Diagnose ist eindeutig: Armut wird zu einem zentralen Problem, mit dem wir uns auseinander zu setzen haben. Dazu will ich klar sagen: Das Problem ist nicht eine Episode im Leben, in der man einmal mit relativ wenig Geld auskommen muss. Eine solche Episode wird man nie verhindern können. Das stärkt unter anderem - so weit würde ich auch gehen - soziale Kompetenzen. Das ist gar nicht die Frage.

Das Problem ist die chronifizierte Armut. Heute früh in der Aktuellen Debatte wurde es schon gesagt: Die vererbte, soziologisch von einer Generation zur anderen Generation vererbte Armut, das ist das Problem, meine Damen und Herren, weil damit hochproblematische Kreisläufe in Gang gesetzt werden. Damit ist die ganze Debatte um den Missbrauch so weit am Leben und so weit am wirklichen Problem vorbei, dass es den Hund samt Hütte jammert.

(Zustimmung von Frau Dirlich, Linkspartei.PDS)

Ein parteiübergreifendes Trostpflaster im Wahlkampf war, die Regelsätze Ost an das Niveau West anzugleichen. Darin waren sich alle Volksparteien einig, wenn ich es recht in Erinnerung habe. Ich muss sagen, zwischenzeitlich habe ich gedacht, es ist in Ordnung. Die Meldungen waren so, dass man tatsächlich davon ausgehen konnte, dass diese Wahlversprechen eingehalten werden. Ich hatte tatsächlich das Gefühl, dass der Punkt 1 und der Punkt 2 unseres Antrages obsolet geworden sind. Gestern, als die Änderungsanträge eingingen, habe ich gedacht: Aha, ertappt, meine Damen und Herren!

Jetzt gibt es eine ganz andere Wende. Es gibt ein paar ganz Schlaue, die halten die Kürzung der Regelsätze auf Ostniveau für eine hochinnovative Angelegenheit,

darunter, wenn mich nicht alles täuscht, der Staatssekretär Haseloff. Der will auch nicht in den Westen gewählt werden. Meine Damen und Herren! Das ist außerordentlich mutig, die Osis gegen die Wessis, und zwar unterste Schublade.

Man muss sich fragen, hatten Sie den Eindruck - all diejenigen, die jetzt über die Höhe der Regelsätze diskutieren und die unterschiedlichsten und innovativen Vorschläge machen -, dass die Festsetzung der Regelsätze eine politische Größe war? Ich will zugeben, dass ich diesen Eindruck mitunter auch hatte. Man hatte schon mitunter das Gefühl, dass die Steuerersparnis der Bundesregierung irgendwie refinanziert werden musste - gar keine Frage.

Diese Systematik kann man kritisieren, und trotzdem ist es eine. Das ist nämlich auf der Basis der Einkommens- und Verbraucherstatistik erstellt worden. Die ist zugegebenermaßen alt. Die ist nämlich schon sieben Jahre alt. Aber jetzt zu sagen, wir machen mal diesen Vorschlag, wir machen mal jenen Vorschlag, dann treffen wir uns in der Mitte und dann sagen wir, die Wessis sollen sich an die Osis anpassen - - Meine Damen und Herren! Das macht den Eindruck, als hätte sich Politik auch vorher keine Platte darüber gemacht, wie Arbeitslosengeld-II-Empfänger mit ihrem monatlichen Einkommen auskommen sollen.

(Zustimmung bei der Linkspartei.PDS)

Ich habe der Presse entnommen, dass sogar das Fraunhofer-Institut diagnostiziert hat, dass die Sozialhilfeempfänger seit den 90er-Jahren - damals waren es noch Sozialhilfeempfänger und Sozialhilfeempfängerinnen - mit 20 % Einkommenseinbußen leben mussten. Wenn man sich überlegt, dass selbst die Berechnung aus dem Jahr 1998 aus meiner Sicht eine hochproblematische war, das bereits sieben Jahre her ist und wir alle miteinander die Preissteigerungen kennen, dann ist das keine verwunderliche Diagnose. Um diese Entwicklung zu stoppen, fordern wir statt der Kopplung an die Rente die Kopplung an den Inflationsausgleich.

Ein zweiter Punkt, meine Damen und Herren. Nicht zu vergessen war die Reform der Arbeitslosen- und Sozialhilfe, das Herzstück der Gemeindefinanzreform. Sie sollte wieder Spielraum für die Kommunen bringen. Gesetzlich verbriefte waren 2,5 Milliarden € Einsparungen. Die Spielregeln für die nun anstehende Revision sind im Gesetz festgeschrieben.

Das Problem ist bloß, sie sind kaum praktikabel, weil ein seriöser Vergleichsfaktor fehlt. Der Vergleichsfaktor sollte sein: Was hätten die Kommunen ausgegeben, wenn das BSHG weiter die Grundlage gewesen wäre? Es ist also ein fiktiver Vergleich, wofür kaum Berechnungen zugrunde liegen, was kaum jemand ermitteln kann, was also sehr nahe an den Bereich der Spekulation kommt.

2,5 Milliarden €, die Einsparungen für die Kommunen sein sollen, die sich nun auch in den Änderungsanträgen von CDU und FDP wiederfinden - - Meine Damen und Herren, das müssen wir hier nicht beschließen. Das steht im Gesetz. Das ist auch nicht der Dissens, sondern die Frage, welche Berechnungen nehme ich als Grundlage, damit diese 2,5 Milliarden € unter dem Strich für die Kommunen herauspringen. Da, denke ich, ist es ganz klar eine Milchbubenrechnung zu sagen, Bundesanteil auf null und Rückzahlungen fordern.

(Herr Gürth, CDU: Milchmädchen!)

- Da sind Sie nicht auf dem neuesten Stand, Herr Gürth.

(Herr Gürth, CDU: Nein, das sind die Mädchen gewesen!)

Wir erheben also, wie Sie gut lesen können, nicht die Forderung der kommunalen Spitzenverbände, jetzt gleich bei 34 % oder 34,4 % anzulangen. Ich denke bzw. wir denken, dass diese Verhandlungen im Moment tatsächlich nicht mehr aufgrund von Berechnungen geführt werden können. Das muss vielmehr politisch ausgehandelt werden.

Fakt ist, dass sich der Bund angesichts der derzeitigen finanziellen Belastung der Kommunen mit Sicherheit nicht unter 29 % zurückziehen kann, um wenigstens die 2,5 Milliarden € zu garantieren.

(Zustimmung bei der Linkspartei.PDS)

Unsere Forderung heißt demnach: Rückforderungen kann es nicht geben. Das können die Kommunen gar nicht leisten. Da können die Kommunen zumachen, die meisten jedenfalls. Auch der Bundesanteil kann nicht zurückgefahren werden. - In diesem Sinne bitte ich Sie um Unterstützung für unseren Antrag.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Frau Bull. - Bevor die Fraktionen in die Debatte einsteigen, erteile ich Herrn Minister Dr. Rehberger das Wort. Bitte schön.

Herr Dr. Rehberger, Minister für Wirtschaft und Arbeit:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Thema ALG II ist heute im Rahmen der Aktuellen Debatte zu dem Stichwort „soziale Polarisierung“ schon in vielfältiger Weise angesprochen worden. Deswegen möchte ich mich an dieser Stelle auf drei Bemerkungen beschränken.

Punkt 1. Ich schätze den Kollegen Clement sehr. In aller Regel war es, etwa im Kreis der Wirtschaftsminister des Bundes und der Länder, unabhängig von der politischen Zugehörigkeit zu der einen oder anderen Partei fast immer möglich, auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen. Aber das, was Herr Clement im Zusammenhang mit den 6 Milliarden € zusätzlichen Ausgaben im ALG-II-Bereich erklärt hat, kann ich nicht nachvollziehen.

Meine Damen und Herren! Wer von gesetzlich eingeräumten Möglichkeiten Gebrauch macht, der verhält sich legal; das ist erlaubt. Wenn es nicht erlaubt sein soll, dann muss man die Gesetze anders machen. Ich finde es nicht in Ordnung, dass man auf diejenigen schimpft, die die vielleicht nicht beabsichtigten, aber vom Gesetz eingeräumten Wohltaten nutzen.

Nebenbei gesagt: Das ist ja nicht nur ein Thema einer bestimmten Schicht. Steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten für Windkraftanlagen - wir werden nachher darüber reden - werden auch in höchstmöglichem Umfang zulässigerweise in Anspruch genommen. Warum auch nicht, wenn man es darf.

Kurz und gut: Wer der Meinung ist, dass bestimmte Verhaltensweisen den Staat nicht belasten sollten, der muss eben die Gesetze so formulieren, dass das nicht möglich ist. Deswegen ist, wie gesagt, diese Missbrauchsdebatte verfehlt.

Ich gehe davon aus, dass die neue Bundesregierung das, was an Novellierungen notwendig ist, durchführen wird und damit das korrigiert, was die alte Regierung offensichtlich nicht ganz richtig gemacht hat.

Zweite Bemerkung: Angleichung des Regelsatzes. Ich halte den Ansatz, dass man in Ost und West in diesem Bereich gleiche Regelsätze haben sollte, für richtig. Ich gehe fest davon aus, dass das in diesen Tagen, vielleicht in diesen Stunden in Berlin abschließend geregelt wird. Ich höre, man hätte sich auf einen Regelsatz von 340 € geeinigt. Ich weiß nicht, ob das tatsächlich zutrifft. Wir werden es morgen oder übermorgen sicherlich über die Medien hören.

Wie auch immer, ich bin schon der Auffassung, dass die Anpassung bundesweit erfolgen sollte, wobei 340 € bedeuten würden, dass man im Westen leicht absenkt und im Osten anhebt. Offenbar ist man unter dem Aspekt der Ausgabenneutralität eben auf die 340 € gekommen.

Dazu möchte ich der Kollegin Bull sagen: So nett es immer ist, wenn Sie hier sprechen und viel mehr fordern, Geld kann man nur ausgeben, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn es irgendwo eingenommen worden ist. Seit Jahren - das ist ja nun bekannt - werden in der Bundesrepublik wesentlich mehr Ausgaben getätigt, als Einnahmen zur Verfügung stehen. Dass das so nicht weitergehen kann, weil es nämlich letztlich zulasten späterer Generationen gehen wird, ist, glaube ich, von den allermeisten akzeptiert.

Kurz und gut: Auch wenn ich einer Partei angehöre, die die künftige Bundesregierung nicht mittragen wird, halte ich es für richtig und unterstützenswert, wenn man dort Dinge macht, die die Einnahmen und Ausgaben wieder ins Lot bringen.

In diesem Zusammenhang bin ich in der Tat der Meinung, dass ein mittlerer Satz durchaus ein vertretbarer Weg ist, vorausgesetzt, meine Damen und Herren, dass man nicht auf der anderen Seite durch solche Maßnahmen wieder gezwungen ist, Steuern stark anzuheben. Ich habe bald das Gefühl, dass genau dieses droht. Insofern ist es dann eine wenig überzeugende Lösung.

Dritter Punkt. Frau Bull hat es mit Recht gesagt: Die Hartz-IV-Reformen sind insbesondere auch unter dem Motto präsentiert worden: Die kommunalen Gebietskörperschaften in Deutschland werden um ca. 2,5 Milliarden € pro Jahr entlastet. Wir haben inzwischen aus Sachsen-Anhalt und auch bundesweit Zahlen und Daten, die deutlich machen, dass diese Entlastung nicht annähernd erreicht worden ist. Wenn überhaupt eine Entlastung eingetreten ist, dann ist sie relativ überschaubar.

Deswegen möchte ich in aller Deutlichkeit sagen, dass auch die Landesregierung unter diesen Vorzeichen der Auffassung ist, dass die eigentlich dem Bund gegebene Möglichkeit, die kommunalen Kosten für Unterkunft und Heizung, soweit sie nicht angefallen sind, zurückzufordern bzw. zurückfordern zu lassen, nicht wahrgenommen werden darf.

Wir haben nach wie vor auf der kommunalen Ebene eine absolut unausgewogene Einnahmensituation. Die Einnahmen sind zu gering. Deshalb treten wir dafür ein, dass der Bund hier keine Rückforderungen geltend macht. Ich glaube, insofern sind wir mit allen Antragstellern einer Meinung. Ich hoffe sehr, dass in Berlin kurz-

fristig in diesem Sinne entschieden wird. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Zustimmung von der Regierungsbank)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Minister Rehberger. - Nunmehr kommen die Fraktionen zu Wort. Es spricht für die CDU-Fraktion Frau Marion Fischer.

Frau Fischer (Merseburg) (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Bull, eine anfängliche Bemerkung zu Ihnen. Sie sagten, die Entlastung hätten wir in unseren Anträgen nicht mehr mit aufnehmen müssen; das wäre unsinnig. - Ich möchte bloß daran erinnern, Sie haben es auch drin.

(Frau Bull, Linkspartei.PDS: Ja!)

Ich halte es für ganz wichtig, das einfach noch einmal zu nennen.

Hartz IV ist heute um mehr als 10 Milliarden € teurer als vor einem Jahr geplant. Selbstverständlich müssen wir diese Mehrkosten zur Disposition stellen. Wir müssen sie hinterfragen. Wir müssen hinterfragen, ob, in welcher Qualität und in welcher Höhe Leistungen zu kürzen sind. Wir müssen auch hinterfragen, ob es Missbrauch gibt und wie wir Missbrauch unterbinden können. - Ich denke, hierin sind wir uns auch einig.

Spekulative Zahlen im Bereich Missbrauch liegen uns vor. Sie liegen zwischen 5 und 20 %. Sie sind aber in keiner Weise durch Erhebungen oder Gutachten belegt. Man spricht lediglich von Erfahrungswerten.

Dagegen verwahren wir uns auch. Gegen eine solche unsägliche Diskussion auf dieser Basis müssen wir vorgehen. Bei handwerklich schlecht gemachten Gesetzen können wir eine extreme Inanspruchnahme - um es an dieser Stelle einmal ganz vorsichtig zu sagen -, die ohne strafrechtliche Relevanz ist, nicht verhindern.

Ich möchte auch an dieser Stelle noch einmal kurz auf Sie, Frau Bull, reagieren. Wenn Sie sich meine Redebeiträge zur Problematik Hartz noch einmal vorgenommen hätten, hätten Sie festgestellt: Ich habe von Anfang an gesagt, dass diese Gesetze handwerklich schlecht gemacht worden sind. Ich habe im Namen meiner Landtagsfraktion hier auch immer gefordert: Lasst uns noch ein Weilchen daran arbeiten, damit wir diese handwerklichen Fehler, die eigentlich noch drin sind, glatt bügeln können. - Aber man braucht im Prinzip auch Mehrheiten.

Im Ergebnis werden wir unter anderem auch darüber nachdenken müssen, wie die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften vielleicht zurückgefahren werden kann bzw. wie wir sie absolut überprüfen können.

Eine Missbrauchsdiskussion loszutreten und zu meinen, man hat die Wurzel allen Übels gefunden, ist nicht nur Menschen verachtend mit Blick auf alle Leistungsempfänger, sondern auch unseriös, weil es für mich ganz einfach eine Lüge ist. Wenn es aber kein Missbrauch ist - davon gehe ich in diesem Raum aus -, der die Kosten in die Höhe treibt, liegt es an der Großzügigkeit der Regelungen. Dann müssen wir uns überlegen, wo und an welcher Stelle Korrekturen unumgänglich sind.

Wir haben auch als Landespolitiker eine Verantwortung für den Gesamthaushalt der Bundesrepublik. Nach den

Regeln des privatwirtschaftlichen Insolvenzrechtes müsste das Unternehmen Deutschland Konkurs anmelden. Jeder Tag, den das Unternehmen Deutschland wartet, ist strafrechtlich relevant. Vor diesem Hintergrund darf es keinerlei Tabus geben.

Wir werden auch darüber nachdenken müssen, an die Regelsätze des Arbeitslosengeldes II heranzugehen. Nach dem Regionalprinzip vorzugehen wäre meines Erachtens die beste Lösung. Dies ist sicher aber auch die bürokratisch aufwendigste und die verfassungsmäßig am schwierigsten zu realisierende Lösung.

Wogegen ich ebenfalls bin, ist eine neue Ost-West-Demarkationslinie aufzubauen. Das ist für mich die unsinnigste und ungerechteste Lösung.

Damit bleiben wieder die drei Varianten: alle Leistungsempfänger hoch auf 345 €, alle Leistungsempfänger gleichen auf vielleicht 340 €, was im Moment das Ende zu sein scheint, oder alle Leistungsempfänger runter auf 331 €. Im Rahmen dieser drei Varianten wird es eine Entscheidung geben und wir werden uns auch entscheiden müssen.

Aber an einer Stelle vorzugreifen, an der es stündlich Informationen, Änderungen usw. gibt, halte ich vor dem Hintergrund der desaströsen Haushaltslage für falsch. Die Konsolidierung der Staatsfinanzen ist in ein Paket zu schnüren, an dessen Ende Wachstum und Beschäftigung stehen müssen. Jeder von uns im Saal kennt die Zahlen: 100 000 Arbeitslose weniger entlasten den Bundeshaushalt um 1,5 Milliarden €. Diese Zahlen sollten wir uns immer vor Augen führen.

Zu Punkt 2 Buchstabe b Ihres Antrages - man kann es fast unseren gemeinsamen Antrag nennen, da wir uns inhaltlich sehr nah sind - hat der Minister bereits etwas ausgeführt. Soweit uns Informationen vorliegen, soll es für das Jahr 2005 verbindlich keine Rückzahlungen an den Bund geben. Im Weiteren fordern auch wir unsere Landesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass die Kommunen bundesweit um 2,5 Milliarden € und in Sachsen-Anhalt um die zugesagten 80 Millionen € entlastet werden. Zulasten der Kommunen darf an dieser Stelle nichts geschehen.

Abschließend ist zu sagen: Das wichtigste Ziel der Grundsicherung für Arbeitsuchende muss in aller erster Linie die Hilfe und die Unterstützung bei der Eingliederung in Arbeit bzw., wenn uns das nicht gelingt, die Sicherung des Lebensunterhalts sein. Hierfür steht die CDU-Fraktion ein.

Vielleicht darf ich abschließend noch etwas zu den Anträgen vorschlagen; vielleicht kann die Linkspartei.PDS dann auch mitgehen. Wir sind uns in den Punkten 1 und 2 unserer Anträge sehr nahe. Die SPD-Fraktion hat in ihrem Antrag einen zusätzlichen Punkt vorgeschlagen. Dabei geht es darum, die Landesregierung aufzufordern, uns im Januar 2006, nachdem wir ein Jahr durchgezogen haben, Zahlen vorzulegen, an denen wir ganz konkret arbeiten und überlegen können, welche Handlungen ganz wichtig sind.

Wir möchten Ihnen vorschlagen, dass wir diesen Punkt 2 in den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP aufnehmen. Ich bitte darum, den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP mit dieser Änderung anzunehmen.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Frau Fischer. - Nun spricht für die SPD-Fraktion Frau Ute Fischer.

Frau Fischer (Leuna) (SPD):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben heute schon viel über die soziale Polarisierung gesprochen und auch über die Auswirkungen der Arbeitsmarktreform, die hierzu beiträgt. Ich denke, die Bilanz, die der Paritätische Wohlfahrtsverband uns vorgelegt hat, spricht ihre eigene Sprache. Wir sollten die Probleme, die an dieser Stelle aufgemacht werden, nicht kleinreden, sondern wir sollten uns damit befassen.

Die öffentliche Debatte und auch die Äußerungen des Ministers Clement, die Beschimpfung derer, die das SGB II ausschöpfen, finde auch ich unerträglich. Ich denke, wir könnten auch mit einem Beschluss, so wie er jetzt formuliert ist, wenig dagegen tun.

Ich glaube, wir müssen an den Stellen, an denen wir mit den Betroffenen reden, deutlich machen, dass wir sie nicht zu irgendwelchen Schmarotzern zählen, sondern dass wir sehr wohl ihre Situation verstehen. Es ist so, dass die meisten Betroffenen viel lieber einen Arbeitsplatz mit auskömmlichem Lohn haben wollen und nicht von Sozialleistungen leben wollen.

(Zustimmung bei der SPD und bei der Linkspartei.PDS)

Niemand beschimpft die Besserverdienenden und Unternehmen, deren Steuerberater alle Schlupflöcher der Gesetze ausnutzen und damit Steuerzahlungen einsparen.

(Frau Dirlich, Linkspartei.PDS: Traurig, aber wahr!)

Niemand sagt etwas gegen die Schiffsfonds und sonstige Dinge, bei denen Gelder ausgegeben werden, um damit Steuern zu sparen. Darüber wird nicht geredet. Aber wenn diejenigen, die ohnehin wenig haben, Gesetze ausnutzen und für sich nutzen, dann werden sehr schnell Beschimpfungen vorgebracht, wird von Schmarotzertum gesprochen. Ich finde das nicht gut und ich verwahre mich auch für unsere Fraktion dagegen.

Es steht fest, dass das Gesetz nachgesteuert muss. So eine umfangreiche Reform gab es bisher noch nie. Es war ein schwieriges Unterfangen, das Sozialhilferecht und das Arbeitsförderungsrecht zusammenzuführen. Leider funktioniert oft das nicht, was wir eigentlich damit wollten, nämlich eine Förderung aus einer Hand. Es wird weiterhin differenziert: Dorthin gehen die Arbeitslosengeld-I-Empfänger und dorthin gehen die Arbeitslosengeld-II-Empfänger. Das, was wir eigentlich damit erreichen wollten, ist noch nicht realisiert, auch nicht durch die Umstrukturierung der Arbeitsgemeinschaften oder der Agentur für Arbeit. Ich denke, wir haben an dieser Stelle noch sehr viel zu tun, um weiter zu drücken und dies auch in Richtung Berlin weiterzuleiten.

Die SPD-Fraktion hat bereits am 3. Mai ein Papier an Christine Bergmann übergeben, die im Ombudsrat mitarbeitet, in dem eine ganze Reihe unserer Forderungen aufgelistet ist, die wir bereits damals gesehen haben und bei denen nachzusteuern ist. Schon damals haben wir gefordert, die Regelsätze auf ein bundeseinheitliches Niveau anzuheben, natürlich immer davon ausgehend, weil die Lebenshaltungskosten nun einmal so sind, dass sie auf das westdeutsche Niveau anzuheben sind. Ich

denke, an dieser Stelle dürften auch keine Probleme mehr vorhanden sein. Es gibt keine Unterschiede in den Lebenshaltungskosten und ich fände es schlimm, wenn es weiter bei den unterschiedlichen Regelsätzen bliebe.

Ich glaube, die Anträge sagen aus - darin sind wir uns einig -, dass die Regelsätze bundeseinheitlich sein müssen. Wir wollen es mehrheitlich auf 345 € anheben. Wenn es nur 340 € sind, dann muss man damit leben.

Auch in der Frage des Revisionsverfahrens sind wir uns einig. Die CDU hat inzwischen gemerkt, dass die Landesregierung das nicht realisieren kann. So viel Geld ist nicht möglich. Ich denke, wir müssen das auf der Bundesebene klären. Ich glaube, das ist eigentlich für uns alle klar.

Es ist gut, dass die CDU-Fraktion unseren Absatz 2 an ihren Antrag anhängt. Für uns ist es ganz wichtig, dass wir einen genauen Überblick darüber bekommen, wo Geld bei den Kreisen eingespart wird; denn ein Landkreis spart die Sozialhilfe, er spart die Wohngeldkosten, das Land spart die Wohngeldkosten und es gibt Personaleinsparungen.

All diese Dinge muss man wirklich einmal zusammenrechnen und sie gegen die Kosten für die Unterkunft aufrechnen, um sehen zu können, was tatsächlich ausgegeben und was eingespart worden ist. Es wäre wünschenswert, wenn die Landesregierung das im Januar 2006 realisieren könnte. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Frau Fischer. - Für die FDP-Fraktion spricht Frau Röder. Bitte schön.

Frau Röder (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gleich zu Beginn eine kleine Anmerkung: Uns ist bei der Abstimmung zwischen den Fraktionen ein kleiner sprachlicher Lapsus unterlaufen. Punkt 3 unseres Änderungsantrags soll lauten:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, für die im Zuge der Hartz-IV-Reform zugesagten Entlastungen der Kommunen zu kämpfen.“

Ich gebe es Ihnen, Herr Präsident, auch schriftlich. Das war ein kleiner Lapsus. Das würden wir gern geändert wissen.

Meine Damen und Herren! Seit der Einführung des Arbeitslosengeldes II vor einem knappen Jahr wird in der Presse immer wieder in sehr unsachlicher Weise über vermeintlichen oder wirklichen Missbrauch diskutiert. Auch die FDP-Fraktion spricht sich gegen diese Debatte aus; denn sie ist aus unserer Sicht symptomatisch für ein großes Manko beim Bundesgesetzgeber, bei den mitwirkenden Ministerien und auch bei der mitwirkenden Presse. Dieses Manko besteht aus meiner Sicht in einer großen Inkonsistenz bei gleichzeitiger handwerklicher Ungeschicklichkeit. Ein Beispiel wurde schon genannt.

Frau Fischer, ich muss Ihnen kurz widersprechen. Der Bundesgesetzgeber schafft zum Beispiel bei den Steuern zahlreiche Ungleichbehandlungen und zahlreiche Ausnahmetatbestände. Wenn man den Blätterwald der deutschen Presse das ganze Jahr über beobachtet, dann kann man feststellen, dass das Ausnutzen dieser

Ausnahmetatbestände von zahlreichen Menschen kritisiert wird. Da wird genauso von Steuerschlupflöchern und von Missbrauch gesprochen.

Der Bundesgesetzgeber handelt inkonsequent; denn erst schafft er diese Möglichkeiten und wundert sich dann, wenn die Leute das in Anspruch nehmen.

(Beifall bei der FDP)

Das Gleiche gilt für das SGB II. Der Bundesgesetzgeber hat Leistungstatbestände geschaffen, hat Voraussetzungen definiert und wundert sich plötzlich, dass die Menschen das auch in Anspruch nehmen. Das ist völlig inkonsequent. Man hätte bei diesem Gesetz ordentlich arbeiten müssen.

Man hätte das tun müssen, was die CDU-Fraktion, unsere Fraktion und der Wirtschaftsminister schon vor einem Jahr angemahnt haben. Man hätte sich schlichtweg mehr Zeit nehmen müssen, um eine handwerklich saubere Arbeit sicherzustellen und eine belastbare Datenbasis zu haben, aufgrund deren man Entscheidungen treffen kann; denn diese lag bei der Beschlussfassung über das SGB II ebenfalls nicht vor.

(Zuruf von Frau Fischer, Leuna, SPD)

Schon die kleinsten Änderungen bei den Voraussetzungen für Leistungsansprüche im SGB II oder kleine Änderungen bei Freibeträgen oder Einstandspflichten führen zu großen finanziellen Auswirkungen.

Ein wichtiger Punkt ist in diesem Zusammenhang die Definition der Bedarfsgemeinschaft. Hierbei geht es um die Frage, wie Ehepartner, wie Eltern und Kinder und wie nicht verheiratete Paare füreinander einstehen müssen. Zwischen diesen Gruppen muss man differenzieren.

Bei Ehepartnern ist klar, dass sie sich gegenseitig unterhaltspflichtig sind. Das war schon immer so und das wird immer so bleiben. Darauf kann sich der Staat auch berufen. Deshalb kann der Staat auch ein Ehegatteneinkommen anrechnen.

Bei Eltern und Kindern ist das ähnlich. Eltern sind ihren Kindern unterhaltspflichtig. Das erkennt der Staat an, indem er auch Kindern, die älter als 18 Jahre sind, die Möglichkeit gibt, von den Eltern Unterhalt einzuklagen, und indem er auch Eltern Kindergeld gewährt, deren Kinder älter als 18 Jahre sind. Auch in diesen Fällen kann der Staat Einkommen der Eltern anrechnen und so die Bedarfsgemeinschaft definieren.

Bei unverheirateten Paaren ist das schon etwas schwieriger. Dort bestehen keine Unterhaltspflichten. Bei dieser Gruppe hat das zurzeit sehr kuriose Auswirkungen. Das Bundesverfassungsgericht hat schon vor etwa 20 Jahren Kriterien aufgestellt, nach denen das Partnereinkommen bei unverheirateten Paaren angerechnet werden kann. Das Hauptkriterium ist, dass die Partner den Willen haben, dauerhaft füreinander zu sorgen und dauerhaft füreinander einzustehen. Das lässt sich nur anhand von Indizien feststellen. Das Zusammenleben kann eines der Indizien sein. Dieses Indiz ist jedoch bei weitem nicht ausreichend.

Sie haben der Presse sicherlich schon häufiger entnommen, dass Zusammenlebende als Bedarfsgemeinschaft gewertet werden und dass das schon in vielen Fällen dazu geführt hat, dass die Betroffenen auseinander ziehen. Dann wohnen sie getrennt, jeder bekommt den vollen Regelsatz und hat damit 20 € mehr in der Hand.

Gleichzeitig fallen Kosten für eine weitere Wohnung an, die zu mehr als 70 % von den Kommunen getragen werden.

Diese Regelung führt letztlich dazu, dass Verantwortungsgemeinschaften atomisiert werden, wie es der Staatssekretär im Wirtschaftsministerium so schön sagt. Auf diese Art und Weise hat man auch dafür gesorgt, dass die Kosten ein Stück weit explodieren.

(Zuruf von Frau Bull, Linkspartei.PDS)

Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag unter Berücksichtigung der folgenden Änderung: Wir würden Punkt 2 des Antrags der SPD-Fraktion gern als Punkt 4 in unseren Antrag einfügen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Frau Röder. - Nun spricht noch einmal Frau Bull. Bitte.

Frau Bull (Linkspartei.PDS):

Meine Damen und Herren! Ich bedanke mich zunächst dafür, dass die Frage des Missbrauchs von allen wirklich mit sehr viel Verantwortungsbewusstsein thematisiert wurde.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Das finde ich schon gut, ich will nicht sagen bemerkenswert.

Eine erste Bemerkung zu den 2,5 Milliarden €. Darin liegt nicht der Dissens. Das ist, wenn ich es richtig in Erinnerung habe, sogar im Gesetz festgeschrieben. Aber Einsparungen in Höhe von 2,5 Milliarden € kann ich nur ausrechnen, wenn ich vorher eine Bezugsgröße habe. Hinsichtlich der Bezugsgröße besteht ein Dissens.

Herr Clement hat eine Rechnung aufgestellt, bei der er auf enorme Einsparungen, vielleicht sogar auf eine zweistellige Milliardensumme, gekommen ist. Es sind aber auch andere Sachen möglich, bei denen man tatsächlich auf diese 2,5 Milliarden € kommt. Es gibt noch viele andere Rechnungen.

Die Frage ist: Was ist der Ausgangspunkt für die Berechnung dieser Verbesserungen oder Entlastungen? Das ist eine sehr strittige Frage. Wer von uns weiß, wie sich die Kosten entwickelt hätten, wenn wir weiterhin das BSHG gehabt hätten? Aus meiner Sicht ist das - ich weiß es nicht, aber ich muss auch nicht darüber verhandeln - eine nicht mehr errechenbare Größe. Das ist nur noch politisch verhandelbar. Deshalb haben wir unseren Antrag vorgelegt.

Wir unterscheiden uns nicht bezüglich der 2,5 Milliarden €. Wir sind der Meinung, es muss jetzt einmal ein Strich darunter gezogen werden. Wir müssen klarstellen: Es gibt keine Rückforderung gegenüber den Kommunen - das wäre, nebenbei gesagt, Irrsinn - und der Bundesanteil bleibt auf dem Niveau, auf dem er jetzt ist. Dann hätten wir die Kommunen finanziell in etwa so gestellt, wie sie jetzt sind. - Das also ist der Unterschied.

Zu der Frage der handwerklichen Fehler. So viele kann ich gar nicht finden. Ich billige der SPD zu, dass das immer wieder angesprochene Thema der Bedarfsgemeinschaften und des Anspruches von unter 25-Jährigen auf

eine eigene Wohnung gerade kein handwerklicher Fehler war, sondern dass es - das kann ich nicht begrüßen - der Versuch war, in diesem Gesetz Menschen unter 25 Jahren wenigstens ein kleines bisschen Selbstbestimmung und Autonomie zuzugestehen. Wir müssen uns nicht darüber wundern, dass das nun genutzt wird.

Ich stelle allerdings infrage, dass das Mehrbelastungen in Milliardenhöhe - jetzt ist sogar von 10 Milliarden € oder mehr die Rede gewesen - ausmacht. Um es noch einmal klar zu sagen: Dass das Mehrkosten in Höhe von 10 Milliarden € begründet, halte ich für eine Milchbubenrechnung.

(Herr Tullner, CDU: Milchmädchenrechnung!)

Eine dritte Bemerkung. Ich weiß, dass Sie das nicht so gemeint haben, Frau Fischer. Trotzdem sage ich: Großzügigkeit ist relativ. Jetzt wiederhole ich mich. Die Abschaffung des Rückgriffs habe ich für einen wirklichen Fortschritt in diesem Gesetz gehalten. Jetzt zu sagen, wir schaffen das wieder ab und fallen in das alte Sozialhilferecht zurück, das fände ich - -

(Frau Fischer, Merseburg, CDU: So habe ich die Großzügigkeit nicht gemeint!)

- Das habe ich Ihnen auch nicht unterstellt. Ich wollte nur sagen: Großzügigkeit ist relativ.

Wir haben es einmal an einem konkreten Beispiel durchgerechnet. In Schönebeck haben etwa 500 Jugendliche diese Regelung genutzt. Wenn man einmal unterstellt, dass durchschnittlich 270 € für die KdU gezahlt werden, dann komme ich bestenfalls auf die eine dreistellige Millionensumme, aber nicht auf eine Milliardengröße.

Um es kurz zu machen: Ich würde also sehr vorsichtig damit sein, diese Sache wieder abzuschaffen.

Zu den Vorschlägen zum Abstimmungsverfahren. Ich muss gestehen, dass mir dafür das entsprechende Gen fehlt. Deshalb würde ich das demjenigen überlassen, der den Ausführungen etwas aufmerksamer gefolgt ist, unserem Fraktionsvorsitzenden.

(Zustimmung bei der Linkspartei.PDS)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Frau Bull. - Bitte, Herr Gallert.

Herr Gallert (Linkspartei.PDS):

Ich möchte mich zu der Art und Weise der Abstimmung äußern. Herr Präsident, wir haben es jetzt mit dem Problem zu tun, das im Ältestenrat und auch im Parlament schon mehrfach eine Rolle gespielt hat.

Wir fassen Punkt 2 Buchstabe a unseres Antrages und Punkt 2 des Änderungsantrags der Fraktionen der CDU und der FDP, der sich mit derselben Frage beschäftigt, als Alternativen auf und sehen somit die Situation eines Alternativantrags. Alternativanträge sind eingeführt worden, um dem Antragsteller zu garantieren, dass über seinen Antrag abgestimmt wird. Dies hätten wir jetzt gern so.

Das heißt, ich beantrage nunmehr, dass wir zum einen über die in den Anträgen enthaltenen Punkte einzeln abstimmen - das ist nicht ganz einfach, weil wir es mit einem Ursprungsantrag und zwei Änderungsanträgen zu tun haben; die einzelnen Punkte lassen sich aber ganz

gut zuordnen - und dass wir zum anderen über Punkt 2 Buchstabe a unseres Antrages, über Punkt 2 des Änderungsantrages der Fraktionen der CDU und der FDP und über Punkt 1 Buchstabe a des SPD-Änderungsantrags alternativ abstimmen.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Herr Gallert, das können wir, formal gesehen, durchaus so machen. Ich bin mir aber nicht sicher, ob das, was dabei am Ende herauskommt, dann alles noch passt.

Ich hätte das nicht als Alternativantrag angesehen. Ich hätte jetzt zuerst über den am weitesten gehenden Änderungsantrag, den der SPD, abstimmen lassen. Er müsste abgelehnt werden, damit wir dann über den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP abstimmen könnten.

Eine weitere Möglichkeit besteht darin, dass die SPD ihren Änderungsantrag aufgrund der Änderung des Änderungsantrags der Fraktionen der CDU und der FDP zurückzieht und sagt: Wir akzeptieren das. Dann könnten wir über den Antrag und den Änderungsantrag alternativ abstimmen. Aber wenn wir das jetzt auseinander pflücken müssten, dann haben wir ein echtes Problem.
- Herr Gallert.

Herr Gallert (Linkspartei.PDS):

Ich verkompliziere das jetzt noch etwas, Herr Fikentscher, aber ich mache das, weil die Dinge nun einmal so sind.

Es ist nicht so, dass der Änderungsantrag der SPD der weitergehende ist. Er geht in dem entscheidenden Punkt, nämlich in Punkt 1 Buchstabe a, nicht weiter als unser Punkt 2 Buchstabe a. Mit Ausnahme des in unserem Antrag aufgeführten Begriffs „Inflationsausgleich“ ist der SPD-Änderungsantrag sehr nah an unserem Antrag; der Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP ist viel weiter weg. Daher kann die Einordnung, dass der Änderungsantrag der Fraktion der SPD weiter geht als der Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP, auch nicht ohne weiteres vorgenommen werden.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Zunächst wäre nur zu unterscheiden gewesen, ob der Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen oder der Änderungsantrag der SPD-Fraktion weiter geht. Das hätte mit Ihrem Antrag erst einmal nichts zu tun.

(Herr Schomburg, CDU: So ist es!)

Das wäre die Reihenfolge bei der Abstimmung.

Sie sagen jetzt, man kann es als Alternativantrag auffassen. Dann müsste über Ihren Antrag als Erstes abgestimmt werden.

(Herr Gallert, Linkspartei.PDS: Ja!)

Das kann man natürlich machen. Die Mehrheiten setzen sich ohnehin durch.

(Herr Gallert, Linkspartei.PDS: Das ist wohl wahr!)

An der Stelle würde ich mich nicht zerstreiten. Man könnte natürlich auch über die einzelnen Punkte getrennt abstimmen. Das geht alles. Aber ich weiß nicht, wie man das dann als Alternative bringt, wenn nur noch ein Rumpfbestandteil vorhanden ist. - Bitte.

Herr Gallert (Linkspartei.PDS):

Herr Fikentscher, uns wäre es wichtiger, dass über unseren Antrag im Sinne einer Alternativabstimmung insgesamt abgestimmt wird, dass wir also nicht getrennt über die einzelnen Punkte abstimmen.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Gut. - Hat jemand einen Einwand dagegen, dass wir alle Anträge wie Alternativanträge behandeln?

(Frau Dr. Hüskens, FDP: Warum? Ich sehe keinen Grund dafür! Nein!)

Herr Gürth.

Herr Gürth (CDU):

Man kann das jetzt nicht so hinbiegen, wie es eine Fraktion politisch am liebsten hätte, damit sie es nach außen besser verkaufen kann.

Wir haben - das ist in unserer Geschäftsordnung klar geregelt - einen Antrag vorliegen. Dazu gibt es Änderungsanträge, die sich eindeutig an der Geschäftsordnung orientieren. Darüber sollten wir, wie das üblich ist und wie es die Geschäftsordnung vorsieht, abstimmen. Ansonsten hätten wir auch die Möglichkeit nutzen können, Alternativanträge einzubringen. Das ist hier aber nicht erforderlich. Deswegen möchte ich, dass wir so verfahren, wie es die Geschäftsordnung regelt.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Ich habe nur gefragt. Wenn alle damit einverstanden gewesen wären, dann hätte man das so machen können. Normalerweise muss ein Alternativantrag auch als solcher bezeichnet werden, sonst ist es keiner. Bis jetzt hat niemand beantragt, einen Änderungsantrag umzubenennen. - Jetzt ist Frau Dr. Hüskens an der Reihe.

Frau Dr. Hüskens (FDP):

Ich wollte das, was Herr Gürth gesagt hat, unterstützen; denn auch ich sehe materiell in den Änderungsanträgen der CDU und der FDP sowie der SPD keine Alternative, sondern ich sehe lediglich eine Änderung. Die Richtung der Anträge ist gleich. Sie unterscheiden sich in Nuancen, aber es handelt sich nicht um eine Alternative zu dem, was die PDS beantragt. Das sind meiner Meinung nach waschechte Änderungsanträge; über diese sollte entsprechend der Geschäftsordnung abgestimmt werden.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Herr Gallert noch einmal.

Herr Gallert (Linkspartei.PDS):

Dem widerspreche ich ausdrücklich. In Bezug auf das ALG-II-Problem geht es zurzeit um ganz klare Alternativen.

(Herr Gürth, CDU: Aber nicht in dem Antrag!)

Entweder soll das Westniveau auf das Ostniveau heruntergesetzt werden oder das Ostniveau soll auf das Westniveau hochgesetzt werden. Das ist die politische Alternative, um die es zurzeit geht.

Wir können als Ursprungsantragsteller nichts dafür, wenn Änderungsanträge, die eigentlich Alternativanträge sind,

von den Fraktionen eingebracht werden, ohne dass man sie als Alternativanträge kennzeichnet.

Ich will mit Blick auf die Geschäftsordnung - damit habe ich mich lange genug beschäftigt - sagen: Der Alternativantrag ist eingeführt worden,

(Herr Gürth, CDU: Das ist keiner!)

damit dem Einbringer des Ursprungsantrags garantiert wird, dass über seinen Antrag abgestimmt wird. Das ist die Motivation für einen Alternativantrag. Nichts anderes will ich hier bewirken.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Herr Gürth noch einmal. Bitte.

Herr Gürth (CDU):

Im Rahmen einer theoretischen Diskussion über die Möglichkeiten nach der Geschäftsordnung könnte man weiter über diese Sache diskutieren. Das Ganze hat aber nichts mit dem Ursprungsantrag und den Änderungsanträgen zu tun. Der Sachverhalt, der im Ursprungsantrag enthalten ist, soll durch Änderungsanträge modifiziert werden, ohne alternativ einen mit der Sache nicht in dieselbe Richtung gehenden Gegenstand einzuführen.

Es geht lediglich um die Beibehaltung des Antrags mit einer Modifikation durch einen Änderungsantrag. Das ist hier seit 15 Jahren geübte Praxis. Hierbei gibt es inhaltlich überhaupt nichts, was einen Alternativantrag begründen könnte.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Herr Wolpert, bitte.

Herr Wolpert (FDP):

Ich widerspreche der Auffassung von Herrn Gallert. Es geht im Kern um die Angleichung der Beträge. Die Höhe mag geändert sein, aber das ist keine Alternative.

(Frau Bull, Linkspartei.PDS: Doch!)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Meine Damen und Herren! Wir haben eine Geschäftsordnung. Darin steht über Alternativanträge:

„Alternativanträge zu Anträgen ... können bis zur Eröffnung der Sitzung des Landtages gestellt werden.“

Das haben wir damals in die Geschäftsordnung aufgenommen, weil wir genau die Situation, die wir jetzt haben, vorhergesehen haben: Es ist nämlich nicht möglich, aus der Situation heraus, wenn es um das Verfahren geht, zu entscheiden, was nun inhaltlich weiter geht, was nicht weiter geht und was wem entspricht. Das muss vor Beginn der Sitzung, zumindest aber vor Beginn der Behandlung des entsprechenden Tagesordnungspunkts entschieden sein.

Da das nicht entschieden worden ist, weil sich niemand darüber beschwert hat, verfare ich genau so, wie wir es hier auf dem Papier stehen haben: Wir fassen es als Änderungsanträge auf.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Wir können die Ordnung des Verfahrens nicht mit dem Inhalt vermischen. Das bekommen wir jetzt nicht mehr

hin. Das hätten die Antragsteller vorher untereinander absprechen müssen.

Jetzt lasse ich abstimmen. Da die SPD-Fraktion ihren Änderungsantrag nicht zurückzieht - das hätte sein können, weil die Koalitionsfraktionen Teile davon in ihren Änderungsantrag übernommen haben -, lasse ich zunächst über den weitergehenden, zuerst eingereichten Änderungsantrag der SPD-Fraktion abstimmen. Wer stimmt zu? - Das sind die antragstellende Fraktion und Teile der PDS. Wer stimmt dagegen? - Die Koalitionsfraktionen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt worden.

Jetzt kommen wir zu dem Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP. Er ist an zwei Stellen geändert worden. Die erste Änderung bezieht sich auf Punkt 3: Die Landesregierung soll nicht aufgefordert werden, die Entlastungen zu realisieren, sondern für die Entlastungen zu kämpfen. Diese Änderung wurde mündlich eingebracht; sie liegt mir auch schriftlich vor.

Die beiden Fraktionen haben sich zu einer zweiten Änderung entschieden und wollen den Text des Punktes 2 des Änderungsantrags der SPD übernehmen. Dabei bleibt es.

Also stimmen wir über den so geänderten und erweiterten Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen ab. Wer stimmt zu? - Das sind die antragstellenden Fraktionen. Wer stimmt dagegen? - Das ist die Fraktion der Linkspartei.PDS. Stimmenthaltungen? - Bei der SPD-Fraktion. Somit haben wir über den Änderungsantrag abgestimmt. Er ist angenommen worden.

Jetzt stimmen wir über den so geänderten Originalantrag ab. Wer stimmt dem zu? - Die Koalitionsfraktionen und die SPD. Wer stimmt dagegen? - Die PDS-Fraktion. Damit ist der Antrag in der geänderten Fassung beschlossen worden.

(Zustimmung von Herrn Tullner, CDU)

Der Tagesordnungspunkt 20 ist beendet.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir treten nun in die Behandlung des **Tagesordnungspunktes 21** ein:

Beratung

Wahrnehmung der Rolle der Investitionsbank als zentrales Förderinstitut des Landes Sachsen-Anhalt

Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS - **Drs. 4/2468**

Änderungsantrag der Fraktionen der FDP und der CDU - **Drs. 4/2497**

Für den Einbringer des Ursprungsantrages, die Fraktion der Linkspartei.PDS, spricht Frau Dr. Weiher. Bitte sehr, Frau Dr. Weiher, Sie haben das Wort.

Frau Dr. Weiher (Linkspartei.PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zwei Jahre nach der Errichtung der Investitionsbank des Landes Sachsen-Anhalt als Förderbank legen wir Ihnen heute einen Antrag vor, der auf den ersten Blick auf eine bloße Berichterstattung über die Geschäftstätigkeit einer Bank gerichtet zu sein scheint.

Aber es geht uns doch um etwas mehr, nämlich um die Frage, wie die Erwartungen und Hoffnungen von Politik und Wirtschaft, von Unternehmen sowie von Bürgerinnen und Bürgern des Landes in den vergangenen zwei Jahren erfüllt worden sind und welche Weichenstellungen im Förderwesen getätigt werden müssen, um auch zukünftig den Genannten als Partner und Dienstleister Angebote zu unterbreiten und vor allen Dingen konkrete Hilfe zu leisten.

Bereits im März 2005 spielten im Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit aufgrund eines Selbstbefassungsantrages der Verlauf und die Ergebnisse des ersten Geschäftsjahres der Investitionsbank eine Rolle. Wir meinen aber, dass gerade vor dem Hintergrund, dass das Parlament in Gänze durch die Errichtung der Investitionsbank ein Stück weit außen vor bleibt, die Tätigkeit, die strategischen Konzepte und natürlich auch die Ergebnisse der Investitionsbank im Plenum eine Rolle spielen sollten. Vor diesem Hintergrund geht es in diesem Antrag um mehr als eine Berichterstattung in Form eines Geschäfts- oder Tätigkeitsberichtes, zumal diese Berichte dem Finanzausschuss gemäß § 10 Abs. 4 des Statuts der Investitionsbank ohnehin jährlich vorzulegen sind.

Wir alle wissen, dass wir im Jahr 2003 mit dem Investitionsbankbegleitgesetz die Grundlage dafür gelegt haben, dass die Landesregierung mittels einer Verordnung die Investitionsbank als Anstalt in der Anstalt errichten konnte. Es gab damals eine umfassende Debatte über die Art und Weise der Errichtung, zumal tatsächlich etwas völlig Neues entstand und es im Vergleich zum Landesförderinstitut eine Reihe gravierender Änderungen hinsichtlich der Rechtsverhältnisse, der Strukturen, der Entscheidungs- und Kontrollbefugnisse, aber auch der Aufgaben und der Ausrichtung der Tätigkeit gab.

Unumstritten war unter allen Fraktionen die Schaffung eines Kreditinstitutes, das besser und effektiver als bisher eine Schnittstelle zu den Unternehmen im Land Sachsen-Anhalt bilden könnte.

Der Finanzminister Professor Paqué sprach in der Landtagssitzung am 12. Juni 2003 von der Investitionsbank als Fortentwicklung des Landesförderinstitutes, um die begrenzten Ressourcen des Landes besser nutzen zu können. Dem ist nichts hinzuzufügen, außer dass die Ressourcen des Landes zukünftig noch viel knapper werden könnten, sowohl die eigenen Mittel als auch die Mittel von EU und Bund betreffend.

Bei beiden ist nicht klar, ob und vor allem wie es weitergehen könnte. Auf EU-Ebene ist die Förderperiode ab dem Jahr 2007 noch nicht geklärt. Im schlimmsten Fall gibt es eine jährliche Entscheidung. Was das bedeutet, wissen wir alle. Aber auch auf Bundesebene wird es aufgrund der erneuten Föderalismusdiskussion zu Änderungen kommen, die die finanziellen Zuweisungen an das Land in erheblichem Maße betreffen könnten.

Umso wichtiger erscheint es, zwei Jahre nach der Errichtung einer Landesförderbank, die mit hohen Ansprüchen verbunden war und ist und die im Übrigen auch durch die Übertragung des Wohnungsbaufördervermögens einen nicht unbedeutenden Betrag als Eigenkapitalbasis bekommen hat, ein Resümee zu ziehen und über notwendige Weichenstellungen für die Zukunft zu beraten.

Wir wollen mit unserem Antrag daher zuallererst eine Einschätzung bezüglich der Erfüllung der hohen Erwar-

tungen bei der Übertragung der Förderprogramme und Aufgaben erhalten, die sich mit solchen Schlagworten wie „Bündelung“, „Straffung“, „Verzicht auf Kleinteiligkeit“, „Verkürzung von Bewilligungszeiträumen“, „effektive Prüfung“, „Beratung aus einer Hand“ etc. beschreiben lassen.

So wäre es für uns wichtig zu erfahren, welche Aufgabenbereiche aus § 4 der Errichtungsverordnung tatsächlich bereits durch die Investitionsbank mit Leben erfüllt werden, wie mit anderen Schwerpunktsetzungen der Landesregierung im Vergleich zu vergangenen Zeiten umgegangen wird - ein Stichwort wäre an dieser Stelle die Tourismusförderung - und wie sich zum Teil auch neue und andere Anforderungen in der Gestaltung von Programmen niederschlagen. Ein Stichwort hierzu lautet zum Beispiel Wohnungsbau. Hierbei geht es tatsächlich weniger um Neubau als vielmehr um Abbau und Umbau.

Welche Instrumentarien werden im Vergleich zum Landesförderinstitut von der Investitionsbank neu eingesetzt, um die oben beschriebenen Zielstellungen zu erreichen?

Ein weiterer wesentlicher Bestandteil, der zur Errichtung der Investitionsbank führte, war und ist die hohe Erwartungshaltung der Politik und insbesondere der Wirtschaft, der Klein- und Kleinstunternehmen, der Existenzgründer und Dienstleister in die neuen erweiterten Finanzierungsmöglichkeiten der Investitionsbank im Vergleich zum Landesförderinstitut, aber auch im Vergleich zu Sparkassen und anderen Instituten.

Vom Ausschöpfen eines Spielraums war bei der Errichtung der Bank die Rede. Wie groß ist dieser Spielraum in den vergangenen Jahren gewesen? Gibt es ihn tatsächlich oder ist er nur eine Fata Morgana? Welche Chancen, aber auch welche Risiken, zum Beispiel für das Land, sind in den vergangenen Jahren entstanden? Wie hoch sind die Bürgschaftsverpflichtungen, für die wir im Falle eines Falles einstehen müssen?

Führt das Ausnutzen eines Spielraumes tatsächlich zu dem angestrebten Effekt der Förderung von Unternehmen, die sonst nicht gefördert würden, weil sie zu klein sind oder weil das Risiko zu hoch wäre? Oder führt es bei anderen Kreditinstituten möglicherweise auch zur Frustration - das schimmert in Gesprächen mit diesen durch -, weil aufgrund besserer Zinskonditionen durch das Rating des Landes Sachsen-Anhalt Kunden zur Investitionsbank abwandern, die sonst zum Beispiel bei den Sparkassen geblieben wären?

Oder aber ist der Spielraum doch viel kleiner als erhofft; denn wie sonst erklärt sich der offensichtliche Frust von Handwerksbetrieben, der dazu führte, dass die Handwerkskammer Magdeburg die Gründung einer Mittelstandsbank befürwortete, wie im November in der „Volksstimme“ zu lesen war?

Zumindest ist es für uns durchaus als Warnsignal aufzufassen, dass möglicherweise die Hoffnung auf eine weniger bürokratische und stärker risikobereite Kreditvergabe zu hoch gegriffen war oder dass die angebotenen Produkte den Markt, zumindest in Sachsen-Anhalt, nicht treffen.

⁵ Wir halten es deshalb für notwendig und geboten, dass man sich über die Produktpalette in diesem Bereich unterhält und vielleicht auch über neue Ideen und Anregungen diskutiert, zum Beispiel über die Vergabe von Übernahmekrediten, von denen am 4. November 2005 Professor Blum vom IWH auf der Zukunftskonferenz des

Landes Sachsen-Anhalt sprach. Er meinte damit die Vergabe von Krediten an kleine Unternehmen, die damit noch kleinere Unternehmen in der Branche aufkaufen könnten, um damit letztlich wettbewerbsfähiger zu werden.

Das ist kein ganz abwegiger Gedanke, wenn man sich einmal vor Augen führt, wie hoch die Zahl der Insolvenzen oder Unternehmensaufgaben zurzeit ist. Das Land Sachsen-Anhalt bildet in dieser Hinsicht keine Ausnahme. Im Gegenteil: Der Anteil der Unternehmensinsolvenzen beträgt hochgerechnet auf 1 000 Unternehmen im ersten Halbjahr 2005 ca. 11,7. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 6,6 Unternehmensinsolvenzen auf 1 000 Unternehmen. Das Land Sachsen-Anhalt führt die Riege der Bundesländer mit Abstand an.

Lassen Sie mich kurz einige Punkte ansprechen, die auch mit der Neuausrichtung des Förderinstitutes zu tun haben. Durch die veränderte Aufgabenstruktur insgesamt, aber auch durch die damit einhergehende veränderte Förderstruktur in den Ressorts der Landesverwaltung, die sich aus der Übernahme der Aufgaben nach § 4 der Errichtungsverordnung ergeben müsste, müsste sich das auch in veränderten Personalstrukturen sowohl bei der Investitionsbank als auch in den Ministerien widerspiegeln.

Das Ziel muss es doch insgesamt sein, durch ein strafferes Fördermanagement und durch die Vermeidung von Doppelförderungen auch Einsparungen im Personalbereich der gesamten Förderpalette zu erreichen. Auch darüber muss diskutiert werden, wie im Übrigen natürlich auch über die Zusammenarbeit mit den Sparkassen, den Hausbanken, der KfW und natürlich auch der NordLB. Immerhin ist die Investitionsbank ein für uns wohl nicht unbedeutender Teil der Landesbank.

Die Anforderungen der Zukunft an öffentlich-rechtliche Kreditinstitute sind höher geworden. Der Wettbewerb mit anderen wird in Zukunft härter werden.

Wir erwarten und erhoffen uns eine angeregte Diskussion in den Ausschüssen für Finanzen sowie für Wirtschaft und Arbeit. Deshalb bitten wir um Ihre Zustimmung zu diesem Antrag, auch wenn ich selbst - gestatten Sie mir an dieser Stelle diese Bemerkung - leider nicht mehr als Abgeordnete an diesen Diskussionen teilnehmen werde.

Zu dem Änderungsantrag so viel: Natürlich ist es kein Problem, das um ein oder zwei Monate zu verschieben. Damit ist aber die Hoffnung verbunden, dass dieses Thema spätestens im Februar 2006 in den Ausschüssen diskutiert wird. - Herzlichen Dank für Ihr Zuhören.

(Lebhafter Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Frau Dr. Weiher. Vielen Dank auch für die Aussage, dass auch der Änderungsantrag für Sie zustimmungsfähig wäre. - Ich erteile zunächst für die Landesregierung dem Minister der Finanzen Herrn Professor Dr. Paqué das Wort. Bitte sehr, Herr Minister.

Herr Prof. Dr. Paqué, Minister der Finanzen:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist immer erfreulich, nach einem derart tosenden Beifall eine kurze Rede zu eröffnen. Ich will mich aber wirklich außerordentlich kurz fassen, weil, wie ich dem Konsens unter den Fraktionen entnehme, alles Weitere

in den betreffenden Ausschüssen zu besprechen sein wird. Lassen Sie mich nur drei kurze Bemerkungen machen.

Zum Ersten, was die Bündelung der Förderprogramme angeht. Es ist geplant, die Dinge sehr genau zu überprüfen. Wir sind mittendrin. In interministeriellen Arbeitsgruppen werden die optimale Strukturierung der Förderprogramme und die Verortung, wenn man so will, der Förderprogrammverwaltung im Landesverwaltungsamt einerseits und in der Landesinvestitionsbank andererseits überprüft, übrigens in Zusammenarbeit mit dem Landesrechnungshof. Mit einem abschließenden Ergebnis ist sicherlich in einigen Monaten zu rechnen.

Allerdings muss man dazu sagen, dass wir diesbezüglich auch darauf angewiesen sind, dass sich das operationelle Programm 2007 bis 2013 perspektivisch klar darstellt, damit wir eine endgültige Entscheidung treffen können, die auch zukunftsfähig ist. Also, das Projekt ist auf dem Weg, wir sind mitten in den Untersuchungen.

Lassen Sie mich zu einem zweiten Punkt kommen, auf den ich ganz kurz eingehen will, dem Förderberatungszentrum. Wir haben - darauf sind wir sehr stolz - mit der Investitionsbank ein Förderberatungszentrum geschaffen, das erheblich zur Transparenz der Förderlandschaft beigetragen hat und das die zielgruppenorientierte Ansprache und Beratung der Kunden erlaubt.

Ich glaube, dass wir nach den Erfahrungen der letzten Monate mit sehr ruhigem Gewissen feststellen können, dass das von den Kunden und Antragstellern, den Bewerbern sehr positiv aufgenommen wird. Das liegt auch daran, dass die Investitionsbank als zentrale Anlaufstelle sehr eng mit der Landesverwaltung, mit den Geschäftsbanken, mit den Mittelgebern und mit anderen Partnern, wie den Kammern im Land Sachsen-Anhalt, zusammenarbeitet. Wir können sagen, dass wir inzwischen einen sehr guten, kompetenten Informationspool für das gesamte Förderwesen in unserem Land haben. Damit sind wir schon außerordentlich zufrieden.

Auch was die Akzeptanz der verschiedenen Produkte, der gesamten Produktpalette der Investitionsbank am Markt angeht, sind wir sehr zufrieden. Das ist natürlich in den einzelnen Punkten unterschiedlich - das ist auch schon in den Gremien besprochen worden - und es wird auch ständig optimiert und verbessert. Aber im Wesentlichen sind wir sehr zufrieden.

Frau Dr. Weiher, ich möchte an dieser Stelle insbesondere auf einen Punkt hinweisen: In Bankenkreisen, auch in Kreisen der Sparkassen zeigte sich am Anfang eine gewisse Reserviertheit gegenüber einer Investitionsbank, die zu Förderkonditionen anbietet und theoretisch eine Gefahr für den ureigenen Markt dieser Banken hätte sein können. In den Gremien, auch im Verwaltungsrat und im Beirat erleben wir, dass all diese Bedenken inzwischen ausgeräumt sind. Im Gegenteil, es ist in dieser Hinsicht ein außerordentlich kooperativer Geist zugunsten des Mittelstandes in unserem Land zu spüren.

Frau Dr. Weiher, mein Hinweis auch an dieser Stelle: Bei dem, was von der Handwerkerschaft gekommen ist, war vielleicht auch die eine oder andere etwas unglückliche Formulierung dabei. Ich habe mich intensiv mit Herrn Medoch über diese Fragen unterhalten. Herr Maas, der auf der Tribüne sitzt, hat das auch getan. Ich glaube, in diesem Zusammenhang sind inzwischen alle Missverständnisse ausgeräumt. Im Übrigen ist darüber in der Presse auch nicht ganz so berichtet worden, wie

es wirklich kommuniziert worden war. Aber das können wir alles in den Ausschüssen besprechen.

Lassen Sie mich zuletzt auf den Punkt der Transparenz in der Tätigkeit der Bank selbst zu sprechen kommen. An dieser Stelle möchte ich nachdrücklich betonen, dass wir durch die Einrichtung des Beirates auch das direkte Gespräch, die direkte Kommunikation mit der Politik seitens der Bank suchen. Der Beirat hat bereits zweimal getagt.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle eine kleine Bemerkung in Richtung Linkspartei.PDS. Herr Dr. Thiel, diese Bemerkung kann ich mir nicht verkneifen, ich bitte dafür um Verständnis. Bei beiden Sitzungen, bei denen die anderen Fraktionen vertreten waren, war der Vertreter der Linkspartei.PDS, Herr Dr. Thiel, nicht anwesend.

(Zustimmung von Herrn Tullner, CDU)

Ich habe noch einmal in den Protokollen nachgeschaut; er war nicht dabei. Insofern erklärt sich möglicherweise die Tatsache, dass gerade die Fraktion Linkspartei.PDS diesen Antrag aus einem gewissen Informationsrückstand heraus initiiert hat, den wir - hoffentlich, Herr Dr. Thiel - bereits bei der nächsten Sitzung des Beirates der Investitionsbank verkleinern können. Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass die Sitzung am 17. Dezember stattfindet. Herr Dr. Thiel, machen Sie sich gleich eine Notiz in Ihrem Kalender: 17. Dezember.

Ich würde mich als Vorsitzender des Beirates außerordentlich freuen, Sie dort ganz herzlich begrüßen zu dürfen. Ich werde mich voll in die Diskussion mit Ihnen einbringen.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Das sei zur Investitionsbank gesagt. Übrigens auch der kleine Hinweis, dass man zum Geschäftsbericht und zu Sonstigem sehr gute Informationen im Internet findet. Wir sind gewissermaßen auf allen Kanälen dabei, die Öffentlichkeit und die politisch Tätigen zu informieren. Aber selbstverständlich sind wir auch bereit, in den entsprechenden Ausschüssen noch weiter Rede und Antwort zu stehen. Wenn ich „wir“ sage, dann meine ich damit einerseits die Politik, die politisch Verantwortlichen, den Verwaltungsratsvorsitzenden, mich selbst und natürlich auch die Geschäftsleitung der Investitionsbank.

So weit, so gut und so kurz an dieser Stelle. Alles Weitere besprechen wir dann in den Ausschüssen. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Herr Minister, für den Debattenbeitrag. - Meine Damen und Herren! Wir treten jetzt in eine Fünfminutendebatte ein. Als erster Redner erhält für die CDU-Fraktion der Abgeordnete Herr Gürth das Wort. Bitte sehr, Herr Gürth.

Herr Gürth (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir können es kurz machen, weil es auch ein kurzer und inhaltlich überschaubarer Antrag ist. Der Berichtspflicht stimmen wir mit einer Änderung zu: Wir wollen das Datum, bis wann diese Berichterstattung erfolgen sollte, noch einmal ändern und dann können wir es auch gemeinsam beschließen.

Aber ich möchte für die CDU-Fraktion noch einmal darauf verweisen, dass alle Fraktionen dieses Hauses im Beirat der IB vertreten sind. Insofern haben alle Fraktionen auch die gleichen Möglichkeiten, jederzeit Informationen zur Geschäftspolitik der Bank und zur generellen künftigen Ausrichtung zu erhalten, und sie haben insbesondere auch Möglichkeiten zur Kontrolle, ob die Ziele, die wir gemeinsam mit der Gründung der IB verfolgt haben, erreicht wurden.

Das Ganze ist aber unschädlich und braucht nicht kritisch bewertet zu werden. Wir sind für den Bericht im nächsten Jahr, weil wir dann das abgeschlossene Geschäftsjahr 2005 ebenfalls mit auswerten können. Dann werden wir im Februar 2006 vermutlich im Ausschuss noch einmal darüber sprechen.

Ich bitte um Zustimmung zu dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen.

(Zustimmung bei der CDU)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Herr Gürth. - Für die SPD-Fraktion erhält Frau Abgeordnete Budde das Wort. Bitte sehr, Frau Budde.

Frau Budde (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Selbstverständlich hat jeder einen Vertreter im Beirat. Aber ich denke, die Ausschüsse sind insbesondere auch dafür da zu gucken, wohin die politische Weiterentwicklung und damit die inhaltliche Weiterentwicklung der Investitionsbank geht. Die angesprochenen Themen sind genau die richtigen: Was wird künftig dort noch konzentriert? Welche Förderprogramme werden in die Bank hineingegeben?

Und Sie haben es gesagt, Herr Minister: Es ist wichtig, im Zusammenhang mit der Finanzierung von Programmen inhaltlich darüber zu reden, was mit den Strukturfonds passiert, wo sie angebunden und wofür sie ausgegeben werden. Das ist eine Diskussion in beiden Ausschüssen durchaus wert. Deshalb werden wir den Anträgen natürlich zustimmen und freuen wir uns auf die inhaltliche Diskussion im Ausschuss.

(Zustimmung bei der SPD)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Frau Budde, für Ihren Beitrag. - Für die FDP-Fraktion spricht nun der Abgeordnete Herr Qual. Bitte sehr, Herr Qual.

Herr Qual (FDP):

Herr Präsident, ich bitte Sie um die Erlaubnis, meine Rede zu Protokoll geben zu dürfen.

(Zustimmung bei der FDP, bei der CDU und von Herrn Bullerjahn, SPD)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Das nehmen wir gern entgegen. Herzlichen Dank, Herr Qual.

(Zu Protokoll:)

Herr Qual (FDP):

Die Verbesserung der Wirtschaftsförderung war seit Beginn dieser Legislaturperiode ein wesentliches Ziel der

Landesregierung. Die Argumente für die Errichtung einer Bank im bankrechtlichen Sinne haben wir im Plenum, aber auch in den Ausschüssen, wie ich meine, eingehend erörtert.

Um es vorab klar zu sagen: Die Gründe für die Errichtung der Investitionsbank gelten heute selbstverständlich immer noch, ja sogar mehr denn je. Nach wie vor ist von Unternehmern im Bereich des Mittelstands zu hören, die Hausbanken stünden nicht in dem erforderlichen Umfang für Finanzierungen bereit. Insoweit bestehen die oft zitierten Finanzierungslücken; diese bestätigen die Entscheidung zugunsten der Errichtung des Förderinstituts als Bank.

Nicht zuletzt Basel II mit den veränderten Eigenkapitalrichtlinien hat die reine Kapitalfinanzierung für Unternehmen schon frühzeitig erschwert. Fehlende Bonität sowie ein geringes Eigenkapital erschweren bzw. verhindern die Kreditfinanzierung über die Hausbank. Die Investitionsbank ist inzwischen das zentrale Förderinstitut des Landes. Sie ist ein Instrument im Hinblick auf die Realisierung von Investitionsvorhaben.

Der eingeschlagene Weg vom LFI zur Investitionsbank war nicht nur sinnvoll, sondern aufgrund der aller Voraussicht nach zukünftig geringeren Mittel aus den europäischen Strukturfonds letztlich auch notwendig. Und natürlich ist die schwierige Situation der öffentlichen Haushalte ein weiterer Beweggrund für die Gründung der Investitionsbank gewesen. Durch am Kapitalmarkt refinanzierte Darlehen besteht die Möglichkeit, das Förderspektrum zu erweitern. Die am Kapitalmarkt zu beschaffenden Mittel können für weitere Förderaufgaben zum Beispiel im Bereich der gewerblichen Wirtschaft genutzt werden.

Von Beginn an war es aber auch eindeutiges Ziel, mit der Investitionsbank ein Instrument in die Hand zu bekommen, das fortlaufend weiterentwickelt werden kann und muss. Dieses liegt in der Natur der Sache. Förderprogramme sind zeitlich begrenzt und die Nachfrage nach Darlehen oder anderen Finanzierungsinstrumenten verändert sich im Laufe der Zeit.

Insoweit ist auch dem grundsätzlichen Anliegen der den Antrag stellenden Fraktion der Linkspartei.PDS durchaus zuzustimmen, sich mit der Frage zu beschäftigen, ob und inwieweit die Erwartungen an die Investitionsbank bisher erfüllt wurden.

Ob das allerdings über den hier vorgeschlagenen Weg geschehen muss, ist zumindest zweifelhaft. Denn die Fortentwicklung der Investitionsbank und die entsprechende Berichterstattung werden durch den Verwaltungsrat und den Beirat sichergestellt. Im Beirat sind auch die Fraktionen vertreten. Außerdem steht es dem Finanzausschuss frei, sich jederzeit mit dem Thema zu befassen. Weiterhin erhalten die Mitglieder des Finanzausschusses die Protokolle der Sitzungen des Verwaltungsrates. Mit anderen Worten: Die Berichterstattung ist bereits sehr umfassend.

Gleichwohl wollen wir uns der Diskussion nicht verschließen. Ich gehe aber auch davon aus, dass der Antrag der Linkspartei.PDS nicht nur den Rückblick beabsichtigt, sondern auch eine in die Zukunft gerichtete Diskussion entsprechend dem von mir soeben erwähnten dauerhaften Fortentwicklungsprozess eröffnen soll.

Meinerseits noch einige Anmerkungen zur Investitionsbank als zentralem Förderinstitut: Der wettbewerbsneutrale Ansatz der Investitionsbank hat sich bereits jetzt

bewährt. Gab es zunächst noch vereinzelt Befürchtungen, die Förderbank würde mit den Hausbanken in Konkurrenz treten, so haben sich diese inzwischen erledigt.

Zunehmend rückt das gemeinsame Engagement von Hausbank und Investitionsbank in den Vordergrund. Eine wesentliche Voraussetzung für die von mir genannte Fortentwicklung der Investitionsbank ist vom Grundsatz her auch die Bündelung von Förderprogrammen. Dies bedeutet aber nicht zwingend die Abwicklung jedes Förderprogramms über die Investitionsbank. Inwieweit weitere Förderprogramme zukünftig übertragen werden sollten, gilt es noch zu prüfen.

Auf eine Grundüberlegung möchte ich auch noch einmal hinweisen: Zu der Leitlinie, in den verschiedenen Förderbereichen mit möglichst geringen Landesmitteln ein Höchstmaß an wirtschaftlicher Effektivität zu erzielen, gehört auch die Umstellung von der reinen Zuschussförderung hin zu mehr Darlehensanteilen bzw. zur verstärkten Förderung auf der Grundlage von Darlehen.

Mit einer Bank nach dem Kreditwesengesetz ist es möglich, neue innovative Produkte zu entwickeln und sie entsprechend der Nachfrage dem Markt anzupassen. Allerdings ist nicht nur das jeweilige Produkt selbst, sondern auch die entsprechende Vermarktung notwendig. Insoweit sei mir der Hinweis gestattet, dass jegliche Veränderung auch ein gewisses Maß an Zeit benötigt, bevor eine entsprechende Bewertung erfolgen kann.

Der Bedarf von Unternehmen erschöpft sich häufig nicht in der reinen Vermittlung eines einzigen Finanzproduktes bzw. der Zuwendung einer bestimmten Geldsumme, sondern erfordert auch eine entsprechende Beratung. Hier arbeitet die Investitionsbank zum Vorteil der Unternehmen mit anderen Geschäftsbanken, der Verwaltung, aber auch mit den Kammern zusammen.

Die jeweilige Prüfung der Antragsunterlagen wird zusammengefasst und Prüfprozesse werden reduziert. Damit wird nicht nur der Aufwand für die Unternehmen reduziert. Es besteht auch die Möglichkeit, die Prüfverfahren in zeitlicher Hinsicht zu verkürzen.

Häufig besteht auch seitens der Unternehmen zu Beginn eines Vorhabens keine Kenntnis, ob dafür eine Finanzierung überhaupt in Betracht kommt. Insoweit ist die Einrichtung des Förderberatungszentrums als erste Anlaufstelle von nicht zu unterschätzendem Vorteil. Die Information aus einer Hand gewinnt zunehmend an Bedeutung. Nicht nur das reine Fachwissen über die Vielzahl der Förderprogramme des Landes, aber auch des Bundes und der EU, sondern auch die frühzeitige Recherche für das jeweilige Vorhaben sind von Vorteil für die Unternehmen.

Insbesondere die Möglichkeit, von vornherein eine zentrale Anlaufstelle zu haben, ist eine wertvolle Hilfe für die jeweiligen Unternehmen oder für Existenzgründer. Da die Gründungsförderung nicht allein auf Kapital beschränkt werden kann, ist oftmals auch die Unterstützung von potenziellen Existenzgründern sinnvoll und notwendig. Je früher der Kontakt zum Förderberatungszentrum aufgenommen wird, desto schneller können die richtigen Entscheidungen für eine erfolgreiche Umsetzung des Vorhabens getroffen werden.

Insgesamt gesehen war die Fortentwicklung vom Landesförderinstitut hin zur Investitionsbank Bestandteil der verbesserten Wirtschaftsförderung, einer Förderung, die sich mehr und mehr an ökonomischen Marktbedingun-

gen orientiert. Dieses kann jetzt bereits festgestellt werden. Die bisherigen guten Ergebnisse zeigen, dass sich die Investitionsbank bewährt hat. Die bisherige Arbeit ist die Basis für die zukünftige Entwicklung.

Noch eine Anmerkung zu dem vorliegenden Änderungsantrag. Die Berichterstattung sollte auch das Geschäftsjahr 2005 beinhalten. Daher schlagen wir eine Berichterstattung erst Anfang des kommenden Jahres vor. - Ich bitte um Zustimmung zu dem Änderungsantrag.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Meine Damen und Herren! Damit erhält als letzte Rednerin noch einmal Frau Dr. Weiher das Wort. Bitte sehr, Frau Dr. Weiher.

Frau Dr. Weiher (Linkspartei.PDS):

Das wird jetzt noch kürzer als der Redebeitrag des Herrn Ministers; ich kann es wirklich kurz machen.

Herr Gürth, die Beiratsgeschichte ist die eine Seite, aber die Befassung der Abgeordneten im Finanzausschuss und in den anderen Ausschüssen, die sich damit befassen sollten, ist die andere Seite. Aus Diskussionen in diesem Bereich entstehen möglicherweise doch neue Ideen, die mit aufgenommen und die auch im Beirat noch einmal diskutiert werden können. Die Einbeziehung des Hohen Hauses ist nicht nur über den Beirat zu regeln.

Ansonsten würden wir Ihren Änderungsantrag übernehmen und sehen einer hoffentlich einstimmigen Abstimmung gern entgegen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Frau Dr. Weiher. - Damit können wir in das Abstimmungsverfahren zur Drs. 4/2468 und zur Drs. 4/2497 eintreten. Sie wissen, meine Damen und Herren, dass sich die Anträge einzig in der Fristsetzung unterscheiden. Die Einbringerin Frau Dr. Weiher hat signalisiert, dass sie auch mit der im Änderungsantrag fixierten Fristsetzung leben kann. Insofern können wir sicherlich mit einem einstimmigen Abstimmungsergebnis rechnen. Ich stelle trotzdem zunächst den Änderungsantrag zur Abstimmung.

(Zuruf von der Linkspartei.PDS: Den übernehmen wir!)

- Gut, dann stellen wir beide Anträge quasi gemeinsam zur Abstimmung. Wer diesem geänderten Antrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. - Ich stelle Einstimmigkeit fest, mache aber trotzdem die Gegenprobe. - Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? - Keine. Damit ist der Antrag in der Fassung des Änderungsantrages in Drs. 4/2497 angenommen worden und der Tagesordnungspunkt 21 abgeschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 22** auf:

Beratung

Positionen der Landesregierung zur Entwicklung des Energiemarktes

Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS - **Drs. 4/2469**

Einbringerin für die Fraktion der Linkspartei.PDS ist die Abgeordnete Frau Hunger. Bitte sehr, Frau Hunger.

Frau Hunger (Linkspartei.PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte mit einem Fakt und einer Vision beginnen. Zunächst zu dem Fakt: Die Sonne liefert der Erde jährlich 219 000 Billionen Kilowattstunden Energie. Das ist natürlich eine Zahl, unter der man sich nicht viel vorstellen kann. Das ist etwa das 3 000fache der Energie, die heute von der Weltbevölkerung verbraucht wird.

Nun zu der Vision: Eigentlich fehlt nur noch eines: mehr Menschen, die ihren Kopf anstrengen und Lösungen finden, um diesen Schatz zu heben und nutzbar zu machen. Preisdiskussionen könnten wir ad acta legen und einen großen Beitrag zum Klimaschutz gäbe es quasi dazu.

(Zustimmung bei der Linkspartei.PDS)

Wäre es nicht ein gutes Ziel für Frühaufsteher, hierbei nach Kräften mitzutun und im Land Wissen und Technologien zu entwickeln?

Aber kehren wir in die Realität zurück und sehen wir uns die Entwicklung des Energiemarkts in Deutschland an. Im Jahr 1998 zahlten die deutschen Haushalte monatlich noch 160 € für Heizung, Strom und Benzin. Fünf Jahre später waren es schon 202 €, also rund ein Viertel mehr.

Seit dem Beginn dieses Jahres sind die Energiepreise in der gesamten Bundesrepublik nicht aus den Schlagzeilen gekommen. Waren es zunächst die Benzin- und Dieselpreise, die kontinuierlich kletterten, folgten im Sommer die Stromanbieter mit Ankündigungen von Preiserhöhungen und gleich danach die Gasversorger, die für Oktober die nächste Steigerung ankündigten.

Kaum war diese wirksam, setzten sie gleich noch einen drauf und läuteten die nächste Runde für den Beginn des nächsten Jahres ein. Als Begründung mussten stets der hohe Einkaufspreis und die Belastungen durch die erneuerbaren Energien herhalten. Wie der Verband der industriellen Energie- und Kraftwirtschaft meldete, rechnen einige Anbieter sogar den Börsenwert ihrer CO₂-Zertifikate, die sie kostenlos bekommen haben, in den Preis mit ein.

Gleichzeitig kann man dann die Ergebnisberichte lesen. So hat zum Beispiel Vattenfall in den ersten neun Monaten dieses Jahres sein Betriebsergebnis in Deutschland im Vergleich zum Vorjahr um 39,9 % auf etwa 7,6 Milliarden Kronen gesteigert. EnBW meldete für drei Quartale 2005 einen Überschuss von 504 Millionen €. Das sind 167 % mehr als im Vorjahr.

Angesichts solcher Zahlen ist es mehr als offensichtlich, dass es nicht um Kostendeckung geht, sondern ein umfangreicher Extraprofit realisiert wird oder, etwas laxer formuliert, satte Abzocke im Spiel ist. Man kann also wirklich nur allen Kunden raten, den Empfehlungen der Verbraucherschützer zu folgen und Widerspruch gegen die Energierechnungen einzulegen und so den Druck zur Offenlegung der wirklichen Kosten zu erhöhen.

Es bleibt abzuwarten, ob die nach dem neuen Energiewirtschaftsgesetz tätig gewordene Regulierungsbehörde, die seit dem 1. Januar 2005 an der Prüfung der Anträge auf Genehmigung der Netznutzungsentgelte arbeitet, bei den Preisen ebenfalls für mehr Klarheit sorgen kann. Ich habe meine Zweifel daran, ob zum Beispiel auf dem

von vier Unternehmen beherrschten Strommarkt wirklich Senkungen des Preises durchgesetzt werden können, zumal das Netznutzungsentgelt nur etwa ein Drittel des Preises ausmacht.

Es ist trotzdem nur zu begrüßen, dass sich das Bundeskartellamt im Gassektor für die Veränderung langfristiger Lieferverträge stark gemacht hat und dass diese Bemühungen um mehr Transparenz von der EU aufmerksam verfolgt und unterstützt werden.

Ich möchte jetzt nicht weiter auf die Verantwortung der Bundesregierung für das dank des andauernden politischen Vakuums in Berlin nahezu ungebremsste Agieren der Energiewirtschaft eingehen. Die Auseinandersetzung damit wird mit Sicherheit die Linkspartei.PDS-Bundestagsfraktion führen.

Ich möchte aber feststellen, dass die Preise für Öl und Gas in Zukunft trotz aller Regulierungsbemühungen steigen werden. Der erste Grund dafür ist die weltweit rasant steigende Nachfrage nach diesen nicht unendlich verfügbaren Gütern. Den zweiten Grund habe ich bereits genannt: die in dieser Marktsituation mögliche massive Realisierung von Extraprofit. Auch deshalb muss es in Zukunft verstärkt heißen: weg von fossilen Energiequellen!

Deshalb sollte es uns interessieren, was die Landesregierung in Sachsen-Anhalt getan hat, um hier im Land auf die Entwicklung im Energiemarkt zu reagieren und Lösungen für eine zeitgemäße Energiebereitstellung und -nutzung zu fördern.

Vergleicht man die Preise verschiedener Strom- und Gasanbieter in Ost und West, wird deutlich, dass im Osten oft um ca. 30 % höhere Preise verlangt werden und dazu noch häufiger Preissteigerungen angesagt sind. Erst kürzlich informierte uns ein mittelständischer Unternehmer, der in Ost und West produziert, darüber, dass sein Gasversorger hier den Preis in einem Jahr um fast 35 % erhöht habe, während er an seinem anderen Standort mit knapp 5 % mehr belastet worden sei. Ähnliches gilt auch für den Strompreis.

In Rheinland-Pfalz hat die Landeskartellbehörde gegen acht regionale Versorger wegen des Verdachts überhöhter Preise ein Verfahren eingeleitet. In Sachsen-Anhalt habe ich noch nichts über das Tätigwerden einer solchen Behörde gehört, obwohl im Energiekonzept kartellrechtliche Missbrauchsaufsicht als ein Handlungsschwerpunkt aufgeführt ist.

Das Energiekonzept der Landesregierung stammt übrigens aus dem Jahr 2003. Die Landesregierung sollte in den Ausschüssen darüber berichten, was davon bereits umgesetzt worden ist und welche Schwerpunkte oder Ziele eventuell präzisiert werden müssten.

In der Regierungserklärung unseres Wirtschaftsministers ist unter dem Stichwort Energie außer der bitteren Klage über die Bundesregierung und ihre Gesetze, die erneuerbare Energien förderten und damit die Wettbewerbsfähigkeit des Landes gefährdeten, nichts zu finden.

Herr Minister, auch Ihr neuerlicher Kampf gegen Windmühlen zeigt, dass Sie den Zeichen der Zeit deutlich hinterherreiten. Sicherlich gibt es Grenzen für die Errichtung von Windenergieanlagen, die sich aus dem Schutz von Mensch und Natur ergeben. Diese Grenzen sind in den Gesetzen und Verordnungen des Landes auch deutlich gezogen.

Wenn sich aber in diesen Grenzen die Windenergieerzeugung im Land so positiv entwickelt, innovative Arbeitsplätze geschaffen und erhalten werden und auch noch zur Vermeidung des CO₂-Ausstoßes und damit zum Klimaschutz beigetragen wird, sollte das für einen Wirtschaftsminister ein Anlass zur Freude und nicht zur Miesmacherei sein.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

In der Regierungserklärung der Umweltministerin findet sich ein wenig mehr zum Thema Energie. Es bleibt aber auch unter Klimaschutzaspekten in einer sehr schmalen Spur. Sie setzt beim Ausbau der erneuerbaren Energien auf nachwachsende Rohstoffe und verweist auf den Biomassekatalog aus dem Jahr 2002, der einen guten Überblick über Potenziale und Nutzungsbedingungen gibt.

Inzwischen gibt es im Land vielfältigste Initiativen zur Nutzung von Biomasse, von Holzheizkraftwerken über Biogaserzeugung mit Verstromung bis zu Bioethanolanlagen oder Biodieselerzeugung. Diese Tendenz ist nur zu begrüßen, sorgt sie doch gerade im ländlichen Raum für Arbeits- und Einkommensmöglichkeiten. Das trifft genauso für kleine Photovoltaikanlagen zu, die im ländlichen Raum entstehen.

Wenn es aber um den Anschluss der Biomassestromanlagen an das Netz geht, beginnen in unserem Land überdurchschnittlich oft die Probleme mit der nicht genehmigten Einspeisung, die mit dem überlasteten Netz begründet wird. Nun ist die fachliche Begründung in diesem Rahmen sicher nicht zu diskutieren, obwohl mir die einzuspeisenden Mengen im Vergleich zur transportierten Energiemenge doch recht gering erscheinen.

Außerdem finde ich es schon bemerkenswert, dass in einer gerichtlichen Auseinandersetzung um die Einspeisung von Energie die Anwälte eines großen nordischen Energiekonzerns schon im Sommer dieses Jahres damit argumentierten, dass angesichts der politischen Situation das Gesetz über erneuerbare Energien abgeschafft werden wird und somit das Anschlussrisiko auf ihre Mandanten fallen würde, und dass sie mit dieser Argumentation sogar noch Erfolg haben.

In dieser Situation hätte ich erwartet, dass die Landesregierung die Interessen ihrer Bauern und Energiewirte vertritt und sich zumindest moderierend und im öffentlichen Bekenntnis für sie eingesetzt hätte.

(Zuruf von Herrn Gürth, CDU)

Leider singt sie aber das Lied von den überlasteten Netzen mit. Auf keinen Netzbetreiber ist der Strom aus erneuerbaren Energien erdrutschartig zugekommen. Der Netzausbau ist schlicht verschlafen oder, besser gesagt, ausgesessen worden.

(Herr Gürth, CDU: Sie haben schlichtweg keine Ahnung von der Materie! Wer hat Ihnen das aufgeschrieben? Das ist infantil!)

Was die Kosten betrifft, erinnere ich an den Beginn meiner Ausführungen zu den Extraprofiten.

Eine solche Moderation würde ich mir auch für die Bioethanolproduzenten wünschen, die mit Absatzproblemen kämpfen, obwohl die Beimischung zu Benzin bereits in einer EU-Verordnung gefordert wird, die allerdings erst bis zum Jahr 2009 umzusetzen ist.

Wäre es nicht ein Zeichen von Zukunftsfähigkeit, wenn dies in Sachsen-Anhalt, zum Beispiel im Rahmen der

Umweltallianz, früher umgesetzt werden würde? Was will die Landesregierung tun, um bei der Q-Cells AG nicht nur bunte Inbetriebnahmebänder durchzuschneiden, sondern auch die Anwendung dieser Technologie in Sachsen-Anhalt zu fördern? Wo bleibt die Beispielwirkung der Landesregierung bei der Nutzung erneuerbarer Energien? Was hat sie zur Energieeinsparung in ihren Liegenschaften getan? Warum sperrt sie sich dagegen, in der Bauordnung Kommunen auf örtliche Bauvorschriften zu orientieren, die zum Beispiel die Nutzung regenerativer Energien fordern?

(Herr Gürth, CDU: Sie haben vorhin gerade die hohen Strompreise kritisiert! - Herr Tullner, CDU: Und die Baukosten!)

Ich denke, die Beantwortung dieser Fragen gibt genug Stoff für eine Diskussion in den Ausschüssen für Wirtschaft und für Umwelt. Ich möchte den Kreis zum Beginn meiner Ausführungen schließen. An der Nutzung regenerativer Energien führt schon wegen der Endlichkeit der Vorräte an fossilen Brennstoffen kein Weg vorbei. Die Lagerstätten werden immer mehr zum Ziel kriegerischer Auseinandersetzungen.

(Herr Tullner, CDU: Was?)

Aber es ist wohl ziemlich unmöglich, um Wind oder Sonne Krieg zu führen. Schon deshalb sind diese beiden die nachhaltigsten und auch billigsten Energieformen, die den Menschen zur Verfügung stehen. Wer sie am besten nutzen kann, wird immer einen Vorsprung haben. Dafür würde es sich auch im Land Sachsen-Anhalt lohnen, etwas früher aufzustehen. - Danke.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Frau Hunger, für die Einbringung. - Bevor wir in die Debatte eintreten, hat für die Landesregierung der Minister für Wirtschaft und Arbeit Herr Dr. Rehberger um das Wort gebeten. Bitte sehr, Herr Minister.

Herr Dr. Rehberger, Minister für Wirtschaft und Arbeit:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Ausführungen von Frau Hunger haben eines deutlich gemacht: Es ist wirklich wichtig, dass wir uns in den Ausschüssen für Umwelt und für Wirtschaft vertieft mit der Problematik beschäftigen. Ich bin sicher, dass Frau Hunger, wenn sie all die Daten und Fakten, die in diesem Zusammenhang von Bedeutung sind und die man kennen muss, um sich ein Urteil bilden zu können, zur Kenntnis nimmt, in der einen oder anderen Schlussfolgerung zu anderen Ergebnissen kommen wird, als sie soeben zum Ausdruck gekommen sind.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen sage ich mit aller Klarheit: Ich unterstütze diesen Antrag. Wir werden uns kurzfristig über das Thema Energieversorgung im Land unterhalten. Natürlich wäre es ein zeitlich sehr umfängliches Unterfangen, jetzt auf all das einzugehen und die anderen Aspekte, die Sie, Frau Hunger, nicht angesprochen haben, aufzuführen. Ich möchte einen Punkt herausgreifen, weil er in der jüngsten Berichterstattung eine sehr große Rolle gespielt hat. Das ist das Thema Windkraft.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Landesregierung hat, wie Sie wissen - das gilt für alle Landesregierungen der letzten 15 Jahre -, die Schaffung von

Arbeitsplätzen auch in den Bereichen nachhaltig gefördert, in denen zum Beispiel Windkraftanlagen oder Photovoltaikanlagen produziert werden. Sie hat es umfassend getan; das ist sonnenklar.

Ein anderer Punkt ist genauso wichtig. Die Landesregierung hat beispielsweise in den letzten Jahren Mittel für die Förderung von Forschung und Entwicklung in beachtlichem Umfang - ein Millionenbetrag war das - eingesetzt, um im Bereich der Energietechnologie Forschungsvorhaben im Land zu unterstützen mit dem Ziel, etwa Speichertechnologien für Strom zu entwickeln - das ist eine sehr wichtige Aufgabe -, oder mit dem Ziel, Netzwerkmanagement zu praktizieren. Kurz und gut: Wir haben, glaube ich, ganz wesentliche Beiträge dazu geleistet, um die Probleme möglichst bald lösen zu können.

Noch einmal zurück zur Windkraft. Meine Damen und Herren! Wir haben im Land Sachsen-Anhalt eine installierte Gesamtleistung quer durch die Primärenergien von 4 500 MW. Nahezu 2 000 MW - das entspricht ca. 45 % - werden durch Windkraftanlagen erzeugt. Die Braunkohle und das Erdgas sind die beiden anderen wesentlichen Energiequellen. Diese erbringen jeweils 1 250 MW. Wenn man die beiden letzten Zahlen addiert, dann kommt man schon fast auf diese 4 500 MW.

Von den zuständigen Regionalversorgern liegen Anträge auf dem Tisch des Hauses, in denen es darum geht, dass Windkraftanlagen mit einer zusätzlichen Kapazität von 2 500 MW errichtet werden sollen. Das würde bedeuten, dass der Strombedarf des Landes Sachsen-Anhalt in den nächsten Jahren ausschließlich - theoretisch jedenfalls - durch die Windkraft abgedeckt werden könnte.

In der Praxis sieht es aber anders aus. In der Praxis haben wir das Problem, dass für den Bereich der Windenergie 75 % der jeweils installierten Leistung durch konventionelle Kraftwerke abgesichert werden müssen. Dies ist deshalb der Fall, weil Windkraft nicht zyklisch, sondern azyklisch zur Verfügung steht.

Es besteht darüber hinaus die Notwendigkeit, die Netze zu ertüchtigen, weil wir den Strom, der zusätzlich erzeugt werden soll, im Land gar nicht brauchen. Man kann darüber streiten, ob die regionalen Energieversorger - das sind im Wesentlichen die Stadtwerke - und die überregionalen Energieversorger in den letzten Jahren schon hätten investieren sollen.

Eines ist aber klar: Wenn die Milliardenbeträge, die notwendig sind, um das Netz zu ertüchtigen, schon investiert worden wären, hätten wir heute einen noch höheren Strompreis. Das wird mit Sicherheit kommen, sobald diese Investitionen getätigt sind. Kurz und gut: Wenn Sie über die Preise sprechen, müssen Sie auch darüber sprechen.

Man braucht erstens die Ersatzenergie, man braucht zweitens eine wesentliche Ertüchtigung des regionalen und überregionalen Netzsystems. Drittens - das ist mir besonders wichtig - hat die Windkraft angesichts der Dimensionen, die sie bei uns angenommen hat, den anderen alternativen Energien die Entwicklungsmöglichkeit fast genommen.

Ich bin der Meinung, meine Damen und Herren, dass Biogasanlagen entschieden interessanter sind, weil sie die Möglichkeit eröffnen, in der Grundlast eingesetzt zu werden. Biogasanlagen haben nämlich den Vorzug, dass sie

kontinuierlich für die Stromerzeugung zur Verfügung stehen.

(Zustimmung bei der FDP und von Herrn Dr. Sobetzko, CDU)

Meine Damen und Herren! Im Moment ist alles durch die Windkraft mehr oder weniger belegt. Das ist der Grund, weswegen jetzt die eine oder andere Biogasanlage bedauerlicherweise noch nicht ans Netz kann. Wir - das heißt, die Landesregierung; ich sage das auch im Namen der Umweltministerin - werden uns in Kürze - die Einladung ist bereits ausgesprochen - mit allen, die regenerative Energien erzeugen, an einen Tisch setzen, um unter diesen Erzeugern eine vernünftige Relation zu ermöglichen. Es kann nicht sein, dass eine Art der regenerativen Energien, nämlich die Windkraft, alles belegt und damit andere den Zugang nicht haben.

Ich hoffe, dass wir auch mit den Betreibern von Windkraftanlagen hierzu ein vernünftiges Ergebnis erzielen, weil es unser Bestreben ist, den regenerativen Energien in voller Breite, und nicht nur einer einzigen, eine Zukunftsperspektive in Sachsen-Anhalt zu eröffnen. Alles Weitere im Ausschuss. - Herzlichen Dank.

(Zustimmung bei der FDP und von der Regierungsbank)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Herr Minister. - Meine Damen und Herren! Nun treten wir in eine Debatte mit einer Redezeit von fünf Minuten je Fraktion ein. Für die CDU-Fraktion erhält der Abgeordnete Herr Gürth das Wort. Bitte sehr, Herr Gürth.

(Unruhe)

- Meine Damen und Herren, ich würde Sie bitten, den Schallpegel Ihrer Gespräche etwas zu dämpfen. Hier vorn kommt fast nichts an.

(Herr Tullner, CDU: Nein, auf null zu fahren!)

Herr Gürth (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Beginn der Debatte hat gezeigt, dass es eigentlich höchste Zeit ist, sich dem Thema Energie zu widmen und in diesem Hause darüber zu sprechen, mit welchen Konzepten man die gegenwärtige Entwicklung aufhalten oder verändern kann.

Die Einbringungsrede der Rednerin der Linkspartei.PDS hat gezeigt, dass dort wenig Sachverstand vorhanden; ist ich will es auch gleich begründen. Deswegen begrüßen wir diesen Antrag, weil wir dann im Ausschuss das Thema einmal etwas näher beleuchten können.

Wie man auf der einen Seite beginnen kann mit einem Klagen und Wehgeschrei über steigende Energiepreise und dann in der gleichen Rede seitenlang Forderungen aufstellt, die nur zu einer weiteren Steigerung der Energiepreise führen, das geht irgendwie nicht in meinen Verstand hinein.

(Frau Dr. Klein, Linkspartei.PDS: Das ist Ihr Problem!)

Ich verstehe nicht, wie Sie das unter einen Hut bringen; das passt überhaupt nicht zusammen.

Ich will Folgendes dazu sagen. Wir haben bei uns das Thema regenerative Energien ganz oben auf der Tages-

ordnung, weil wir angesichts der Ölpreissteigerung feststellen müssen, dass wir erstmals seit Jahrzehnten wieder eine Steigerung der Energiepreise haben, die nichts mit einer Verknappung der Primärenergie zu tun hat, sondern mit reinen Spekulationen.

Völlig richtig ist auch festgestellt worden, dass der größte Teil der derzeitigen Energiepreissteigerungen nicht auf einen Mangel an zur Verfügung gestellter Energie zurückzuführen ist. Wenn wir gleichzeitig nach der Liberalisierung des Energiemarktes feststellen können, dass aus staatlichen Monopolen nun Oligopole geworden sind und diese wiederum ihre Marktmacht ausnutzen und gleichzeitig von Quartal zu Quartal von Rekordgewinn zu Rekordgewinn gehen, müssen wir ehrlicherweise feststellen: Wir müssen uns dieses Themas annehmen. Deswegen gibt es auch eine Novelle zum Energiewirtschaftsgesetz, die im Juli dieses Jahres in Kraft getreten ist und mit einer Regulierungsbehörde auch den Ländern zusätzliche Instrumente in die Hand gibt.

Wir haben die Konzernüberschüsse von E.ON mit über 3 Milliarden €, von EnBW mit 422 Millionen € und von RWE mit 1,427 Milliarden € im Zeitraum von Januar bis Juni 2005. Die steigen weiter. Das macht deutlich, dass wir mit dem Kartellrecht als einzigem Instrument nicht ausreichend ausgestattet sind, um für mehr Wettbewerb zu sorgen, wenn Marktmacht von Anbietern vorhanden ist. Deswegen sind wir auch froh, dass das Kabinett bereits beschlossen hat, hier in Sachsen-Anhalt eine eigene Landesregulierungsbehörde aufzubauen, die möglichst bald mit ihrer Arbeit beginnen soll.

Ein weiteres Thema ist: Wir brauchen nicht nur mehr Wettbewerb, sondern wir brauchen auch Unabhängigkeit, mehr Unabhängigkeit von den Primärenergieanbietern, insbesondere vom Erdöl, als das momentan der Fall ist.

Deswegen ist es auch wichtig, dass wir hier im Land Sachsen-Anhalt ganz besonders Alternativen fördern, also regenerative Energien in verschiedenen Bereichen. Wir sind stolz darauf, aber wir müssen feststellen: Während regenerative Energien bundesweit einen Anteil an der Gesamtstrommenge, die am Markt ist, von 10 % haben - das ist eine Steigerung von ca. einem Prozentpunkt pro Jahr seit 1995 -, haben wir in Sachsen-Anhalt mit 2,3 Milliarden kWh Regenerativstrom im Markt einen Anteil von 17,5 %.

Wenn man sich das noch einmal genauer anguckt: Bundesweit sind davon 48 % Wasserkraft, 39 % Windkraft, 11 % Biomasse, 0,8 % Solarstrom. Wie sieht es bei uns in Sachsen-Anhalt aus? Hier stammen 90 % aus Windkraft, 5,3 % aus Biomasse, 2,3 % aus Wasserkraft und 1,2 % aus Deponie- und Klärgasanlagen.

Das macht deutlich, dass wir ein besonders ungünstiges Verhältnis der Anbieter haben, weil die alternative, regenerative Energie, die aus der Windkraft resultiert, technisch besonders problematisch ist. Diese technisch hochproblematische Angelegenheit führt zu einer weiteren Verteuerung. Deswegen ist es völlig richtig, wie Herr Minister Rehberger neulich mutig in der richtigen Position bezogen hat, dass wir nicht einzig und allein auf Windkraft, sondern auch auf andere regenerative Energien setzen müssen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die CDU-Fraktion wird dem Antrag der Linkspartei.PDS zustimmen, weil wir es insbesondere für nötig erachten, dass wir uns

in diesem Hause mit der Frage auseinander setzen, welche Alternativen denn die Parteien anbieten.

Zum einen haben wir als Verbraucher die Möglichkeit zu reagieren. Hierbei muss sich jeder selbst an die Nase fassen und fragen, was er im Rahmen seiner Möglichkeiten tut, um die Anbieter am Markt auszuwählen, um den Einfluss auf den Energieverbrauch zu nehmen, den man als Privatverbraucher hat.

Zum Zweiten müssen wir genau erklären, was wir denn eigentlich wollen in Sachen alternative Energie, in Sachen CO₂-Minderung und vieles andere mehr.

Bei der Fraktion der Linkspartei.PDS kann ich jedenfalls nur eines feststellen: Auf der einen Seite werden Konzerngewinne beklagt - dabei stimmen wir zum Teil überein; das will ich gar nicht kritisieren -, werden Strompreiserhöhungen beklagt, auf der anderen Seite stellen Sie hier Forderungen auf, die den Landeshaushalt belasten, die wie Ihre Forderung zur Landesbauordnung die kommunalen Haushalte belasten und die allesamt zu einer Erhöhung des Energiepreises führen würden. Das passt nicht zusammen.

Ich freue mich auf die Debatte im Ausschuss

(Herr Dr. Thiel, Linkspartei.PDS: Wir uns auch, Herr Gürth!)

und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der CDU, bei der FDP und von der Regierungsbank)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Herr Gürth. - Für die SPD-Fraktion erteile ich dem Abgeordneten Herrn Sachse das Wort. Bitte sehr, Herr Sachse.

Herr Sachse (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Die Diskussion zur Energiepolitik in Sachsen-Anhalt hat für die SPD-Fraktion schon immer eine besondere Bedeutung gehabt. Sie wurde geführt aus der Sicht der Energiepreise und den damit verbundenen Standortbedingungen oder der geordneten, nach Möglichkeit gezielten Förderung der Erzeugung erneuerbarer Energien oder innovativen unternehmerischen Förderung von Energieanlagenherstellern und den jeweiligen Anlagenbetreibern, aber auch aus der Sicht der für uns viel zu geringen Haushaltsansätze für die unternehmensnahe Forschung auf dem Gebiet der Energietechnologie in unserem Land.

Die Aussage des Ministers Dr. Rehberger hat mich schon überrascht, dass in den vergangenen Jahren erhebliche Summen für die Energietechnologien eingestellt worden seien. Das ist zumindest uns verborgen geblieben; vielleicht kann im Ausschuss stärker darauf eingegangen werden.

(Zustimmung bei der SPD)

Wir haben diese Bereiche immer im Zusammenhang gesehen und dabei darauf hingewiesen, dass das von der Landesregierung vorgesehene Energiekonzept rückwärts gewandt und ohne jede Zukunftsorientierung ist. Dabei ist bisher das aus meiner Sicht erhebliche Potenzial der Energieeffizienz, der Energieeinsparung mit dem Ziel der möglichen Abkopplung der Steigerung des Wirt-

schaftswachstums von der Steigerung des Energieverbrauchs nicht ausreichend berücksichtigt worden.

Inzwischen erhitzen die deutlichen Steigerungen der Strom-, Gas-, Heizöl- und Kraftstoffpreise die Gemüter und ein Abklingen ist nicht absehbar.

In Anbetracht der öffentlichen Diskussion in den letzten Tagen und Monaten ist es auch aus der Sicht der SPD-Fraktion dringend erforderlich, dass wir uns mit diesem Thema neu befassen. Das, was wir in unserem Land am wenigsten gebrauchen können, ist eine Feindbilddiskussion in Richtung der erneuerbaren Energien, wie sie der Wirtschaftsminister unseres Landes in den letzten Tagen von sich gegeben hat. So haben wir es zumindest verstanden.

Wer sich pauschal gegen den Bau von weiteren Windkraftanlagen in unserem Land ausspricht, verkennet die besondere Situation in unserem Land. Die Windkraftbranche bietet mit ca. 6 000 Beschäftigten einschließlich der Zuliefererbetriebe ein erhebliches Arbeitsplatzpotenzial. Hierbei kann man sicherlich ein sensibleres Verhalten des zuständigen Ministers erwarten.

Wir brauchen in unserem Land eine differenzierte Argumentation, ohne die objektiv existierenden Probleme, zum Beispiel hinsichtlich der Akzeptanz durch die Bevölkerung, zu verniedlichen. Inwieweit der Export von Windkraftanlagen von der Negativdiskussion dieser Tage betroffen ist, wird die Zukunft zeigen.

Eine derartige Haltung, Herr Minister Dr. Rehberger, wie Sie sie in der „Mitteldeutschen Zeitung“ vom 9. November 2005 vertreten haben, ist aus der Sicht der SPD energiepolitisch wie auch wirtschafts- und arbeitsmarktpolitisch völlig inakzeptabel.

Es ist richtig, dass sich der Anteil der gesetzlich geförderten Energien in den letzten Jahren erheblich erhöht hat und noch weiter steigen wird. Es ist aber falsch, den Eindruck zu vermitteln, als ob die erneuerbaren Energien durch die Vergütungs- und Vorrangregelungen des EEG maßgeblich für die jetzige Energiepreissituation verantwortlich zu machen wären. Maßgeblich sind die Energiebezugskosten in der Anbindung an die stark gestiegenen Ölweltmarktpreise und deren Auswirkungen auf den Gas-, Strom- und in den größeren Städten teilweise auf den Fernwärmesektor.

Wenn sich binnen 18 Monaten die Preise der Energieleitwährung Öl verdoppeln - im Verhältnis haben wir jetzt den Stand der 80er-Jahre erreicht -, dann macht sich das für die Nutzer natürlich bemerkbar. Für das Jahr 2006 wird teilweise für die Bereiche Kommunalgas und Kraftwerksgas mit einer Verdopplung der Bezugskosten gegenüber dem Jahr 2005 gerechnet. Auch den Netzdurchleitungskosten wird ein erheblicher Anteil an den Energiekosten zugesprochen.

Inwieweit die Preise für alle Energieformen in Sachsen-Anhalt deutlicher als in anderen Bundesländern gestiegen sind, möchten wir gern im Ausschuss diskutieren. Wir sind sehr gespannt, inwieweit sich regionalspezifische Besonderheiten und Investitionen in die Energieversorgungsnetze gerade hier in Sachsen-Anhalt auswirken. Ob aber diese Unterschiede nach Art und Zeit angemessen sind, werden wir diskutieren.

Zusammenfassend darf ich darauf hinweisen, dass wir die Energiepreissituation selbstverständlich auch als kritisch ansehen. Wir erwarten eine sachliche Diskussion zu den Ursachen und Möglichkeiten eines angemessenen

nen, aber konsequenten Einsatzes der Kontrollinstrumente des Landes und des Bundes und stimmen dem vorliegenden Antrag zu.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der Linkspartei.PDS)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Sachse. - Für die FDP-Fraktion erhält der Abgeordnete Herr Dr. Schrader das Wort. Bitte sehr, Herr Dr. Schrader.

Herr Dr. Schrader (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hatte eigentlich vor, meine Rede zu Protokoll zu geben. Das kann ich nach dem Beitrag - -

(Zustimmung bei der SPD und bei der Linkspartei.PDS)

- Hatte ich vor. Ich stelle fest, wie Herr Sachse ist man wenig geneigt, immer zuzuhören, wenn etwas gesagt wird. Herr Sachse, nach Ihren Ausführungen kann ich das leider nicht tun. Ich möchte es aber auf einige wenige Aussagen beschränken.

Meine Damen und Herren! Das Thema Energiepolitik, Energiemarkt, Energiepreise, Netzzugang, erneuerbare Energien ist von dermaßen hoher Komplexität, dass es in einer kurzen Landtagsdebatte nicht umfassend diskutiert werden kann. Deshalb stimmen wir dem Antrag der Linkspartei.PDS zu, lassen aber nicht stehen, wie Sie ihn zwar nicht schriftlich, aber mündlich hier begründet haben.

Ich möchte vor einer Politisierung und Ideologisierung des Themas warnen. Es ist viel zu wichtig, um es für andere Zwecke zu nutzen. Der Beitrag von Herrn Sachse hat mir gezeigt, dass er gerade nicht zugehört hat, als vorhin hochinteressante Daten und Fakten zum Thema der Windkraft, des Leistungspotenzials und zu den Problemen, die damit verbunden sind, ausgeführt worden sind. Dann hätte er nämlich seine Rede noch ein bisschen korrigiert, die doch sehr einseitig und schwarz-weißmalerisch war, genau wie die Pressemitteilung des Kollegen Klaus Hübner.

Meine Damen und Herren! Deshalb ist es unglaublich wichtig, dass wir uns im Ausschuss - ich denke, wir sollten auch die anderen Ausschüsse, die sich dafür interessieren, einladen - sehr intensiv mit der gesamten Komplexität des Themas Energie beschäftigen.

Wir sehen als Liberale den Schlüssel für eine nachhaltige Energiepolitik in einer ausgewogenen Kombination verschiedener Energieträger.

(Zuruf)

- Auch alternativer, natürlich; die nehmen einen besonderen Stellenwert ein. Sie müssen sich aber untereinander im Wettbewerb befinden. Das ist ganz wichtig. Es ist strikt abzulehnen, dass einzelne Energieträger über die Maßen privilegiert werden und andere ausgeschlossen werden. Immer dann, wenn der Staat sich massiv eingemischt und es versäumt hat, beizeiten umzusteuern, steuern wir in eine Krise. Bei dem Thema Energie sind wir mittendrin.

Wir sind dafür, dass das EEG im Bereich der Windkraft novelliert wird. Die Zeit dafür ist reif. Wir denken, dass beim Thema Solar- und Biomasseenergie die derzeitige

Regelung im EEG bestehen bleiben sollte. Die Öko-steuer muss nach unseren Begriffen schrittweise ge-senkt werden. Insbesondere die Durchleitungskosten für Strom und Gas müssen reduziert werden. Wir werden uns berichten lassen, wie die Aktivitäten der Netzentur beim MWA angelaufen sind und was hier künftig zu ma-chen ist.

Meine Damen und Herren! Zu den Umsteuerungsmaß-nahmen gehören auch die Steuermodelle, mit deren Hil-fe die Windkraftanlagen gebaut werden. Auch hier muss ein Umsteuern stattfinden. Wie ich gehört habe, hat die jetzt noch amtierende Bundesregierung wohl im Eilver-fahren schon die ersten Schritte getan. Es wurde höchst-e Zeit.

Nur mit diesen Maßnahmen kann dazu beigetragen werden, dass wir wettbewerbsfähige Energiepreise für die Wirtschaft und bezahlbare Preise für unsere Bevöl-kerung haben. Das ist für mich das Allerwichtigste. - Ich freue mich auf die Beratung, ich freue mich auf eine sachliche Diskussion und bedanke mich für die Auf-merksamkeit.

(Beifall bei der FDP - Zustimmung bei der CDU und von Minister Herrn Dr. Rehberger)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Ich danke Ihnen, Herr Dr. Schrader, für den Beitrag. - Nun haben Sie, Frau Hunger, noch einmal das Wort. Bitte sehr.

Frau Hunger (Linkspartei.PDS):

Ich denke, wir sollten die Diskussion im Ausschuss fort-setzen. Wenn alle dafür sind, dass wir das Thema im Ausschuss diskutieren, ist es doch in Ordnung.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Besten Dank, Frau Hunger. - Damit kommen wir zum Abstimmungsverfahren. Es haben zwar alle Zustimmung signalisiert, aber wir stimmen dennoch darüber ab. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. - Ich stelle Einstimmigkeit fest. Damit ist dieser Antrag beschlossen worden und der Tagesord-nungspunkt 22 ist beendet.

Somit treten wir in die Behandlung des **Tagesord-nungspunktes 23** ein:

Beratung

12. Tätigkeitsbericht des Ausschusses für Angele-genheiten der psychiatrischen Krankenversorgung des Landes Sachsen-Anhalt

Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS - **Drs. 4/2470**

Einbringer des Antrages für die Linkspartei.PDS ist der Abgeordnete Herr Dr. Eckert. Bitte sehr, Herr Dr. Eckert.

Herr Dr. Eckert (Linkspartei.PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit großem zeitlichen Aufwand und hohem persönlichen Engage-ment gerade auch der ehrenamtlichen Mitglieder wird alljährlich vom Ausschuss für Angelegenheiten der psy-chiatrischen Krankenversorgung des Landes Sachsen-Anhalt ein Tätigkeitsbericht erstellt, der die Lage in der

psychiatrischen Versorgung und in der Behindertenhilfe des Landes kritisch widerspiegelt.

Mit großer Hartnäckigkeit und langem Atem werden Jahr für Jahr manchmal Fortschritte, meist aber Missstände und Defizite aufgelistet und Änderungen eingefordert. Wenn wir in die Tätigkeitsberichte und in die Protokolle über die Beratungen des Sozialausschusses schauen, werden wir feststellen, dass mit ebensolcher Hartnäckig-keit Jahr für Jahr die gleichen Probleme als ungelöst auf der Tagesordnung stehen.

Im Dezember 2003 brachte ein Mitglied des Psychiatrie-ausschusses in der Beratung des Ausschusses für Ge-sundheit und Soziales seine Sorge darüber zum Aus-druck, wie seitens der verantwortlichen Stellen des Lan-des mit den Ergebnissen und Informationen, die vom Ausschuss und seinen Besuchskommissionen erarbeitet wurden, umgegangen werde. Hier werden, so meinen wir, Ressourcen ungenutzt gelassen, die so effektiv und kostengünstig kaum anders zu haben sind.

Welche Ressourcen meine ich? - 60 ehrenamtliche Mit-glieder des Ausschusses und der Besuchskommissio-nen investieren jährlich im Schnitt zwölf volle Arbeitstage in die Ausschussarbeit. Sie kosten dabei das Land pro Jahr und Mitglied ganze 625 €. Die flächendeckenden Ergebnisse dieser Arbeit stellen jede, aber auch wirklich jede andere teure Studie in den Schatten und lassen zu-dem auch eine Verfolgung von Entwicklungen zu, da die Besuche in den Einrichtungen in relativ regelmäßigen Abständen und kontinuierlich stattfinden. Diese Arbeit gilt es im Sinne der Verbesserung der Situation behin-deter und chronisch kranker Bürgerinnen und Bürger in Sachsen-Anhalt besser und vor allem wirksamer zu nut-zen.

Wir als Mitglieder des Ausschusses für Gesundheit und Soziales haben bei den Beratungen sicher auch nicht immer konsequent genug bei der Landesregierung nach-gehakt und deren Stellungnahmen und Maßnahmenplä-ne eingefordert. Das lag aus meiner Sicht zum einen daran, dass im Vorfeld der Beratung zum Tätigkeits-bericht des Psychiatrieausschusses zwar die Sicht des Ausschusses vorlag, aber nicht die Sicht der Landes-regierung. Zum anderen gab es auch im Nachhinein von uns kaum konkrete Stellungnahmen, die abgefordert werden konnten. Dies soll sich künftig ändern.

Mit unserem Antrag wollen wir einen neuen Umgang mit den Ergebnissen der Arbeit des Psychiatrieausschusses bewirken und stärker darauf setzen, was sich wie ändern soll und welchen Beitrag der Landtag und die Landes-regierung hierzu zu leisten haben und auch leisten kön-nen.

Die von uns im Antrag aufgeführte Liste der Themen, zu denen berichtet werden soll, ist natürlich keine vollstän-dige Problemauflistung. Sie konzentriert sich vorwiegend auf die Themen, für die das Land originär zuständig ist und die in den Berichten immer wieder eine Rolle spie-len. Dazu gehören unter anderem die stagnierende Ent-hospitalisierung bzw., wie es im neuen Bericht darge-stellt ist, die Umhospitalisierung von geistig behinderten Menschen sowie die Überbelegung der Werkstätten für behinderte Menschen und die unzureichende Wirksam-keit der Integrationsämter bei der Vermittlung Behinder-ter, insbesondere seelisch und lernbehinderter Men-schen in den ersten Arbeitsmarkt, außerdem die Ver-handlungen zu einem Rahmenvertrag nach § 93 BSHG alt bzw. § 79 SGB XII neu.

Festzuhalten ist, dass Großeinrichtungen in Sachsen-Anhalt noch immer Wohnort für mehr als 50 % der geistig und seelisch behinderten Menschen mit einem hohen Betreuungsbedarf sind. Dies ist ein Zustand, der von vielen Menschen noch immer als normal angesehen wird. Über den Anspruch geistig und seelisch behinderter Menschen auf Selbstbestimmung, auf Individualität und auf Intimsphäre wird von den so genannten normalen Menschen kaum nachgedacht. Man sieht diese Menschen ja oft nicht; denn sie sind in Randgebieten und fernab vom Alltag der Gesellschaft untergebracht. Schwerbehinderten Menschen wird auch immer noch vorgegeben, unter anstaltsähnlichen Bedingungen zu leben.

Die Reise unseres Ausschusses nach Stockholm hat, so glaube ich zumindest, auch den anderen Mitgliedern des Ausschusses für Gesundheit und Soziales die Erkenntnis gebracht, dass es auch anders geht und dass auch die schwerbehinderten Menschen ein selbstbestimmtes Leben führen können, wenn sie - das ist der entscheidende Punkt - eine adäquate Unterstützung in Form von persönlicher Assistenz erhalten.

Durchlässige Wohnformen zu schaffen ist auch und gerade für die älter werdenden Werkstattmitarbeiterinnen und Werkstattmitarbeiter wichtig. Wenn diese dem Rentenalter näher kommen und ihre Leistungsfähigkeit nachlässt, brauchen sie nicht nur entsprechende Arbeitsplätze oder spezifische Beschäftigungsangebote, sondern auch die Sicherheit, in ihrem gewohnten Lebensumfeld bleiben zu können.

Sie dürfen nicht, so meinen wir zumindest, wie Schachfiguren hin- und hergeschoben werden, nur weil ihr Wohnheim vor Jahren einmal mit Fördermitteln für WfB-Mitarbeiter erbaut worden ist und der Träger jetzt Gefahr läuft, diese Mittel wegen einer so genannten Zweckentfremdung zurückzahlen zu müssen, weil der Zweck, Werkstattmitarbeiter unterzubringen, nicht mehr erfüllt wird, sondern stattdessen Rentner untergebracht werden, die alt geworden sind.

Uns geht es bei der geforderten Stellungnahme nicht nur darum, von der Landesregierung zu hören, ob der Psychiatrieausschuss mit seiner Kritik Recht hat oder nicht. Denn vielleicht stimmt ja die eine oder andere Aussage aus der Sicht der Landesregierung so nicht und sie hat begründete andere Auffassungen zu den Ergebnissen der Untersuchungen bei den Besuchen.

Wir erwarten vor allem Konzepte zur Bewältigung der Probleme. Wir erwarten, dass dargestellt wird, welche Maßnahmen eingeleitet worden sind bzw. eingeleitet werden sollen, um die Probleme, die dargestellt wurden, zu verändern.

Bereits am 19. Dezember 2003 wurde seitens des Psychiatrieausschusses moniert, dass es im Land keine Konzepte zur Entwicklung von effektiven Strukturen der Behindertenhilfe gebe. Dazu gehört unserer Meinung nach auch eine Landespsychiatrieplanung, die Fehlentwicklungen in der Versorgungslandschaft von Sachsen-Anhalt korrigierbar macht.

Minister Kley sprach damals davon, dass das Ministerium seine Vorstellungen dann vortragen wolle, wenn die Sozialagentur ihre Arbeit aufgenommen habe. Diese hat vor Monaten ihr einjähriges Jubiläum gebührend gefeiert. Nun sollte es an der Zeit sein, seriöse Arbeitsergebnisse vorzulegen. Es kann sein, dass das Ministerium, wie gestern in der Fragestunde gesagt wurde, eine kon-

krete Aufforderung benötigt, um berichten zu dürfen. Die Aufforderung, eine Stellungnahme abzugeben, liegt nunmehr auch vor.

Der Enthospitalisierungsprozess mit der Zielsetzung, ambulante Versorgungsformen den stationären vorzuziehen, muss wieder in Gang gesetzt werden. Dazu bedarf es aber nicht nur der Arbeitshinweise der Sozialagentur mit restriktiven Maßnahmen gegenüber den Einrichtungsträgern; diese müssen vielmehr verwaltungstechnisch in die Lage versetzt werden, ohne wirtschaftliche Verluste und im Interesse der Behinderten neue Versorgungs- und Betreuungsformen einzuführen. Auch behinderte Menschen mit einem hohen Hilfebedarf müssen einen Anspruch auf ambulante Hilfeformen haben.

In unserer Auflistung haben wir mit der ambulanten psychiatrischen Versorgung ein Problem angeführt, das nicht unmittelbar vom Land regelbar ist. Da die Defizite jedoch vor allem im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie zu verzeichnen sind, ist es sicher notwendig, dass wir uns im Landtag der Problematik zuwenden.

Zu den Themen, die im Psychiatriebericht immer wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden, gehört auch die Suchtkrankenversorgung. Wir haben diese in unserem Antrag ausgeklammert, weil sich der Ausschuss für Gesundheit und Soziales gegenwärtig bereits auf der Basis der Selbstbefassung mit diesem Thema beschäftigt. Weitere Probleme können sicher noch hinzugefügt werden.

Die Landesregierung hat diesen Bericht bereits vor einiger Zeit erhalten und wird sich, so ist zumindest unsere Hoffnung, bereits Gedanken zu den Konsequenzen gemacht haben. Der Ausschuss für Gesundheit und Soziales wird in seiner Januarsitzung voraussichtlich den Bericht mit dem Psychiatrieausschuss diskutieren; es wäre hilfreich, wenn hierzu die entsprechende Stellungnahme der Landesregierung vorläge.

Da die meisten der angeführten Probleme bereits seit Jahren immer wieder angesprochen worden sind, dürfte es für die Landesregierung auch zeitlich keine Schwierigkeit sein, dem Antrag zu entsprechen. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag sowie um eine Direktabstimmung. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der Linkspartei.PDS)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Herr Dr. Eckert. - Meine Damen und Herren! Bevor wir in die Debatte eintreten, hat für die Landesregierung der Minister für Gesundheit und Soziales Herr Kley um das Wort gebeten. Bitte sehr, Herr Minister, Sie haben das Wort.

Herr Kley, Minister für Gesundheit und Soziales:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sachsen-Anhalt verfügte bereits im Jahr 1992 als erstes neues Bundesland über eine umfassende Gesetzgebung im Bereich des so genannten Psychiatriegesetzes. Das Gesetz über Hilfen für psychisch Kranke und Schutzmaßnahmen des Landes Sachsen-Anhalt, kurz PsychKG LSA, wurde noch nicht einmal ein Jahr nach der Aufnahme der Tätigkeit des frei gewählten Landesparlamentes und der Regierungsgeschäfte verabschiedet und am 30. Januar 1992 ausgefertigt. Danach wurde im Oktober des Jahres 1992 das Maßregelvollzugsgesetz für das Land Sachsen-Anhalt verkündet.

Wie in den vergangenen Jahren wird auch in diesem Jahr nach der Veröffentlichung des Berichtes und vor der Aussprache des Landtagsausschusses für Gesundheit und Soziales ein Gespräch in meinem Hause geführt werden, um die im Bericht enthaltenen Hinweise und Schwerpunkte zu besprechen und zu einer abschließenden Bewertung zu gelangen. Ich denke, dieses nunmehr seit über zwölf Jahren erprobte Verfahren hat sich auch bewährt. Natürlich werde ich in den entsprechenden Ausschusssitzungen auf sämtliche sich aus dem Bericht ergebenden Fragen gerne antworten.

Auch in seinem zwölften Bericht beschreibt der Ausschuss für Angelegenheiten der psychiatrischen Krankenversorgung mit großer Sachlichkeit zutreffende Defizite. Er zeigt aber auch positive Aspekte auf. Das bislang praktizierte Schema und der klar gegliederte Aufbau der Berichterstattung, der jedem Leser einen guten Überblick ermöglicht, haben sich in der Vergangenheit bewährt.

Bei einer Betrachtung der Berichte im zeitlichen Verlauf wird jedoch sehr deutlich, dass mittlerweile die überwiegenden Probleme grundsätzlicher und struktureller Art sind. Als Beispiel sei die auch von meinem Haus mit großer Sorge betrachtete schwierige ambulante psychiatrische Versorgung genannt, auf die das Land jedoch unmittelbar keinen Einfluss hat.

Wie bereits in den vergangenen Jahren dargestellt, haben selbst finanzielle Anreize für die Niederlassung von Fachärzten keinen Erfolg gehabt. Rücksprachen mit der hierfür zuständigen Kassenärztlichen Vereinigung haben ergeben, dass derzeit mit Trägern Gespräche bezüglich der Gründung von medizinischen Versorgungszentren zur Abmilderung der Probleme in der ambulanten psychiatrischen Versorgung geführt werden, die zu einer Entspannung der Situation führen könnten.

Auch die schwierige finanzielle Situation der Kommunen zwingt zum Teil zu Entscheidungen zulasten der Ausstattung der psychiatrischen Versorgung sozialpsychiatrischer Dienste.

In dem vorliegenden Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS werden ferner einige Aussagen des Berichts des Psychiatrieausschusses zur Eingliederungshilfe für behinderte Menschen besonders hervorgehoben. Die Fragen, zu denen sich die Antragsteller bereits im Vorfeld der Ausschussberatung eine zusätzliche schriftliche Stellungnahme der Landesregierung wünschen, sind bereits jetzt, unabhängig vom Bericht des Psychiatrieausschusses, Gegenstand laufender Erörterungen im Landtag und in den Ausschüssen.

Beispielhaft sei auf den Antrag auf Selbstbefassung gemäß § 14 Abs. 3 der Geschäftsordnung durch den Abgeordneten Herrn Dr. Eckert im Ausschuss für Gesundheit und Soziales vom 30. September 2004 verwiesen. Seitdem wird durch mein Haus regelmäßig, zuletzt in der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 16. September 2005 unter Tagesordnungspunkt 4 unter der Überschrift „Veränderungen im System der Entgeltberechnung für Behinderteneinrichtungen in Sachsen-Anhalt“ über den aktuellen Stand der Verhandlungen zum Rahmenvertrag nach § 79 SGB XII berichtet.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch auf die beiden aktuellen Kleinen Anfragen vom 20. Oktober 2005 des Abgeordneten Herrn Dr. Eckert zur Umstrukturierung vorhandener Angebote in der Behindertenhilfe verweisen, die in Kürze beantwortet werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Übrigen sei mir ein weiterer grundsätzlicher Hinweis an die Adresse der Antragstellerin erlaubt. Nach meinem Eindruck werden die Gestaltungsmöglichkeiten des Landes im Bereich der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen überschätzt. In erster Linie tragen die Einrichtungsträger die Verantwortung für das Angebot und die Praxis der Behindertenhilfe.

Wenn es zum Beispiel darum geht, behinderten Menschen zu helfen, die derzeit in Heimen leben, aber nach ihrem individuellen Hilfebedarf auch ambulant in der eigenen Wohnung betreut werden könnten, kann das Land lediglich die Rahmenbedingungen so verändern, dass ein Übergang in die ambulante Betreuungsform möglich wird. Ob dieser Weg hin zu einem selbstbestimmten Leben der betroffenen Menschen dann im Einzelfall gegangen wird, ist aber wesentlich von der Haltung des Einrichtungsträgers abhängig.

Einige Träger sind hierbei sehr kooperativ; anderen - auch aus dem Bereich der freien Wohlfahrtspflege - ist aber offenbar mehr am Erhalt ihrer stationären Plätze und der damit verbundenen Einnahmen gelegen als an der Schaffung eines differenzierten und bedarfsgerechten Hilfeangebots für behinderte Menschen.

Über den Aspekt einer neuen Landespsychiatrieplanung wurde in den vergangenen Jahren wiederholt diskutiert. Es bleibt aber festzustellen, dass es über die im Krankenhausgesetz fixierte Planung der stationären Versorgung hinaus auch in den Bereichen der Psychiatrie und der Psychosomatik keine rechtliche Grundlage für eine verbindliche Planung gibt. Vielmehr wurde die Einführung von Wettbewerbs- und Marktaspekten auch vor dem Hintergrund der europäischen Sozialpolitik vom Bundesgesetzgeber ausdrücklich gewünscht und zum Beispiel im Rahmen des Pflegeversicherungsgesetzes, aber auch in den verschiedenen Gesetzen zu Reformen im Gesundheitswesen verankert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Warum also jetzt dieser Antrag? Die Landesregierung und mein Haus berichten regelmäßig in den Ausschüssen über die Ursachen der Entwicklungen in der Behindertenhilfe. Die Abgeordneten erhalten regelmäßig aktuelle Informationen.

Ich bin deshalb der Auffassung, dass die im Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS gewünschte zusätzliche schriftliche Stellungnahme der Landesregierung entbehrlich ist. Ich bitte Sie daher, diesen Antrag abzulehnen.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Herr Minister. - Meine Damen und Herren! Wir beginnen mit der Fünfminutendebatte. Für die CDU-Fraktion erhält die Abgeordnete Frau Vogel das Wort. Bitte sehr, Frau Vogel.

Frau Vogel (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bei allem Verständnis für das sozialpolitische Engagement der Fraktion der Linkspartei.PDS vermag ich die Intentionen des vorliegenden Antrags nicht nachzuvollziehen.

Gemäß § 29 Abs. 7 des Gesetzes über die Hilfen für psychisch Kranke und Schutzmaßnahmen des Landes Sachsen-Anhalt berichtet der Ausschuss für Angelegen-

heiten der psychiatrischen Krankenversorgung einmal jährlich dem Landtag und dem Ministerium für Gesundheit und Soziales über seine Tätigkeit, insbesondere über die Feststellungen und Anregungen der Besuchscommissionen.

Entsprechend dieser Regelung hat der Ausschuss für Angelegenheiten der psychiatrischen Krankenversorgung am 28. September 2005 dem Landtagspräsidenten seinen Bericht übergeben. Der Präsident des Landtages hat gemäß § 54 Abs. 1 Satz 3 der Geschäftsordnung den Tätigkeitsbericht zur Beratung an die Ausschüsse für Gesundheit und Soziales sowie für Gleichstellung, Familie, Kinder, Jugend und Sport überwiesen. Dieses Verfahren war in den letzten Jahren gängige Praxis und hat sich auch bewährt.

Warum die Fraktion der Linkspartei.PDS mit diesem Antrag von dem bewährten Verfahren abweicht, erschließt sich weder aus ihrem Antrag selbst noch aus seiner Begründung. Worin der Sinn einer Debatte liegt, die wir im Plenum führen, bevor wir in den zuständigen Fachausschüssen eine Beratung mit den Mitgliedern des Psychiatrieausschusses durchgeführt haben, bleibt das Geheimnis der Antragstellerin.

Es war in den vergangenen Jahren üblich, gemäß dem eingangs beschriebenen Verfahren über den Bericht im jeweiligen Ausschuss gemeinsam mit den Mitgliedern des Psychiatrieausschusses zu beraten. Dort bestand die Möglichkeit, einen Dialog mit den Mitgliedern des Psychiatrieausschusses zu führen sowie eine Stellungnahme der Landesregierung zu den Ergebnissen des Berichts entgegenzunehmen. Wir halten an diesem Verfahren fest.

Soweit die Antragstellerin der Auffassung ist, dass die Stellungnahmen der Landesregierung in der Vergangenheit unzureichend gewesen seien oder dass darüber hinaus weitergehende Maßnahmen erforderlich seien, um dem Anliegen des Psychiatrieausschusses Rechnung zu tragen, so standen und stehen ihr dazu die entsprechenden parlamentarischen Möglichkeiten offen, dies jedoch erst nach dem Dialog mit den Mitgliedern des Psychiatrieausschusses.

Aus der Sicht meiner Fraktion ist der Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS völlig überflüssig. In den beiden betroffenen Ausschüssen haben wir uns mit einer Fülle von Selbstbefassungsanträgen der Oppositionsfractionen befasst. Nur in Ausnahmefällen ist derartigen Anträgen nicht entsprochen worden.

Vor diesem Hintergrund wäre es völlig ausreichend gewesen, wenn die Abgeordneten der Linkspartei.PDS in einer Ausschusssitzung ihren Fragenkatalog, wie er in dem vorliegenden Antrag seinen Niederschlag gefunden hat, vorgetragen hätten und dann die Landesregierung gebeten hätten, diese Fragen im Rahmen der Ausschussberatung mit den Mitgliedern des Ausschusses für Angelegenheiten der psychiatrischen Krankenversorgung zu beantworten. Ich bin mir sicher, dass die Landesregierung diesem Ersuchen gern nachgekommen wäre.

Ich gehe davon aus, dass die Landesregierung den vorliegenden Antrag zum Anlass nehmen wird, sich entsprechend auf die Beratung über den 12. Tätigkeitsbericht des Ausschusses für Angelegenheiten der psychiatrischen Krankenversorgung in Sachsen-Anhalt in den weiteren Ausschüssen vorzubereiten, damit diese Fragen entweder im Rahmen der betreffenden oder in einer weiteren Beratung beantwortet werden können.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Frau Abgeordnete, sind Sie bereit, eine Frage der Abgeordneten Frau Dr. Weiher zu beantworten?

Frau Vogel (CDU):

Nein.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Nein.

Frau Vogel (CDU):

Im Hinblick auf das eingangs zitierte Prozedere der Beratung über den Tätigkeitsbericht des Ausschusses für Angelegenheiten der psychiatrischen Krankenversorgung nehme ich hier und heute bewusst nicht inhaltlich Stellung zu diesem Bericht.

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach all dem wird es Sie nicht verwundern, dass die CDU-Fraktion dem vorliegenden Antrag nicht folgen wird. - Danke.

(Zustimmung bei der CDU)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Vogel. - Für die SPD-Fraktion erteile ich nun der Abgeordneten Frau Dr. Kuppe das Wort. Bitte sehr, Frau Dr. Kuppe.

Frau Dr. Kuppe (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Herren und Damen Abgeordneten! Bevor ich zum eigentlichen Antrag spreche, will ich zwei Vorbemerkungen machen. Zuerst spreche ich einen herzlichen Dank an alle Mitglieder des Psychiatrieausschusses für die engagierte und auch aufwendige Arbeit aus, die sie auch im vergangenen Jahr wieder geleistet haben.

(Beifall bei der SPD)

Die zweite Vorbemerkung ist ein Glückwunsch an die Bürgermeisterin der Stadt Halle Frau Dagmar Szabados, die gestern, an ihrem Geburtstag, mit dem Preis „Mut 2005“ ausgezeichnet wurde. Sie wurde für ihren Anteil am Aufbau einer gemeindenahen Psychiatrie in der Stadt Halle ausgezeichnet. Für diesen Prozess hat sie eine ganze Menge von Mitstreiterinnen und Mitstreitern gewonnen, die auch bei der Stange bleiben und die Gestaltung in den nächsten Jahren noch begleiten werden.

(Zustimmung bei der SPD)

Wenn es um die psychiatrische Krankenversorgung geht, dann müssen wir, so meine ich, zwei Seiten betrachten. Die erste Seite bezieht sich auf das, was in den vergangenen 15 Jahren in Sachsen-Anhalt erreicht wurde.

Herr Dr. Eckert, ich habe seit 1978 viele Jahre in einer Klinik für Psychiatrie und Neurologie gearbeitet. Ich kann mich noch sehr gut daran erinnern, wie die Zustände in der Psychiatrie zu DDR-Zeiten aussahen. Es gab gravierende Mängel. Es gab strukturelle Defizite. Es gab enorme Defizite in Bezug auf den baulichen und räumlichen Zustand. Es gab Einschränkungen in den diagnostischen und therapeutischen Möglichkeiten und es gab eine massive Ghettoisierung von psychisch kranken Menschen.

In den vergangenen 15 Jahren ist es uns in gemeinsamer Anstrengung gelungen, viele dieser Defizite zu beseitigen. Wenn uns dies auch nicht in Gänze gelungen ist, so doch in erheblichen Größenordnungen. Darüber bin ich sehr froh. Viele in unserem Land haben daran mitgewirkt, dass wir den Stand, den wir jetzt vorfinden, erreicht haben.

(Zustimmung bei der SPD und bei der Linkspartei.PDS)

Die zweite Seite bezieht sich jedoch auf die Frage: Was bleibt noch zu tun? Darauf zielt Ihr Antrag ab. Ich denke, es ist noch eine ganze Menge zu tun. Aus meiner Sicht gibt es in den nächsten Jahren drei Schwerpunkte.

Der erste Schwerpunkt ist, dass noch vorhandene Versorgungslücken geschlossen werden müssen. Der zweite Schwerpunkt ist, dass das gemeinsame Handeln von Trägern medizinischer und sozialer Versorgung und Leistungen und von Kostenträgern mit der Selbsthilfe, mit Behörden gestärkt werden muss. Der dritte Schwerpunkt ist, dass noch vorhandene Unterschiede in der öffentlichen Bewertung und im Umgang mit somatisch Kranken und mit psychisch Kranken weiter abgebaut werden und am Ende verschwinden müssen.

Herr Dr. Eckert, wir unterstützen Ihren Antrag, weil darin viele der noch vorhandenen Handlungsfelder benannt werden.

Wir denken, dass der Psychiatrieausschuss in den vergangenen Jahren mit seinen Berichten eine wichtige Grundlage für die Tätigkeit der Landesregierung, aber auch für die vieler Partner im Land gegeben hat. So wird es auch bleiben. Deswegen ist die Auseinandersetzung mit dem 12. Tätigkeitsbericht enorm wichtig.

Wir stimmen Ihrem Antrag zu, allerdings mit einem kleinen Aber im Hinblick auf das Verfahren, Herr Dr. Eckert. - Ich hoffe, ich darf das noch anfügen, Herr Präsident.

Wir haben vor 14 Tagen im Sozialausschuss beschlossen, dass wir uns in der Januarsitzung mit dem 12. Tätigkeitsbericht befassen, dass wir den Psychiatrieausschuss zu der Diskussion einladen und dass wir die Landesregierung bitten, mit uns zusammen zu diskutieren. Sie hätten der Landesregierung vor zwei Wochen, bei der Festlegung dieses Termins durchaus Ihren Fragenkatalog übergeben können.

(Zustimmung bei der CDU und von Herrn Lukowitz, FDP)

Dann hätten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Ministerium schon seit zwei Wochen intensiv daran arbeiten können. Sie haben ein anderes Verfahren gewählt. Deswegen ist es, denke ich, mit einer größeren Mühe verbunden. So haben wir jetzt im Landtag die Möglichkeit der Diskussion gehabt. Das wäre aber nicht notwendig gewesen; es wäre ein vereinfachtes Verfahren möglich gewesen.

Aber auch wenn dieses vereinfachte Verfahren möglich gewesen wäre, finde ich es doch sehr ignorant, wenn Sie, Herr Minister, diese Verfahrensfrage jetzt als Grund für die Ablehnung des Antrages heranziehen und den Koalitionsfraktionen die Ablehnung des Antrages empfehlen.

Ich bitte Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU und der FDP, darüber nachzudenken, ob es nicht um des Inhalts willen angezeigt ist, die Landesregierung zu bitten, diese Fragen zu beantworten, diese Punkte zu

bedenken und dann im Vorfeld der Ausschussberatung den Abgeordneten eine entsprechende Stellungnahme zur Verfügung zu stellen. - Danke.

(Zustimmung bei der SPD und bei der Linkspartei.PDS - Frau Bull, Linkspartei.PDS: Das ist wahr!)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Frau Dr. Kuppe. - Für die FDP-Fraktion erhält nun der Abgeordnete Herr Scholze das Wort. Bitte sehr, Herr Scholze.

Herr Scholze (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ohne Zweifel bildet der Bericht des Psychiatrieausschusses eine wichtige Diskussionsgrundlage für die Arbeit im Ausschuss für Gesundheit und Soziales, bietet er doch, in verständlicher Sprache formuliert, einen Überblick über die Situation der Versorgung psychisch Kranker in Sachsen-Anhalt.

Nach meiner Einschätzung haben wir uns in allen Fraktionen immer sehr intensiv mit den Berichten befasst, insbesondere dann, wenn in kritischen Aussagen Defizite in der Versorgung aufgezeigt wurden und somit bei uns als den politischen Akteuren ein Handlungsdruck entstand. Bei den Beratungen über die Berichte haben wir ebenso immer die Sichtweise der Landesregierung zur Kenntnis nehmen können.

Meine Damen und Herren! An dieser Stelle möchte ich im Rahmen eines Zwischenfazit feststellen, dass der Wissensdurst, der auch in dem Antrag seinen Niederschlag findet, von der Landesregierung stets gestillt wurde. Antworten auf Kleine Anfragen und regelmäßige Selbstbefassungen machen dies deutlich.

Meine Damen und Herren! Ich möchte gern auf einige Aspekte des Antrags eingehen. Dass auf dem Gebiet der ambulanten psychiatrischen Versorgung aufgrund des Mangels an entsprechenden Fachärzten insbesondere im ländlichen Raum Defizite bestehen, ist allen bekannt. Leider - so muss man konstatieren - ist es bisher noch nicht gelungen, die Rahmenbedingungen so optimal zu gestalten, dass sich wieder Psychiater in ländlichen Gebieten niederlassen.

Ich stelle an dieser Stelle die Frage, ob uns dies je in dem gewünschten Umfang gelingen wird; denn im Gesundheitswesen sind nicht nur finanzielle Ressourcen knapp, sondern auch die Ressource Mensch/Arzt und damit die nötige Zuwendung, die gerade im Bereich der Psychiatrie mit der Bereitschaft verbunden sein muss, selbst äußerste Belastungen zu ertragen.

Ein anderer Aspekt ist die in dem Antrag angesprochene Problematik der Enthospitalisierung, also die Umsetzung des Grundsatzes „ambulant vor stationär“.

Wir stimmen sicherlich in der Einschätzung überein, dass die individuelle Freiheit eines Menschen mit Behinderung am besten in seiner häuslichen Umgebung verwirklicht werden kann. Daher bin ich erfreut, dass der Psychiatrieausschuss die Aktivitäten des Landesgesetzgebers anerkennt, die zur Errichtung der Sozialagentur geführt haben; denn deren Aufgabe ist auch die Umsetzung dieses Grundsatzes. Verständlicherweise kann mit einer neuen Verwaltungsstruktur ein solches Problem nicht ad hoc gelöst werden. Dass dies so ist, erfahren wir regelmäßig im Ausschuss.

Meine Damen und Herren! Ich begrüße es, wenn sich das Ministerium, der Psychiatrieausschuss sowie die Mitglieder des Gesundheits- und Sozialausschusses wie jedes Jahr kritisch mit den Aussagen und Hinweisen des Psychiatrieausschusses befassen. Das läuft nach meiner Einschätzung immer sehr konstruktiv ab.

Unabhängig davon, ob der Antrag heute angenommen wird, ist festzustellen, dass die Bereitschaft der Landesregierung, über die aufgeworfenen Probleme mit uns zu diskutieren, immer gegeben war und auch in der Zukunft vorhanden sein wird; denn letztlich geht es um eine Verbesserung der Versorgung psychisch Kranker bei uns im Land. Das ist ein Ziel, welches wir uns mit dem Gesetz Anfang der 90er-Jahre selbst gesetzt haben. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP - Zustimmung von der Regierungsbank)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Herr Scholze. - Herr Dr. Eckert, Sie haben jetzt das abschließende Wort.

Herr Dr. Eckert (Linkspartei.PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte drei Anmerkungen machen. Zunächst zu der Frage nach dem Sinn des Antrages. Der Sinn ist nicht nur darin zu sehen, dass man irgendetwas wissen möchte, Herr Scholze. Vielmehr geht es darum, dass unklar ist, wie sich die Landesregierung zu bestimmten Einschätzungen des Psychiatrieausschusses verhält.

Stimmt sie beispielsweise der Einschätzung zu, dass es eine wachsende Überbelegung der Werkstätten für behinderte Menschen gibt? Im Bericht wird angeführt, dass diese mit bis zu 150 % überbelegt sind. Was möchte die Landesregierung, wenn sie dieser Einschätzung zustimmt, dagegen tun? Oder sagt sie: Das ist für zwei, drei Jahre zumutbar? - Das ist eine wichtige Frage, die zur Beantwortung ansteht.

Oder stimmt die Landesregierung der Einschätzung zu, dass die Betreuung alt gewordener Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Werkstätten für behinderte Menschen ein Problem ist oder werden wird? Wenn ja, was wird man dagegen tun? - Das ist doch die Frage. Es gibt verschiedene Möglichkeiten, auf dieses Problem zu reagieren, die sich auf die eine oder auf die andere Seite beziehen können. Wahrscheinlich gibt es seitens der Landesregierung auch noch andere Meinungen dazu.

Darüber sollte man im Vorfeld beraten und diskutieren. Man sollte nicht erst im Ausschuss auf das Problem zu sprechen kommen. Dann lautet die Antwort der Landesregierung möglicherweise: Im Moment haben wir darauf keine Antwort, aber vielleicht später. Ich habe schon erwähnt, dass unsere Schuld vielleicht darin besteht, dass wir in Bezug auf diese Fragen nicht nachgehakt haben.

Ein weiterer Punkt. In dem Grünbuch der Europäischen Kommission mit dem Titel „Die psychische Gesundheit

der Bevölkerung verbessern - Entwicklung einer Strategie für die Förderung der psychischen Gesundheit in der Europäischen Union“ wird ausgeführt, dass die psychische Gesundheit der europäischen Bevölkerung stark verbesserungsbedürftig ist. Darin wird beispielsweise auf die Kosten und auf den Umfang eingegangen. Fast jeder vierte Europäer ist in seinem Leben einmal von einer psychischen Erkrankung betroffen.

Darin wird auch deutlich gemacht, dass es notwendig ist, eine öffentliche Debatte in Gang zu bringen, um den Wissensstand in Bezug auf psychische Erkrankungen zu verbessern und die damit verbundenen Benachteiligungen, Diskriminierungen und Stigmatisierungen abzubauen.

Damit erklärt sich hoffentlich auch die Frage, warum wir unsere Forderung nicht einfach im Rahmen der Selbstbefassung gestellt haben. Es ging uns darum, dass wir im Plenum einmal darüber beraten, welche Probleme bestehen und welche Probleme im Rahmen der Tätigkeit des Psychiatrieausschusses angesprochen werden.

Insofern werbe ich dafür, die Diskussion im Januar 2005 auf eine bessere Grundlage zu stellen. Ich halte das bisherige Verfahren nicht mehr für ausreichend. Daher appelliere ich auch an die Koalitionsfraktionen, dem Antrag zuzustimmen. - Danke schön.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Herr Dr. Eckert. - Meine Damen und Herren! Der Einbringer hat eine Direktabstimmung gefordert. Nur das ist bei diesem Antrag sinnvoll.

Wir stimmen also über diesen Antrag als solchen ab. Wer diesem seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. - Zustimmung bei der Fraktion der Linkspartei.PDS und bei der SPD-Fraktion. Gegenstimmen? - Bei der CDU- und der FDP-Fraktion. Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt worden, meine Damen und Herren. Der Tagesordnungspunkt 23 ist erledigt.

Meine Damen und Herren! Der Tagesordnungspunkt 24 ist auf einen Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS hin zurückgestellt worden. Wir sind somit am Ende der 35. Sitzungsperiode angelangt.

Meine Damen und Herren! Ich möchte noch einmal daran erinnern, dass am Sonntag um 11 Uhr anlässlich des Volkstrauertages eine zentrale Gedenkfeier im Landtag stattfindet. Die Abgeordneten sind dazu herzlich eingeladen.

Ich berufe den Landtag zu seiner 36. Sitzungsperiode für den 8. und 9. Dezember 2005 ein.

Ich wünsche Ihnen eine gute Heimfahrt und ein schönes Wochenende. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss der Sitzung: 16.33 Uhr.